Wilfried Kretschmer

BEFREMDUNG UND NIEDERGANG - AKZEPTANZ UND ANERKENNUNG

Die ersten 40 Jahre der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim

TEIL I

CHRONOLOGIE

INHALTSVERZEICHNIS

Teil I Chronologie

0.	Vorwort	2
1.	Übersicht	8
2.	Dekade 1. 1969 - 1979: Konzepte und Reformen	17
2.1.	Gründungsinitiative	17
2.2.	Arbeit der Planungsgruppe	37
2.3.	Beteiligung der Akteure	59
2.4.	Lokale Öffentlichkeit	75
3.	Dekade 2. 1980-1989. Konflikte und Akzeptanzverlust	83
3.1.	Streit um den Schulleiter	83
3.2.	Berufsverbot und Anmeldezahlen	86
4.	Die ersten 20 Jahre: Rückblick und Zusammenfassung	97
4.1.	Betrachtungen beteiligter Akteure	97
4.2.	Zusammenfassung: 1969 – 1989	108
5.	Dekade 3. 1990 - 1999: Pädagogische Initiativen	113
5.1.	Reformen und öffentliche Resonanz	113
5.2.	Dekade ohne lokale Konflikte	134
6.	Dekade 4. 2000 – 2013: Kohärenz der Reformen	137
6.1.	Erfolg bei der EXPO 2000	137
7.	Die zweiten 20 Jahre: Rückblick und Zusammenfassung	172
7.1.	Betrachtungen beteiligter Akteure	172
7.2.	Zusammenfassung: 1990 – 2014	185

0. VORWORT

Im April des Jahres 1920 wurde in der jungen Weimarer Demokratie nach heftigem und langem Streit die gemeinsame Grundschule für alle Kinder von sechs bis zehn Jahren eingeführt. Es dauerte danach noch einmal 49 Jahre[1], bis in Deutschland einige wenige sogenannte Integrierte Gesamtschulen (IGS) für ältere Kinder und Jugendliche „als Schulversuch" eingerichtet wurden. Im pädagogischen Mittelpunkt dieser bildungspolitischen „Großreform"[2] stand vor allem die (je nach politischem Standort unterschiedlich motivierte[3]) Erhöhung der horizontalen Durchlässigkeit[4] des Bildungssystems:

> *„Die Gesamtschule – Trennwände werden beseitigt: Die Entscheidung, auf welche weiterführende Schule Sie Ihr Kind schicken, ist in der Regel eine endgültige Entscheidung: Denn es ist erfahrungsgemäß außerordentlich schwierig, von der einen Schulform zur anderen überzuwechseln. Die verschiedenen Bildungswege unterscheiden sich doch so, dass ein Schüler, der etwa von der Hauptschule zum Gymnasium überwechseln will, ein sehr viel größeres Maß an Energie und Fleiß aufbringen muss als ein gleichbegabter Schüler, der unmittelbar nach den vier Grundschuljahren ins Gymnasium kam... […] Die Entscheidung, ob ein Kind bereits mit zehn oder zwölf Jahren ins Gymnasium oder zur Realschule überwechseln soll, entfällt also beim Eintritt in die Gesamtschule. Hier bestimmen allein*

[1] 1969 begannen die ersten Versuche mit integrierten Gesamtschulen im 7. Schuljahr in: Babenhausen, Baunatal, Frankfurt-Nordweststadt, Wiesbaden-Kastel. 1970 sind dazu 11 weitere Schulen gekommen. Daneben begannen 7 neue schulformbezogene Gesamtschulen mit der Arbeit. Es ist sehr deutlich zu erkennen, dass die Gesamtschule in den nächsten Jahren in Hessen über das ganze Land vordringt, insbesondere dort, wo obligatorische Förderstufen eingerichtet wurden. 1971 wurden die 7. Klassen von 26 Einzelschulen als integrierte Gesamtschulen begonnen. Je 4 dieser Schulen liegen in den Landkreisen Hanau und Kassel, 12 in Wetzlar Stadt und Land; hier wurden die Förderstufen aller Schulen des Kreises integriert weitergeführt. (Frommelt, Rutz, 1972, 20)

[2] Zur Kategorie der „Reform" vgl. unten.

[3] So ging es der FDP um die „Ausschöpfung der Begabungsreserve", der SPD um „Chancengleichheit"; in der damaligen Erziehungswissenschaft gab es ähnliche Positionsbestimmungen: „Das 6. Argument weist darauf hin, dass die zukünftigen Anforderungen, d.h. einmal die Anforderungen in einer zunehmend stärker von Wissenschaft durchsetzten, gesellschaftlich-politisch-wirtschaftlichen Wirklichkeit und zum anderen in einer immer reicher und unübersichtlicher werdenden Freizeitwelt nur gemeistert werden können, wenn es gelingt, das allgemeine intellektuelle und ästhetische Niveau, die Auswahl- und Urteilsfähigkeit, zu steigern. Es muss also gelingen, mehr Menschen als bisher eine anspruchsvollere Grundbildung zu vermitteln." (Klafki et al., 1970, 209)

[4] „In Berlin mit seiner sechsjährigen Grundschule, der davon getrennten und ausgebauten damaligen Oberschule Praktischen Zweiges und dem Fremdsprachenunterricht für alle Kinder, war der Rahmenplan weitgehend erfüllt. Trotz aller großstädtischen Möglichkeiten blieb das Ergebnis jedoch unbefriedigend. Noch immer differieren die Übergangsquoten zu Realschule und Gymnasium in den einzelnen Bezirken je nach ihrem sozialen Status erheblich. In der Stadt, die damals zurückgehende Schülerzahlen aufwies, blieb die schulorganisatorische Form kleiner getrennten Oberschuleinheiten unbefriedigend. In dieser Situation – ich war damals Landesschulrat von Berlin – musste ein großes Neubauviertel anschließend an den Arbeiterwohnbezirk Neukölln mit Schulen versehen werden. Die Idee der ‚Demokratischen Leistungsschule', der deutschen Form der differenzierten Gesamtschule, entstand: Der für die Wahl des Schulabschlusses entscheidende Mittelbau der Klassen 7 bis 10 wurde zusammengefasst, aber nach Fachleistungs- und Neigungskursen differenziert." (Vorwort von Carl-Heinz Evers, in: Sander, Rolff, Winkler, 1969)

Fähigkeiten, Neigungen und Interessen während der Schulzeit, mit welchem Abschluss ein Schüler die Schule verlassen kann. Ein Ausleseverfahren beim Eintritt findet nicht mehr statt. Ebenso gibt es hier kein Sitzenbleiben, also keine Wiederholung einer ganzen Klassenstufe. Durch ein Kurssystem von Pflichtfächern, Wahlpflichtfächern und Wahlfächern kann vielmehr jeder Schüler individuell gefördert werden."[5]

Wie schon in der Kaiserzeit und nach dem 1. Weltkrieg lösten diese schulischen Integrationsbemühungen heftigen politischen Widerstand und eine tiefe Spaltung der bildungspolitischen Landschaft Deutschlands in zwei konträre Lager aus.[6] Die damaligen Argumente der Gesamtschulgegner lassen sich m.E. folgendermaßen, einen Autor aus der damaligen Zeit zitierend, zusammenfassen:

„Gesamtschulen vernachlässigen die Begabten und führen zur Nivellierung; Gesamtschulen verwischen die eigenständigen Bildungsaufträge der drei bisherigen Schularten und vernachlässigen die sonst von den Gymnasien wahrgenommenen Aufgaben wissenschaftspropädeutischer, zur Hochschulreife und zum

[5] Aus. „109 Tipps für die Frau", Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, München 1971, 102/103; dass diese Schulform zunächst einmal nur eine organisatorische, aber zwangsläufig noch keine pädagogische Veränderung impliziert, drauf verweist ein anderer Autor in dieser Zeit: „Auch die Gesamtschule gehört in die Reihe jener Reformversuche – und auch sie ist keinesfalls schon als das Allheilmittel für die Mängel und Fehler unseres traditionellen Schulwesens anzusehen. Sie gibt zwar unseren Schulen eine andere Organisationsform, indem sie an die Stelle separater und unterschiedlich anspruchsvoller Schularten ein umfassendes, horizontal geordnetes Stufensystem setzt; aber eine wesentliche Verbesserung allein schon von dieser äußeren, strukturellen Neuordnung zu erwarten wäre naiv. Organisationsformen sind stets nur ein Rahmen: Er bedarf der inhaltlichen Ausfüllung. Solange die Gesamtschulen nichts anderes als eine organisatorische Neuordnung zu bieten haben, besteht die Gefahr, dass sie in ihrem Inneren das alte System und dessen Mängel nur reproduzieren. In höherem Maße als jeder andere Verbesserungsversuch sind sie daher darauf angewiesen und geradezu davon anhängig, dass die zurzeit einsetzenden Schul- und Bildungsreformen nicht nur im Organisatorischen, sondern in allen Bereichen, d.h. auch in der Lehrerbildung, der Unterrichts- und Curriculumforschung, der Lehr- und Lernmittelentwicklung, der Schülermitbestimmung, dem Aufbau eines Beratungssystems, der Reorganisation unserer Schulverwaltung und anderem, vorangetrieben werden. Die äußere Umstrukturierung gehört zwar zu den wesentlichen Voraussetzungen der erhofften Verbesserung, aber sie stellt nur deren Anfang dar." (Rang & Schulz, 1969, 9)

[6] „Die zunehmende bildungspolitische Polarisierung zwischen (SPD/FDP-regierten) ‚A-Ländern' und (CDU bzw. CSU-regierten) ‚B-Ländern' entzündet sich nach dem ersten Bildungsgesamtplan (1973) an finanzpolitischen Auseinandersetzungen und nimmt in den Folgejahren an Schärfe zu. 1975, nach seinen Empfehlungen zur Reform der Bildungsverwaltung, wird der Bildungsrat aufgelöst. 1978 wird in Bonn das Forum ‚Mut zur Erziehung' inszeniert und die neokonservative Wende auch in der Bildungspolitik eingeläutet. Bildungspolitische Konflikte in einzelnen Bundesländern kommen hinzu: Die hessischen Rahmenrichtlinien entfachen (1972/73) einen ‚Kulturkonflikt' (Raschert 1980), der Gesetzentwurf zur ‚Koop-Schule' in Nordrhein-Westfalen (geplant sind Schulzentren mit Schulartübergreifender Orientierungsstufe) wird 1978 zurückgezogen, da bei einem durch Volksbegehren erzwungenen Volksentscheid eine Niederlage droht. Diese Auseinandersetzungen finden statt, während in Niedersachsen im Jahr 1978 schon 90% der Schüler die gemeinsame Orientierungsstufe besuchen. Die Gesamtschule bleibt bis zur Gegenwart ein Brennpunkt der ideologischen Auseinandersetzung (vgl. Klemm u.a. 1985); erst 1982 beschließt die KMK eine Rahmenvereinbarung über die Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse. In das Bild der 70er Jahre gehört auch die Justitialisierung der Schule: innerhalb von fünf Jahren fallen höchstrichterliche Urteile zu zentralen bildungspolitischen Fragen: zum Numerus clausus (1972), zur Förderstufe (1972), zur Einrichtung und Beendigung von Schulversuchen (1975), zur christlichen Gemeinschaftsschule (1975) und zur Sexualerziehung (1977). In dieser Zeit kommen auch die meisten verwaltungsgerichtlichen Verfahren wegen schulischer Selektionsentscheidungen in Gang (vgl. Staupe 1982)." (Fauser,1986, 142)

Universitätsstudium hinführender Bildung; die Kurssysteme der Gesamtschulen zerstören die personalen Beziehungen, die in den bisherigen Klassengemeinschaften bestanden; Gesamtschulen tendieren zu anonymen Lernverhältnissen in unübersichtlichen Mammutschulen; Gesamtschulen beschränken die bisher noch bestehende relative Freiheit der Lehrer im Hinblick auf Methode und Stoffauswahl."[7]

Am 01. September 1971 öffneten sich im Bundesland Niedersachsen die Türen der ersten sieben integrierten Gesamtschulen.

Zu diesen ersten Gesamtschulen in Niedersachsen gehörte auch die Hildesheimer Robert-Bosch-Gesamtschule. Gesellschaftlich umstritten und politisch umkämpft war diese Schule in ihrer Stadt und ihrem Raum von Anfang an. In Stuttgart, im Bosch-Konzern, wurde diese Schulgründung allerdings positiv bewertet:

„Grünes Licht gegeben. Hildesheim - Der niedersächsische Kultusminister hat jetzt genehmigt, dass die integrierte Gesamtschule Hildesheim im Rahmen des Schulversuchsprogramms als Ganztagsschule geführt wird. Er hat ferner die Genehmigung ausgesprochen, die in der Nordstadtschule zusammengeführten Klassen im Rahmen der integrierten Gesamtschule zu führen. Damit hat der Kultusminister dem Antrag der Stadt Hildesheim vom 1. Dezember 1970 auf Errichtung der Gesamtschule als Ganztagsschule entsprochen und die Wünsche der Eltern berücksichtigt, die sich in 323 von 333 Fällen für ein Verbleiben ihrer Kinder in der künftigen Gesamtschule ausgesprochen hatten."[8]

36 Jahre später, im Jahr 2007 wurde die Hildesheimer Gesamtschule als Hauptpreisträger des Deutschen Schulpreises ausgezeichnet und von der Bundesbildungsministerin Anette Schavan als „beste Schule Deutschlands" tituliert. Schon im Jahr 2006 hatte die Schule von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und dem Deutschen Ministerium für Bildung und Forschung beim Wettbewerb „Zeigt her Eure Schule" die Auszeichnung als eine der „besten zehn deutschen Ganztagsschulen" erhalten.

Die Jury des Deutschen Schulpreises stellt im Jahr 2007 in ihrer Laudatio über den Hauptpreisträger fest:

„Die Robert-Bosch-Gesamtschule besticht durch herausragende Fähigkeiten auf den wesentlichen Feldern. […] Durch ein beispielgebendes Betriebsmanagement, durch demokratische Führung und kontinuierliche Qualitätskontrolle hat sich die Schule aus einer schweren Krise befreit. [...] Zukunftsweisend als pädagogisches Unternehmen mit einer auch für sehr gute Schulen ungewöhnlichen Entwicklungs-

[7] Rang & Schulz, 1969, 11
[8] aus „Bosch Zünder", 3/1971, 46

dynamik, bietet die Robert-Bosch-Gesamtschule ihren Kindern und Jugendlichen bestmögliche Chancen für eine zukunftsfeste Bildung. […] Diese Schule hat sich auf den Weg gemacht, die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern, nicht auf Weisung ‚von oben' oder in Gefolgschaft einer Führungspersönlichkeit, sondern im alltäglichen Prozess von Schule – anfangs auf Initiative Einzelner, um Neues auszuprobieren, oder in kleinen Gruppen, die ihre Arbeit gern und auch gerne gut machen wollten, bald aber vernetzt und organisiert und schließlich systematisch und explizit arbeiteten mit dem Ziel einer Verbesserung der Unterrichts- und Erziehungsqualität der Schule.[9]

In diesem Zusammenhang gab es immer wieder die Idee, diese besondere Geschichte der Schule, die von mir zunächst in meiner Dissertation an der Universität Jena im Jahr 2014 dargelegt und untersucht wurde, auch einem breiteren Publikum vorzustellen. Diese Idee soll hiermit, weitgehend basierend auf dieser Dissertation, realisiert werden.

Der Focus richtet sich dabei auf die ersten 40 Jahre der Schulgeschichte. Einer wechselvollen Zeit, in der die Anmeldezahlen der Schule im Raum Hildesheim zunächst schnell und existenzbedrohlich abnahmen – um dann aber wieder zuzunehmen und mit der Verleihung des Hauptpreises des Deutschen Schulpreises im Jahr 2007 einen absoluten Höhepunkt erreichten. Insofern ist diese besondere Geschichte auch ein Beispiel dafür, wie durch die tatkräftige und kooperative Zusammenarbeit von Lehrkräften und Schulleitung, Schülerschaft und Eltern eine Schule aus einer schwierigen Lahe befreit und zu einem bundesweit beachteten pädagogischen Erfolgsmodell gestaltet werden kann.

Wilfried Kretschmer (November 2026)

[9]Der Deutsche Schulpreis. Laudatio der Jury 2007; in: http://schulpreis.bosch-stiftung.de/content/language1/html/index.asp; Downloadzeit. 13.10.2012

1. Übersicht

Am 19. März 1969 taucht der Begriff “Integrierte Gesamtschule“ das erste Mal in der Hildesheimer Öffentlichkeit auf.[10] Anlässlich des Besuches des Rates der Stadt bei den ortsansässigen Bosch-Blaupunkt-Werken überraschte der Blaupunkt-Geschäftsführer Horst Bauer die Ratsmitglieder mit der Ankündigung einer namhaften Spende, für die sich die Firmen Bosch und Blaupunkt den Bau eines Schulsystems „aus Volksschule, Realschule und Gymnasium in der Stadtmitte“ wünschten, an dessen „Pforte der Name des Gründers der Firma Robert Bosch“ stehen solle.[11] Die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ verwendete dafür in der Überschrift ihres Artikels erstmalig den Namen „Robert Bosch Gesamtschule“.

In diesen 1968er Jahren der „Demokratisierung“ und „Chancengleichheit“ wurde von der „Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates“ ein Konzept für eine neue Schulform in Deutschland erstellt. Diese wurde als „Gesamtschule“ bezeichnet und sollte, je nach politischer Akzentuierung, das dreigliedrige Schulwesen ergänzen oder ersetzen. Das Konzept der Bildungskommission:

> *„Die Gesamtschule nimmt für sich in Anspruch, erzieherische Forderungen optimal zu verwirklichen, die für eine demokratische Industriegesellschaft unbestritten von allen Seiten erhoben werden, als da sind: Chancengleichheit für alle; Förderung des Einzelnen gemäß Neigungen und Fähigkeiten; Vermeidung verfrühter Schullaufbahnentscheidungen und deren ständige Korrigierbarkeit; breites Fächerangebot entsprechend der Vielfalt der Begabungen und der Erfordernisse der Gesellschaft.“*[12]

Außerdem sollte diese Gesamtschule „eine wissenschaftliche Schule für alle“[13] sein:

> *„Die Gesamtschule geht von dem Prinzip aus, dass in diesem Sinne heute allen Schülern gemeinsam eine Einübung in die Grundform des wissenschaftlichen Denkens vermittelt werden muss. Darum lässt sich die Trennung in eine volkstümlich-elementare, in eine technisch-praktische und in eine wissenschaftlich-theoretische Bildung nicht mehr aufrechterhalten. […] Durch die Realisierung der Gesamtschule können vermutlich wirksam Barrieren beseitigt werden, die einer wissenschaftlichen Bildung für möglichst alle Menschen unserer Gesellschaft entgegenstehen.“*[14]

[10] „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“, („HAZ“), 20. März 1969.
[11] „HAZ“,12. Mai 1969.
[12] Deutscher Bildungsrat, 1970, 287
[13] ebenda, 297
[14] ebenda, 300

Auch sprach sich die Bildungskommission für eine stärkere „Individualisierung des Lernens“[15] für eine „bessere Förderung“[16] und für ‘größere Chancengleichheit“[17] mit vielfältigen „sozialen Erfahrungen in der Gesamtschule“[18] aus.

Diese Reformkonzepte stellten die bildungspolitische Folie auch für die Diskussionen dar, die zeitgleich in Niedersachsen und in Hildesheim zum Thema Gesamtschule geführt wurden.

Die Hildesheimer integrierte Gesamtschule wurde zwischen 1968 und 1971 in einer Zeit geplant und gegründet, in der die Situation im Rat der Stadt durch eine erstarkte SPD, eine in Bildungsfragen noch unentschiedene CDU und eine reformbereite linksliberale FDP geprägt war. Ab Mitte der 1970er Jahre wandelte sich dies: Die CDU positionierte sich auch vor Ort zunehmend als „Bewahrerin des begabungsgerechten dreigliedrigen Schulsystems“[19], der Einfluss der SPD in der Stadt ging zurück und die Hildesheimer FDP wurde in Bildungsfragen konservativer. Ähnliches ereignete sich ab 1976 im Land Niedersachsen mit dem Regierungswechsel zu einer CDU-geführten Landesregierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht.

Einer der „Väter der niedersächsischen Gesamtschulen“, **Dieter Galas**[20], bemerkt zu dieser Gründungszeit:

> *„Die zu Beginn des Schuljahres 1971/72 startenden IGS in Aurich, Braunschweig, Fürstenau, Garbsen, Hannover, Hildesheim und Langenhagen verdanken ihre Gründung der Initiative „von unten“. Lehrkräfte und Eltern nutzten ab 1969 das sich im Zusammenhang mit den Ereignissen von „1968“ öffnende Reformfenster, bildeten Initiativ- und später Planungsgruppen und erwirkten in ihrem Sinne positive Beschlüsse der für die Beantragung von Schulversuchen zuständigen kommunalen Schulträger. Leitbegriff war in diesem Zusammenhang die Herstellung von Chancengleichheit für die Schülerinnen und Schüler aus allen Sozialschichten. Auf Seiten des Landes gab es zu diesem Zeitpunkt kein diesbezügliches Reformprogramm“*[21,22]

---

[15] ebenda, 301
[16] ebenda, 303
[17] ebenda, 305
[18] ebenda, 307
[19] Vgl. Gauger, 2011 und Zick, 2008
[20] Dieter Galas war lange Jahre Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Niedersachsen und dann als Ministerialdirigent im niedersächsischen Kultusministerium Leiter der Grundsatzabteilung.
[21] Galas, 2009, 298
[22] „Ende der 1960er Jahre beantragten reformfreudige kommunale Schulträger in Niedersachsen die Errichtung einer „Integrierten Gesamtschule“, wobei sie sich an Vorbildern aus Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen orientierten. Die Genehmigung für sieben Standorte erfolgte durch den

Die Entstehung der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim[23] war demgegenüber aber nicht so sehr die Folge einer breiten Reformbewegung vor Ort und „von unten". Die Robert-Bosch-Gesamtschule ist in Hildesheim deshalb Wirklichkeit geworden, weil einige wichtige und einflussreiche Persönlichkeiten sich dafür einsetzten: Aus dem Bildungsministerium in Bonn der (von 1965 bis 1972 amtierende Hildesheimer Bundestagsabgeordnete und) Staatssekretär Joachim Raffert[24], von der Robert

---

damaligen, bis 1970 amtierenden Niedersächsischen Kultusminister Richard Langeheine (CDU). Die Gründungserlasse für die genannten Schulen, die noch auf keiner gesetzlichen Grundlage basierten, gaben den Schulträgern vor, jahrgangsweise eine Integrierte Gesamtschule nach den Grundsätzen einer Empfehlung der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates aufzubauen. Diese „Empfehlung zur Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen", beschlossen am 31. Januar 1969, kann gleichsam als die „eigentliche Geburtsurkunde der Gesamtschule in der Bundesrepublik" angesehen werden. Das Versuchsprogramm sah die Einrichtung von mindestens 40 Gesamtschulen in allen Ländern der Bundesrepublik als „offene" Versuche vor." aus: Galas, ebenda, 297

[23] Die Stadt hatte 1970 93.800 Einwohner. Sie war mehrheitlich evangelisch geprägt: 59 Prozent der Einwohner waren evangelisch, 33 Prozent katholisch. (Quelle: Volkszählung 1970 Statistik der Stadt, in: Kremeier, Gerhard, Basisdaten 73, Hildesheim und seine Umlandgemeinden, Stadtarchiv Hildesheim Bestand 150–15 Nr. 53) Gleichzeitig ist die Stadt katholischer Bischofssitz. In der Stadt gab es Ende der 1960iger Jahre zwei katholische und drei städtische Gymnasien. Politisch war die Stadt von bürgerlichen Mehrheiten aus CDU und FDP geprägt. Nur für zwei kurze Zeiten (1964 bis 1968 und 1972 bis 1974) gab es in Hildesheim eine andere (SPD geführte) Mehrheit. Für die Phase der Gründung der Gesamtschule ist von Bedeutung: Von den 37 Sitzen im Stadtrat entfielen in der Zeit nach der Wahl im Jahr 1968 17 auf die SPD, 15 auf die CDU, 2 auf die FDP, 1 auf die NPD und 2 auf Wählerlisten. Es gab von 1968 bis 1972 eine „kleine" CDU-FDP-Koalition und einen CDU-Oberbürgermeister (Adolf Boyken, Schulleiter des Gymnasiums Andreanum). Bei der Kommunalwahl 1972 erreichte die SPD von den zu vergebenden 45 Plätzen 24 Sitze, die CDU 19, die FDP 1 und 1 Sitz entfiel auf „Unabhängige". Oberbürgermeister wurde (wie schon 1964) wieder der SPD-Mann Friedrich Nämsch. Er blieb dies bis 1975 und wurde durch den „Partnerwechsel" der FDP zur CDU vom CDU–Mann Heiko Klinge abgelöst. (Quelle: Wichard, Rudolf, Wahlen in Hildesheim 1867 – 1972, Olms-Verlag 1975 Hildesheim) Bei der Kommunalwahl im Jahr 1976 wendete sich das Blatt. Die SPD hatte eine Stimme verloren (von 21 auf 20) und die CDU (von 23 Sitzen auf 25) hatte wieder die Rathausmehrheit (der insgesamt 47 Sitze) inne. Oberbürgermeister wurde der CDU-Mann Heiko Klinge. Diese Mehrheitsverhältnisse bestanden im Prinzip durchgängig bis heute (2011) fort.

[24] Joachim Raffert erinnert sich 20 Jahre später: „Eine Schule wird gegründet. Dass die Robert-Bosch-Gesamtschule Jubiläum feiern kann, darüber freue ich mich mehr als über viele andere Anlässe. Wer vor 1945 „hinter der Bahn" aufgewachsen ist, wird das noch besser nachfühlen können, als die Jüngeren oder die, die später in die Nordstadt gezogen sind und nicht die Schwierigkeiten kennen, die Nordstadtschüler früher hatten. Bis nach dem zweiten Weltkrieg gab es hier nicht einmal eine Grundschule. Schon die Sechs- bis Zehnjährigen mussten weit laufen: Katholische Mädchen und Jungen zur Moltkeschule gegenüber der Elisabethkirche, die evangelischen zur Bahnhofschule an der Kaiserstraße. Wer hatte damals schon ein Auto, mit dem ein Kind mal schnell zur Schule gebracht werden konnte? Welches Kind unter zehn Jahren besaß ein Fahrrad, mit dem es den Schulweg hätte machen können? Und der städtische Nahverkehr beschränkte sich auf eine Straßenbahnlinie entlang der jetzigen Peiner Straße. Nach dem Kriege wurde es besser. Weiterführende Schulen aber gab es auch dann noch nicht. An eine Realschule oder ein Gymnasium war überhaupt nicht zu denken. Man wohnte und lebte im „Arbeiterviertel". Im Vergleich zu anderen Stadtteilen blieb der Anteil der Kinder, die zu „höheren" Schulen gingen, eher gering. Erst in den sechziger Jahren konnte mit Erfolg versucht werden, die Lage von Grund auf zu verbessern. Selbst in der Bundesrepublik hatte sich herumgesprochen, dass das dreigliedrige Schulsystem – Hauptschule, Realschule, Gymnasium – durchaus nicht „das einzig Wahre" ist. In Skandinavien, in Großbritannien, in den Niederlanden, den USA und in vielen anderen westlichen Ländern waren und sind Gesamtschulen die Regel. Wer in der Bundesrepublik etwas ändern wollte, konnte darauf verweisen. Auch der Mann, von dem die Anstoßfinanzierung für die RBG ausgegangen ist, musste erst überzeugt werden. Bosch-Generaldirektor Merkle gab eine Million DM aus der Robert-Bosch-Stiftung, nachdem ihm unabhängige Sachverständige den Wert einer Gesamtschule gerade für die Kinder nachgewiesen hatten, die in einem Stadtteil wie der

Bosch GmbH in Stuttgart der Geschäftsführer Dr. Hans-Lutz Merkle, vom Regierungspräsidium in Hildesheim der Präsident Dr. Günter Rabus und aus der Landesregierung in Hannover der Kultusminister Dr. Peter von Oertzen: Ab August 1968 gab es Verhandlungen zwischen der Bezirksregierung und Stadtverwaltung Hildesheim mit der Hauptgeschäftsführung des Robert-Bosch-Konzerns. Dem Bosch-Konzern war wegen seines innerbetrieblichen Entwicklungsprogramms wie aufgrund des allgemeinen Personalbedarfs an Nachwuchs von hoch qualifizierten Fachkräften für Labor, Entwicklung, Forschung und Verwaltung gelegen. Der Bosch-Konzern stellte der Stadt einen Zuschuss für einen Schulneubau in Aussicht. Dies wurde mit dem Wunsch verbunden, „dass einer neuen Modellschule, möglichst einer Gesamtschule, der Vorzug gegeben werden sollte".[25] „Im März 1969 kündigten die Firmenleitungen von Bosch und Blaupunkt an, dass sie zu einer gemeinsamen Spende [aus der Bosch-Stiftung; W.K.] in Höhe von 1 Million DM bereit seien, wenn diese Summe als Grundstock für den Bau einer Gesamtschule in Hildesheim verwendet werde, die den Namen ‚Robert-Bosch-Schule' tragen soll. Starke Unterstützung fand der Plan einer Gesamtschule durch den Regierungspräsidenten [in Hildesheim; Anm. W.K.].[26] Um in der Stadt den Entschluss für den Schulversuch

---

Nordstadt wohnten. Das Geld von Bosch kam also nicht nur, weil die Schule den Namen des Firmengründers tragen sollte, sondern aus pädagogischen Gründen. Sie haben Dr. Merkle so beeindruckt, dass er den Vorschlag des damaligen Oberstadtdirektors von Hildesheim, die Stadt wolle für das Geld lieber einen Archivturm bauen und keine Gesamtschule gründen, zurückwies. Im Rat setzte sich die SPD, deren schulpolitischer Sprecher ich gewesen war, gegen alle Verdächtigungen für die Gründung der RBG ein. Der städtische Schuldezernent, Dr. Höffinghoff, sonst keineswegs auf einer Linie mit der SPD, half, die Voraussetzungen zu schaffen:
Zwei Jahre hintereinander wurden je zwei fünfte Klassen einer Haupt-, einer Realschule und eines Gymnasiums in das leer werdende Gebäude der Evangelischen Hauptschule Richthofenstraße gelegt, als „Vorlaufklassen" für die RBG. Sie bekamen einen Koordinator, Dr. Klaus Oehlmann, der allerdings dann nicht als erster Schulleiter eingesetzt wurde. Überzeugungsarbeit musste auch im Kultusministerium geleistet werden. Minister Langeheine, ein CDU-Mann in der damals „rot-schwarzen" Landesregierung, stimmte nicht leichten Herzens, schließlich aber doch zu, unter dem Druck von guten Argumenten und das Jahr für Jahr größer werdenden Zahl von Schülerinnen und Schülern an der Richthofenstraße. Dass die RBG nicht nur für die Nordstadt geöffnet wurde, sondern für die ganze Stadt und auch für den Landkreis, war und ist richtig. Wir haben von Anfang an gefordert, dass Abschlüsse aller Schularten und auf allen Stufen angeboten werden müssen und dass die RBG als Ganztagsschule zu führen sei, was noch ganz außergewöhnlich war. In beiden Punkten haben wir recht behalten. Damit alles selbstkritisch beurteilt und weiterentwickelt werden konnte, wurde vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft eine wissenschaftliche Begleitung finanziert. Das Jubiläum der Gesamtschulen in Niedersachsen, von denen die RBG eine der ältesten ist, wenn nicht die erste überhaupt, feiere ich also besonders gern mit." Raffert, in: Stadtteilzeitung „Der Nordstädter", Ausgabe 6, 1991, Standort: AdGdRBG, Ordner Presse 1991.

[25] vgl. dazu Herwig et al., 1972, 137 ff.

[26] Vgl. hierzu Herbert Kastner, der zunächst in der Bezirksregierung Hildesheim für die neue Hildesheimer Gesamtschule zuständig war und bald darauf (1970) Ministerialrat in Hannover wurde und im Kultusministerium für alle neuen niedersächsischen Gesamtschulen verantwortlich war. Herbert Kastner, ein Hildesheimer, beschreibt die Entwicklung in seinen beruflichen Lebenserinnerungen (2010) folgendermaßen: „Ein zusätzlicher, aber wohl entscheidender Anstoß für eine Gesamt-

‚Gesamtschule' zu erleichtern, wurden auch vom Regierungspräsidenten finanzielle Unterstützungen in Aussicht gestellt; außerdem wurde die Spende von Bosch und Blaupunkt auf 1,32 Millionen DM erhöht."[27] Das Schul- und Kulturamt der Stadt Hildesheim stellt dazu am 30. April 1969 in einer Vorlage für die Ratsausschüsse fest:

> *„Bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Bosch-Blaupunktwerke über die Erweiterungsinvestitionen wurde die Frage gestellt, ob die Robert Bosch GmbH über eine Spende den Schulbau (gedacht war zunächst an den Neubau der Volksschule Neuhof/Hildesheimer Wald) in Hildesheim fördern könnte. Diese Frage wurde bejaht, jedoch wurde die Finanzhilfe „für einen modernen Schulbau, z.B. in Form einer Gesamtschule" in Aussicht gestellt. Da ein solches Schulbauprojekt in Hildesheim zunächst nicht zur Diskussion stand, wurde versucht, die Spende für ein anderes Projekt, z.B. für den Neubau der Bücherei bzw. des Archivs zu erhalten. Am 13.03.69 haben die leitenden Herren der Bosch-Blaupunkt-Werke in Hildesheim in einem Gespräch, an dem auch Herr Oberbürgermeister Boyken teilnahm, nochmals den Wunsch wiederholt, die in Aussicht gestellte Spende für einen modernen Schulbau – d.h. für die nunmehr auch in Niedersachsen versuchsweise Gesamtschule – zu verwenden. Die Schule sollte den Namen des Firmengründers „Robert-Bosch" erhalten. Für den Fall, dass die Stadt diesem Wunsche nachkäme, wurde eine Erhöhung der Spende (von 1 Mio DM auf etwa 1.320.000 DM) in Aussicht gestellt. Auch sollte diese Schule aus der Produktion der Bosch- und der Blaupunkt-Werke mit modernen audiovisuellen Lehr- und Lernmitteln versorgt werden, wobei die Zusammenarbeit mit der neuen Pädagogischen Hochschule ein weiteres positives Moment sei. Dieses Angebot wurde anlässlich des Ratsbesuches bei den Werken am 18.03.1969 wiederholt. Der Regierungspräsident hat am 24.03.1969 die Stadt Hildesheim als Standort für einen Gesamtschulversuch vorgeschlagen. Wie aus Presseberichten hervorgeht, ist Hildesheim vom Niedersächsischen Kultusministerium für einen solchen Schulversuch vorgesehen."*[28]

---

schule in Hildesheim erfolgte in den Verhandlungen der Stadtverwaltung und der Bezirksregierung mit dem Bosch-Blaupunkt-Konzern im August 1968. Aus der betriebsinternen Dokumentation der Bosch-Werke Stuttgart vom 02. Dezember 1970 und dem dortigen Bericht Professor Hillers geht hervor, dass die geplante wesentliche Erweiterung der in Hildesheim bestehenden Produktionsstätten strukturelle Voraussetzungen erfordere, die von der Stadt getroffen werden müssten. Die daraus folgende Mehrbelastung für die Stadt war für diese ein Anlass, den Bosch-Konzern um einen Zuschuss für den Schuletat zu bitten. Die Bosch-Werke waren zu einer großzügigen Spende bereit, baten aber darum, „dass einer neuen Modellschule, möglichst einer Gesamtschule, der Vorzug gegeben wurde" [Hiller, ebenda]. Sie machten der Stadt die Errichtung einer Integrierten Gesamtschule aus der Sorge um den notwendigen Nachwuchs an hoch qualifizierten Fachkräften aus grundsätzlichen bildungspolitischen Erwägungen zur Auflage. Es wurde festgelegt, dass der Betrag für die Ausstattung der Schule bestimmt sei und nicht für bauliche Maßnahmen verwendet werden sollte. Damit entstand ein Zugzwang, der meinen eigenen pädagogischen Argumenten entgegenkam und deren Realisierung förderte." (Kastner, 2010, 3)

[27] Herwig et al., 1972, 139 f

[28] StaA Hildesheim, Best. 103-40 Nr. 6267 (Akte)

Die „gesellschaftliche Basis“ für diese bildungspolitische Großreform beschränkte sich in der Stadt auf einige in der Gesamtschulfrage aktive Lehrkräfte (18 davon arbeiteten im ersten Jahr 1969/1970 als Abordnung an den „zusammengeführten Klassen“, dann an der Planung der neuen Schule mit - davon 4 mit Gymnasiallehramt, 4 Realschullehrer, 10 Hauptschullehrer)[29]. Die lokale Abteilung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützte die Hildesheimer Gesamtschule zum Beispiel mit einigen Informationsveranstaltungen vor Ort.[30]

Die öffentliche Resonanz auf diese Schulgründungsidee war von Anfang an groß: Der Vorsitzende des städtischen Schulausschusses und spätere Hildesheimer CDU-Vorsitzende und CDU-Landtagsabgeordnete Senator[31] Anton Teyssen, der am katholischen Gymnasium Josephinum arbeitete, war ein lautstarker Skeptiker und Kritiker der Gesamtschule. Widerstand kam auch von Realschullehrern. Viele Zeitungsartikel und auch Leserbriefe aus dem Jahr 1969 dokumentieren dies.[32] Der „Verein katholischer deutscher Lehrerinnen“ warnte im Januar 1969 vor der „Gesamtschule als Wunderpille.“[33]

Die Beschreibung der Geschichte der Robert-Bosch-Gesamtschule erfolgt in den Ausführungen in zwei größeren Abteilungen, einmal von 1969 bis 1989, der „Zeit der Gründung und des Akzeptanzverlustes“, und zum anderen von 1990 bis 2014, der „Zeit des Neubeginns und der Anerkennung“.

Diese Zwanzigerjahresschritte werden dann noch einmal in Dekaden unterteilt. In den beiden ersten Dekaden in den Jahren von 1969 bis 1989 wurde die Schule

[29] vgl. Herwig et al., 1972, 136

[30] vgl. dazu „In der Gesamtschule wird in Teams gearbeitet“, „Hildesheimer Presse“ vom 11. Juni 1969, in: Presseberichte über die Robert-Bosch-Gesamtschule, 1969, AdGdRBG Presse Ordner 2007 und in: Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 500, 11.06.1969.
Grundsätzliche Anmerkung zur Zitierweise aus regionalen Zeitungen: Die Zeitungen sind im Stadtarchiv Hildesheim chronologisch im Bestand 500 archiviert und können dort auch mit dem Zeitungstitel und dem Erscheinungsdatum gefunden werden. Insofern werden in der folgenden Arbeit die Fundstellen der regionalen Zeitungen nicht mehr gesondert ausgewiesen. Außerdem befinden sich Kopien der Presseartikel, nach Jahren sortiert, im Archiv der Geschichte der Robert-Bosch-Gesamtschule (AdGdRBG) in Hildesheim, Richthofenstraße 37.

[31] Damalige Bezeichnung für die Mitglieder des Verwaltungsausschusses im Rat der Stadt Hildesheim

[32] Am 20. Mai 1969 gab es gleich drei Leserbriefe von Realschullehrern gegen die Idee einer Gesamtschule. Zum wiederholten Male positionierte sich dabei auch der Rektor der städtischen Freiherr-vom-Stein-Realschule. ‘Hildesheimer Allgemeine Zeitung“, („HAZ“) 20. Mai 1969, in Presse 1969, AdGdRBG 2007.

[33] „HAZ“ vom 16. Januar 1969, in: „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“, („HAZ“) vom 12. Mai 1969, in AdGdRBG, Ordner Presse 1969.

umfangreich, vielfältig und divergent konzipiert, sie nahm ihre Arbeit auf - und geriet bald in eine negative öffentliche politische Diskussion. Die Akzeptanz der Schule in der Bevölkerung, abzulesen an den Anmeldezahlen, ging stetig zurück. Am Ende dieser Zeit gab es Bestrebungen des Schulträgers, der Schule die gymnasiale Oberstufe zu nehmen und die Schule als „Hauptschule de Luxe“[34] auf die Jahrgänge 5 bis 10 zu beschränken.

In den beiden folgenden Dekaden in den Jahren von 1990 bis 2014 sind dann viele pädagogische Initiativen der Lehrkräfte zu beobachten; diese wurden ergänzt durch eine planvolle Gestaltung der Reformprozesse durch die Schulleitung. In diesen 24 Jahren gelingt der Schulgemeinschaft eine grundsätzliche Wende, und die Akzeptanz im Umfeld - und weit darüber hinaus - steigt immer mehr an. In dieser Zeit tritt ein neuer Schulleiter im Jahr 1990 sein Amt an; und im Jahr 1999 wird die Schule von einer internationalen Jury zur Teilnahme an der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover ausgewählt. Die Robert-Bosch-Gesamtschule, so die Auswahlentscheidung, sei in international vorzeigbarer Weise eine „Schule der Völkerverständigung“ und eine „ökologische Schule der Zukunft“[35]. Mit der Teilnahme an der Arbeitsplatzuntersuchung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erfolgte im Jahr 2001 ein folgenreicher Schritt der Schulentwicklung. Eineinhalb Jahre später, im Dezember 2002, wurden auf einer Tagung der Funktionsstelleninhaber in Hustedt bei Celle die entscheidenden Entwicklungsziele herausgearbeitet. Hier entstand ein Entwicklungskonzept, das als „Masterplan der Schulentwicklung“[36] vor allem die Arbeit in der letzten der Dekade dieser Berichtszeit prägte.

Die Chronologie dieser Jahre wird in diesem Teil II der Fallstudie auf verschiedenen Ebenen beschrieben: Die Darstellung geschieht zunächst in einer exemplarischen Wiedergabe der Diskussionen in den entscheidenden politischen Gremien der Stadt; es folgt eine Vorstellung der Debatten und Diskussionen in der Schule selbst (und hierbei hauptsächlich die Diskussionen in den Gesamtkonferenzen[37]). Ferner werden die für die Schule relevanten öffentlichen Auseinandersetzungen in den lokalen

[34] So der damalige didaktische Leiterder Schule, Jos Schnurer, im Jahr 1979 zum Autor
[35] So die Jury der EXPO 2000 in der Zertifizierungsurkunde der Robert-Bosch-Gesamtschule (Ort. Schulleiterzimmer, RBG Hildesheim, 2014)
[36] Dieser schulische Entwicklungsplan wurde von dem Dennis Shirley, Pädagogikprofessor in Boston am Boston Colleg, bei einem Besuch der Robert-Bosch-Gesamtschule als „Masterplan“ tituliert.
[37] Die Quellen sind im Stadtarchiv der Stadt Hildesheim archiviert. (StaA Hildesheim, Bestand Nr.103 u.104)

Medien dargelegt. Besondere Reformschritte werden intensiver beschrieben. Die Beschreibungen werden ergänzt durch Berichte und Interviews mit wichtigen Akteuren aus den jeweiligen Entwicklungsphasen.

Geschichte der Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim

Dekade 1 Gründung und Akzeptanzverlust

Dekade 2

Dekade 3 Reformen und Reputation

Dekade 4

1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013

Gründungsphase

Krise

Wende

Aufstieg

Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit

Vielfalt und Divergenzen im Kollegium

Keine Führung der Schule „von unten" wie „von oben"

Brüchige gesellschaftliche Verankerung der Schule

Pädagogischer Initiativen der Basis

„Einbettung" in das gesellschaftliche Umfeld

Explizite Steuerung der Schule

Gründungsdiskussion in den politischen Gremien der Stadt
Spende von Bosch Blaupunkt (1 Million D-Mark)
Planungsgruppe legt die Grundlagen für die neue Schule fest („Rahmenplan I")
„Grundzüge der Robert-Bosch-Gesamtschule"
1.September 1971: Beginn des Unterrichts an der Robert-Bosch-Gesamtschule
„Demokratische Schulverfassung" – „Integration und Differenzierung"
„Rahmenplan II" von 1973:
Pädagogische Schwerpunkte und Aufbau der Schule
Reformschwerpunkt: „Technik – Wirtschaft – Betrieb" („TWB")
Integrierte Gesamtschule als „reformpädagogische Ganztagsschule"

Schulträger und Schule entzweien sich
Politische Positionen werden klarer: Stadt und Land gegen Gesamtschulen
Streit mit dem Schulträger um den „Westtrakt"

Neue Auseinandersetzungen begleiten den Weg
Streit mit dem Kultusministerium bei der Besetzung der Schulleiterstelle
„Kommunistischer Lehrer", „Vandalismus"
Eskalation des Streits um den „Westtrakt"

Der Streit zwischen Schule und politischem Umfeld nimmt weiter zu
Stark rückläufige Schülerzahlen

Erst implizite, dann strategische Wende
Vielfältige zusätzliche Aktivitäten der Lehrkräfte in den Jahren ab 1985

Offensive Offentlichkeitsarbeit – die Schule wird in den Medien erstmals wieder positiv wahrgenommen

<u>Pädagogische Initiativen:</u>

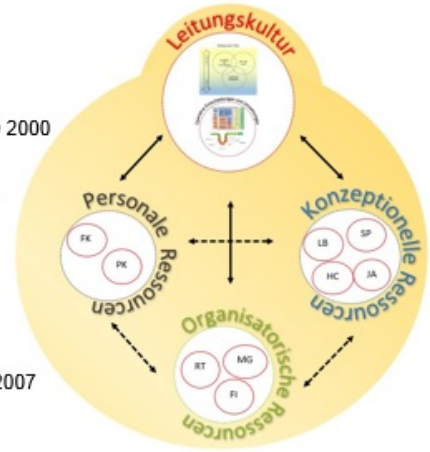
„Schulgarten"
„Baltic-Sea-Project"
„Umweltschule für Europa"
„Sommerschule"
„Sommertheater"
„Wochenplan" und „Freiarbeit"
„Fachpraktika" und „Facharbeit"
„Jahresthema" in der Oberstufe
„Prima Klima"

Ausgewählt zur Teilnahme an der EXPO 2000

„Arbeitsplatzuntersuchung" (APU)
Funktionertagung Hustedt: „Masterplan"
„Begehbarer Lehrplan"
„Jahresarbeitsplan"
„Leitbild" und „Schulprogramm"
Flächendeckende „Hospitationen"
„Schülerfeedback"

Ganztagsschulpreis 2006
Hauptpreisträger Deutscher Schulpreis 2007

Schulinspektion



2. Dekade 1. 1969 - 1979: Konzepte und Reformen

2.1. Gründungsinitiative

Am 15. Juli 1968 wurde erstmals in einer Sitzung des Rates der Stadt Hildesheim über das Thema „Integrierte Gesamtschule“ gesprochen. Die Ratsfrau Wilma Bayer (SPD) schlug vor, sich in einer der nächsten Sitzungen genauer über den Stand der Hildesheimer Realschulen zu informieren.[38] Die beiden bestehenden städtischen Realschulen seien stark nachgefragt und es müsse Abhilfe bei der Schulraumnot geschaffen werden. In der darauffolgenden Ratssitzung im September 1968 berichtete der Stadtschulrat Dr. Wilhelm Höffinghoff (FDP), dass eine „dritte Realschule gebaut werden müsste und zwar in der Nordstadt“[39]. Ratsherrin Bayer wies „auf die völlig unzulänglichen Raumverhältnisse in der Renataschule hin […] Der Bau einer dritten Schule müsste deshalb mit allen Mitteln angestrebt werden.“ Die Stadt Hildesheim stand vor einer Entscheidung für eine zusätzliche weiterführende Schule. Diese, so die Meinung einiger weniger SPD-Ratsmitglieder, könnte auch eine „Gesamtschule“ sein.[40]

In den Fokus der Beratungen des Schulausschusses des Rates der Stadt Hildesheim trat das Thema „integrierte Gesamtschule“ ein halbes Jahr später am 24. Januar 1969. Unter dem Punkt „Problem der Ganztagsschule und Gesamtschule“ führte der Stadtschulrat Dr. Wilhelm Höfinghoff aus, dass es eine Anfrage des niedersächsischen Städtetages gebe, „deren Zweck es ist, einen Überblick zu gewinnen über die Bemühungen der Mitgliedsstädte zur Einführung der Ganztagsschule und der Gesamtschule.“[41] Wenn auch in Hildesheim eine Schule dieses Typs noch nicht vorhanden sei, so ergebe sich doch die Frage, ob die Stadt Hildesheim sich nicht an dem Versuch beteiligen solle. Die Mitglieder des Ausschusses, so das Protokoll der Sitzung, waren übereinstimmend der Auffassung, dass eine Diskussion hierüber verfrüht sei. Man solle zunächst die weitere Entwicklung abwarten und die Erfahrungen sammeln, die andere Städte mit diesen Schulen machen würden, war die vorherrschende Meinung. Damit war die Idee einer Gesamtschule für die Stadt Hildesheim aus Sicht des lokalen Schulausschusses zurückgestellt. Am 24. März

[38] vgl. StaA Hildesheim, Bestand 103-10, Nr. 9, 170
[39] ebenda
[40] ebenda, 172
[41] StaA Hildesheim, Bestand 104-1, Nr. 129, 104

1969 erfolgte jedoch eine Anfrage der SPD im Rat.[42] Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Buhl trug vor, dass „sich das niedersächsische Kultusministerium Anfang April des Jahres mit der Frage befassen werde, welche Städte für den seit einiger Zeit diskutierten Schulversuch einer Gesamtschule ausgewählt werden sollen“[43]. Nach Buhls Kenntnis hatten sich etwa 60 Gemeinden dafür gemeldet, von denen aber nur 6 bis 7 Berücksichtigung finden würden. Die Diskussion darüber, ob in Hildesheim ein solcher Versuch gestartet werden solle, sei noch nicht abgeschlossen, so dass vom Rat zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Stellungnahme noch nicht erwartet werden könne. Er wolle aber anregen, „nicht den Termin zu versäumen und sich in die Bewerberliste aufnehmen zu lassen.“[44] Oberbürgermeister Martin Boyken teilte dazu mit „dass die Angelegenheit bereits für eine Beratung im Schulausschuss vorgesehen gewesen sei. Die für letzten Freitag anberaumte Sitzung habe jedoch wegen Erkrankung des Dezernenten um acht Tage verschoben werden müssen. Ihm sei gesagt worden, dass Hildesheim erst einmal gemeldet werden solle.“[45]

Stadtschulrat Dr. Höfinghoff trug in der Schulausschusssitzung vom 18.April 1969 vor: „Aufgrund der Besprechungen und der Planungen im Rahmen der Bosch Blaupunkt Förderung tauchte bei den Bosch Blaupunkt Werken aufgrund der Schulrechtsverhältnisse in Baden-Württemberg der Gedanke auf, eine Gesamtschule zu errichten, die den Namen Robert-Bosch-Schule tragen soll. Für diesen Zweck stellt die Firma Bosch Blaupunkt der Stadt Hildesheim eine Million DM für den Bau einer solchen Gesamtschule in Aussicht.“[46,47] Die Vorlage der Verwaltung dazu wurde am 22. April 1969 vom Schul- und Kulturamt den Ratsgremien vorgelegt. Darin heißt es:

> *„Voraussetzung für die Bildung einer Gesamtschule ist, dass mehrere Schularten (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) auf einem Gelände beieinander untergebracht sind, sie sozusagen ein Schulzentrum bilden, in dem die 3 Schularten selbständig nebeneinander bestehen, d.h. mehr additiv sind. Kommt man zur integrierten Gesamtschule, so findet eine Trennung der Schularten in den einzelnen Jahrgangsklassen nicht mehr statt, so dass z.B. die Klassen 5 einer Hauptschule, einer Realschule, eines Gymnasiums zusammen gesehen werden und von Lehrern verschiedenster Schulart betreut werden. Der Regierungspräsident als*

[42] StaA Hildesheim, Bestand 103-10, Nr. 9, 389
[43] ebenda
[44] ebenda
[45] ebenda
[46] StaA Hildesheim, Bestand 103-40, Nr. 6267
[47] Hier ergibt sich ein Unterschied zu Herwig et al., die 1,32 Millionen Mark als Summe von Bosch/Blaupunkt angeben; s.o. Die Ursache dieser Differenz lässt sich nicht mehr aufklären.

Schulaufsichtsbehörde für Volks- und Realschulen brachte in dem Zusammenhang der Erweiterung Bosch-Blaupunkt den Gedanken einer Gesamtschule ins Spiel, die mit Hilfe der Bosch-Gelder in Hildesheim errichtet werden solle unter Einbeziehung der entsprechenden Gymnasialklassen, wofür allerdings nicht der Herr Regierungspräsident schulaufsichtlich zuständig ist, sondern die Verwaltung für höhere Schulen, Hannover. Der Regierungspräsident hat unter dem 24.03.1969 die Stadt Hildesheim vorgeschlagen als eine Stadt unter mehreren, um hier die Gesamtschule als Schulversuch zu starten. Das Landesverwaltungsamt, Abt. Höhere Schulen, das denselben Berichtstermin hatte, hat infolge mangelnder Koordinierung der Schulaufsichtsbehörden diesen Vorschlag nicht gemacht."[48]

Unterstützt wurde diese Idee vom Hildesheimer Regierungspräsidenten Wilhelm Rabus.[49] Rabus habe, so das Protokoll der Sitzung, am 24. März 1969 beim Kultusministerium die Stadt Hildesheim als einen möglichen Standort für einen Gesamtschulversuch vorgeschlagen. Das gleichfalls zuständige Landesverwaltungsamt, Abteilung Höhere Schulen, hat allerdings „in Folge mangelnder Koordinierung der Schulaufsichtsbehörden diesen Vorschlag nicht gemacht[50].

Auch ein möglicher konkreter Standort, und zwar in der Hildesheimer Nordstadt, einem traditionellen Arbeiterviertel, wurde in dieser Sitzung erstmals ins Auge gefasst: Von der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass sich die Nordstadt „als Schulzentrum/Gesamtschule anbiete, da dort schon in der vorhandenen Baumasse eine Hauptschule untergebracht sei und nach Neuordnung des katholischen Schulwesens und dem Bau der Sonderschule Nord eine Realschule ebenfalls baulich unterzubringen sei, so dass lediglich Gymnasialklassen (18 Klassen) und eine entsprechende Erweiterung der vorhandenen Fachräume zu errichten seien, um das Schulgelände an der Richthofenstraße zum Schulzentrum für diese genannten drei Schularten zu machen."[51] Am Ende der Beratungen des Schulausschusses empfahl das Gremium „dem Gedanken eines Schulzentrums in der Nordstadt näher zu treten und baulich die Möglichkeiten zu schaffen, da dort, wenn der Wunsch seitens der Eltern, der Schulpolitiker und Lehrer besteht, daraus eine Gesamtschule auch in integrierter Form zu machen sei."[52] Der Vorsitzende des Schulausschusses, Anton Teyssen (CDU) meldete allerdings Bedenken an und stellte dar, dass „das

[48] StaA Hildesheim, Bestand 103 – 40, Nr. 6267
[49] ebenda
[50] ebenda
[51] ebenda, 112
[52] ebenda, 113

Land Niedersachsen schon geäußert habe, für Schulversuche in der Richtung Gesamtschule würde das Land keine Baubeihilfen geben“.[53]

In der Ratssitzung vom 12. Mai 1969 wurden die politischen Positionen deutlicher. Anton Teyssen trug zum Punkt „Errichtung einer Gesamtschule in der Nordstadt“ vor, dass weder der Schulausschuss noch der Verwaltungsausschuss das Thema Gesamtschule diskutiert hätten und dass „die Frage, in welcher Form die Schule geführt werden solle, offen gelassen“ sei[54]. Allerdings bemerkte er dazu, dass „der Regierungspräsident sich sehr nachhaltig für das Projekt eingesetzt und eine Gesamtschule in integrierter Form gefordert“ habe[55]. Als weiteres „Geschütz“[56], so Anton Teyssen, sei die Spende der Bosch-Werke angeführt worden. Bevor man jedoch dem Vorschlag nähertrete, sei es notwendig, einige grundsätzlichen Ausführungen zu dem Projekt „Gesamtschule“ zu machen. Der Ratsherr setzte sich dann in „etwa halbstündiger, sehr geschliffen und pointiert vorgetragener Rede mit dem Problem Gesamtschule, wie es in England, Schweden und Amerika bereits praktiziert und in der Bundesrepublik in einigen Städten versuchsweise eingeführt worden“[57] sei, auseinander. Tendenz des Vortrages war, der Errichtung einer Gesamtschule zum jetzigen Zeitpunkt und in der vorgeschlagenen Form nicht zustimmen zu können.[58]

Diese Ausführungen lösten eine zum Teil leidenschaftlich geführte Diskussion aus, an der sich der Bürgermeister Bitterberg (FDP), der Ratsherr Dr. Beitzen (CDU), die Ratsherrin Uleer (CDU), der Ratsherr Buhl (SPD), der Ratsherr Hartmann (CDU), der Oberbürgermeister Boyken (CDU), der Stadtkämmerer Dr. Dietrich, der Stadtschulrat Dr. Höfinghoff, die Ratsherrin Borne (SPD), die Ratsherren Henze (SPD), Senne (CDU), Wöhleke (CDU), Sanftleben (FDP) und Dr. Clauditz (CDU) beteiligten. Aus dieser annähernd zwei Stunden dauernden Debatte sollen hier einige wesentliche Punkte wiedergegeben werden:[59] Bürgermeister Bitterberg nannte das dreigliedrige Schulsystem einen „völlig alten Zopf“, der abgeschnitten werden müsse, und setzte sich für einen „Schulversuch unter wissenschaftlicher Kontrolle“ ein. Ratsherr Dr. Beitzen sagte, dass gegen einen Versuch an sich nichts einzuwenden sei; er frage

[53] ebenda
[54] StaA Hildesheim, Bestand 103-10, Nr. 9, 440 ff
[55] ebenda
[56] ebenda
[57] ebenda
[58] ebenda
[59] ebenda

aber intensiv nach den Kosten. Er sehe nicht ein, warum die Stadt Hildesheim, die ohnehin über Gebühr belastet sei, weitere 10 Millionen DM aufbringen solle. Ratsherrin Uleer hielt es nicht für vertretbar, völlig unvorbereitet ein solches Vorhaben anzufangen. Es habe „unwahrscheinliche Schwierigkeiten in der Praxis“ gegeben. Ratsherr Buhl bedauerte, dass die Information mit solcher Polemik vorgetragen worden sei und bat, die Diskussion sachlich zu führen. Nach dem Gesagten könne man geradezu den Eindruck haben, als hätte Hildesheim keinen Bedarf an weiteren Schulen mehr und als würde man sich in abenteuerlicher Weise auf etwas einlassen. Er erinnerte an die Bosch-Spende und sagte, dass er sich nicht vorstellen könne, dass eine „Firma mit Weltgeltung der Stadt etwas oktroyieren“ wolle. Die Firma Bosch habe weder von einer integrierten, noch von einer additiven, sondern von einer zukunftsorientierten Schule gesprochen. Er glaube auch, dass vom Kultusministerium, das hinter der Idee stehe, Hilfen zu erwarten seien. Der Vorschlag des Regierungspräsidenten beinhalte nichts Anderes, als mit Beginn des neuen Schuljahres in bescheidener Form mit einem Versuch zu beginnen, dessen endgültige Verwirklichung Jahre dauern werde. Ratsherr Hartmann stellte fest, dass es gar nicht darum gehe, ob die Gesamtschule etwas Gutes oder Schlechtes sei. Darüber habe der Rat nicht zu entscheiden. Der Regierungspräsident habe klar gesagt, dass je zwei Klassen der Volksschule, der Realschule und des Gymnasiums zusammengefasst werden sollen als Vorbereitung auf eine integrierte Gesamtschule und dass die Eltern das Recht hätten, frei darüber zu entscheiden. Er sei für den Versuch. Nach etwa zwei Jahren sollten die Eltern nochmals die Möglichkeit erhalten sich zu äußern. Das Elternrecht sei damit doppelt abgesichert. Die Frage an die Stadt Hildesheim sei, ob ein solcher Versuch gewagt werden solle oder nicht. Oberbürgermeister Martin Boyken führte aus, dass er schon zu lange im Rat sei, um nicht gelernt zu haben, die Dinge pragmatisch zu sehen. Es biete sich bei der Umorganisation des Volksschulwesens doch von selbst an, die freiwerdenden Räume zur Verfügung zu stellen und in der Nordstadt ein solches Schulzentrum zu errichten, d.h. die Schulen, die einander zugeordnet sind, zusammenzuführen. Mit Hilfe von draußen und mit Rückenwind durch die Regierung und das Ministerium müsste das zu schaffen sein. Man sollte sich deshalb nicht durch Theorien erschrecken lassen. Auf die Frage von Dr. Beitzen nach den finanziellen Konsequenzen antwortete der Stadtkämmerer Dr. Dietrich etwas unklar, dass die „Stadt für den Schulversuch nicht mehr aufzuwenden“ habe, als sie zur Beseitigung der

Schulraumnot ohnehin aufwenden müsse. Aber die „Gesamtschule“ sei auch baulich etwas Neues, und man könne nicht sagen, was noch alles berücksichtigt werden müsse; aber mit 10 Millionen DM werde man rechnen müssen. Die Planung müsste darauf ausgerichtet sein, dass die Schulen „gegebenenfalls auch wieder auseinander gekoppelt werden“ könnten, wenn es letztlich zu einer Gesamtschule doch nicht kommen sollte. Den Versuch sollte Hildesheim auf alle Fälle mitmachen. Stadtschulrat Dr. Höfinghoff wies darauf hin, dass alle „fromme Theorie“ den Schulträger als solchen eigentlich gar nichts angehe. Nach § 5 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz hätten die Schulaufsichtsbehörden den Bedarf festzustellen. Wenn der Rat einen solchen Beschluss fassen sollte, müsse ein entsprechender Antrag an den Regierungspräsidenten bzw. an die Verwaltung der Höheren Schulen gestellt und von dort genehmigt werden. Was dann an der Schule geschehe, sei nicht Sache der Stadt. Im Verlauf der weiteren Aussprache stellte Ratsherr Senne den Antrag, die Debatte zu beenden und die Angelegenheit in 14 Tagen in einer Sondersitzung nochmals zu behandeln. Ratsherr Wöhleke bat um eine konkrete Formulierung des Beschlusses, der für eine Entwicklung genügend Freiheit lasse.

Zur Formulierung des Beschlusses wurden mehrere Anträge gestellt und wieder zurückgezogen, bis man sich auf Vorschlag von Oberbürgermeister Boyken auf folgenden Antrag einigte:[60]

> *„Der Rat stimmt der Einrichtung einer Gesamtschule in integrierter Form (mit Elternbefragung) auf dem Gelände in der Nordstadt schon jetzt zu. Ergebnis der geheimen Abstimmung am 12. Mai 1969: 17 Stimmen dafür, 14 dagegen, 1 Stimmenthaltung; mithin angenommen*“[61].

Diese Debatte deutet an, in welche Richtung die weitere Begleitung des Projektes „Integrierte Gesamtschule“ durch den Rat der Stadt in Zukunft gehen werde. Die Hildesheimer CDU, angeführt vom Ratsherrn Anton Teyssen (der seine Karriere als Landtagsabgeordneter noch vor sich hatte), war mehrheitlich gegen die Errichtung einer Gesamtschule in Hildesheim. Oberbürgermeister Martin Boyken und Teile der FDP äußerten sich eher zugunsten einer Gesamtschule. Die Hildesheimer SPD war eher für eine integrierte Gesamtschule. Dabei ging es auch um die Behebung der Raumnot. Die bürgerlichen Stimmen des Rates hätten die von der Robert Bosch GmbH in Aussicht gestellten finanziellen Mittel lieber für den Neubau einer

[60] Zu diesem Zeitpunkt gab es im Rat der Stadt 17 SPD-, 15 CDU-, 2 FDP- und 2 Unabhängigen-Vertreter.
[61] StaA Hildesheim, Bestand 103-10, Nr. 9, 440 ff

Kultureinrichtung, wie etwa der Stadtbibliothek oder dem Stadtarchiv, verwendet. Und die Schulraumnot in der Stadt sollte, wenn es nach dem Willen dieser Ratsmitglieder gegangen wäre, durch die Errichtung einer weiteren, dritten, städtischen Realschule[62] gelindert werden.

In den folgenden Sitzungen des Schulausschusses wie des Rates standen die Themen „Gesamtschule in Hildesheim“ bzw. „Gesamtschule in der Nordstadt“ ganz weit oben auf der Tagesordnung. So ging es Anfang Juni 1969 um die Frage, wie groß diese Schule sein sollte und ob es nicht ebenfalls notwendig sein würde, in Hildesheim eine dritte Realschule zu errichten.[63] Im August desselben Jahres wurde erstmalig ein Planungsstab erwähnt, der beim Regierungspräsidenten gebildet worden sei und der seine konstituierende Sitzung demnächst haben werde.[64]

In der Ratssitzung vom 25. Juni 1969 spielte wieder die Errichtung einer dritten Realschule eine Rolle. Ratsherr Teyssen forderte den umgehenden Bau. Ratsherr Dr. Beitzen pflichtete ihm bei und verwies darauf, „dass sich Gesamtschule und dritte Realschule stoßen“[65]. Der Ratsherr stellte dann den Antrag: „Wenn die dritte Realschule und die Gesamtschule sich finanziell stoßen, dann soll die dritte Realschule den Vorrang haben.“[66] Auch die SPD-Ratsherrin und Landtagsabgeordnete Wilma Bayer setzte sich entschieden für die Errichtung und den Bau der dritten Realschule ein. Vom Rat wurde mit großer Mehrheit (bei nur einer Stimmenthaltung) beschlossen „sofort mit den Vorbereitungen für die Errichtung einer dritten Realschule zu beginnen“. Allerdings wurde der vom Ratsherrn Dr. Beitzen gestellte Zusatzantrag „die Gesamtschule in finanzieller Hinsicht zu Gunsten der von den Eltern erstrebten Realschule zurückzustellen“ mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.[67]

Mitte des Jahres 1969 begann die Verwaltung der Stadt – ohne weitere Diskussionen in den politischen Gremien – mit der Planung und den Vorbereitungen zur Gründung der Gesamtschule in der Hildesheimer Nordstadt. Am 26. August 1969 schreibt das Schul- und Kulturamt der Stadt in einer Stellungnahme an den Oberbürgermeister:

---

[62] Im Jahr 1970, also kurz nach der Abstimmung über die Gesamtschule, besuchten von den ca. 12.226 Schülern in der Stadt 8.173 die Volksschule, 1443 die Realschule und 2610 (!) ein Gymnasium (21,5 Prozent). Quelle: Stadtstatistik; Stadtarchiv, Bestand 150-15 Nr. 53). Die drei städtischen Gymnasien waren an ihrer räumlichen Grenze angelangt, vor allem die „Scharnhorstschule“ hatte räumliche Probleme. Und die beiden Realschulen „Freiherr-vom-Stein-Schule“ und „Renataschule“ waren ebenfalls überfüllt. Die Stadt brauchte insofern dringend weiteren Schulraum. (ebenda)

[63] StaA Hildesheim, Bestand 104-1, Nr. 129, 132

[64] ebenda, 143

[65] StaA Hildesheim, Bestand 103-10, Nr. 129, 482

[66] ebenda

[67] ebenda

„Das Niedersächsische Landesverwaltungsamt – Höhere Schulen – und der Regierungspräsident in Hildesheim haben einen Planungsstab gebildet, der die integrierte Gesamtschule Hildesheim vorbereiten soll. Von der Stadt gehört der Unterzeichnete diesem Planungsstab an. Der Planungsstab hat verschiedene Untergruppen gebildet: Untergruppe pädagogisch-didaktische Arbeitsgruppe; Arbeitsgruppe für Bau- und Raumprogramm; (zu dieser Gruppe tritt Baudirektor John); Organisation und Stellenplanung; Öffentlichkeitsarbeit. Die Arbeitsgruppen 1 und 3 umfassen im Wesentlichen die Erarbeitung einer pädagogisch-didaktischen Konzeption, die daraus resultierende Organisation und Stellenplanung. Die Arbeit dieser beiden Gruppen ist vom Nds. Landesverwaltungsamt – Höhere Schulen – dem Oberstudienrat Dr. Oehlmann übertragen, der in der Richthofenstraße wirkt. Seine Tätigkeit bringt es mit sich, dass viel Schreibarbeit anfällt, die bewältigt werden muss. 26. August 1969."[68]

Diesen Planungen kam zu gute, dass ein organisatorischer Vorlauf einer möglichen Hildesheimer Gesamtschule im Norden der Stadt bereits ohne große öffentliche Diskussion eingerichtet worden war. Mit Beginn des Schuljahres 1969/70 wurden zwei Gymnasialklassen und drei Realschulklassen aus städtischen Schulen mit bestehendem Raummangel in die Nordstadt „ausgelagert"; hinzu kamen zwei Hauptschulklassen aus dem Standort selbst. Schulrechtlich blieben diese Schüler zwar ihrer Stammrealschule beziehungsweise ihrem Stammgymnasium zugeordnet. Lehrkräfte, die speziell an einer Gesamtschule interessiert waren, wurden allerdings gezielt an diese „Vorlaufklassen" abgeordnet. Dadurch war eine Situation geschaffen, die eine günstige Ausgangsposition für die Entwicklung der zukünftigen Gesamtschule bot:

[In den freigewordenen Räumen der Nordstadtschule, W.K.] „seien vielmehr zwei fünfte Klassen der Oberstufenschule IV, drei fünfte Klassen der Freiherr-vom-Stein-Schule und zwei fünfte Klassen des Goethe- bzw. Scharnhorstgymnasiums untergebracht. [...] Neu in der Unterrichtsarbeit sei, dass für diese fünften Klassen ein Koordinator bestellt ist, dem die Organisation dieser Klassenstufen obliegt. Er hat die pädagogische Arbeit in den zusammengeführten Klassen zu koordinieren, für Stundentafeln, Lehr- und Lernmittel zu sorgen, Lehrerkonferenzen durchzuführen und mit den Eltern zusammenzuarbeiten. Als Arbeitstitel für die neu entstandene Unterrichtsgemeinschaft ist nach dem Namen des Koordinators die Bezeichnung ‚Gruppe Oehlmann' vorgeschlagen worden."[69]

Die politische Debatte ging im September 1970 im Schulausschuss weiter. Dr. Klaus Oehlmann war am 01. August 1970 zum Leiter der Planungsgruppe für die Gesamtschule in Hildesheim in der Nordstadt ernannt worden und berichtete dem

[68] StaA Hildesheim, Bestand 103-40, Nr. 6267
[69] StaA Hildesheim, Bestand 103-10, Nr. 9, 491

Schulausschuss über die Planungen für die neue Schule. Er führte aus, „dass vor einem Jahr mit der Zusammenführung von insgesamt sechs Klassen begonnen wurde. Inzwischen werden in der Richthofenstraße neun Klassen in der 6. Schuljahresstufe und drei Klassen in der 5. Schuljahresstufe unterrichtet. In Kürze sollen die Eltern dieser Schüler befragt werden, ob sie ihre Kinder ab dem 01. August 1971 als Schüler der Gesamtschule in der Richthofenstraße lassen wollen. Insgesamt soll die Schule bei Sechsstufigkeit 1100 Schüler umfassen. Die Schule soll als Ganztagsschule und als Koedukationsschule geführt werden.“[70] In dieser Sitzung wies Senator Teyssen darauf hin, „das er Kenntnis davon erlangt habe, dass auch Kinder aus dem Landkreis die Schule besuchen würden. Da es sich hier um einen völlig neuen Schultyp handele, der die Stadt Hildesheim erheblich belaste, sollte der Landkreis kostenmäßig beteiligt werden“[71]. Am Ende dieser Sitzung beschloss der Schulausschuss einstimmig die Empfehlung, nach der die Verwaltung „aufgefordert wird, so schnell wie möglich die General- und Detailplanung für die Gesamtschule zu erstellen.“[72]

Für den Planungsstab wurden am 26. Oktober 1970 die Ratsherren Anton Teyssen (CDU) und Werner Wipprecht (SPD) benannt.[73]
Am 30. November 1970 beschloss der Rat:

> *„Die Stadt Hildesheim errichtet für ihr Hoheitsgebiet als Versuchsschule die integrierte Gesamtschule als Ganztagsschule mit Wirkung vom 01. August 1971.“*[74]

In der Debatte zu diesem Punkt wurde darauf verwiesen, dass die Beschränkung auf den Schulbezirk Nordstadt für die Entwicklung dieser Schule eher nicht förderlich sei. Ohne Beschränkung auf einen Schulbezirk wurde dem Antrag mit Mehrheit gegen neun Stimmen bei einer Stimmenthaltung zugestimmt. Offenbar hatten etliche Vertreter der CDU und FDP der Errichtung der Gesamtschule ihr Votum gegeben. Immerhin bestand der Rat aus 37 Mitgliedern.[75] Nach der Klärung des Einzugsbereichs musste die Zügigkeit der Schule festgelegt werden.

Im Schulausschuss war man am 11. Dezember 1970 der Auffassung, dass die eigentlich geplante Sechszügigkeit auf acht Züge zu erweitern sei, da bei acht

[70] StaA Hildesheim, Bestand 104-1, Nr. 129, 155
[71] ebenda 156
[72] ebenda
[73] vgl. StaA Hildesheim, Bestand 103-10, Nr. 9, 489
[74] ebenda, 493
[75] vgl. ebenda, 494

Eingangsklassen wahrscheinlich alle Schüler der Nordstadt und alle weiteren interessierten Schüler der Stadt Hildesheim aufgenommen werden könnten. Damit bliebe die Gesamtschule eine Angebotsschule für das gesamte Stadtgebiet. Dr. Oehlmann, der ebenfalls in dieser Sitzung anwesend war, beklagte sich über „die mangelnde Unterstützung durch die Stadt Hildesheim“[76]. Demgegenüber kritisierte der Ratsherr Teyssen, dass „andere Gesamtschulen eine längere Zeit der Vorbereitung“ gehabt hätten. Es könne von der Stadt nicht verlangt werden, dass nunmehr alles vollendet angeboten werde. Ratsherr Wipprecht war der Auffassung, dass andere Gesamtschulen auch keine längere Zeit der Vorbereitung, jedoch eine größere Unterstützung durch die Verwaltung erfahren hätten. Senator Teyssen erklärte ausdrücklich, dass die Schule, da sie einmal beschlossen worden sei, auch entsprechend ausgestattet werden müsse. Diesen Standpunkt habe er in der Vergangenheit stets vertreten, jedoch könnten diese Mehraufwendungen nicht zu Lasten anderer Schulen gehen. Oberregierungsrat Helmut Müller, der Vertreter des Regierungspräsidenten, äußerte in der Sitzung „sein Befremden darüber, vom Leiter des Planungsstabs hören zu müssen, dass trotz Drängens des Ausschusses auf die verschiedenen Wünsche der Gesamtschule von der Verwaltung nicht einmal geantwortet werden würde. Ein Projekt von überregionaler Bedeutung, wie es die Gesamtschule nun einmal sei, erfordere nach seiner Ansicht auch außergewöhnliche Maßnahmen, sonst müsse mit Konsequenzen, wie sie Dr. Klaus Oehlmann aufgezeigt habe, gerechnet werden.“[77] Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Kontroverse zwischen den Befürwortern und Gegnern der Gesamtschule noch vertieft. Dabei ging es vor allem um finanzielle Mittel. Die Schule benötige für ihren Aufbau viel Geld, aber, so die Kritik[78], die Stadt Hildesheim sei nur sehr zögerlich bereit, dieses auch ausreichend zur Verfügung zu stellen. Das Raumprogramm der Schule wurde in Frage gestellt. Und es wurden finanzielle Mittel nur insoweit versprochen, als sie unbedingt nötig waren.[79] Am 15. Dezember 1970 veröffentlichte das Hochbauamt der Stadt einen „Schulentwicklungsplan für die Stadt Hildesheim“ und stellte in einer Analyse der Schulraumsituation und der Entwicklung der Schülerzahlen in der gesamten Stadt fest, dass in der Nordstadt „für mindestens

[76] StaA Hildesheim, Bestand 104-1 Nr. 129, 173
[77] ebenda, 174
[78] vgl. ebenda
[79] vgl. ebenda, 175

1.440 Schüler im Sekundarbereich I Schulraum“[80] entstehen müsste, um den zu erwartenden Bedarf abzudecken.

Die Vorbehalte vor allem der CDU-Ratsmitglieder hielten an: Am 25. Januar 1971 fragte der Ratsherr Kellner (CDU), „ob dieses Projekt überhaupt noch tragbar für die Stadt sei. Man habe die Gesamtschule zwar beschlossen, aber bis heute lägen noch keine konkreten Pläne und Kostenberechnungen vor. Er halte es deshalb für an der Zeit, im Hinblick auf die hohen Kosten nochmals die Grundsatzfrage zu stellen, zumal mit Zuschüssen anderer Stellen nicht gerechnet werden könne.“[81]

In der Sitzung des Schulausschusses vom 12. Februar 1971 teilte Dr. Höfinghoff mit, „dass durch Erlass des niedersächsischen Kultusministers ab 01. August 1971 die integrierte Gesamtschule als Versuchsschule und Ganztagsschule genehmigt sei“[82]. In dieser Sitzung, sechs Monate vor Beginn der neuen Gesamtschule, wurde das Thema der „Mittagsverpflegung für die Schüler“ erstmals angesprochen. Die Stadt Hildesheim hatte mit der Einrichtung der integrierten Gesamtschule, die als Ganztagsschule geplant war, gleich mehrfach pädagogisches und schulorganisatorisches Neuland betreten. Die Frage, in welcher Weise den Schülern der Ganztagsschule ein Mittagessen angeboten werden und wie dieses zubereitet werden sollte, wurde erstmalig und sofort kontrovers im Februar 1971 im Schulausschuss diskutiert.[83] Außerdem wurde in dieser Sitzung darauf hingewiesen, dass die Gesamtschule „keine bessere Klassenfrequenz als die anderen Hildesheimer Gymnasien“[84] haben sollte. Studiendirektor Wilhelm Dittmann vom Scharnhorstgymnasium „wandte sich gegen die Absicht der Gesamtschule, die Klassenfrequenz auf 30 Schüler zu begrenzen, während an anderen Hildesheimer Gymnasien eine Klassenfrequenz von 35 Schülern in Kauf genommen werden soll.“[85]

Konkret um Geld ging es in der Sitzung des Schulausschusses im März 1971 in der ein erster Finanzierungsplan für die „Durchführung des Projektes in vier Jahren“ vorgestellt wurde.[86] Danach sollte die Schule in den Jahren 1971 bis 1974 erbaut werden und dafür waren 21 Millionen DM vorgesehen. Für das Jahr 1971 sollten, so

[80] Schulentwicklungsplan für die Stadt Hildesheim, StaA Hildesheim, 26, Bestand 103-40, Nr. 83, 15
[81] ebenda, 177
[82] StaA Hildesheim, Bestand 104-1, Nr. 129, 177
[83] Offensichtlich macht man sich bei der Stadtverwaltung erst jetzt die notwendigen Gedanken über die Rahmenbedingungen zur Einrichtung der neuen Schule.
[84] StaA Hildesheim, Bestand 104-1 Nr. 129, 179
[85] ebenda
[86] ebenda, 181

die Verwaltung, 2,5 Millionen DM ausgegeben werden. Senator Teyssen vertrat den Standpunkt, dass „einem Plan, der derartige finanzielle Auswirkungen auf den übrigen Haushalt habe und der dem Ausschuss das erste Mal vorgelegt werde, nicht pauschal zugestimmt werden könne. Ohne eine Behandlung in den Fraktionen, die keine zeitliche Verzögerung für das Projekt bedeute, könne er seine Zustimmung nicht geben."[87] Dennoch beschloss der Schulausschuss, 2,5 Millionen DM für das Jahr 1971 freizugeben.[88] In der Sitzung vom 20. März 1971 äußerte sich der Ratsherr Anton Teyssen für die CDU in ähnlicher Weise, dass „seine Fraktion nicht gewillt sei, einem so teuren Projekt ohne eingehende Vorprüfung im Hau-Ruck-Verfahren zuzustimmen, zumal mit keinerlei Bundes- und Landeszuschüssen gerechnet werden könne."[89] Dem stimmte der Rat mit Mehrheit zu und stellte das gesamte Projekt Gesamtschule politisch wieder zur Disposition.[90] Bald entzündete sich die Diskussion auch an der Frage des Essenszuschusses für die Kinder, die an der neuen Ganztagsschule ein Mittagessen einnehmen sollten. CDU und FDP im Rat lehnten einen Zuschuss für alle Kinder ab, nur bedürftige Kinder sollten durch die Stadt unterstützt werden. Allerdings sollten die Eltern dazu ausführlich über ihre Einkommenssituation informieren.[91]

In der Schulausschusssitzung im April 1971 gab der Ratsherr Teyssen „zu bedenken, dass die Schülerzahl rückläufig sei und dass bei der Einrichtung der Orientierungsstufe weitere Klassen ausfallen würden".[92] Es entzündete sich eine Debatte, in der Anton Teyssen darauf verwies, dass „beispielsweise die Scharnhorstschule zehn Jahre auf ihr Sprachlabor habe warten müssen."[93] Jetzt, so der CDU-Ratsherr, würden der neuen Gesamtschule gleich zwei Sprachlabore bewilligt. Auch hier sollten die Eltern etwas Geduld haben. Die CDU-Fraktion wolle die Gesamtschule zwar nicht verhindern - es bestände ja der Mehrheitsbeschluss des Rates -, aber die Sachlage sei erst genau zu überdenken. Auch wenn die Gesamtschule eine zu begrüßende Sache sei, müsse man schließlich überlegen, ob sie als teuerstes Hochbauvorhaben in Hildesheim jetzt gleichsam in einem Zuge gebaut werden

[87] ebenda
[88] vgl. ebenda
[89] StaA Hildesheim, Bestand 103-10, Nr. 9, 495
[90] ebenda
[91] StaA Hildesheim, Bestand 104-1 Nr. 129, 180
[92] ebenda, 184
[93] ebenda

müsse und die anderen Schulen leer ausgingen.[94] Darauf antwortete auch der Oberregierungsrat Müller von der Bezirksregierung Hildesheim, der an der Sitzung teilnahm. Der Beamte verwies darauf, „dass die Elternschaft nicht gegen den Rat mobilisiert worden sei. Die Unsicherheit resultiere vielmehr aus der Tatsache, dass einzelne Ratsherren ursprünglich für die Gesamtschule gestimmt hatten, weil sie auch Entlastung für andere Schulen bringe, davon jetzt aber nicht mehr viel zu spüren sei".[95] Müller bezeichnete diese Diskussion im Rat der Stadt Hildesheim als „typisch"[96]: Zwar hätte man sich, dem Wunsch von Bosch und Blaupunkt folgend, grundsätzlich für die Errichtung einer Gesamtschule entschieden. Schon bald sei jedoch die geplante Zügigkeit[97] der Schule in Frage gestellt worden, dann würde die Zusammensetzung der Schülerschaft kritisiert, die Baumaßnahmen würden nur schleppend bearbeitet und immer wieder würde darauf verwiesen, dass diese neue Schule mit ihren Kosten in keiner Weise die anderen Schulen in Hildesheim beeinträchtigen dürfte und dass dieses Projekt eigentlich für die Stadt Hildesheim viel zu teuer sei.[98]

Die Dissonanzen zwischen dem Schulträger und der Schule gingen nach dem *Beginn des Schulbetriebs am 01. September 1971* weiter. Ein Schlaglicht auf diese Vorgänge wirft folgende Begebenheit: Im Oktober 1972 schlug der Stadtschulrat Höfinghoff der Schule vor…

> *„[…] zu erörtern, ob es nicht zweckmäßig ist, das Einzugsgebiet der Robert-Bosch-Gesamtschule soweit einzuschränken, dass dieser Schulversuch zuständig ist für die Nordstadt wie bisher und für Drispenstedt, so dass nur noch ein geringer Teil der Schüler aus dem übrigen Stadtgebiet an dem Schulversuch Robert-Bosch-Gesamtschule teilhaben kann. Das mag ein Nachteil sein; demgegenüber steht als Vorteil, dass von der Gesellschaftsstruktur und den Sozialverhältnissen her die Nordstadt und Drispenstedt sich sehr ähneln und man das Angebot der Chancengleichheit in erster Linie dort anbieten sollte, wo von der Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur her eine solche Chancengleichheit am notwendigsten erscheint."*[99]

Diesem Versuch, die Sozialstruktur der Schülerschaft der neuen Gesamtschule von vornherein auf den Bereich eher „bildungsferner Stadtteile" einzugrenzen, wider-

[94] ebenda, 185
[95] ebenda
[96] ebenda
[97] Die Schule war zunächst als 6-zügige Schule geplant worden. Wegen der großen Nachfrage wurde sie dann allerdings 1971 als 8-zügige Schule, also mit acht parallelen Klassen pro Schuljahrgang, eröffnet.
[98] StaA Hildesheim, Bestand 104-1 Nr. 129, 185
[99] Brief an die Schule am 10. 0ktober 1972; Ort: AdGdRBG

sprach die Schulleitung der Robert-Bosch-Gesamtschule. Im November 1972 antwortete das Schulleitungsmitglied der Robert-Bosch-Gesamtschule Dr. Helmut Washausen:

> *„Eine Einengung des Einzugsbereichs auf Schüler aus der Nordstadt und aus Drispenstedt ist auf folgenden Gründen nicht anzustreben: 1. In einer Gesamtschule, die sich die soziale Integration der Schüler aus allen sozialen Schichten zum Ziel gesetzt hat, muss die Schülerpopulation sozial heterogen zusammengesetzt sein. Bei einer Beschränkung des Einzugsgebietes auf die Nordstadt und Drispenstedt wäre die Schülerschaft in sozialer Hinsicht weitgehend homogen. 2. Die Heterogenität der Schülerschaft muss auch im Hinblick auf die Befähigungen gewährleistet sein. Der überwiegende Teil der Schüler aus den nördlichen Stadtteilen stammt aus bildungsfernen Schichten. Die Zahl der Übergänge zu weiterführenden Schulen liegt deutlich unter dem Durchschnitt der übrigen Stadtteile. Die Förderung dieser Schüler aus der Nordstadt ist am besten in heterogen zusammengesetzten Gruppen zu leisten (vgl. dazu den Gutachtenband des Deutschen Bildungsrates ‚Begabung und Lernen') [...] 5. Die von der Stadt Hildesheim mit großem finanziellen Aufwand erstellte Robert-Bosch-Gesamtschule, die in einigen Unterrichts- und Organisationsbereichen Modellcharakter erhalten soll, sollte nicht nur von den Bewohnern eines einzigen Stadtteils genutzt werden können. Die besondere Aufgabe aller an diesem Schulversuch Beteiligten bleibt unbeschadet dessen bestehen: Ein Schul- und Bildungszentrum für einen* in soziokultureller Hinsicht benachteiligten Stadtteil zu schaffen.“[100]

Standort Nordstadt

Mit der Grundsatzentscheidung des Rates vom 12. Mai 1969 war die Frage des konkreten Standortes gleich mitentschieden worden. Die Schule sollte am 01. September 1971 in der Hildesheimer Nordstadt errichtet werden. Dazu sollten auch die dort schon vorhandenen Gebäudeteile der ehemaligen katholischen Hauptschule („Oberstufenschule“) und der ehemaligen Oberstufenschule IV in der Richthofenstraße genutzt werden. **Wolfgang Herwig** bemerkt dazu:

> *„Weder das Stadtzentrum mit seinen vielen Schulen noch die siedlungsextensiven Randzonen und Eingemeindungsbereiche der wachsenden Stadtregion im Süden, die sich eigentlich für einen solchen Schulversuch angeboten hätten, kamen danach für dieses Projekt in Frage. Sein jetziger Standort wurde von allen Seiten mit sozialen Gründen gerechtfertigt, da es sich bei der „Nordstadt“ um eine dicht besiedelte Vorstadt mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Arbeitnehmern handelt. Bei gewiss unterschiedlichen Motiven bestand über die so erfolgende „schulische Aufwertung“ der Nordstadt im Rat der Stadt Einmütigkeit. Es muss aber auch darauf verwiesen werden, dass nüchterne, pragmatische Erwägungen zur Klärung der Standortfrage geführt haben: einmal gab es die Schwierigkeit, im*

[100] Brief der Kollegialen Schulleitung an Dr. Höfinghoff am 11. November 1972; Ort: AdGdRBG, Ordner Schulleitung 1972

dicht bebauten Stadtzentrum den angemessenen Raum für ein Gesamtschulsystem bereitzustellen, zumal sich hier die akute Schulraumnot besonders eindringlich demonstrierte. Zum anderen musste man befürchten, „dass bei organisatorischen Eingriffen in das bestehende dreigliedrige Schulwesen zugunsten einer integrierten Gesamtschule unnötige schulpolitische Konflikte heraufbeschworen worden wären". [101]

Bereits zum Schuljahr 1970/1971 war von der Planungsgruppe unter Dr. Oehlmann der Versuch unternommen worden, mit den zwei Jahrgängen 5 und 6 aus den ausgelagerten Schulen (zwei Oberschul[102]-, zwei Realschul- und eine Gymnasialklasse pro Jahrgang) eine „Vorstufe" hin zu einer späteren Gesamtschule zu entwickeln. Dieser Versuch scheiterte jedoch:

„Mit den in der Nordstadt zusammengeführten Klassen und Lehrkräften hätte ein erstes wirksames Mittel der Planungsverwirklichung geschaffen werden können. Die Klassen verblieben aber formalrechtlich während der zwei folgenden Schuljahre bei den jeweils auslagernden Schulen, mussten folglich getrennt nach Volksschul-, Realschul- und Gymnasialrichtlinien und nach den an den jeweiligen Schulen eingeführten Lehrbüchern unterrichtet werden. Die Zustimmung zu einem ersten Versuch einer gesamtschulähnlichen Unterrichtsorganisation wurde nicht erteilt. Trotz wiederholter Bemühungen des Koordinators und späteren Planungsleiters war es ebenfalls nicht möglich, das Einverständnis des Kultusministeriums dazu zu erhalten, die in der Nordstadt zusammengeführten Klassen offiziell als Vorlaufphase eines noch zu genehmigenden Schulversuchs zu bezeichnen und die den Versuch vorbereitenden, dort tätigen Lehrer als eigenständiges Kollegium zu konstituieren." [103,104]

Hieran änderte auch die am 05. Februar 1971 erfolgte offizielle Genehmigung des „Schulversuchs Robert-Bosch-Gesamtschule" ab dem 01.September 1971 zunächst nichts. Die beiden ausgelagerten Jahrgänge blieben formell ihren Stammschulen zugeordnet. Später erklärten dann die meisten der Erziehungsberechtigten, dass sie mit einer Integration ihrer Kinder in die neue Gesamtschule einverstanden seien und die ersten Abiturienten (aus diesen beiden Jahrgängen 1969 und 1970) die Robert-Bosch-Gesamtschule bereits im Sommer 1978 beziehungsweise 1979 verlassen konnten.[105]

Die aus 23 Personen (Lehrkräften und Vertretern der Stadt Hildesheim) zusammengestellte Planungsgruppe legte in der sehr kurzen Zeit von 1969 bis 1970 die Linie in

[101] Herwig et al, 1972, 141 f
[102] Dies der damalige Name in Niedersachsen für die „Hauptschulen"
[103] Herwig et al., 1972, 14
[104] Dies geschah letztmalig mit einem Schreiben des Regierungspräsidenten an den Kultusminister am 27. Oktober 1970, in: StaA Hildesheim, Bestand 103-40, Nr. 6267.
[105] vgl. Herwig et al., 1972, 142

Richtung einer Modellschule mit dem bundesweit einzigartigen Schwerpunkt Technik-Wirtschaft-Beruf (TWB) fest. Mitte 1970 habe es dann, so Herbert Kastner im Rückblick, ein Planungskonzept gegeben, der von ihm später als „erster Rahmenplan“[106] bezeichnet wird. **Herbert Kastner** erinnert sich:

> *„Von entscheidender Bedeutung für den Aufbau der Robert-Bosch-Gesamtschule (RBG) war die Arbeit des Planungsstabes, der in drei Abschnitten die Grundlagen für die Konzeption, die Organisation und die Lehr- und Lernziele für die neue Schule erarbeitete. Der Hildesheimer Schulversuch sollte, wie bereits gesagt, ein von anderen Gesamtschulkonzeptionen unabhängig erarbeitetes Modell sein. Das Prinzip der Durchlässigkeit sollte konsequent realisiert werden. […] In dieser Zielvorstellung lag die für die RBG charakteristische bildungspolitische Konzeption begründet, dass auch mittels des besonders ausgeprägten Fachbereichs ‚Technik-Wirtschaft-Beruf‘ und mit abschlussorientierten Differenzierungsverfahren individuelle studien- bzw. arbeitsweltbezogene Abschlüsse erreicht und damit Chancengleichheit angestrebt werden sollten. Die scharfen Gegensätze von Allgemeinbildung und Berufsbildung sollten dadurch abgebaut werden.“* [107]

Im Januar 1971, wenige Monate vor Beginn des ersten Schuljahres, beschloss der Rat der Stadt, dass die neue Schule nicht sechszügig, sondern achtzügig werden und das Einzugsgebiet der neuen Schule nur noch das Stadtgebiet und nicht mehr auch den Landkreis Hildesheim umfassen sollte. Damit würde vorrangig der Zugang von Kindern aus der strukturschwachen Nordstadt sichergestellt. Die anderen Stadtteile sollten die danach noch freien „Überhangplätze“ erhalten:

> *„Zum 01. September 1971 wurde die erste vollzählige Schuljahresstufe von 240 Schülern zur RBG zugelassen, die aus 435 gemeldeten Kindern ausgewählt worden war. Alle 113 Kinder der 5. Klassen der Oberstufenschule Richthofenstraße und 16 Geschwisterkinder (von Schülern der zusammengeführten Klassen) wurden ohne weiteres aufgenommen. Aus den restlichen 306 Bewerbern wurden 111 künftige Gesamtschüler in der Weise ausgelost, dass sie gemeinsam mit den 129 bereits zugelassenen Kindern einem Testverfahren […] unterzogen wurden, das vom Lehrstuhl für Psychologie an der PHN-Abt. Hildesheim durchgeführt wurde und einer Groblenkung zur Einstufung der Kinder in potentielle Haupt-, Real- und Gymnasialschüler diente, die dann durch Los nach dem Proporz 50:25:25 ausgewählt wurden“.*[108]

[106] Ein solcher „Erster Rahmenplan“ ist weder im Archiv der Stadt, noch in den schulischen Unterlagen zu finden. Alle von mir dazu befragten Akteure (Albrecht Grimm, Klaus Oehlmann, Helmut Washausen) erinnern sich nicht mehr an einen solchen „ersten Rahmenplan“. Gleichwohl erinnern sie sich an eine Vielfalt von verschiedenen Planungsideen aus der Planungsgruppe Oehlmann. Diese Konzepte wurden als Einzelne vervielfältigt und an die Verwaltungen der Stadt und der Bezirksregierung weitergegeben. Ein zusammengefasstes „Gesamtkonzept“ gab es jedoch nicht.

[107] Kastner, 2010, 3

[108] Herwig et al., 1972, 158

Durch diese Regelung wurden in den ersten Jahrgang der Schule 240 Kinder aufgenommen. Potenzielle Hauptschüler waren mit 50 Prozent in der Mehrheit. Im Jahr 1970 besuchten in Hildesheim 21 Prozent der Schüler das Gymnasium; 11 Prozent die Realschule und 67 Prozent die Hauptschule.[109] Die Zusammensetzung der neuen Gesamtschule orientierte sich nicht (wie heutzutage, 2013) an einem „repräsentativen Querschnitt" der Schülerschaft, sondern es wurden mehr leistungsstarke Kinder als durchschnittlich vorhanden aufgenommen.

Langwierige und zähe Verhandlungen zwischen der Stadt und der Schule über die Errichtung eines angemessenen Schulgebäudes in der Nordstadt prägten auch die folgenden Jahre von 1974 bis 1978. Im Rat der Stadt kam es fortwährend zu Auseinandersetzungen um die Gewährung finanzieller Mittel. Hier einige Schlaglichter aus den Debatten dieser Zeit:

- In der Ratssitzung vom 14. Mai 1973 fragte der CDU-Ratsherr Kurt Machens[110], „wer die in der „Süddeutschen Zeitung" erschienene Anzeige der Robert-Bosch-Gesamtschule, in der Lehrer aller Schularten und Fachrichtungen gesucht wurden, bezahlt habe, und falls die Stadt die Kosten getragen haben sollte, wie hoch diese waren und ob dieses Verfahren für alle Schulen gelte." Der Stadtschulrat Höfinghoff bestätigte, dass die Anzeige von der Stadt Hildesheim aufgegeben worden sei. Der Ratsherr Teyssen zog daraus den Schluss, dass die Gesamtschule - abgesehen von der Technikerschule oder den Berufsschulen - offenbar „die größten Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Personal" habe, und fragte, ob das auf die Schulart zurückzuführen sei. Er zitierte in diesem Zusammenhang aus dem Artikel einer von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft herausgegebenen Zeitschrift kritische Äußerungen zum System der Gesamtschule und fügte hinzu, dass seine Schule [das Josephinum, W.K.] sich vor Bewerbungen nicht retten könne[111].

- In der Schulausschusssitzung vom 01. Februar 1974 bat der Ratsherr Siegfried Keuper (SPD) um Auskunft, „ob es zutreffe, dass Vertreter der Robert-Bosch-Gesamtschule aufgrund eines Konferenzbeschlusses nicht zu dem Informationsgespräch in die katholische Volksschule Marienburger Höhe, Brom-

[109] vgl. Strukturdaten und Analysen, StaA Hildesheim, Best. 150-15, Nr. 35
[110] Der Vater des gleichnamigen späteren Oberbürgermeisters Kurt Machens
[111] vgl. StaA Hildesheim, 104-1 Nr. 129

berger Straße, eingeladen“[112] wurden. Das gleiche gelte für die katholische Volksschule IV. Schulrat Frischmuth erklärte, dass an keiner Schule ein solcher Beschluss gefasst worden sei. Herr Salge erklärte als Elternvertreter der K II, Bromberger Straße, dass keine Benachteiligung beabsichtigt sei. Man lade jedoch nicht Vertreter aller Schularten ein; zur näheren Information würden die Eltern an die jeweiligen Schulleiter verwiesen. Ratsherr Rössig (SPD) sah in diesem Verfahren eine „Selektierung der Auswahlmöglichkeiten“. Zur umfassenden Information sei die Anwesenheit eines Vertreters eines Gymnasiums, einer Realschule und der Gesamtschule erforderlich. Die umfassende Information solle zugelassen werden, sonst könnte der Eindruck entstehen, dass versucht werde zu manipulieren“[113].

1974 hatten (aufgrund der Gebietsreform), zwei Jahre nach der voran gegangenen Wahl von 1972, Kommunalwahlen stattgefunden. Die SPD verlor ihre Mehrheit (mit der FDP) und neuer Oberbürgermeister wurde der CDU-Mann Heiko Klinge.

Die Auseinandersetzungen um die Mittel für den Schulbau eskalierten im Jahr 1976[114]. In der Ratssitzung vom 31. Mai stellte die CDU-Fraktion die schriftliche

[112] ebenda
[113] ebenda
[114] In den Schulausschusssitzungen der Jahre 1974ff ging es immer wieder um den Schulbau, sowohl des Gebäudes für die Sekundarstufe II als auch für den Ganztagsbereich, der zum damaligen Zeitpunkt noch keine eigenständige räumliche Unterbringung gefunden hatte. Außerdem ging es auch immer noch um die Baumaßnahmen für den noch zu schaffenden Modellversuch des Arbeitsbereiches Technik-Wirtschaft-Beruf. In der Sitzung vom Mai 1975 wurde mit 8 zu 6 Stimmen beschlossen, einen Ansatz von 5,3 Millionen DM für die Robert-Bosch-Gesamtschule um 2,1 Millionen auf 3,2 Millionen zu kürzen. Damit wurde vom Schulausschuss für den Haushaltsplan des Jahres 1975 ein Weiterbau des Ost- und Westtraktes nicht befürwortet. Vielmehr sollte offensichtlich nur ein Teil des geplanten Gebäudes endgültig fertig gestellt werden. Die entscheidende Sitzung des Schulausschusses zu dieser Frage fand dann am 25. Juni 1975 im Lehrerzimmer der Robert-Bosch-Gesamtschule statt. In dieser Sitzung trat die Kontroverse zwischen der SPD auf der einen Seite und der CDU/FDP auf der anderen Seite deutlich zu Tage. Die Stadtverwaltung, vertreten durch den Dezernenten Dr. Wilhelm Buerstedde, war auf Seiten der CDU/FDP Mehrheit und begründete die Ansicht, „zurzeit keine weiteren Mittel für die RBG zur Verfügung zu stellen. Er wies auf den starken Geburtenrückgang hin und sprach die Befürchtung aus, dass Schulräume gebaut würden, die später leer stehen. Außerdem könne auch der Regierungspräsident noch keine definitiven Aussagen über die Entwicklung machen, so dass Investitionen vorerst unterbleiben sollten.“ Das Protokoll vermerkte dann eine interessante Debatte zwischen der SPD einerseits und der CDU andererseits. Ratsherr Hartmut Möllring stellt für die CDU Fraktion folgende Anträge: „a) Für die Absicherung der Baustelle des dritten Bauabschnitts sind im Haushaltsplan 1975 100.000 DM bereit zu stellen.“ (Das Protokoll verzeichnet: „Einstimmig empfohlen“) „b) Über die Notwendigkeit des Ausbaus von 5 Fachklassenräumen ist nach den Sommerferien zu beraten; Mittel sind dann evtl. in den Nachtrag einzustellen.“ Ergebnis: „9 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen“.
Außerdem hält das Protokoll fest, dass „der Antrag von Ratsherrn Reinhard Rössig – für die SPD Fraktion – bei 7 Ja- und 8 Nein-Stimmen abgelehnt“ wurde. (Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 104-1 Nr. 129, 212) Damit hatte der Schulausschuss den Fertigbau der Robert-Bosch-Gesamtschule in der ursprünglich geplanten Form revidiert und einen Baustopp für den sogenannten West-Trakt, den 3.

Anfrage zur sportlichen Versorgung der Robert-Bosch-Gesamtschule und forderte für den Haushalt 1977 den dringenden Bau einer neuen Sporthalle. Von Seiten des SPD-Ratsherrn Eduard Seitz wurde darauf hingewiesen, dass die SPD/FDP-Fraktion „in allen Beratungen zum Haushalt immer wieder auf die Dringlichkeit des weiteren Ausbaus der Robert-Bosch-Gesamtschule, und dazu gehöre auch eine größere Sporthalle für die in der Nordstadt ansässigen Schulen und Vereine, aufmerksam gemacht habe. Die Anträge seien immer abgelehnt worden."[115] Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Engelbert Nelle, betonte dazu, „daß es ausschließlich um den Turnhallenbau an der Robert-Bosch-Gesamtschule, […] dagegen nicht um die vorgebrachten weiteren Ausbauwünsche, die sich auch durch die Untersuchung zum Schulgutachten als nicht haltbar herausgestellt hätten, gehe."[116]. Im weiteren Verlauf der Beratungen meldeten sich vor allem die SPD Ratsherren Walter Vogt und Rudi Krebsbach zu Wort: Vehement forderten sie die Fortsetzung der Baumaßnahmen für die Robert-Bosch-Gesamtschule.[117]

Die Neubaumaßnahmen traten im Jahr 1976 in eine entscheidende Phase. Für die gymnasiale Oberstufe, die Erstellung eines Ganztagsbereichs und für Räumlichkeiten für das Modellprojekt TWB war der Neubau eines Hochhauses an der Nordfront des Schulgeländes geplant. Die Räumlichkeiten für die gymnasiale Oberstufe, der östliche Teil dieses neuen Hochhauses, waren bei allen politischen Gruppierungen im Stadtrat weitgehend akzeptiert. Der andere, westliche, Teil des neuen Hochhauses, der so genannte „Westtrakt", war jedoch politisch stark umkämpft. Der Anlass dafür war, dass in der Bildungspolitik des Landes das Konzept der Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung am Ort der allgemein bildenden Schulen nicht weiter präferiert wurde und dadurch die Grundlage für das Raumkonzept für den Westtrakt ins Wanken geriet. Dies wusste man auch im Hildesheimer Rathaus und der Ratsherr Teyssen wies in der Junisitzung des Rates im Jahr 1976 darauf hin, „daß die SPD-Fraktion in der Vergangenheit

---

Bauabschnitt, verfügt. Weitere Schulausschusssitzungen gingen immer wieder auf dieses Problem ein. Im September 1975 stellte der Ausschussvorsitzende Teyssen heraus, „nach Informationen durch den Regierungspräsidenten werde die Stadt eine gutachterliche Stellungnahme erhalten, in der festgestellt wird, dass die Raumplanung für die RBG zu großzügig vorgenommen wurde; der TWB-Trakt sei überflüssig." (StaA Hildesheim, Bestand 104-1 Nr. 129)

[115] StaA Hildesheim, 104-1, Nr. 129

[116] ebenda

[117] vgl. ebenda

bei der Ausstattung der Robert-Bosch-Gesamtschule sehr großzügig gewesen sei. Die Folgen könne man am TWB-Trakt ablesen.“[118]

Dieser Streit um den Schulbau steigerte sich weiter[119] und am 14. März 1977 kam es im Rat der Stadt zu einer heftigen Auseinandersetzung. Eine Delegation der Elternschaft skizzierte die aktuellen Probleme der Schule. „Die Robert-Bosch-Gesamtschule war von Anfang an geplant als integrierte Gesamtschule mit Ganztagsbetrieb und mit Modellversuchen im Bereich Technik-Beruf und Wirtschaft sowie ästhetischer Erziehung […] Die Robert-Bosch-Gesamtschule braucht die Räume des Westtraktes dringend.“[120] Die Elternvertreterin Frau Barbara Krüger akklamierte, dass „sie es entschieden zurückweisen müsse, dass anlässlich einer Schulbesichtigung durch die CDU-Fraktion vorgefundene Plakate und Transparente von ‚Agitpropgruppen hergestellt seien’. Diese Plakate seien gemeinsam von Schülern und Eltern für die ordnungsgemäß genehmigte Demonstration produziert worden. Sie bat darum, vor einer Entscheidung über die Nutzung des Westtraktes sich den wirklichen Alltag an der Robert-Bosch-Gesamtschule anzusehen.“[121] In der Aussprache dazu wies FDP Ratsherr Wolfgang Kessal darauf hin, dass „in der Euphorie der Gründerjahre ein weitaus größerer Raumbedarf für die Robert-Bosch-Gesamtschule eingeplant worden sei. Er erinnerte an die Vorstellung zum Freizeitbereich mit Cafeteria, Diskothek, Extraräume für eine Band, für Entspannung und Muße. [...] Andere Schulen, über deren Raummängel sich in gleicher Weise eine Dokumentation herstellen ließe, hätten jahrelang zurückstehen müssen.“[122] Ratsherr Wolfgang Kessal machte dann deutlich, dass seine FDP-Fraktion der Stilllegung der Baumaßnahmen am Westtrakt zustimmen werde. CDU-Ratsherr Anton Teyssen argumentierte ähnlich. Demgegenüber vertrat SPD Ratsherr Reinhard Rössig die Auffassung, dass „die Schwerpunkte der Robert-Bosch-Gesamtschule diese zusätzlichen Raumangebote erforderlich machen, wenn man nicht den Lebensnerv zerstören wolle. Angebote in den Bereichen TWB und Freizeit würden überhaupt erst durch den vollständigen Ausbau ermöglicht werden.“[123] CDU-Fraktionsvorsitzender Engelbert Nelle drückte seine Verwunderung über den Änderungsantrag der SPD

[118] StaA Hildesheim, 104-1, Nr. 128
[119] Mit dem Bürgermeister Heiko Klinge stellte die CDU nach der Kommunalwahl am 03. Oktober 1976 die Ratsmehrheit.
[120] StaA Hildesheim, 104-1, Nr. 128
[121] ebenda
[122] ebenda
[123] ebenda

aus und wies darauf hin „dass der Beschlussvorschlag das Ergebnis der Verwaltungsausschusssitzung sei, dem die SPD Fraktion zugestimmt habe.“[124] Am Ende einer ausgesprochen hitzigen und konfrontativen Debatte zwischen der CDU und FDP einerseits und der SPD andererseits wurde mit 25 Stimmen bei 8 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen beschlossen, dass „der Westtrakt vorrangig für Zwecke des Berufsschulwesens genutzt werden soll.“[125] Neben der CDU- und der FDP-Fraktion müssen auch mehrere SPD-Ratsmitglieder gegen die Fertigstellung der Robert-Bosch-Gesamtschule, insbesondere gegen die Errichtung eines Gebäudeteiles für den Ganztagsbereich, gestimmt haben.[126]

Der Streit gipfelte dann in der Sitzung vom 20. August 1977, in der die Ratsmitglieder der CDU/FDP-Koalition auf „exorbitante Glasschäden“ in der Robert-Bosch-Gesamtschule hinwiesen. Der für Schulen zuständige Stadtrat Dr. Wilhelm Buerstedde stellte dazu fest, dass „die RBG in der Stadt Hildesheim hinsichtlich der Beschädigungen an der Spitze liege.“[127] Dieser Schilderung widersprach der SPD-Ratsherr Reinhard Rössig.[128]

2.2. Arbeit der Planungsgruppe

Diejenigen, die das pädagogische und organisatorische Grundgerüst der neuen Schule konzipieren sollten, hatten sich unter der Leitung von Dr. Klaus Oehlmann im August 1969 als Gruppe konstituiert. Diese Gruppe organisierte ihre Arbeit in Form eines (übergeordneten) „Planungsstabes“, (themenbezogener) „Planungsgruppen“ und (Teilbereiche konzipierenden) „Arbeitsgruppen“:

> *„Dem Planungsstab der R.B.S. Hildesheim gehören an: Vertreter der Päd. Hochschule Niedersachsen, Abt. Hildesheim, der Lehrerschaft, des Schulträgers, der Elternschaft, der Schulaufsicht für das allgemeinbildende und das berufsbildende Schulwesen, ein Fachberater für Schulraumplanung. Der Planungsstab hat zur Aufteilung seiner Arbeit vier Planungsgruppen gebildet: Pädagogische Konzeption-Didaktik-Methodik; Organisation und Stellenplanung; Raumplanung, Baugestaltung, Ausstattung; Öffentlichkeitsarbeit; Die Planungsgruppen bilden zur Erfüllung*

[124] ebenda
[125] ebenda
[126] Der Westtrakt blieb daraufhin für 6 Jahre bis 1983 ungenutzt und verkam in dieser Zeit zu einer „Neubauruine“. Für viele wurde er ein manifestes Zeichen für eine stadtpolitisch nicht gewollte und nicht getragene Reformmaßnahme. Ein Manko, unter dem die Schule noch viele Jahre leiden sollte.
[127] vgl. StaA Hildesheim, Bestand 104-1 Nr. 129
[128] ebenda

ihrer Aufgaben Arbeitsgruppen, vergeben Teilaufträge, fordern Gutachten an oder ziehen Spezialisten heran.

Die Planungsgruppe bildet Arbeitsgruppen für die Bereiche Gesellschaft, Sprache, Mathematik, Natur, Technik, Kunst, Sport und Spiel. Diese Arbeitsgruppen spezifizieren im Rahmen der Gesamtkonzeption Inhalte und Formen ihrer jeweiligen Teilbereiche, stellen operationalisierte Lehr- u. Lernziele auf, erarbeiten Themen und Unterrichtssequenzen – zunächst für die Schuljahresstufen 5 bis 7 – prüfen und entwickeln entsprechende Arbeitsmittel und beantworten die Frage nach der Leistungsmessung und Leistungsbewertung. Eine spezielle Arbeitsgruppe widmet sich der Aufgabe „Methoden und Medien". Weitere Arbeitsgruppen werden nach Bedarf eingerichtet."[129]

Die Gruppe traf sich regelmäßig ein Mal pro Monat. Im Ergebnis wurden Vereinbarungen für die neue Gesamtschule erarbeitet. Auf diese Weise entstanden, als eine Art „Loseblattsammlung", Ideen und Konzepte zur Gestaltung der Hildesheimer Gesamtschule.[130]

Alles war neu und die rechtliche Basis dieser Entwicklungsarbeit war weitgehend unbestimmt und unklar. In positiver Hinsicht ergab sich daraus ein großer Gestaltungsspielraum. **Dieter Galas** bemerkt dazu:

„Die Gründungserlasse für die genannten Schulen, die übrigens noch auf keiner gesetzlichen Grundlage basierten, sprachen lediglich davon, dass jahrgangsweise eine Integrierte Gesamtschule entsprechend der Empfehlung der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates zur Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschule aufgebaut werden sollte. Weitere Auflagen wurden nicht gemacht. Wenige Monate nach Unterrichtsbeginn wurde dann die „erlassfreie" Schule gleichsam durch Erlass eingeführt. Mit dem Erlass vom 8. Juni 1972 mit dem Titel, „Von bisherigen Schulvorschriften abweichende Regelung bestimmter Fragen in Integrierten Gesamtschulen", erhielten die sieben Pilotschulen offiziell grünes Licht für ihre umfangreiche Erprobungsarbeit, ohne durch einengende Vorschriften von vornherein an der Entfaltung gehindert zu sein."[131]

---

[129] StaA Hildesheim, 103-40, Nr. 6267

[130] Diese Sammlung wird hier von mir als „Rahmenplan I" bezeichnet. Eine ganze Reihe dieser einzelnen Planungskonzepte liegt noch vor. Aber es ist nicht mehr aufzuklären, ob es sich bei den vorliegenden Texten um sämtliche damals entwickelten Planungsideen handelt. Es sollen hier einige der Planungsideen exemplarisch dargestellt werden.

[131] Dieter Galas, in: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Zehn Jahre Gesamtschule in Niedersachsen, 1981, 9 f; und Dieter Galas führt dazu weiter aus: „Im selben Jahr wurden die IGS durch Erlass gleichsam „erlassfrei". So wurden sie u.a. bei der Bewertung der Schülerleistungen nicht an das an anderen Schulformen bestehende System der Vergabe von Ziffernzensuren gebunden; statt herkömmlicher Ziffernzeugnisse konnten Lernzustandsbeschreibungen ausgegeben werden. Befreit wurden die IGS auch von den Bestimmungen der Versetzungsordnungen für allgemeinbildende Schulen; sie sind bis heute gleichsam eine (versetzungsfreie Zone) geblieben." (ebenda)

Im März 1971[132], nach 6 Monaten Planungszeit, veröffentlichte die Planungsgruppe erste pädagogische und organisatorische Überlegungen für die Hildesheimer Gesamtschule:

> *„Die R.B.S. Hildesheim wird nach den Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates vom Januar 1969 als ein Schulversuch mit einer integrierten und differenzierten Gesamtschule eingerichtet.“*[133]

Die Autoren der Planungsgruppe skizzierten ein „variables Organisationsmodell“:

> *„Die Planungsaufgabe besteht darin, die für den Aufbau einer integrierten und differenzierten Gesamtschule konstitutiven pädagogischen, didaktischen und methodischen Prinzipien aufzuzeigen und ein Organisationsmodell zu erarbeiten, das in einer Zeit dynamischer Veränderungen von Bewusstseinsinhalten und materiellen Bedingungen sowohl den Anforderungen der Gegenwart gerecht wird, als auch variabel genug ist, um die Schule für kommende Entwicklungen offenzuhalten. Die R.B.S. Hildesheim ist daher nicht als ein statisches System zu konzipieren, sondern als ein durch pädagogische und didaktische Grundsätze umrissener Freiheitsspielraum, der in sich die Aufforderung enthält, von den jeweils Beteiligten selbst aktiv und verantwortlich gestaltet zu werden. [...]*
> *Pädagogische Akzente. Die pädagogischen Akzente der Gesamtschule liegen in der Förderung jedes einzelnen Schülers bis zum höchsten Maß seiner Entwicklungsfähigkeit. Im Angebot von Bildungsmöglichkeiten, die auf die Befähigung jedes einzelnen Schülers abgestellt sind und gleichzeitig den Anforderungen der Gesellschaft gerecht werden. In der Vorbereitung der Schüler auf eine Welt zunehmender Abstraktion, Verflechtung und Veränderlichkeiten. In der Erziehung zur Urteils-, Gestaltungs-, Ausdrucks-, Erlebnis- und Lernfähigkeit mit der Bereitschaft zu einem lebenslangen Lernen, zur geistigen Mündigkeit und zur sozialen Verantwortungsbereitschaft. Die RBS steht unter dem Primat dieser pädagogischen Zielsetzung. Sie will eine schülergerechte Schule sein; sie wird daher über ihren Charakter als Institution des Lehrens und Lernens hinaus Lebens-, Erfahrungs- und Spielraum für jugendliche Entwicklung werden müssen. Dementsprechend sieht sie in der Förderung ihr oberstes Prinzip. Es verbindet sich mit einem modernen, wissenschaftlich begründeten Verständnis von Begabung, Lernen und Leistung. Der Frage der Schullaufbahn des einzelnen Schülers und ihrer begleitenden Beratung kommt dabei ein besonderes Gewicht zu. […]“* [134]

Es gab keine weiteren Vorgaben des Landes für die neuen Gesamtschulen in Niedersachsen. Theoretisch-programmatische Orientierung boten der Planungsgruppe zum Beispiel das von Heinrich Roth herausgegebene Werk „Begabung und Lernen“[135] und vor allem die diesbezüglichen „Empfehlungen der Bildungskommission der Deutschen Bildungsrates“. Im Jahr 1970 veröffentlichte der Bildungsrat seine

[132] Die Arbeit der Planungsgruppe begann – so die HAZ vom 01. Oktober 1970 – am 12. August 1970.
[133] StaA Hildesheim, Bestand 103-40, Nr. 6267
[134] ebenda
[135] Roth (Hrsg.),1972

„Empfehlung zur Differenzierung in der Gesamtschule“[136], wobei sich die Gesamtschule durch die Art und Weise der (inneren) Differenzierung klar vom dreigliedrigen Schulsystem unterscheiden sollte:

> *„In der Gesamtschule tritt an die Stelle einer fachübergreifenden Leistungsdifferenzierung nach Schularten eine fachspezifische Leistungsdifferenzierung. Der Schüler kann in jedem Fach entsprechend seinen Qualifikationen für dieses Fach gefördert werden. So wird es möglich, einen Schüler, der aufgrund seiner Gesamtleistung gegenwärtig die Hauptschule besuchen würde, in den Fächern, in denen er besonders befähigt ist, auf einem höheren Niveau zu fördern. [..] Durch die fachspezifische Differenzierung kann an Stelle einer punktuellen Auslese für einen Schulzweig die mit jeder Leistungsdifferenzierung verbundene Auslese Fach für Fach zu verschiedenen – jeweils für das besondere Fach sinnvollen – Zeitpunkten und mit einem unterschiedlichen Grad der Leistungsdifferenzierung erfolgen. Die einmalige generelle und schwer revidierbare Auslese wird durch eine graduelle und schrittweise ersetzt. Die Durchlässigkeit kann in einem solchen System wesentlich größer sein, weil ein Überwechseln zu Kursen mit höheren Leistungsanforderungen für jedes Fach einzeln erfolgen kann.“*[137]

Weiter empfahl die Bildungskommission, dass „zwei Differenzierungsniveaus in vielen Fällen völlig ausreichen würden“[138], und es wurden auch Aussagen zum zeitlichen Einsetzen einer „äußeren Differenzierung“ gemacht. Die Bildungskommission ging bei ihrem Vorschlag „davon aus, daß eine äußere Leistungsdifferenzierung erst im 6. Schuljahr schrittweise in wenigen Fächern und zunächst in einem geringen Ausmaß erfolgen sollte. Dadurch wird einerseits der Tatsache Rechnung getragen, daß in diesem Alter in einzelnen Fächern Unterschiede in der Lernfähigkeit zuverlässiger erkennbar werden, andererseits werden Entwicklungsmöglichkeiten lernschwächerer Schüler nicht so weitgehend und endgültig eingeschränkt.“[139]

Am 13. Januar 1971 wurde vom Hildesheimer Planungsstab ein Entwurf über „Grundzüge der Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim“ als hektographierte Kopie veröffentlicht. Dieser Entwurf eines „Rahmenplanes“[140] der Robert-Bosch-Gesamtschule wurde am 15. Mai 1971 von der Planungsgruppe als Grundkonzept der neuen Schule beschlossen:

> *„1. Die Robert-Bosch-Gesamtschule - ein Schulversuch*

[136] Bildungsrat 1970, 313 ff
[137] ebenda
[138] ebenda, 320
[139] ebenda, 221
[140] Dies die von Herbert Kastner später als „Rahmenplan“ bezeichnete erste grundsätzliche Positionsbestimmung der Schule; dieser Plan wird vom Verfasser als „Rahmenplan I“ bezeichnet.

Am 01. August 1971 wird die Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim ihre Arbeit aufnehmen. Sie wird nach den Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates als ein Schulversuch einer integrierten Gesamtschule eingerichtet.

2. Die Planungsaufgabe

Seit August 1969 wird die Gesamtschule Hildesheim geplant. Die Planungsaufgabe besteht darin, die pädagogischen, didaktischen und methodischen Prinzipien aufzuzeigen, die für den Aufbau einer integrierten Gesamtschule konstitutiv sind sowie ein Organisationsmodell zu erarbeiten, das den Anforderungen der Gegenwart entspricht und für künftige Entwicklungen variabel genug ist.

Die Robert-Bosch-Gesamtschule wird daher nicht als ein statisches System konzipiert, sondern als ein durch pädagogische und didaktische Grundsätze umrissener Freiheitsspielraum, der in sich die Aufforderung enthält, von den jeweils Beteiligten selbst aktiv und verantwortlich gestaltet zu werden.

3. Grundzüge der Planung

Die Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim wird als Angebotsschule für Schüler und Schülerinnen aus der Stadt Hildesheim und der Umgebung der Stadt geplant.

Sie umfasst die Sekundarstufe I (5. bis 10. Schuljahresstufe), die sechszügig sein wird, und die Sekundarstufe II (11. bis 12./13. Stufe), die als freies Kurssystem eingerichtet wird, in dem berufs- und studienbezogene Ausbildungsgänge enthalten sind. Sie wird als Ganztagsschule mit einer Fünftagewoche geplant. Übungs- und Schulaufgaben sind integrierte Bestandteile des Unterrichts. In der Mittagspause wird ein Essen angeboten. Es ist ein Schulbesuch aller Schüler bis zum Ende der 10. Schuljahresstufe vorgesehen. Für diejenigen Schüler, die am Ende des 10. Schuljahres in den Beruf einzutreten beabsichtigen, hat das letzte Jahr berufsvorbereitenden Charakter. Am Ende der 10. Schuljahresstufe werden verschiedenartige Abschlüsse erworben, die den Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates zu den Sekundarstufenabschlüssen entsprechen werden. Um Zugänge und Übergänge zu ermöglichen, wird dem Grundsatz der Offenheit zu Gymnasien, Realschulen und berufsbildenden Schulen weitgehend Rechnung getragen. Eine wissenschaftliche Begleitung der Arbeit der Robert-Bosch-Gesamtschule ist vorgesehen.

4. Pädagogische Akzente

Die pädagogischen Akzente der Robert-Bosch-Gesamtschule liegen in der Förderung jedes einzelnen Schülers bis zum höchsten Maß seiner Fähigkeiten; Im Angebot von Bildungsmöglichkeiten, die auf die Befähigung jedes einzelnen Schülers abgestellt sind und gleichzeitig den Anforderungen der Gesellschaft gerecht werden; in der Vorbereitung der Schüler auf eine Welt zunehmender Abstraktion, Verflechtung und Veränderlichkeiten; in der Erziehung zur Urteils- und Lernfähigkeit mit der Bereitschaft zu einem lebenslangen Lernen, zur Erlebnis-, Gestaltungs- und Ausdrucksfähigkeit, zur sozialen Verantwortungsbereitschaft und zur geistigen Mündigkeit. Die Robert-Bosch-Gesamtschule will in Befolgung dieser pädagogischen Zielsetzung über ihren Charakter als Institution des Lehrens und Lernens hinaus den für die Entwicklung der Jugend erforderlichen Lebens-, Erfahrungs- und Spielraum bieten. Das Prinzip der Förderung der Schüler verbindet sich mit einem modernen, wissenschaftlich begründeten Verständnis von Begabung, Lernen und Leistung. Die Frage der Schullaufbahn des einzelnen Schülers und die begleitende Beratung gewinnen dabei besondere Bedeutung.

5. Der Lehrplan

Die Robert-Bosch-Gesamtschule wird die Ansätze der Curriculumrevision aufgreifen und versuchen, sie didaktisch weiterzuentwickeln und in die Praxis umzusetzen. Die Fächeraddition wird zugunsten einer Gliederung in Bildungsbereiche überwunden, die eine Neufassung der Unterrichtsinhalte herausfordert und möglich macht. Die sieben Bereiche Gesellschaft, Sprache, Mathematik, Natur, Technik, Kunst sowie Sport und Spiel berücksichtigen in gleicher Weise den sozialen, den wissenschaftlich-theoretischen, den praktisch-technischen und den künstlerisch-ästhetischen Aspekt von Bildung. Der Bereich Technik steht gleichwertig neben den anderen Bereichen und ist wie diese in seinen Elementarkursen für alle Schüler obligatorisch.

6. Die Unterrichtsorganisation

Für die Unterrichtsorganisation ist geplant, bestimmte fachliche Unterrichtsgebiete mindestens für eine halbe, möglichst für die gesamte Schuljahresstufe zeitlich parallel anzuordnen. Dadurch soll den Grundsätzen der Integration und der Differenzierung in gleicher Weise Rechnung getragen werden. Das ermöglicht in Verbindung mit einer ebenfalls nach dem Bereichsprinzip gegliederten Raumstruktur im Einzelnen eine dem besonderen Unterrichtscharakter jeweils entsprechende Zusammenstellung von Gruppen wechselnder Größe – Einzelarbeit bis Großgruppenunterricht -, Team-Planung und Team-Teaching, flexiblen und rationellen Einsatz von Unterrichtsmedien; eine unterrichtsbezogene Differenzierung in leistungsheterogenere Kurse, Lehrgänge und Projektgruppen; ein wachsendes Angebot von Themen, Disziplinen und Bereichen zur Auswahl durch den Schüler.

Die Unterrichtsorganisation enthält die Elemente, die in einem Kern-, Kurs-, Wahlpflicht- und wahlfreien Unterricht mit Eignungs- und Neigungsdifferenzierung enthalten sind, ohne diese Kategorien zu verwenden. Sie setzt gemeinsame Planung voraus. Lässt aber innerhalb des gemeinsam erarbeiteten Rahmens Lehrern und Schülern größtmögliche Freiheit zu eigener Wahl und Gestaltung.

7. Die Methodik

Folgende Grundzüge werden den Charakter des Unterrichts bestimmen:

Differenzierung und Individualisierung des Lehrens und Lernens; Objektivierung der Leistungsmessung, soweit diese pädagogisch sinnvoll ist; Rationalisierung und Ökonomisierung des Unterrichts durch den Einsatz von Medien, Programmen und modernen Arbeitsformen; Rhythmisierung des Schultages durch die Schaffung variabler Zeiteinheiten, die einen konzentrierten und bei einem Wechsel vor Arbeitsformen und –intensitäten ausgeglichenen Unterricht erleichtern.

8. Planungsstab und Planungsgruppen

Dem Planungsstab der Robert-Bosch-Gesamtschule gehören an: Vertreter der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Hildesheim, des Schulträgers, der Elternschaft, der Lehrerschaft, der Schulaufsicht für das allgemeinbildende Schulwesen sowie ein Fachberater für Schulraumplanung. Der Planungsstab hat zur Aufteilung seiner Arbeit vier Planungsgruppen gebildet: Pädagogische Konzeption – Didaktik – Methodik; Organisation und Stellenplanung; Raumplanung, Baugestaltung, Ausstattung; Öffentlichkeitsarbeit. Die Planungsgruppen bilden zur Erfüllung ihrer Aufgaben Arbeitsgruppen, vergeben Teilaufträge, fordern Gutachten an oder ziehen Spezialisten heran.

9. Mitarbeiter

Zur Mitarbeit an der Planung und Gestaltung der Robert-Bosch-Gesamtschule haben sich aus allen Teilen des Regierungsbezirks und darüber hinaus aus Deutschland und aus dem Ausland Lehrer und Spezialisten aller Schularbeiten und Bereiche gemeldet. Unter den Interessenten und Bewerbern finden sich neben Pädagogen u.a. auch promovierte Mitarbeiter in Universitäten und Hochschulen, Soziologen, Ingenieure und Techniker.
Die Robert-Bosch-Gesamtschule hat damit bereits ein Jahr vor ihrem Beginn ein weites und gutes Echo gefunden. Ihre Planung wird sich in den nächsten Monaten auf einen großen Kreis von Mitarbeitern stützen können und verstärkt der Lehrplanfrage gewidmet sein. Dazu sind alle interessierten Mitarbeiter inzwischen persönlich aufgerufen worden.
Für den Planungsstab der Gesamtschule Hildesheim: Herbert Kastner"[141]

Integration und Differenzierung

Die Differenzierung der Schüler nach fachlichem Leistungsvermögen war von Anfang an einer der wesentlichen Gestaltungs- und Entscheidungspunkte bei der Verwirklichung der Gesamtschule in Hildesheim. Die Planungsgruppe formuliert das in der „Information Nr. 2" vom 19. August 1970 so:

„Für die Unterrichtsorganisation ist geplant, dass jeweils mindestens für eine halbe, nach Möglichkeit für die gesamte Schuljahresstufe der Unterricht parallel liegt. Das ermöglicht in Verbindung mit einer ebenfalls nach dem Bereichsprinzip gegliederten Raumstruktur: eine jeweilige dem besonderen Unterrichtscharakter entsprechende Zusammenstellung von Gruppen wechselnder Größte, Großgruppenunterricht bis Einzelarbeit, Team-Planung und Team-Teaching, Arbeitsteilung, flexiblen und rationellen Einsatz von Lehrern und Unterrichtsmedien; eine jeweilige unterrichtsbezogene Differenzierung in leistungshomogene oder leistungsheterogene Kurse, Lehrgänge oder Projektgruppen; […] Die Unterrichtsorganisation enthält alle Elemente, die in einem Kern-, Kurs-, Wahlpflicht- und wahlfreien Unterricht mit Neigungs- oder Eignungsdifferenzierung enthalten sind, ohne diese Kategorien zu verwenden. Sie setzt gemeinsame Planung voraus, lässt aber innerhalb des gemeinsam erarbeiteten Rahmens Lehrern und Schülern größtmögliche Freiheit zu eigener Wahl und Gestaltung. Der gesamte Unterricht gewinnt dadurch den Charakter und die Atmosphäre von Arbeitsgemeinschaften."[142]

An der Hildesheimer Schule - so sieht es der Entwurf des Rahmenplans von 1971 vor - sollten nach der 10. Klasse alle Abschlüsse vergeben werden.[143] Eine gymnasiale Oberstufe war von Anfang an geplant.

[141] StaA Hildesheim, 103-40, Nr. 6267
[142] StaA Hildesheim, Bestand 103-40, Nr. 6267
[143] Das ist m.E. auch aus heutiger Sicht aufgrund der in Niedersachsen gerade unlängst wieder (2012) von der damaligen CDU-Landesregierung geforderten stärkeren äußeren Fachleistungsdifferenzierung (auf drei Niveaus in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Natur) in integrierten Gesamtschulen nicht uninteressant.

In den Lehrgangsfächern Deutsch, Mathematik und Englisch wurde von der Planungsgruppe eine temporäre „flexible“ Fachleistungsdifferenzierung ab der 5. Klasse auf drei Niveaus vorgeschlagen. Die Zuordnung zu den Niveaugruppen solle nach drei Wochen Unterricht im Klassenverband durch einen ersten Test erfolgen. Nach etwa zweiwöchigem Unterricht in den Gruppen solle dann ein weiterer „Schlusstest“ die endgültige Zuordnung für ein Jahr bestimmen.[144]

„Technik – Wirtschaft – Betrieb“ („TWB“)

Der Rahmenplan stellte dann die besondere Bedeutung des Projektes „Technik-Wirtschaft-Beruf“ heraus. Dies, so die Planungsgruppe, sollte der eigentliche und bundesweit einzigartige Reformschwerpunkt der Schule werden:

> *„Inhaltlich stellt die damals ausdefinierte Gesamtschulkonzeption ein schulreformerisches Novum dar: Soll doch der konsequente Versuch unternommen werden, auf der Basis eines neuen Verständnisses von Schule und ihrer gesellschaftlichen Funktion die immer sich bedrohlicher gestaltende Spannung zwischen Theorie und Praxis, zwischen ‚Schule’ und ‚Arbeitswelt’ (im weitesten Sinne) abzubauen. Die bewusste Bemühung um eine ‚zukunftsorientierte Schule’ in einer Gesellschaft im Wandel ist eines der Hauptmotive dieser Teilbereichsplanung. Werden ‚Bandbreite’, ‚Komplexität’ und ‚fächerübergreifender Anspruch’ dieses neuen Lernbereiches in Verbindung mit den ‚didaktischen Bezügen’ gesehen, dann ergibt sich im Vergleich auch mit anderen IGS-Projekten wirklich eine curriculare Neuausrichtung.“*[145]

Herwig et al. stellten - im Rückblick - das Besondere dieses Reformvorhabens heraus:

> *„Die besondere Bedeutung des Bereichs TWB ergibt sich daraus, dass hier der Versuch unternommen wird, die bildenden Gehalte werktätiger Arbeit stufenweise, der Lern- und Lebenssituation der Schüler angemessen, fächerübergreifend zu erschließen. Dabei soll - durch von Interpretation und kritischer Reflexion begleitetes praktisches Tun - eine bildungswirksame Hinführung zur modernen Arbeitswelt ermöglicht und der Abbau der Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung angestrebt werden. ‚Das allgemeine Ziel eines so verstandenen Unterrichtes ist die Einbeziehung der modernen Arbeitswelt mit ihren vielfältigen technischen, ökonomischen und politisch-sozialen Problemen in unseren Kulturbegriff und in Lernziele und Unterricht der demokratischen Schule mit dem Ziel einer Befähigung des Individuums zur mündigen Selbstbehauptung in der Industriegesellschaft. ‘ [Lehrplanausschuss der Hansestadt Hamburg 1970, Gesamtschulen]“* [146]

[144] vgl. hierzu auch Herwig et al, 1972, 158 f. Aus diesem Text und auch aus den Ausführungen von Washausen et al., 1973, lassen sich einige Festlegungen des ersten Rahmenplanes rekonstruieren.
[145] Herwig et al., 1972, 168 f
[146] ebenda

Dieser Reformanspruch wurde jedoch schon bald relativiert. Das, was die Robert-Bosch-Gesamtschule nach dem Willen ihrer „Gründerväter“ in Stuttgart und Bonn hätte werden sollen, nämlich die Schule, in der allgemeine und berufliche Bildung in besonderer Weise verzahnt werden sollten, sollte sich in der Praxis der Gründungsjahre weitgehend auflösen. Interne Akzentsetzungen spielten hier die maßgebliche Rolle. Externe (bildungspolitische) Umsteuerungen ab Mitte der 1970er Jahre ergänzten dies.

Rahmenplan II

Verschiebungen und Korrekturen der pädagogischen Akzente der Gründer erfolgten mit dem „Rahmenplan II“[147] von 1973. Der vom didaktischen Leiter Helmut Washausen moderierte Rahmenplan II setzte bei dieser erneuten pädagogischen Grundlegung der Schule bei der Praxis, und dabei vor allem bei den Fachbereichen als den für die Qualität des Unterrichts zuständigen Organisationseinheiten, an. Aufgrund der Bedeutung dieses, lange Jahre nicht mehr weiterentwickelten, Planes von 1973[148] sollen hier einige Passagen zitiert werden:

> *„Allgemeine Zielsetzungen. Die Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim ist im Sinne der Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats vom Januar 1969 als ein Versuch mit einer differenzierten und integrierten Gesamtschule angelegt. Die Planungen berücksichtigen folgende Aspekte: Die besonderen Ziele einer differenzierten Gesamtschule: Individualisierung des Lernens (Förderung spezieller Interessen, Schwerpunktbildung); Optimale Förderung jedes einzelnen Schülers (Fachspezifische Förderung, Abbau der Sprachbarrieren); Größere Chancengleichheit (Vermeidung einer frühen, fixierenden Selektion); Umfassenderes Angebot sozialer Erfahrungen (Gemeinsames Schulleben, Projektgruppen, Ganztagsschule); Berücksichtigung neuer Ansätze der Didaktik und Methodik (Lehrplanreform, Änderung der Unterrichtsorganisation, Einsatz audiovisueller Bildungsmittel), die auch von den bestehenden Schularten aufgegriffen werden, in einer Neuplanung aber besser und schneller realisiert werden können. Dabei werden Überlegungen und Erfahrungen, die an anderer Stelle vorhanden sind, genutzt. Die Robert-Bosch-Gesamtschule sieht einen eigenen didaktischen Schwerpunkt in der Entwicklung eines technisch-wirtschaftlichen Unterrichts für alle Schüler. Die Robert-Bosch-Gesamtschule ist gebunden an gegebene schulgesetzliche Bestimmungen und soziokulturelle Bedingungen und muss Übergänge zu anderen Schulen innerhalb und außerhalb Hildesheims ermöglichen.*
>
> *Organisatorischer Aufbau und Abschlüsse*

[147] Bezeichnung von W.K.

[148] Dieser „Rahmenplan“ ist der Versuch, die Schule pädagogisch als Ganzes zu denken und zu beschreiben. Erst viel später (2006 bis 2008) folgt dann ein ähnliches Unterfangen in Form eines „Leitbildes“ und eines „Schulprogrammes“.

Die Robert-Bosch-Gesamtschule ist eine weiterführende koedukative Angebotsschule für Schülerinnen und Schüler aus der Stadt Hildesheim. Der Besuch erfolgt ohne Aufnahmeprüfung und ist freiwillig. Als Versuchsschule sieht sie einen Schulbesuch aller Schüler bis zum Ende des 10. Schuljahres vor.

Die Robert-Bosch-Gesamtschule ist in der 5. bis 10. Schuljahresstufe 8-zügig, um durch einen breit gefächerten differenzierten Unterricht jedem Schüler ein ihm gemäßes Angebot machen zu können. Der weitere Ausbau in der Form einer Sekundarstufe II allgemein- und berufsbildender Art für die 11., 12. und ggf. 13. Jahrgangsstufe wird z.Zt. geplant. Der Aufbau der Schule erfolgt nach Schuljahresstufen. Sie werden bis zum Ende der 10. Schuljahresstufe beibehalten. Jeweils zwei von ihnen werden zu Einheiten zusammengefasst: Schuljahresstufe 5 und 6 (Orientierungsstufe), 7 und 8 (Differenzierungsstufe), 9 und 10 (Optionsstufe). Die Kollegstufe umfasst die Schuljahresstufen 11 bis 12/13.

Definitive Entscheidungen über die Schullaufbahn eines Schülers oder seinen angestrebten Abschluss werden nicht in der sog. ‚Orientierungsstufe' getroffen, sondern so weit wie möglich hinausgeschoben, um nicht durch frühzeitige Fixierungen Entwicklungs- und Förderungsmöglichkeiten abzuschneiden.

In diesem Zusammenhang bedeutet die Wahl oder Nichtwahl der 2. Fremdsprache in Klasse 7 keine Entscheidung über den weiteren Bildungsgang und Abschluß, da sie zu Beginn der 9. Jahrgangsstufe noch einmal angeboten wird.

Über die Wahrung eines für alle Schüler gemeinsamen, inhaltlichen Unterrichtsfundaments hinaus wird das Angebot an Kursen, Themen und Projekten in den Schuljahresstufen 7 und 8 zunehmend größer. (Vergrößerung des Wahlpflichtbereiches; vgl. Stundentafel im Sekundarbereich I, Rahmenplan Nr. 16) Auf dem Fundamentum aufbauend, steht diese Differenzierung des Angebots unter der Maßgabe, jeden Schüler seinen individuellen Lernmöglichkeiten entsprechend zu fördern. In der 9. und 10 Schuljahresstufe treten zu den Kurs-, Themen- und Projektoptionen nunmehr – verstärkt im Vergleich zum 7./8. Schuljahr – noch die Bereichsoptionen. Mit der Entscheidung für bestimmte Bereiche steuert der Schüler jetzt auch bestimmte Abschlussqualifikationen an. Das 9. Schuljahr hat verstärkt berufsorientierenden, das 10. Schuljahr berufsfeldvorbereitenden Charakter. Die Schüler steigen am Ende eines Schuljahres in die nächste Stufe auf. Bei bestimmten Leistungsausfällen kann vom 7. Schuljahr an fachweise die Einstufung in einen Kurs geringerer Leistungsstufe erfolgen. Am Ende der 10. Jahrgangsstufe erwerben die Schüler je nach Bereichswahl und Leistungsstufen verschiedenartige Qualifikationen. Sie entsprechen, dem Hauptschulabgangszeugnis, dem Hauptschulanschlusszeugnis, dem Realschulabschlusszeugnis, dem Abschluss 10. Klasse des Gymnasiums.

Die beiden letzten Abschlüsse enthalten die Berechtigung zum Besuch der Sekundarstufe II (Abitur I). Es wird angestrebt, daß die berufsbezogen erworbenen Qualifikationen auf die berufliche Bildung angerechnet werden.

Die Sekundarstufe II wird als ein jahrgangsübergreifendes Kurssystem eingerichtet, das die Zusammenstellung von berufs- oder studienbezogenen Ausbildungsgängen ermöglicht. Sie wird nach zwei- oder dreijährigem Besuch mit dem Abitur II abgeschlossen, das je nach den erworbenen Qualifikationen die allgemeine oder die Fachhochschulreife beinhaltet.

Der gesamte Sekundarbereich wird in Schuljahresstufen eingeteilt. Die Schüler einer Schuljahresstufe werden, bevor sich anderweitige Gruppierungen ermögli-

chen lassen, in acht heterogene, hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit und sozialen Herkunft möglichst gleichmäßig zusammengesetzte Gruppen (‚Stammgruppen') aufgeteilt."[149]

Dieser neue Rahmenplan wollte ein verändertes Differenzierungskonzept.[150] Im Vergleich zum ersten, zwei Jahre zuvor veröffentlichten, Rahmenplan war vorgesehen, dass im 5. und 6. Jahrgang keine äußere Fachleistungsdifferenzierung mehr erfolgen sollte. Auch einer „flexiblen Differenzierung" wurde eine Absage erteilt. Dies sei von „zweifelhaftem Wert, weil der ‚Transfervorsprung' der Befähigten in der Differenzierungsphase verstärkt werde und weil in diesem Schüleralter (Vorpubertät) sich soziale Hierarchien herausbildeten; befähigte Schüler erhielten durch ihr gezeigtes Können eine Vorrangstellung"[151]. Im 7. bis 10. Jahrgang sollte es dann eine „Eignungsdifferenzierung"[152] geben:

„Mathematik und Englisch: Niveaudifferenzierung ab 7. Jahrgang, zunächst zwei, dann bis drei Niveaus. Deutsch: Differenzierung auf gleicher Niveaustufe nach Schwerpunkten entsprechend unterschiedlichen Lernvoraussetzungen (Zuweisung durch Lehrer, also keine Wahldiff.) Beispiel: Deutsch Kurs 1: S. mit spezifischen grammatischen Sprachschwächen (Schwerpunkt: spezifische Sprechsituationen zur Übung richtiger gram. Strukturen). Kurs 2: Schüler mit Leseschwierigkeiten (Schwerpunkt: Rechtschreibung). Kurs 3: Schüler mit schwacher Sprechmotivation (Schwerpunkt: stark motivierende Situationen). Kurs 4: Schüler mit überdurchschnittlich schlechter Artikulation (Schwerpunkt: situationsbezogene Sprecherziehung) (nach Klafki). Zusätzlich soll im 7. bis. 10. Jahrgang ein Wahlpflichtbereich mit den Bereichen I. Technik/Wirtschaft/Beruf, II. Ästhetische Kommunikation/Gestaltung/Literatur, III. Mathematik/Naturwissenschaften, IV. Fremdsprachen und V. Gesellschaft/Politik/Kommunikation eingeführt werden".[153]

Zwei Jahre später lehnten das Kollegium der Schule und namentlich der erste didaktische Leiter, Helmut Washausen, dieses von der Planungsgruppe entwickelte Differenzierungskonzept ab. Vielmehr sollte in der Jahrgangsstufe 5 und 6 noch keine äußere Fachleistungsdifferenzierung erfolgen. Die Differenzierung habe von den Prinzipien der „Durchlässigkeit", des „Förderns" und des „Aufsteigens" bestimmt zu sein.

Auch spricht dieser Rahmenplan II nur noch am Rande von dem „Modellprojekt TWB". In den allgemeinen Ausführungen am Anfang des Rahmenplanes wurde das

[149] Washausen et al., 1973, 2.1.-3.2
[150] Washausen et al., 1973, 15.1
[151] ebenda, 15.2
[152] ebenda
[153] ebenda

Projekt nicht mehr erwähnt. Bei der Aufführung der einzelnen Fachbereiche stellt der Fachbereichsleiter Wolfgang Tute zum Fachbereich TWB fest, dass der Fachbereich im Rahmen der Robert-Bosch-Gesamtschule *„einen* [kursiv durch W.K.] didaktischen Schwerpunkt“[154] darstellte. Und weiter:

> *„Er [der Fachbereich, W.K.] umfasst die traditionellen Fächer Arbeitslehre, Technik, Wirtschaft, Hauswirtschaft, Textil, Werken“.*[155] *‚Die besondere Bedeutung des Fachbereichs TWB ergibt sich daraus, dass hier der Versuch unternommen wird, Inhalte aus der Welt der Produktion, der Wirtschaft, der Verwaltung, der Dienstleistung und des Berufs stufenweise, der Lern- und Lebenssituation der Schüler angemessen, in einem Kooperationsfeld fächerübergreifend zu erschließen. Dabei soll, durch von Interpretation und kritischer Reflexion begleitetes praktisches Tun, eine bildungswirksame Hinführung zur modernen Arbeitswelt ermöglicht und der Abbau der Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung angestrebt werden. Das Unterrichtsangebot im Fachbereich TWB soll u.a. drei Ziele beinhalten. Es soll: - beitragen zur Vermittlung einer kritisch reflektierten, entspezialisierten technisch-wirtschaftlich-sozialen Grundbildung für alle Schüler, unabhängig davon, ob sie das Abitur I oder das Abitur II anstreben; - Schülern, die wegen ihres niedrigen Sprach- und Abstraktionsniveaus in den traditionellen Fächern Lernschwierigkeiten haben, einen Zugang zum Lernen vom praktischen Tun her eröffnen; - die Schüler zur Berufswahlreife führen.“*[156]

Mit der Relativierung der Bedeutung des Faches TWB, zwei Jahre nach Beginn der Schule und vier Jahre nach Beginn der Planungsarbeiten, war das bundesweit Modellhafte der Schule aufgegeben worden. Unklar ist, in welcher Weise diese Kurskorrektur ein Thema in den Gremien der Schule war und ob diese Korrektur als bewusster Entwicklungsschritt erfolgte. Die Protokolle geben dazu nichts her. Die Interviews von Beteiligten (vgl. unten) erwecken den Eindruck, dass dieses „Abschwenken der Schulentwicklung in kritischere Gefilde“ (vgl. Interview mit Washausen) nicht explizit in den Gremien der Schule erörtert wurde. Offensichtlich ist hier eine wesentliche Veränderung der Entwicklungsrichtung der Schule mehr beiläufig und zufällig erfolgt. Das Verhältnis zu wichtigen gesellschaftlichen Gruppen des Umfeldes, vor allem zur Robert Bosch GmbH konnte durch diesen Umschwung nicht folgenlos bleiben. Dazu änderte sich der politische Kontext und Gesamtschulen wurden zunehmend als problematisch stigmatisiert. Eine gute Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Robert Bosch GmbH hätte es sicher erschwert, die Schule gesellschaftlich an den Rand drängen zu können.

[154] Washausen et al.,1973, 25.1
[155] ebenda
[156] ebenda, 25.3/25.4

Ästhetische Erziehung

An der pädagogischen Hochschule in Niedersachsen, Abteilung Hildesheim, hatte sich in den Jahren der Gründung der Robert-Bosch-Gesamtschule, verbunden mit der Person des Professors Wolfgang Roscher[157], ein besonders profilierter Bereich für Kunsterziehung etabliert. Diese Arbeit wirkte auch in die Stadt hinein. Eine Reihe von Lehrkräften der Robert-Bosch-Gesamtschule hatte bei Wolfgang Roscher studiert. Diese Pädagogen setzten sich in der Schule für die Schaffung eines Faches „Ästhetische Erziehung" ein.

Im Rahmenplan II wurde das neue Fach vorgestellt. Es handelt sich um ein neues Unterrichtsfach, das erstmals an der Robert-Bosch-Gesamtschule Wirklichkeit werden sollte. In der Schule hatten sich eine Reihe von Kunst-, Musik-, Tanz- und Theaterlehrkräften gefunden, die diese pädagogische Neuerung in den Lehrplan der Gesamtschule integrieren wollten:

> *„Folgende Arbeitshypothesen sind in der Präambel der Curricularen Pläne des Fachbereichs aufgestellt: Ästhetische Erziehung dient gesellschaftlicher Veränderung und Entwicklung, sie fördert Prozesse der Emanzipation des Einzelnen sowie der Sozialisation in der Gruppe, Ästhetische Erziehung ergänzt notwendig wissenschaftliche, berufliche und politische Erziehung, ihre Felder sind Kunst, Tanz, Theater, Sprache und Musik, Aufgabe der Fachlehrer ist es, die Fächer im Rahmen moderner polyästhetischer Erziehung untereinander und mit anderen Fächern zu vernetzen. Diese Hypothesen sollen mit folgenden Lernbereichen, Lernzielen und -inhalten durch aktive Teilhabe der Schüler an der Aufgabenstellung und Durchführungsplanung, ihre Mitwirkung bei der Realisation und die Mitbestimmung bei der Überprüfung und Auswertung ästhetischer Objekte und Prozesse in die Realität umgesetzt werden."*[158]

Und weiter im Rahmenplan II:

> *„Alle Unterrichtsvorhaben sind im Rahmen dieser Lernbereiche mit ihren Zielen und Inhalten, seien es fachimmanente oder polyästhetische, abzustecken. Das bedingt nicht von vornherein ein absolutes Verwerfen althergebrachter Ziele, Inhalte oder Verfahren, sondern fordert zur ständigen Überprüfung ihrer Brauchbarkeit im Hinblick auf die Arbeitshypothesen der Präambel heraus und damit auch ggfls. zu ihrer Revision."*[159]

Medien und Methoden

---

[157] vgl. Roscher, W. (1970)

[158] Nach Roscher, 1970, 68. Werner Roscher war Ende der 1960er Jahre Professor für Kunsterziehung an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Hildesheim.

[159] Washausen et al., 1973, 24.1

Eine besondere Reform in der pädagogischen Landschaft der neuen Schule stellte der Fachbereich Medien und Methoden dar. Gründe dafür sind möglicherweise darin zu sehen, dass die Firma Blaupunkt ihren Schwerpunkt im Bereich der Kommunikationselektronik hatte und es außerdem an der Pädagogischen Hochschule einen Lehrstuhl für „Medienpädagogik" und ein dazugehörendes „Institut für audiovisuelles Lernen" gab. Es war geplant, dass die neue Gesamtschule mit dem Hildesheimer Institut des „Medienprofessors" Heribert Heinrichs[160] eine technische Durchdringung durch das Medium Fernsehen als Pilotschule erproben sollte. Der Rahmenplan von 1973 stellt dieses Konzept vor:

> *„Die ‚Evidenz des Bildes als Erkenntnismedium' […] ist für die visuelle Erziehung in der Schule unumstritten, da sich 83 % des Lernprozesses durch Sehen und nur 11 % durch Hören vollziehen. […] – Außerdem ist in jenen Ländern, die mehr als zwei Jahrzehnte Schulfernsehen haben, erwiesen, dass es nach und nach zur Steigerung des Konzentrationsvermögens beigetragen hat (Heinrichs). Dringend erforderlich erscheint sodann Medienerziehung und Medienkunde für Schüler in unserer Zeit der Massenmedien. Durch praktische Arbeit mit den Geräten (Beherrschen der Technik), durch dramaturgische und künstlerische Aufbereitung von Unterrichtsstoffen, durch Diskussionen, Analysen von Sendungen und Filmen, um nur einige Möglichkeiten herauszugreifen, wird zur kritischen Einstellung gegenüber den Massenmedien erzogen, werden sie durchschaubar gemacht. – Darüber hinaus: Gesellschaftliche Kommunikation ist ohne breiten Einsatz von Massenmedien nicht mehr möglich, deshalb können und müssen auch die Schüler mit dem politischen Aspekt der didaktischen Grundfrage konfrontiert werden: ‚Wer informiert wen, über was, mit welcher Absicht? ' Die RBG hat diese Einsichten bereits in ihre Konzeption aufgenommen. An auditiven Medien sind im täglichen Einsatz: Tonbandgeräte, Kassettenrecorder, Plattenspieler und Rundfunkgeräte. Ferner sind zwei Sprachlaboreinheiten mit je 40 Plätzen geplant. An visuellen Medien sind vorhanden: Arbeitsprojektoren, Diaprojektoren, Filmprojektoren und ein Episkop. Die intensive Nutzung dieser traditionellen Geräte macht die notwendige Erweiterung des Geräteparks im Zuge des Ausbaues der Schule deutlich. Aus den oben dargelegten Gründen wird dem Schulfernsehen auch in der RBG eine besondere Bedeutung zukommen. […] Die RBG wird im Endausbau nach Anlage und Ausstattung ein AV-Zentrum im Hildesheimer Raum sein. In unterrichtstechnologischer Sicht ist sie damit als ein Modellfall im modernen Schulwesen anzusehen."*[161]

Eine didaktische Verschränkung dieser neuartigen Fächer und Fachbereiche „Technik-Wirtschaft-Beruf", „Ästhetische Erziehung" und „Medien und Methoden" wurde 1973 nicht versucht. Gleichwohl verfügte die Schule noch in ihrer Gründungs-

[160] Heribert Heinrichs war Professor an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Hildesheim, und leitete dort das Institut für Audiovisuelle Medien (AVZ). Bundesweit war er u.a. durch seine Funktion als Erziehungsratgeber in der Zeitschrift „Hör zu" bekannt.
[161] Washausen et al., 1973, 27.1. bis 27.3

phase (und mit dem innovativen Ganztagsbereich - siehe folgendes Kapitel) über gleich vier pädagogisch einzigartige Reformschwerpunkte. Zu diesem Zeitpunkt wird deutlich, dass die Schule sich nicht mehr in Richtung einer „Pilotschule“ für den Fachbereich „Technik/Wirtschaft/Betrieb“ (TWB) entwickeln wollte. Inzwischen hatten andere Gruppierungen in der Schule deutlich an Einfluss gewonnen. Dieses zeigt sich besonders beim Fach „Ästhetische Erziehung“ (ÄE). Reformpädagogische Ansätze sollten – neben den mehr an der „Wirtschaft“ orientierten Bereichen – ein starkes Gewicht in der Schule erhalten. Das verbindende „implizite Leitbild“ der Lehrkräfte war, die Schule als integrierte Gesamtschule, also als eine „Schule für alle Kinder“, zu gestalten. Dies allerdings mit ganz unterschiedlichen Akzenten – und mehr neben- als miteinander.

Reform des Tagesablaufs

Neben den Empfehlungen zur Gesamtschule stellten die „Empfehlungen zur Ganztagsschule“ aus dem Jahr 1970 einen wesentlichen Aspekt der Arbeit der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates dar. Ganztagsschulen wurden als wichtig erachtet und ein Punkt dieser neuen Positionierung des Verhältnisses von Familie und Schule war der Blick ins Ausland. So sei „in zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern die Ganztagsschule die hergebrachte bewährte Schulform“[162]. Für Deutschland wurde demgegenüber konstatiert:

> *„In der Bundesrepublik Deutschland besteht eine Ungleichheit der Bildungschancen. In unseren Schulen gelingt es noch immer nicht genügend die Unterschiede in der sozialen Herkunft der Kinder wirksam auszugleichen. Kindern aus sozial benachteiligten Schichten werden nicht in genügendem Maße die kulturellen Anregungen vermittelt, die ihnen ihre Familien nicht zu bieten vermögen. Deshalb werden Bildungsschranken, Sprachhindernisse und Mangel an Interessen bei diesen Kindern zumeist nicht überwunden und beseitigt“.*[163]

Diese Einschätzung wurde durch weitere Argumente der Bildungskommission gestärkt: „Trotz der Bemühungen vieler Lehrer bleibt die Schule gegenwärtig weitgehend auf den Unterricht beschränkt und überläßt die Hausaufgaben der Familie. Diese Funktionsstellung dürfte immer weniger aufrecht zu erhalten sein.“[164] Und die Bildungskommission ging auch davon aus, dass in der Ganztagsschule die

[162] Bildungsrat 1970, 49
[163] ebenda
[164] ebenda, 50

„Bereitschaft zur Kooperation in der Gruppe“[165] gesteigert werden könne und dass vor allen die „Berufstätigkeit vieler Mütter“ das Problem der „Schlüsselkinder“ und des mit der Arbeit der Schule nicht verbundenen Horts geschaffen habe“[166].

Die Bildungskommission forderte die flächendeckende Einrichtung von Ganztagsschulen. Vor allen Dingen sollten Gesamtschulen als Ganztagsschulen ausgestaltet werden.

Im Rahmenplan des Planungsstabes der Hildesheimer Gesamtschule von 1971 heißt es dazu denn auch kurz und knapp:

> *„Sie [die RBG; W.K.] wird als Ganztagsschule mit einer Fünftagewoche geplant. Übungs- und Schulaufgaben sind integrierte Bestandteile des Unterrichts. In der Mittagspause wird ein Essen angeboten.“*[167]

Konkretere Planungen des Ganztagsbereiches der Schule gab es zunächst noch nicht. Zwar wurde, wie selbstverständlich, davon ausgegangen, dass die Schüler in der Schule ein Mittagessen einnehmen sollten, weitergehende Konzepte bezüglich der Gestaltung der verlängerten Schulverweildauer wurden von der Planungsgruppe nicht entwickelt. Es dauerte mehrere Jahre, bis die Schule ihr eigenes Ganztagskonzept verwirklicht hatte. Dieser Bereich entwickelte sich dann als eigener Reformschwerpunkt der Schule. **Günter Binsteiner**, der langjährige Leiter des Ganztagsbereichs, erinnert sich:

> *„Beim Start in ‚die schöne neue Gesamt- und Ganztagsschulwelt’ hatte die RGB es gleich mit 3 Schülerjahrgängen zu tun und musste für über 600 Schülerinnen und Schüler aus dem Stand ein Ganztagskonzept entwickeln. Die Hauptsache in der ersten Planungsphase war jedoch für die Kolleginnen und Kollegen die curriculare Umgestaltung und Neuorientierung. Die Ansprüche des Freizeitbereiches als gleichberechtigtes Lernfeld neben dem Unterrichtsbereich mussten erst eingebracht und durchgesetzt werden. An Vorgaben jedweder Art mangelte es, es gab kaum zusätzliche Stunden als Ganztagszuschlag, auch Handreichungen oder Richtlinien zur Orientierung fehlten. Ausgestattet mit den wenig konkreten Vorgaben des Deutschen Bildungsrates von 1968, dass die ‚Ganztagsschule nicht einfach eine ausgeweitete Halbtagsschule sein’ [Deutscher Bildungsrat: Einrichtung von Schulversuchen mit Ganztagsschulen, Bonn 1968, 13] dürfe und ‚keinesfalls auf den ganzen Tag ausgedehnte traditionelle Lernschule sein’ [ebenda, 23] solle, fand sich eine kleine Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler zusammen, um erste Planungen und konzeptionelle Entwürfe für ein Ganztagsangebot zu entwickeln. Aus dem Mangel an Personal,*

[165] ebenda
[166] ebenda
[167] Rahmenplan 1, 16

Räumen und materiellen Ressourcen entstand ein erstes Konzept, das die Rhythmisierung des Schultages und eine weitgehend schülerselbstorganisierte Freizeitgestaltung zum Schwerpunkt hatte. Für jeweils vier Klassen wurde parallel an jedem Schultag eine sogenannte ‚Gleitende Freizeitstunde' angeboten, in der Räume und Flächen für weitgehend von Schülern organisierte Angebote und Vorhaben (Spiel, Disco, Teestube etc.) bereitgestellt wurden. (..) Mitte der 70er Jahre wurden diese ersten konzeptionellen Ansätze überarbeitet und verändert. Im Rahmen der pädagogischen Umorientierung der Schule zur überschaubaren Stufenschule wurden die Jahrgänge 5 und 6 nach dem Team-Kleingruppen-Modell (TKM) geführt. Nach diesem Konzept hat die pädagogische Betreuung Vorrang vor der Fachorientierung. Jeweils zwei Klassen werden als ‚Geschwisterklassen' in der Regel von 4 Lehrkräften betreut, die zwei Drittel des Unterrichts abdecken. Das Lehrerteam arbeitet in folgenden Bereichen zusammen: pädagogische Grundregeln und Maßnahmen für die Klasse; Freiarbeit/Wochenplan; Landschulheimaufenthalte; Projekttage; Nachbesprechungen der Gruppenstunden und Elternarbeit. Die Schülerinnen und Schüler werden in stabilen Lerngruppen frei von äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichtet.

Die Sitzordnung sieht für alle Klassen Gruppentische mit fünf bis sechs Kindern vor. Die Tischgruppen werden so zusammengesetzt, dass neben der Berücksichtigung von Freundschaften auch gewährleistet ist, dass sowohl Jungen und Mädchen als auch leistungsstärkere und –schwächere Schülerinnen und Schüler in einer Lerngruppe zusammensitzen. Diese feste Tischgruppe hilft den Kindern beim Eingewöhnen und ‚Sich-Wohl-Fühlen' in einer so großen Schule, indem sie ihnen ein kleines, überschaubares ‚Zuhause' gibt. In der kleinen Gruppe können sie sich leichter und besser kennen lernen. (..) Eine der Hauptaufgaben in der Arbeit mit den Kindern des neu aufgenommenen 5. Jahrgangs ist, ein Sozialverhalten zu vermitteln und zu fördern, das gemeinsames und selbständiges Arbeiten in Kleingruppen ermöglicht. In der Regel sind ein Drittel der Schülerinnen und Schüler Einzelkinder, und ihre Zahl nimmt tendenziell zu. Darüber hinaus kommen fast 50 % der Kinder aus verschiedenen Schulen des Landkreises und treffen auf unbekannte Mitschülerinnen und Mitschüler. Bei dieser Ausgangslage können Gruppenstunden eine große Hilfe beim Start in der neuen Schule leisten. Gruppenstunden sind eine nur von den Interessen der Tischgruppe bestimmte freie Zeit von einer Doppelstunde (90 Minuten pro Woche), die fest im Stundenplan ausgewiesen ist. Sie können zwischen der 2. Stunde am Vormittag und der 7. Stunde am Nachmittag liegen. Die Tischgruppe, die im Unterricht gemeinsam lernt und zusammen arbeitet, verbringt ihre Zeit beim Spiel und bei gemeinsam geplanten Vorhaben. Im Vordergrund der Arbeit steht nicht das Erlernen einer Fertigkeit (z.B. Töpfern, Kochen …), sondern die Einübung von Gruppenverhalten. Im vertrauten Kreis der Tischgruppe lernen sie u. a. zu helfen und sich helfen zu lassen. Durch das gemeinsame Erleben in den Gruppenstunden lernen die Kinder andere Seiten voneinander kennen als im Unterricht. Kinder, die im Unterricht z.B. wenig Konzentration oder Ausdauer zeigen, können in den Gruppenstunden erfahren, dass sie durchaus imstande sind, etwas zu Ende zu bringen oder sich auf eine Sache zu konzentrieren. Stille Kinder können in der kleinen Gruppe oft mehr aus sich

herausgehen; jemand, der sich im Unterricht durch ‚Stören' beteiligt, kann hier einen positiven Beitrag für die Gruppe leisten." [168]

Demokratische Gremienstruktur

Die Hildesheimer Gesamtschule sollte von vornherein als „demokratische Schule" gestaltet werden. Neben dem Abbau von Hierarchien und der vollständigen Partizipation der Lehrkräfte an allen Entscheidungen war es auch das Ziel Schüler und Eltern stärker am schulischen Leben und an der Entwicklung von Schule zu beteiligen. Dabei zielten die Reformbemühungen nicht nur in technischer Hinsicht darauf ab, Entscheidungsprozesse durch paritätische Beteiligungen zu organisieren. Es ging vielmehr „um die Idee der Selbstorganisation frei assoziierter Rechtsgenossen", wie Habermas 1992[169] rückblickend beschreibend darlegt. Die „Vorläufige Verfassung" der Robert-Bosch-Gesamtschule der Planungsgruppe vom 22. Juli 1971 (beschlossen in der Gesamtkonferenz vom 22. März 1972), definiert die Zusammenarbeit und den Wirkungsbereich der schulischen Gremien. Als neues und demokratisches Instrument wird eine „Gemeinsame Vertretung" eingeführt:

„Vertretungen der verschiedenen Gruppen
Die verschiedenen an der Schule beteiligten Gruppen (Lehrer, sonstige Mitarbeiter der Schule, Schüler und Eltern) bilden nach den bestehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften jeweils eigene Gremien. Damit es zu einer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen kommt, ist eine gegenseitige Information über die jeweiligen Vorhaben und Entscheidungen, Fragen und Forderungen notwendig. Zu diesem Zweck können Vertreter der anderen Gruppen zu den Sitzungen hinzugezogen werden.
Gemeinsame Vertretung
Die Gemeinsame Vertretung, der Vertreter der verschiedenen Gruppen angehören, dient der Zusammenarbeit und der Mitwirkung aller Betroffenen bei gemeinsamen Interessen und Aufgaben.
Aufgaben
Die Gemeinsame Vertretung berät und beschließt über alle Maßnahmen im Rahmen des Schulversuchs, persönliche Angelegenheiten einzelner Lehrer, Mitarbeiter und Schüler ausgenommen. Sie gibt das Ergebnis als Empfehlung an die Gesamtkonferenz weiter. Will diese der Empfehlung nicht folgen, ist gemeinsam zu beraten. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet die Gesamtkonferenz mit Zweidrittelmehrheit. Zusammensetzung: mit Stimmrecht: 12 Lehrer und pädagogische Mitarbeiter,12 Schüler, 12 Eltern, 1 sonstiger Mitarbeiter. Ohne Stimmrecht: 1 Vertreter der Schulleitung, 1 Vertreter der wiss. Begleitung, 1 Vertreter des Schulträgers, 1 Vertreter der Schulaufsicht. Die ständigen Mitglieder

[168] Binsteiner, 1996, 48 f
[169] Habermas, 1992, 44

sowie 3 Stellvertreter pro Gruppe werden von ihrer Gruppe für 1 Jahr gewählt; sie sind vor der Zeit abwählbar. Sie können sich bei Verhinderung durch einen Stellvertreter ihrer Gruppen vertreten lassen

Geschäftsordnung

Die Gemeine Vertretung tagt nach Bedarf. Den Vorsitz bilden 3 aus den Reihen der ständigen stimmberechtigten Mitglieder gewählte Vertreter. Die Gemeinsame Vertretung wird nach Absprache mit der Schulleitung von den Vorsitzenden einberufen. Zu außerordentlichen Sitzungen muss einberufen werden auf Antrag der Schulleitung oder eines Viertels der Mitglieder. Eine Tagesordnung wird unter Beifügung von Beratungsunterlagen 14 Tage vor der jeweiligen Sitzung bekanntgegeben, so dass die Tagesordnungspunkte in den Vertretungen der jeweiligen Gruppen vorberaten werden können. In dringenden Fällen ist eine verkürzte Ladungsfrist möglich. Die Gemeinsame Vertretung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Bei Abstimmung entscheidet die einfache Mehrheit aller Anwesenden. Es wird durch Handaufheben abgestimmt. Auf Antrag von 7 Mitgliedern der Gemeinsamen Vertretung muss geheim abgestimmt werden. Stimmt die Gruppe der Eltern oder der Lehrer oder der Schüler geschlossen gegen einen Antrag, wird er auf Antrag dieser Gruppe vor einer erneuten Beratung an einen Vermittlungsausschuss verwiesen. In der 2. Sitzung wird endgültig entschieden. Zweidrittelmehrheit ist erforderlich, wenn ein Antrag zur Änderung der Schulordnung gestellt werden soll. Gruppeninterne Beratungen vor einer Abstimmung sind zu ermöglichen, wenn eine Gruppe sie fordert. Die Vorsitzenden sorgen dafür, dass die Schulleitung und die betroffenen Gruppen, ggfls. alle ihre Mitglieder, Ausfertigungen der Beschlüsse erhalten. Die Gemeinsame Vertretung kann Ausschüsse bilden.

Funktionsstellen

Die Inhaber höherwertiger Ämter und von mit einer Stellenzulage verbundenen Planstellen werden von der Gesamtkonferenz der zuständigen Behörde zur Einsetzung vorgeschlagen. Das Amt des Jahrgangsleiters wird auf zwei Jahre, die übrigen höherwertigen Ämter und die mit einer Stellenzulage verbundenen Planstellen werden auf die Dauer von vier Jahren übertragen. Wiederholte Übertragung ist möglich. Für die Vorbereitung und Durchführung des Vorschlagsverfahrens sorgt ein Ausschuss. Nach einem Anhörungsverfahren, das Gesamtkonferenz und Gemeinsame Vertretung gemeinsam durchführen, nimmt die gemeinsame Vertretung Stellung zu den Bewerbern gegenüber der Gesamtkonferenz. Mit Zweidrittelmehrheit kann die Gesamtkonferenz im Benehmen mit der Gemeinsamen Vertretung die Abberufung beantragen.

Schulleitung

Die Schulleitung besteht aus einem Leitungskollegium. Mitglieder der kollegialen Schulleitung sind: Der Schulleiter, Der 1. Vertreter des Schulleiters, Der didaktische Leiter und 2. Vertreter des Schulleiters, Die Stufenleiter und weiteren Vertreter des Schulleiters. Die Aufgaben des Schulleiters: Er leitet die Gesamtkonferenz. Er vertritt die Schulleitung gegenüber der Gemeinsamen Vertretung und die Schule nach außen, insbesondere gegenüber Schulaufsicht und Schulträger. Er hat das Beanstandungsrecht und die Beanstandungspflicht bei Verletzung von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften durch Organe der Schule oder einzelne Lehrer. Er hat die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmten Aufgaben des Dienststellenleiters und die Rechte gem. § 21 (2) SchVG. Er ist zuständig für

die Beurlaubung von Lehrern. In einer Geschäftsordnung werden die Verteilungen der Aufgaben auf die Mitglieder der Schulleitung und die gegenseitige Stellvertretung festgelegt und die Fälle bestimmt, in denen ein Mehrheitsbeschluss das jeweils zuständige Mitglied bindet. Die Geschäftsordnung bedarf der Genehmigung durch die Gesamtkonferenz und die Schulaufsichtsbehörde. […] Die vorläufige Ordnung tritt am 01. August.1972 in Kraft."[170]

Eine Grundannahme dieser Schulverfassung war, dass alle an der Schule beteiligten Personengruppen, also neben den Lehrern auch die Schüler und Eltern, in gleicher Weise fähig seien, Sachverhalte zu durchdringen und vernünftige Entscheidungen zu treffen. Das Argument, dass Schüler nicht in der Lage seien, komplexe Strukturen der Schule zu durchschauen, um sinnvolle Entscheidungen zu treffen, tauchte in der Gründungszeit der Robert-Bosch-Gesamtschule nicht auf und spielte bei der Einrichtung von entsprechenden Gremien, wie der „Gemeinsamen Vertretung (GV)" oder dann später dem „Eltern-Lehrer-Schüler-Ausschuss (ELSA)", keine Rolle.

Dieter Galas bemerkt zu den damaligen Überlegungen und Planungen einer „demokratischen Schule":

„Gleichsam als Pendant zu der ihnen zugestandenen „Erlassfreiheit" wurde in den niedersächsischen Gesamtschulen von Anfang an über eine stärkere Beteiligung der Eltern und Schüler an den Entscheidungsprozessen nachgedacht. Auf Antrag erhielten die Schulen vom Kultusminister als „Vorläufige Ordnungen" bezeichnete Schulverfassungen, in deren Zentrum die „gemeinsame Vertretung" aller an der Schule Beteiligten sowie die „kollegiale Schulleitung" stand. Ohne zunächst über eine gesetzliche Grundlage zu verfügen, hatte das Kultusministerium den Gesamtschulen zugestanden, die Schulleitungen „kollegial" zu strukturieren und sämtliche höherwertigen Ämter mit zeitlicher Begrenzung – auf Vorschlag der Gemeinsamen Vertretung – zu besetzen. Die Dauer der Übertragung solcher Ämter wurde von den Schulen beantragt und schwankte in der Anfangsphase zwischen zwei und sechs Jahren. In die meist fünfköpfigen kollegialen Schulleitungen konnten neben den Inhabern höherwertiger Ämter (Schulleiter, Stellvertreter, Didaktischer Leiter) auch Mitglieder des Lehrerkollegiums ohne solche Ämter berufen werden."[171] *„Mit dem „Gesetz zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften" vom 14. Juni 1973 wurde zugleich das damals weit verbreitete Bedürfnis „Mehr Demokratie wagen" erfüllt, indem den Schulen die Möglichkeit eröffnet wurde, eine „Gemeinsame Vertretung" der Lehrkräfte, der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler als Beschlussgremium einzurichten. An den Gesamtschulen konnte die Halbparität unterschritten und der Anteil der Lehrkräfte an den stimmberechtigten Mitgliedern der Gemeinsamen Vertretung bis auf ein Drittel herabgesetzt werden. Gut ein Jahr zuvor wurde in das Schulverwaltungsgesetz eine Bestimmung eingefügt, die es erlaubte, an Orientierungsstufen und Schulversuchen höherwertige Ämter mit zeitlicher*

[170] StaA Hildesheim, 103-40, Nr. 8315
[171] Galas, in: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Zehn Jahre Gesamtschule in Niedersachsen, 1981, 11

Begrenzung zu vergeben. Hiervon haben damals alle Gesamtschulen Gebrauch gemacht. Die zeitlich befristete Besetzung höherwertiger Ämter ist seit dieser Zeit eng mit der Entwicklung der Gesamtschulen verknüpft."[172]

Bezeichnend für die Ungleichzeitigkeiten der Veränderungsprozesse ist, dass der bei der Verabschiedung dieser neuen Schulverfassung gesetzlich zu beteiligende Schulträger, also die Stadt Hildesheim, sich mit dieser erweiterten Form von Demokratie in der Hildesheimer Nordstadt nicht recht anfreunden konnte. Das Schul- und Kulturamt der Stadt nimmt dazu für den Rat am 05. April 1972 Stellung:

„Diese letzten Ausführungen zeigen, dass es bei der vorläufigen Verfassung für die Gesamtschule darauf ankommt, die im übrigen Schulwesen absolut regierende Schulaufsicht für den Bereich der Gesamtschule abzutun. An ihre Stelle tritt dann die oligarchische Gewalt der Gesamtkonferenz. [..]
Der Schulversuch der integrierten Robert-Bosch-Gesamtschule soll lediglich u.a. dazu führen, dass die Lehrerschaft, losgelöst von jeder Verpflichtung in Eigenzuständigkeit die Entscheidungen trifft. Soweit die Aufsichtsbehörden noch angesprochen werden, verbleibt diesen nur noch geringer Spielraum. Es hat den Anschein, als ob alle Gewalt vom Volke ausginge, dabei ist unter „Volk" nur ein Teil des Volkes zu verstehen, nämlich die „Gesamtkonferenz"; das übrige Volk, versammelt in der Gemeinsamen Vertretung, gibt die demokratische Kulisse ab für die Auswechselung eines absoluten Herrn gegen einen anderen.
Unter Würdigung alle Umstände kann man zu der Feststellung kommen, dass es eines Schulversuchs zur Chancengleichheit und besseren Bildung der Kinder nicht bedarf, wenn man diese Regelungen im gesamten Schulwesen einführt, denn alle anderen Schularten eigenen sich schulverfassungsmäßig genauso gut für diese sogenannte demokratische Regelung wie die integrierte Gesamtschule. Man könnte den Eindruck haben, als ob der Schulversuch integrierte Gesamtschule in erster Linie den Zweck hat, die Lehrer von ihrer beamtenrechtlichen Bevormundung durch den Staat zu lösen, eine Tatsache, die schon seit langem dem Beamtencharakter der Lehrer abträglich ist. Vielleicht entspricht diese Haltung einer Neuordnung des öffentlichen Dienstrechts, die in Bearbeitung ist, wobei Dienstherreneigenschaft und Treuepflicht ins Abseits geraten. Der Vorschlag der Verwaltung, bei Herstellung des Benehmens mit dem Schulträger zu erklären: Die vorläufige Schulverfassung der integrierten Gesamtschule wird vom Schulträger nicht gebilligt." [173]

Von Seiten der Schule wurden diese Versuche der Begrenzung demokratischer Möglichkeiten durch den Schulträger nicht weiter beachtet. Im Jahr 1973 hatte die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates ihre Empfehlungen zur Reform von Organisation und Verwaltung im Bildungswesen abgegeben. Der Bildungskommission ging es um eine größere Selbstständigkeit der Schule:

[172] ebenda, 14
[173] StaA Hildesheim, Bestand 103-40, Nr. 8315

„Die Bildungskommission legt eine Empfehlung zur verstärkten Selbständigkeit der Schule und zur Partizipation von Lehrern, Schülern und Eltern vor. Die Schule steht im Rahmen der Gesamtverantwortung des Staates für das Bildungswesen. Diese Gesamtverantwortung ist Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Schule, für eine Verwirklichung des Rechts auf Bildung für jedermann und für den Abbau von Chancenungleichheit. [...]
Jede staatliche Verwaltung steht vor der Schwierigkeit, daß so komplexe soziale Systeme wie die Schule nicht mehr ausschließlich zentral verwaltet werden können. Wenn die immer differenzierter werdende Wirklichkeit in der Schule bewältigt werden soll, müssen die Schulen in der Lage sein, selbst flexibel und situationsgerecht zu handeln und zu entscheiden. Das gilt insbesondere für die Organisation von Lernprozessen. Lernprozesse lassen sich nicht allein von außen steuern; Lernen erfordert eigene Anstrengungen von Lehrenden und Lernenden, die persönliche Identifikation mit dem Ziel des Lernens und eine innen geleitete Motivation. Es geht deshalb in der Schule immer um die Frage, wie allgemeine, gesellschaftlich vorgegebene Ziele mit den konkreten Interessen, Bedürfnissen und Möglichkeiten der Lehrenden und Lernenden vermittelt werden können."[174]

In dieser Präambel wurde im Jahr 1973 eine Reihe von Vorstellungen zur Gestaltung von Schule, die dann in den späteren Jahrzehnten (und bis heute) eine wichtige Rolle spielten, definiert. Angesprochen wurde von der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates auch die „Eigenverantwortung der Schule", ebenfalls ging es um die „Selbstständigkeit der Schule", den Aspekt des „selbstbestimmten Lernens". Wichtig sei, dass Lehrer, Schüler und Eltern gemeinsam an der Gestaltung der Schule beteiligt werden und dass sich „Partizipation nicht auf die Teilnahme an formalisierten Entscheidungsverfahren beschränken" darf.[175] Den Lehrern wurde in dieser Empfehlung eine besondere Rolle zugemessen. Wörtlich heißt es:

„Die Entscheidungsprozesse in einer verselbständigten Schule werden überwiegend von den Lehrern getragen werden; sie sollen in den Konferenzen auf Schulstufen und Jahrgangsebene die Mehrheit haben. Der Lehrer wird zunehmend in einen in einen arbeitsteiligen und kooperativen Prozess der Planung und Gestaltung von Lernprozessen einbezogen; er wird zunehmen auf Grund gemeiner Beratung mit Kollegen, Lehrbeauftragten, Beratern und Mitarbeitern und in gemeinsamer Verantwortung handeln […] Darüber hinaus werden die Entscheidungsprozesse in der Schule durch die Mitwirkung der Vertreter von Schüler und Eltern bestimmt. Arbeitsteilige Zusammenarbeit beseitigt aber nicht die persönliche Verantwortung, sondern setzt sie voraus und stärkt sie."[176]

[174] Deutscher Bildungsrat, 1973
[175] ebenda, 21
[176] ebenda

Ferner setzt sich die Bildungskommission mit der Rolle der Schulleitung auseinander. Unter der Überschrift „Leitung, Verwaltung und Ordnung der Schule“[177] wird dazu ausgeführt:

> *„Die Schulleitung soll über ausreichendes Verwaltungspersonal verfügen, um die laufenden organisatorischen, finanziellen und personellen Aufgaben selbst erledigen zu können. Zur Entlastung der schulischen Konferenzen soll die Schulleitung in ihrer Zuständigkeit gestärkt werden […] Es sollte zu den Kompetenzen einer verselbständigten Schule gehören, im Rahmen staatlich festgelegter, alternativer Modellvorschläge sich selber eine Schulverfassung auszuwählen, die einer schulaufsichtlichen Genehmigung bedarf.“*[178]

Und zu den Aufgaben der Schulleitung heißt es:

> *„Zu den Aufgaben der Schulleitung gehört: Vertretung der Schule, Außenkontakte zu Schulträger und zur Schulaufsicht, Vorbereitung von Sitzungen der Schulkonferenz und Ausführung ihrer Beschlüsse [...]“*[179]

Die in der Robert-Bosch-Gesamtschule im Jahr 1972 verabschiedete Schulverfassung suchte neue Wege der Entscheidungsfindung. Lehrer, Eltern und Schüler wurden erstmals als gleichberechtigte Mitwirkende des schulischen Geschehens begriffen und akzeptiert. Dass diese Regelungen vom Schulträger abgelehnt wurden, ist darauf zurückzuführen, dass die Entwicklungsgeschwindigkeit hin zu einer stärkeren Partizipation der Beteiligten im schulischen Bereich größer war als im kommunalen Umfeld. Nur logisch, dass aus dieser Ungleichzeitigkeit Unverständnis und Konflikte erwuchsen.

2.3. Beteiligung der Akteure

In welcher Weise die o.a. Idee einer „demokratischen Schule“ in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, soll auf den folgenden Seiten näher bestimmt werden. Die Fragestellung orientiert sich daran, inwieweit die Lehrkräfte als die unmittelbaren Akteure an den Entscheidungen der Reformprozesse der Schule beteiligt waren.[180] Im Mittelpunkt der Recherche stehen die *Gesamtkonferenzen*, als die von der Gesetzeslage, wie auch von ihrem damaligen eigenen Selbstverständnis her wichtigsten Entscheidungsgremien der Schule.

---

[177] ebenda, 31
[178] ebenda
[179] ebenda
[180] Vgl. die ersten Rahmenpläne und die spätere „Schulverfassung“ s.o.

Die *erste gemeinsame Konferenz* der Lehrkräfte fand am 09. Juni 1971, drei Monate vor dem eigentlichen Beginn der Schule am 01. September, statt. An dieser ersten „Gesamtkonferenz“[181] nahmen Lehrkräfte der Vorlaufklassen und Vertreter der Planungsgruppe teil. Anwesend waren die Lehrkräfte Ahlers, Bick, Dahl, Emde, Grimm, Herwig, Hoffer, Jahn, Josewski, Koch, Krause, Moock, Peschke, Sacher, Steinbrecher, Stiehl, Thon, Trillmich, Willian und Zeppenfeldt. Die Lehrkräfte Steinbrecher und Stiehl leiteten diese Konferenz.

Verabschiedet wurde eine Geschäftsordnung für die Arbeit der Kollegialen Schulleitung, in der die Befugnisse der Leitung gegenüber den Lehrkräften begrenzt und die völlige Transparenz („alle Schreiben“) der schulischen Geschäftswege angeordnet wurden. Außerdem dürften die „Kompetenzen der Konferenzen nicht eingeengt“ werden. Diese basisdemokratische Positionierung im Wortlaut:

> *„Die kollegiale Schulleitung gibt sich für das Schuljahr 1971/72 folgende Geschäftsordnung und nimmt folgende Geschäftsverteilung vor:*
> *Geschäftsordnung. Das Schulleitungskollegium besteht aus den 3 für das Schuljahr 1971/72 gewählten Mitgliedern. Die Mitglieder der Schulleitung arbeiten kollegial und gleichberechtigt zusammen. Beschlüsse, Entscheidungen und Vorschläge bedürfen der Zustimmung von 3 Mitgliedern des Schulleitungskollegiums. Die Kompetenz der Konferenzen darf durch Beschlüsse und Entscheidungen nicht eingeengt werden. Das Leitungskollegium tagt regelmäßig zu festgesetzten Zeiten und nach gemeinsamer Absprache. Es wird ein Ergebnisprotokoll geführt. Die Entlastungen des Schulleitungskollegiums sind grundsätzlich gleich groß und betragen je 10 Stunden. Unter den besonderen Verhältnissen dieses Schuljahres und dem unterschiedlichen Gewicht der Aufgaben werden bis 01. Februar 72 Herr Hoffer mit 2 Stunden, Herr Ahlers mit 2 Stunden und Herr Oehlmann mit 6 Stunden zusätzlich entlastet.*
> *Informationsfluss. Der Dienststellenleiter ist dafür verantwortlich, dass – mit Ausnahme persönlicher Schreiben – alle Schreiben, die die Schule betreffen, dem Leitungskollegium sofort zur Kenntnis gebracht werden. Zu diesem Zweck wird eine Mappe mit allen Eingängen für 2 Tage ausgelegt. Die Mitglieder des Schulleitungskollegiums müssen alle Eingänge abzeichnen; ggfls. werden den Mitgliedern der Schulleitung im Umlaufverfahren Kopien vorgelegt. Alle herausgehenden Schriftsätze mit dem Absender: ‚Schulleitung‘ werden von dem Bearbeiter ‚für die Schulleitung‘ und dem Dienststellenleiter bzw. dem Stellvertreter unterzeichnet. Die für das Sekretariat bestimmte Durchschrift wird in der Mappe ‚Eingänge‘ für 2 Tage ausgelegt und abgezeichnet. Jedes Mitglied der Schulleitung hat über den Inhalt wesentlicher Gespräche und Telefongespräche eine Notiz, die dann zu den Akten genommen wird, in der Mappe ‚Eingänge‘ zu hinterlegen. Zur Information*

[181] Die Protokolle der Gesamtkonferenzen befinden sich im Archiv der Geschichte der Robert-Bosch-Gesamtschule (AdGdRBG) in der Schule. Hier im Bestand „Gesamtkonferenzen“ (GK) und nach Jahrgängen und Monaten geordnet. Hier also: GK, 6.1.1971

des Kollegiums wird von allen wichtigen Schreiben eine Kopie in den Ordner mit Bekanntmachungen im Lehrerzimmer gelegt.[182]

Die nächste „Gesamtkonferenz“ fand schon wenige Tage später, am 18. Juni 1971, statt. Hier wurden erste Vorschläge zum Tagesablauf beschlossen und es wurde verabredet, dass sich die Schule als Versuchsschule für den Bereich *Technik-Wirtschaft-Beruf* profilieren solle. Allerdings, so das Protokoll, müsse „das Kollegium ein Mitspracherecht bei der Einrichtung von schulischen Schwerpunkten“ haben. In dieser Konferenz kam es zu einer Kontroverse zwischen den Lehrern Volker Stiehl und Albrecht Grimm. Stiehl, augenscheinlich sehr an einem weiteren didaktischen Schwerpunkt für die neue Schule, nämlich dem der *„Ästhetischen Erziehung“*, interessiert, forderte, dass es zu einer Aussprache des Kollegiums mit den Vertretern der wissenschaftlichen Begleitung und Herbert Kastner kommen solle. Dazu entgegnete das Planungsgruppenmitglied Grimm, dass die Entscheidung über einen zweiten Schwerpunkt erst noch geklärt werden müsse und die Konferenz beschloss dazu: „Das Kollegium ist äußerst befremdet über die Form, in der die RBG angeblich einen zweiten Schwerpunkt Ästhetische Erziehung (Ä.E.) bekommen hat, zumal der Rahmenplan noch kein Konzept dieses Schwerpunktes erkennen lässt. Das Kollegium fordert den Leiter des Planungsstabes auf, eine Entscheidung über die Schwerpunkte an der RBG herbeizuführen.“[183] Bei der Abstimmung stimmten 19 Lehrkräfte für diesen Antrag; der Lehrer Stiehl stimmte dagegen.[184] Zwar war ein breiter Konsens noch vorhanden; zwischen den Zeilen des Protokolls dieser Konferenz noch vor dem Beginn der Schule kündigten sich allerdings schon hier bereits spätere Konflikte an.[185]

Mit dem Beginn der Arbeit der Schule am 01.September 1971 folgt eine Planungskonferenz auf die nächste:

- Die erste reguläre Gesamtkonferenz in der Geschichte der Schule fand im September 1971 statt. Der Leiter der Planungsgruppe, Dr. Klaus Oehlmann, eröffnete mit dieser Konferenz den eigentlichen Beginn der Konferenzarbeit der Robert-Bosch-Gesamtschule. Diese Konferenz verlief recht geschäftsmäßig. Jeder Lehrer erhielt für die Planung neuer Unterrichtseinheiten eine

[182] Quelle: Vorläufige Geschäftsordnung der Schule. Schulleitung 10/71/72 im AdGdRBG, Bestand „Schulleitung“
[183] GK, 2, 1971
[184] ebenda
[185] GK, 2, 1971

Stundenentlastung aus einem für die Planungsarbeit zur Verfügung stehenden Kontingent. Die Konferenztage wurden festgelegt. Mittwochs sollte der Konferenztag sein.[186]

- Schon wenige Tage später, am 22. September 1971, fand die nächste Gesamtkonferenz statt. Schulische Demokratie stand hier ganz oben auf der Agenda: Das Kollegium forderte von der Schulleitung eine *Geschäftsordnung für die Gesamtkonferenz*. Die Schulleitung erläuterte dazu, dass der Vorsitz der Gesamtkonferenzen abwechselnd von jeweils einem Mitglied der Schulleitung übernommen werde. Die Gesprächsführung sollte flexibel durchgeführt werden. Und in diese Richtung ging auch, dass die „Arbeitsgruppe Schulverfassung“ ihren Entwurf einer vorläufigen *Verfassung der Robert-Bosch-Gesamtschule*[187] vorlegte.

- Wiederum eine Woche später, am *06. Oktober 1971*, stand die „Vorläufige Verfassung“ erneut auf der Tagesordnung einer weiteren Gesamtkonferenz. Dabei führte der Leiter der „Arbeitsgruppe Schulverfassung“, Egon Steinbrecher, aus, dass es eine *paritätische Schulkonferenz* geben solle. Dafür sei zunächst die Existenz einer Eltern- und Schülervertretung eine wichtige Voraussetzung. Es werde ins Auge gefasst, dieser Schulkonferenz besondere Rechte im Rahmen einer noch zu entwickelnden Schulverfassung einzuräumen[188].

- Am *20. Oktober 1971* bestimmte die Entwicklung der *„Beobachtungs- und Diagnosebögen“* die Diskussion. Die Konferenz diskutierte die Bedeutung der Dokumentation des „Arbeits- und Lernverhaltens“ der Schüler wie auch die Bedeutung des ‘Sozialverhaltens“. Leistungen im traditionellen Sinne sollten nicht dokumentiert werden, sondern „Verhaltensweisen, die der Lebensbewältigung dienen“. Auch sollte es insbesondere darum gehen, „schwache Schüler gezielter“ zu fördern.[189] Das Protokoll der Konferenz im November 1971 vermerkt viele Hinweise zur *„Ordnung bei Lehrern und Schülern“*, wie das „Aufsammeln von Papier“, den „Lehrerarbeitsraum”, den „Papierverbrauch“ und die „Durchführung der Aufsichten“. Von den zuständigen Personen wurden die

[186] vgl. GK, 9.1, 1971
[187] vgl. GK, 9.3, 1971
[188] vgl. GK, 10.1, 1971
[189] vgl. GK, 10.2, 1971

Aufbewahrung und die Rückgabe von ausgeliehenen Medien durch die Lehrkräfte kritisiert. Auch der Besuch des Bundesbildungsministers Hans Leussink am 8. November 1971 wurde angesprochen. Der Minister hatte sich für diese neue Schule, bei der frische Wege bei der Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung gegangen werden sollten, besonders interessiert. Die gemeinsame Vertretung sollte, laut Protokoll die Arbeit aufnehmen, hierzu wurden 10 Lehrkräfte gewählt[190] und die *letzte Konferenz des Jahres 1971* im Dezember befasste sich mit Vorschlägen zur Entwicklung des Diagnosebogens und Projekten des didaktischen Leiters. Eine Arbeitsgruppe *„Erziehungsziele/Erziehungsstile"* hatte ihre Arbeit aufgenommen, außerdem war eine Arbeitsgruppe *„Grundsatzkommission"* eingerichtet worden. Deren Aufgabe bestehe darin, den „Rahmenplan" der Planungsgruppe weiterzuentwickeln. Dazu solle die „pädagogische Ausrichtung der Robert-Bosch-Gesamtschule unter Berücksichtigung der anderen Schulen in Hildesheim" beschrieben werden.[191]

In diesem Tempo gingen die Reformen auch im Jahr 1972 weiter. Alles „sollte und musste neu und anders gemacht" (Herbert Kastner) werden:

- So lehnte die *Gesamtkonferenz im Januar* Strafe als Mittel von Erziehung ab: „Es müssen Maßnahmen gefunden werden, die Aggressionen und Gegenaggressionen zwischen Schülern und Lehrern verhindern und trotzdem ein gesittetes Zusammenleben gewährleisten", so ein namentlich nicht zugeordneter Redebeitrag[192]. Außerdem wurde gefordert, dass, bevor „man überhaupt über Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen" reden könne, man zunächst eine verbindliche Hausordnung benötige. Diese müsse aber erst durch die Gesamtkonferenz beschlossen werden.[193]

- Weiter im gleichen Sinne ging es im März mit *„Diagnosebögen"* und *„Schülerbegleitbögen"*. Kontrovers wurde die „vorläufige Verfassung" der Schule diskutiert. Für die Außenvertretung solle anstelle der Schulleitung ein „Pressereferat" geschaffen werden. Und es wurde kritisiert, dass die Gesamtkonferenz im Gegensatz zur Schulleitung „dazu verurteilt sei, immer nur zu reagieren, anstatt zu agieren." Unter „Verschiedenes" wurde darauf hingewiesen, dass „ein

[190] vgl. GK, 11, 1971
[191] vgl. GK, 12, 1971
[192] vgl. GK, 01, 1972
[193] ebenda

Widerspruch zwischen der Verlaufsorientiertheit und den Planzielen dieser Schule bestehe; Unterricht sei zu wenig lernzielbezogen, mehr Lernkontrollen seien nötig, um Fehlleistungen zu verringern. Grundlinien einer Ordnung müssten eingehalten und sichtbar werden (Arbeitsmappen, gestaltete Klassen)“[194].

Die *Vorläufige Verfassung,* ein Meilenstein innerschulischer Demokratie, wurde ebenfalls in dieser Konferenz im März 1972 verabschiedet:

„Präambel
Die Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim betrachtet die folgenden Punkte als unabdingbare Prinzipien einer demokratischen Schulverfassung: Mitbestimmung aller Betroffenen. Selbstverwaltung im personellen und sächlichen Bereich. Besetzung aller Funktionsstellen auf eine begrenzte Zeit durch Wahl. Leitung der Schule durch ein Leitungskollegium. Diese Grundsätze werden soweit wie möglich ab sofort praktiziert und in vollem Umfang, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Dazu sind die folgenden Regelungen notwendig:

Parlamente
Die an der Schule beteiligten Gruppen (Lehrer, Schüler, Eltern und Angestellte) bilden jeweils eigene Gremien zur Wahrnehmung ihrer besonderen Interessen und Aufgaben (Parlamente), für die die bestehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften Gültigkeit haben. Intern können, wenn es die innere Struktur der Gesamtschule erfordert, versuchsweise neue Regelungen erprobt werden. Damit es zu einer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen kommt, ist eine gegenseitige Information über die jeweiligen Vorhaben und Entscheidungen, Fragen und Forderungen notwendig. Zu diesem Zweck können Vertreter der anderen Gruppen zu den Sitzungen hinzugezogen werden. Zusätzlich wird ein Informationsausschuss als Ausschuss der Schulkonferenz eingerichtet.

Konferenzen
Die verschiedenen Gruppen bilden weiterhin gemeinsame Vertretungen (Konferenzen), die der Zusammenarbeit und der Realisierung der Mitbestimmung aller Betroffenen bei gemeinsamen Interessen und Aufgaben dienen.
Zusammenarbeit
Schüler und Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Interessen zu artikulieren und selbständig Entscheidungen zu fällen; dazu wird es u.a. ggf. notwendig sein, ihren Informationsrückstand in den Konferenzen selbst abzubauen. Auch an einer Gesamtschule, die von ihrer inneren Struktur her auf Kooperation hin angelegt ist, werden Interessengegensätze bestehen, die Konflikte hervorrufen können. Die Diskussionen sollten aber weniger von der Absicht bestimmt sein, die eigenen Interessen durchzusetzen, als durch Argumentation zu für alle befriedigenden Entscheidungen zu kommen.

Aufgaben

[194] vgl. GK, 3.1, 1972

Die Schulkonferenz befasst sich mit allen ihr wesentlich erscheinenden Angelegenheiten der Schule, persönliche Angelegenheiten einzelner Lehrer, Mitarbeiter und Schüler ausgenommen. Ihre Beschlüsse sind für alle bindend, es sei denn, sie widersprechen geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften oder das Lehrerparlament (Gesamtkonferenz) besteht darauf, über den entsprechenden Punkt eine eigene Entscheidung herbeizuführen. Entsprechendes gilt für die Jahrgangs- und Fachbereichskonferenzen, bezogen auf den jeweils anderen Aufgabenbereich. Die Ausschüsse haben die Aufgabe Beratungsunterlagen für die jeweiligen Konferenzen zu erarbeiten, bzw. deren Beschlüsse durchzuführen, in Konfliktfällen zu vermitteln oder zu schlichten. Zusammensetzung: Stimmberechtigte Mitglieder sind in der (den) Schulkonferenz(en): 1 Mitglied der Schulleitung, 10 Lehrer und pädagogische Mitarbeiter, 10 Schüler und 10 Eltern. Ohne Stimmrecht sind vertreten: Vertreter der wiss. Begleitung, des Schulträgers, der Schulaufsicht, 1 Angestellter. […]

Die Schulleitung wird nach Beschluss des Basiskollegiums kollegial ausgeübt. Das Leitungskollegium, dessen Mitglieder vor Ende des Schuljahres 1970/71 für das Schuljahr 1971/72 vom Basiskollegium gewählt und der Schulaufsichtsbehörde zur Führung der Amtsgeschäfte vorgeschlagen worden ist, besteht aus dem Schulleiter, dem Organisationsleiter und den Jahrgangsleitern der Jahrgänge 5,6 und 7. Der Organisationsleiter und die 3 Jahrgangsleiter sind untereinander gleichberechtigte Vertreter des Schulleiters. Die Mitglieder der Schulleitung nehmen eine Aufgabenverteilung vor, die offengelegt werden muß. Innerhalb seines Aufgabenbereiches trifft jedes Mitglied Entscheidungen in eigener Verantwortung. Allgemeine Fragen sind gemeinsam zu beraten und werden mit Stimmenmehrheit entschieden. Zu den Aufgaben der Schulleitung gehört insbesondere die Koordination aller pädagogischen und organisatorischen Aufgaben der Schule und der weiteren Planungsarbeit in jeweiliger Zusammenarbeit mit den Jahrgangs- und Fachbereichsleitern, ferner die Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung, den anderen Gesamtschulen, den Eltern, der Öffentlichkeit, der Schulaufsichtsbehörde und dem Schulträger.[195].

Diese Reformfreude bei den Veränderungen der Machtverhältnisse fand offensichtlich ihre Grenze dort, wo elementare Interessen der Lehrkräfte berührt wurden.[196] So beschloss im *April 1972* die Gesamtkonferenz mit großer Mehrheit, dass „eine *Regelung von verpflichtenden Hospitationen abgelehnt wird*“[197]. Dabei wurde ausdrücklich betont, dass die Ablehnung der Vorlage die Notwendigkeit von dergleichen nicht in Frage stelle. *Anfang Mai 1972* diskutierte *die Gesamtkonferenz* die *Gliederung der Fachbereiche*. Der Lernbereich Sprache, so die Äußerungen, sei nur mit einem Fachbereich[198] auszustatten. Zwar hätten andere Gesamtschulen für die Fremdsprachen, und zwar für Englisch und für die anderen Fremdsprachen

[195] vgl. GK, 3.2, 1972
[196] vgl. GK, 4, 1972
[197] GK, 4, 1972
[198] vgl. GK, 5,1972

jeweils eine Fachbereichsleitungsstelle eingerichtet. In der Robert-Bosch-Gesamtschule solle dies aber nicht so sein, „weil dadurch die zweiten Fremdsprachen einen zu großen Stellenwert“ bekommen würden[199]. Im Mai 1972 konnten sich die Mitglieder der Gesamtkonferenz nicht darauf einigen, welche „erzieherischen Maßnahmen“ in die Schulordnung eingearbeitet werden sollen. Außerdem vermerkt das Protokoll, dass die Lehrer der Schule ausdrücklich gegen die Vorgabe des Landes, „wieder zweimal im Jahr schriftliche Zeugnisse auszustellen“, votierten[200]. Im Juni 1972 wurde die Schulleitung „verpflichtet, zu Beginn eines Quartals einen Terminplan zu erstellen und zu veröffentlichen“.[201]

Keine „Zwänge oder Beschränkungen“

Mit der Gesamtkonferenz im Juni 1972 hatte die neue Schule ihr erstes Schuljahr abgeschlossen. Alles wurde neu entwickelt: Pädagogische Aspekte des Lernens, Lerndiagnosen, Unterrichtseinheiten, ein neues Modell der Schulverfassung mit neuen Rollenzuschreibungen von Kollegialer Schulleitung und Gemeinsamer Vertretung. Die Robert-Bosch-Gesamtschule „erfand“ sich ohne entsprechende Vorbilder oder Zielsetzungen völlig neu. Dabei ist den Unterlagen nicht zu entnehmen, in welcher Weise Planungsvorgaben der Stadt in diese Arbeit eingeflossen sind. Dies scheint nicht der Fall gewesen zu sein. Das Kollegium der Schule entwickelte von Anfang an – auch intern – eine große Eigenständigkeit: So wurden die Vorarbeiten der Planungsgruppe mit einer Schwerpunktsetzung auf das Fach TWB nicht so ohne weiteres akzeptiert. Die Frage der „Demokratie in der Schule“ hatte einen sehr hohen Stellenwert. Es ist zu erkennen, dass sich ein engagiertes und die pädagogische Welt völlig verändern wollendes junges Kollegium auf den Weg gemacht hatte. Die Schulleitung suchte die organisatorischen „Mindestbedingungen“ für einen geregelten Schulablauf zu schaffen; die Lehrkräfte lehnten äußere „Zwänge und Beschränkungen“[202] grundsätzlich ab. Die Kollegiale Schulleitung agierte als „Geschäftsführer der Gesamtkonferenz“.[203] Reformvorhaben wie der „Tagesablauf“, die „Raumverteilung“, die „Unterrichtsverteilung“, „Unterrichtsbegleitbögen“, „Schülerbegleitbögen“, „Hinweise zu den Aufgaben der Stammgruppenleiter“

[199] vgl. GK, 5, 1972
[200] GK, 5, 1972
[201] vgl. GK, 6, 1972
[202] vgl. GK 5,1972
[203] Vgl. hierzu auch das Interview mit Washausen, AdGdRBG.

und auch „Termine für die Fachbereichskonferenzen“[204] waren die Themen. Und eine „Gemeinsame Vertretung“ konstituierte sich als paritätisch besetztes neuartiges Entscheidungsgremium.[205]

Erste Schwierigkeiten beim Zusammenleben in der Schule wurden thematisiert. „Die Schüler sind aus der Grundschule und vom Elternhaus her meist auf Gehorsamkeit konditioniert. Sie können sich in der RBG nicht so schnell umgewöhnen, deshalb sind sie zumeist verunsichert und desorientiert. Dieses hängt eng zusammen mit dem Lehrerverhalten. Lehrer zeigen eine Erziehungsinkontinenz.“[206] Diese Äußerung weist auf Schwierigkeiten des überwiegend jungen und eher nicht autoritär eingestellten Kollegiums mit dem augenscheinlich negativ zu Tage tretenden Schülerverhalten hin. Dieser Aspekt findet sich ab jetzt in vielen Protokollen der nächsten Jahre. Offenbar wollten diese Lehrer den Unterricht und die Schule zwangloser, freiheitlicher und vor allem ohne Strafe gestalten.[207] Dabei ist zu beachten, dass die Lehrerschaft im Durchschnitt um die 30 Jahre alt war[208] und nicht über besonders große Unterrichts- und Erziehungserfahrung verfügte. Außerdem diskutierte die Schule Anfang 1973 „Erziehungsmaßnahmen“. Dazu lag eine schriftliche Vorlage einer Arbeitsgruppe „Erziehungsmaßnahmen“ vor. In mehreren Punkten ging es um „pädagogische Prinzipien“, um mögliche „Ursachen und Gründe für Verstöße gegen die Schulordnung“ und um zu ergreifende „Erziehungsmaßnahmen“[209].

Im Jahr 1973, so ein Bericht der Schulleitung, lag die *Zahl der Anmeldungen* bei 385 Schülern. Das Jahr davor seien es noch 457 Schüler gewesen. Von den 385 Schülern, die für das neue Schuljahr angemeldet worden seien, kämen 113 Kinder aus der Nordstadt, 58 Geschwisterkinder seien dabei und, um mit insgesamt 240 Schüler die 8-Zügigkeit zu erreichen, müssten aus den übrigen Stadtgebieten noch weitere 68 Schüler aufgenommen werden.[210] In der Gesamtkonferenz im Februar 1973 wird darauf hingewiesen, dass die Schulgesetznovelle des Landes eine „Gemeinsame Vertretung (GV)“ als Schulversuch ermöglichen werde und dass zur

[204] vgl. GK, 8, 1972
[205] vgl. GK, 10, 1972
[206] vgl. GK, 1, 1973
[207] vgl. GK, 1, 1973
[208] Bei Herwig et al., 1972, 14, findet sich ein Hinweis darauf, dass der Altersdurchschnitt des „Gründungskollegiums“ des Schuljahres 1971/1972 um die 30 Jahre gelegen hat.
[209] vgl. GK, 2, 1973
[210] vgl. GK, 3, 1973

Vorbereitung dieses Schulversuches eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden solle.[211] Außerdem wurden Disziplinfragen erörtert: Die Schulleitung forderte, dass dem einzelnen Schüler gegenüber, falls dieser sich nicht vernünftig verhalte, angemessen zu reagieren sei. Der Antrag wurde abgelehnt und es wurde mit Mehrheit zum Ausdruck gebracht, dass „die Ursachen für [negative, W.K.] Verhaltensweisen komplexer (seien) als in der vorliegenden Fassung [der Schulleitung, W.K.] zum Ausdruck komme“[212].

Um ein eher bildungspolitisches Thema ging es im Juni 1973 bei der Verabschiedung einer *„Musterresolution der niedersächsischen Gesamtschulen“*, in der die *„Einengung der Versuchsarbeit“* für die neuen Gesamtschulen in Niedersachsen kritisiert wurde:

> *„Die Integrierten Gesamtschulen Niedersachsens stellen Anzeichen einer entscheidenden Einengung ihrer Versuchsarbeit und der von der Landesregierung mit dem Aufbau der Gesamtschulen vertretenen Intentionen fest. Wir halten es – auch unter Berücksichtigung der Aussagen über Gesamtschulen im Entwurf des Niedersächsischen Schulgesetzes – für sachlich nicht vertretbar und für ein undemokratisches Vorgehen, daß die niedersächsischen Gesamtschulen nicht rechtzeitig bei der Vorbereitung und Abfassung gravierender Entwürfe über schulpolitische Vereinbarungen (Sekundarstufe I und II) beteiligt worden und darüber hinaus keine ausreichenden Regelungen vorhanden sind, den Versuchscharakter der IGS durch Sonderregelungen zu sichern.“*[213]

In den nächsten Jahren gingen die eigenständigen Reformen der Robert-Bosch-Gesamtschule trotzdem weiter:

- Im *Oktober 1973 setzte die Gesamtkonferenz* einen Ausschuss zur Planung und Durchführung einer *Projektwoche* und einer *pädagogischen Woche* ein. Dabei wurde erörtert, wie Projektwochen und pädagogische Wochen grundsätzlich stattfinden sollten, ob dies zum Beispiel zwei- oder dreimal im Jahr sein sollte und ob das Schuljahr etwa in Tertiale gegliedert werden sollte. Unter „Verschiedenes“ vermerkt das Konferenzprotokoll dann aber auch, dass „die Unruhe in den Pausen sehr groß sei und dass schon wieder eine größere Anzahl von Schadensfällen vorliege“. Die Schulleitung wies darauf hin, dass dies „an den unzulänglich ausgeführten Aufsichten liegt.“[214] Im *November*

[211] ebenda
[212] vgl. GK, 4, 1973
[213] Resolution der Gesamtkonferenz vom 20.06.1973, GK, Ordner, GK, 6, 1973
[214] vgl. GK, 10, 1973

1973, stellte sich der Fachbereich *„Technik-Wirtschaft-Beruf“* mit seinem aktuellen Konzept vor. Es ginge vor allen Dingen darum, reale Inhalte in den Unterricht zu integrieren wie zum Beispiel „mehr Technik“, „mehr Material“, „mehr Dinge des täglichen Lebens“ und „weniger Theorie“. Auch traf diese Konferenz eine Regelung zur Durchführung von Projektwochen. In Zukunft sollten zwei Projektwochen pro Schuljahr stattfinden. Zum Tagesordnungspunkt „Diebstähle und Schulfremde auf dem Schulgelände” vermerkt das Protokoll, dass „die Art des Umgangs in der Schule rüder (wird). Die Eigentumszerstörungen mehrten sich. Das Fortnehmen fremder Sachen innerhalb und außerhalb der Schule steigt an.“ Es wurden Hinweise an die Schüler formuliert, wie man sich dagegen schützen solle[215]. Kontrovers verlief die Diskussion um *zusätzliche Lehrerstellen für die Sekundarstufen-II-Planung*, die vom Kultusministerium gefordert wurden. Der Grund: Teile des Kollegiums wehrten sich dagegen, die Vorbereitung der gymnasialen Oberstufe der Schule aus den „Planungsstunden, die für die Sekundarstufe I vorgesehen waren und auch genutzt wurden“[216], zu gewähren. Augenscheinlich wurde die Planung der gymnasialen Oberstufe vom Kollegium als nicht gleichberechtigt mit Planungen in der integrierten Sekundarstufe I angesehen.[217]

- *Im April 1974* bat der Schulleiter Rudolf Ahlers das Kollegium *die Projektwoche im Mai mit der Einweihung eines neuen Schultraktes zu verbinden*. Diesen Antrag lehnte das Kollegium wegen „zu großer Festlegung“ ab. Die Schulleitung wies darauf hin, dass „später alle Lehrer gleichermaßen in der Oberstufe und ohne Bedenken des Dezernenten unterrichten können“ beziehungsweise „unterrichten sollen“[218]. Unter „Verschiedenes“ wurde wieder über „stark zunehmende“ Diebstähle berichtet. Der stellvertretende Schulleiter gab bekannt, dass „der Regierungspräsident für jede Beurlaubung eine schriftliche Benachrichtigung für die Personalakte verlange. Ab sofort gehe jede Krankmeldung, schon bei eintägigem Fehlen, an die Regierung“[219].

- Im *September 1974* wurde die *„Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung“* vorgestellt. Die Schulleitung hatte bestimmt, dass die Leitungsmitglieder kolle-

[215] vgl. GK, 11, 1973
[216] vgl. GK, 2, 1974
[217] vgl. GK, 2, 1974
[218] vgl. GK, 4, 1974
[219] vgl. GK, 4, 1974

gial und demokratisch miteinander umgehen sollten, dass bei Entscheidungen grundsätzlich das Mehrheitsprinzip gelte, dass die Mitglieder des Kollegialorgans zusätzlich zu ihrer gemeinsamen Leitungsarbeit [Begriff von W.K.] jeweils eigene Bereiche als „Generalien" verantwortlich betreuen sollten und dass weitere Mitglieder des Kollegiums an den prinzipiell öffentlichen Schulleitungssitzungen teilnehmen könnten[220]. Das Kollegialitätsprinzip nahm bei dieser Geschäftsordnung breiten Raum ein. Dabei wurde deutlich, dass der Schulleiter Rudolf Ahlers nur in unwesentlichen Bereichen eine herausgehobene Rolle einnehmen sollte. Vor allem hatte der Schulleiter seine operative Verantwortlichkeit für die Personalangelegenheiten und den dazugehörigen Schriftverkehr mit den Behörden an das Schulleitungsmitglied Albrecht Grimm abgegeben. Ebenfalls fällt auf, dass das Schulleitungsmitglied Martina Kuster speziell für „alle Regelungen, die durch Beschädigungen (Schulgebäude und Einrichtung) nötig werden" zuständig ist, ein Hinweis auf die Bedeutung dieser Frage. Der didaktische Leiter Helmut Washausen war nur noch für didaktische und methodische Fragen in der Sekundarstufe II verantwortlich Das Schulleitungsmitglied Jos Schnurer war demgegenüber verantwortlich für Fragen der Didaktik und Methodik in der Sekundarstufe I. Augenscheinlich hatte es eine Umstellung, vielleicht sogar Machtverschiebung, gegeben. Dies wurde auch daran deutlich, dass der Schulleiter Rudolf Ahlers jetzt selbst für den „Rahmenplan" verantwortlich sein sollte.

In diesem Jahr 1974 wurde auch über die an Braunschweiger Schulen durchgeführten Vergleichsuntersuchungen über *„Schülerleistungen im Fach Englisch"* informiert. Im Ergebnis lagen „die Testergebnisse der Gesamtschüler (mehr als 400) durchschnittlich um 50 % unter den Durchschnittsergebnissen der getesteten Hauptschüler."[221] Eine Aussprache hierzu erfolgte nicht. Unter dem Punkt „Verschiedenes" sprach Schulleiter Rudolf Ahlers ein „mahnendes Wort an das Kollegium wegen zu frühen Unterrichtsschlusses"[222]. Außerdem wurde über „katastrophale Zustände in den Mädchentoiletten"[223] berichtet. Gleichzeitig wurde auf eine Chile-Solidaritäts-Veranstaltung in der Schule hingewiesen „bei der jeder Lehrer des 7. bis

[220] vgl. GK, 9.1., 1974
[221] vgl. GK, 9.2., 1974
[222] GK, 9.2., 1974
[223] ebenda

10. Jahrgangs verpflichtet ist, während der Veranstaltung in der Schule zu bleiben.“[224]

Im Jahr 1975 stand als pädagogisches Thema die *Lerndiagnostik* auf der Tagungsordnung gleich mehrerer Konferenzen. Die Breite und Intensität der Erörterungen in den Konferenzen vermittelt den Eindruck, dass in diesem Bereich an anderer Stelle sehr viel vorgearbeitet worden war. Die Konferenzen diskutierten die Themen „Testergebnisse und deren Bezug zur Diagnostik“, die „Qualität der Tests“ in den einzelnen Fächern und die „Umrechnung von Lernergebnisse und Zensuren“.[225]

Die Anmeldezahlen im Jahr 1975 waren weiter zurückgegangen: „Dem neuen fünften Schülerjahrgang gehörten [in der Stadt insgesamt, W.K.] nicht weniger Schüler an als den vorigen Jahrgängen; ein *Rückgang der Anmeldungen* ist nur an der Robert-Bosch-Gesamtschule zu verzeichnen“.[226] Eine Aussprache dazu vermerkt das Protokoll nicht. Den Punkt „Verminderung der Schäden an der RBG“ vertagte die Gesamtkonferenz[227]. Er solle am *16. Juni* auf der *nächsten Gesamtkonferenz* behandelt werden. Dieses Thema nahm dann im Juni 1975 breiten Raum ein. Der Hausmeister Wilhelm Pläging berichtete über die *Schäden* der vergangenen Wochen. Schulleiter Rudolf Ahlers ergänzte ihn mit Hinweisen zur Aufsichtspflicht.[228]

Eine besondere schulische Institution auf dem Weg zu einer demokratischen Schule beschäftigte im Jahr 1975 die Mitglieder der Schulgemeinschaft. Es ging um die Einrichtung des *„Eltern-Lehrer- und Schülerausschusses* (ELSA)“. Dieses Gremium war aus der „Gemeinsamen Vertretung (GV)“ der Jahre zuvor hervorgegangen und sollte jetzt in paritätischer Zusammensetzung die Interessen der Eltern, der Lehrer und der Schüler bei der Gestaltung der Schule zur Geltung bringen. **Günter Binsteiner** als hieran Beteiligter bemerkt dazu:

> *„Nachdem 1969 die ersten bundesweiten Versuche mit Gesamtschulen gestartet waren, hat Niedersachsen unter Kultusminister v. Oertzen 1971 mit 7 integrierten und 2 kooperativen Gesamtschule die Schulversuche mit Gesamtschulen begonnen. Der etwas verspätete Eintritt in die Gesamtschularbeit hat dem niedersächsischen Weg zur Gesamtschule nur gutgetan, wurde doch mit einer administrativen und curricularen Offenheit in diese neue Schulform gestartet. Die den Schulen*

[224] ebenda.
[225] vgl. GK, 4, 1975
[226] GK, 5, 1975
[227] vgl. GK, 5, 1975
[228] ebenda

zugestandenen Freiräume haben das hohe Maß an Engagement bei Eltern und Lehrkräften verstärkt. Im Bewusstsein, Schule neu konzipieren zu können, sind Modelle der Mitbestimmung und Mitwirkung entstanden, die geprägt waren von Kollegialität (z.B. Kollegiale Schulleitung), Transparenz (Wahl von Funktionsträgern auf Zeit, Anhörungsverfahren unter Beteiligung von Schülern und Eltern mit Stimmrecht), innerschulischer Demokratie (Schulverfassungen, „Besondere Ordnungen" mit Drittelparität, Eltern-Lehrer-Schüler-Ausschüsse), die somit zum Selbstverständnis niedersächsischer Gesamtschulen beitrugen."[229]

Dieser *„Eltern-Lehrer-Schüler-Ausschuss"*, ein mögliches, gleichwohl aber nicht notwendiges (Wahl-) Verfassungsorgan des damaligen niedersächsischen Schulgesetzes[230], übernahm an der Robert-Bosch-Gesamtschule sodann eine Reihe von Entscheidungsbefugnissen, sowohl von der Gesamtkonferenz als auch von der Schulleitung.[231]

Demokratische Initiativen der Schule setzten sich fort. So stellte die Schule am 27. April 1976 beim Schulträger den Antrag, das vorgeschriebene „Benehmen" zur Fortführung von Schulverfassungsversuchen herzustellen, um danach bei der oberen Schulbehörde und beim Kultusministerium die Anträge auf Genehmigung stellen zu können. Der Grund dafür war, dass die seit der Gründung genehmigte „Vorläufige Ordnung der Robert-Bosch-Gesamtschule" nach den Bestimmungen des Schulgesetzes von 1974 zum Ende des Monats Juli im Jahr 1976 auslief. Bei den beiden Schulverfassungsversuchen handelt es sich um die Genehmigung einer „Kollegialen Schulleitung, verbunden mit der Besetzung höherwertiger Ämter auf Zeit" und mit der erweiterten „Beteiligung von Eltern und Schülern bei Entscheidungen der Schule". Hier ging es um die Erlaubnis zur Fortführung des Eltern-Lehrer-Schüler-Ausschusses:

„Antrag 1: Besondere Ordnungen für die Konferenzen (§§ 32 und 33 NSchG sowie Verw.-Vorschr. Zu §§ 32 und 33 vom 11. Dezember 1975). Die Schule beantragt folgende Bestimmungen in der besonderen Ordnung: Die Gesamtkonferenz kann einzelne Entscheidungsbefugnisse auf den Eltern-Lehrer-Schüler-Ausschuß (ELSA) nach § 32 Abs. 2 Nr. 4 übertragen, sowie nicht die Verordnung vom 18. Juli 1975 (Niedersächs. GVBL. 228, Schulverw. Blatt 181) die Übertragung ausschließt. Für ELSA wird folgendes bestimmt: Die Gesamtzahl der stimmberechtigten Ausschußmitglieder und die Zahl der Elternvertreter und Schülervertreter bestimmt die Gesamtkonferenz bei Einrichtung des Ausschusses nach übereinstimmenden Beschlüssen der Lehrer in der Konferenz und der Gremien, die die Eltern- und die Schülervertreter in den Ausschuß wählen."[232]

[229] Binsteiner, 1991, 6
[230] vgl. NSchulG i. d. F. vom 01.08.1974; vgl. Interview mit Karl Starkebaum u.
[231] vgl. GK, 3, 1976
[232] ebenda

„Antrag 2. Kollegiale Schulleitung und höherwertige Ämter auf Zeit. (§§ 34 Abs. 1-4 und 37 NSchG sowie Vermerk MK, Ref. 304 vom 19. August.1975). Die Robert-Bosch-Gesamtschule beantragt folgende Bestimmungen in der Besonderen Ordnung: Die kollegiale Schulleitung besteht aus 5 Mitgliedern. Die Inhaber folgender Funktionsstellen sind Mitglieder der kollegialen Schulleitung, Schulleiter, Stellvertreter, Stufenleiter Jahrgang 5/6, Stufenleiter aus dem Bereich der Jahrgänge 7-10, Stufenleiter aus dem Bereich der Sekundarstufe II. Alle Funktionsstellen an der Robert-Bosch-Gesamtschule werden auf Zeit besetzt: Mitglieder der Schulleitung: 5 Jahre, Didaktische Leiter S I und S II: 5 Jahre, Fachbereichsleiter:4 Jahre, Jahrgangsleiter:3 Jahre"[233]

Im Jahr 1977 traten Baumaßnahmen um den „Westtrakt" in den Fokus der Gesamtkonferenz. Die Kollegiale Schulleitung stellte fest, dass „die Demonstration am 10. März 1977 eine gelungene Aktion war. Es kam zur Solidarisierung von Eltern, Schülern und Lehrern"[234]. Allerdings hätte sich die Demonstration, die für den Ausbau des Westtraktes eingetreten war, politisch wahrscheinlich negativ ausgewirkt. Von Ratsmitgliedern sei der Vorwurf geäußert worden, „daß die CDU und die FDP durch die Schule zu Gesamtschulgegnern abgestempelt würden"[235]. Der Schulleiter Rudolf Ahlers schlug der Gesamtkonferenz vor, erneut mit der Stadt über den Westtrakt zu verhandeln. Er wolle auch den Landkreis mit einbeziehen und er wolle auch die Eltern intensiv einschalten.[236],[237]

Im Einklang mit der Fachkonferenz Sport wurde im Juli 1977 beschlossen, dass zwar alle zukünftigen Jahrgänge die Bundesjugendspiele durchführen sollen, aber „es findet ein Gruppen-, nicht aber ein Einzelwettkampf (Urkunde) statt"[238].

Politische Schule

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre beschäftigte sich das Kollegium in vielen Konferenzen mit der Ausgestaltung der Schulverfassung[239]*. „Demokratie in der*

[233] Antrag vom 26. April 1976, AdGdRBG, Ordner „GEW-Betriebsgruppe"
[234] vgl. GK, 3, 1977
[235] ebenda
[236] Der Hintergrund dazu ist der, dass die Stadt Hildesheim die Robert-Bosch-Gesamtschule nicht weiter oder fertig bauen wollte. Das Hochhausgebäude am nördlichen Kopfende der Schule, in West-Ost-Richtung verlaufend, sollte nach Meinung der CDU/FDP-Ratsmehrheit nur zur Hälfte fertig gestellt werden. Der östliche Teil sollte für die gymnasiale Oberstufe und für Teile des Fachbereichs AWT fertig gebaut werden. Der westliche Teil, der so genannte Westtrakt dieses Hochhauses, sollte aber nicht weiter gebaut werden. Damit wäre für die Schule das Versuchsprojekt „Technik-Wirtschaft-Beruf" beeinträchtigt worden. Und die Schule würde vor allen Dingen überhaupt keine Räume für ihren Ganztagsbereich, der seine Unterbringung in diesem neuen Gebäude finden sollte, bekommen. Eine Auseinandersetzung, die das Schulleben noch eine lange Zeit wesentlich bestimmen wird.
[237] vgl. GK, 3, 1977
[238] vgl. GK, 5, 1977
[239] Hier wird m.E. besonders die für die damalige Zeit vorherrschende „Angebotsorientiertheit" des Kollegiums, aber wohl auch der Kollegialen Schulleitung, deutlich.

Schule“ spielte eine große Rolle und bewegte das gesamte Kollegium. Pädagogische Reformen verlassen demgegenüber die diskursive Mitte der Schule – und spielen fortan nur in den (unverbundenen) Subsystemen der Fachbereiche und Jahrgänge eine Rolle.
Dazu gab es immer wieder Versuche der Schulleitung, aufkommende Disziplinlosigkeit der Schüler durch mehr Regelungen Herr zu werden. Das Thema „Westtrakt“ setzte in den Gesamtkonferenzen seine Akzente. Hier entwickelte sich eine kämpferische Dynamik gegen den Schulträger. Die Schule radikalisierte sich, was ihren Umgang mit dem Schulträger beziehungsweise den lokal führenden Parteien CDU und FDP anbelangt.

In keiner Gesamtkonferenz ging es um die zurückgehenden Anmeldezahlen. In den Protokollen der Gesamtkonferenzen und auch anderer Gremien[240] ist dazu nichts zu finden. Möglicherweise war das Kollegium mehr auf den Streit mit dem Schulträger beziehungsweise mit den Parteien CDU und FDP fixiert. Es könnte auch sein, dass eine kleinere Schule nicht als Problem für die Zukunft wahrgenommen wurde. Die Resignation über Prozesse, die sich einer eigenen Einflussnahme entzogen, könnte ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Auf jeden Fall haben weder die Gesamtkonferenz noch die kollegiale Schulleitung hier eine erkennbare Rolle gespielt. Das „Lagerdenken“ in der Schule hatte inzwischen ein so großes Ausmaß erreicht, dass Beobachtungen, die zur Selbstkritik oder Kurskorrekturen Anlass hätten geben sollen, ausgeblendet wurden.

Im September 1977 wurden 15 Lehrkräfte von der Gesamtkonferenz in den „Eltern-Lehrer-Schüler-Ausschuss“ gewählt[241]. In den nächsten Gesamtkonferenzen, das ganze Jahr 1978 über, wurden Themen wie *„Unterrichtsorganisation“, „Anrechnungsstunden“* und *„Jahrgangsleiterfolge“ beraten*.[242],[243]

Im Jahr *1979* ging es *im März* um die *Neubesetzung der Schulleiterstelle*. Der bisherige Schulleiter, Rudolf Ahlers hatte eine Stelle am Studienseminar in Hildesheim angenommen. Es gab drei Bewerber für die frei gewordene Stelle: Günter Binsteiner von der Robert-Bosch-Gesamtschule, Dr. Rudolf Endreß aus

[240] So findet sich in den Protokollen des „Didaktischen Ausschusses“ aus diesen Jahren (Standort AdGdRBG) kein Hinweis auf eine Diskussion der zurückgehenden Anmeldezahlen.
[241] vgl. GK, 9, 1977
[242] vgl. GK, 1, 1978 u. GK, 3, 1978
[243] vgl. GK, 8, 1978

Hohenheim von der dortigen Universität und Dr. Bolko Schulz von der Staatlichen Integrierten Gesamtschule in Kaiserslautern stellten sich in der Gesamtkonferenz vor. Günter Binsteiner bekam bei der Abstimmung die meisten Stimmen.[244]

Für die weitere Entwicklung von Bedeutung war der Antrag auf Teilnahme am UNESCO-Modellprojekt. In den Jahren zuvor hatte sich die Schule in den Bereichen der Friedens- und Umwelterziehung profiliert. So gab es zum Beispiel im Jahr 1977 ein großes Projekt zur Situation in der Sahel-Zone. Dem Antrag zur Bewerbung als UNESCO-Modellschule stimmte die große Mehrheit der Gesamtkonferenz im März 1979 zu.[245],[246]

Im selben Jahr beendete der Kultusminister Dr. Remmers die von Beginn an bestehende Freizügigkeit bei der inneren Gestaltung der integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen. Damit war nach 10 Jahren die Gründungsphase der ersten Gesamtschulgeneration in Niedersachen abgeschlossen. **Dieter Galas** kommentiert dies so:

> *„Ohne die von allen Gesamtschulen eingehenden massiven Proteste gegen die beabsichtigten Regelungen zu berücksichtigen, setzte der Niedersächsische Kultusminister zum 01. August 1979 einen Erlaß in Kraft, der rigide in den Kernbereich der Gesamtschularbeit eingriff: - Festschreibung einer Stundentafel für die Schuljahrgänge 5 - 10: Abweichungen von den Vorschriften bedürfen der Zustimmung der „obersten" Schulbehörde, also des Kultusministeriums selbst. - Festschreibung der Differenzierungsverfahren: ‚Vom 7. Schuljahrgang wird der Unterricht in den Fächern Mathematik und Englisch in Fachleistungskursen auf 2 oder 3 Kursstufen durchgeführt. ' Auch hier bedürfen Abweichungen der Zustimmung der obersten Schulbehörde. - Zeugniserteilung: Vom 9. Schuljahrgang an wird die Ausgabe eines Zensurenzeugnisses verbindlich gemacht."*[247]

2.4. Lokale Öffentlichkeit

Die Gründung der Robert-Bosch-Gesamtschule ist in den Presseorganen des Raums Hildesheim auf große Beachtung gestoßen; diese journalistische Reaktion wiederum hat das „Image" der Schule in der Bevölkerung stark beeinflusst. Eine Hypothese

[244] Damit ist eine lange Auseinandersetzung, die ebenso wie der Westtrakt die Schule eine geraume Zeit bewegen wird, ab dem 22. März 1979 vorprogrammiert.
[245] Seitdem ist die Robert-Bosch-Gesamtschule „UNESCO-Modellschule" beziehungsweise später dann „UNESCO-Projektschule".
[246] vgl. GK, 3, 1979
[247] Galas, in: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Zehn Jahre Gesamtschule in Niedersachsen, 1981, 12

dieser Arbeit ist die, dass der „Niedergang“ ebenso wie der „Wiederaufstieg“ dieser Schule ohne die Kenntnis der Wechselbeziehungen von Image und Wirklichkeit nicht verstanden werden kann.

Die folgenden Darstellungen sind nach Schuljahren gegliedert. Sie beginnen mit dem Jahr 1969/1970, zwei Jahre vor dem Start der Hildesheimer Gesamtschule. Die Untersuchung berücksichtigt die regionalen Presseorgane, wie die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ („HAZ“), die „Hildesheimer Rundschau“ („HR“), dann die „Hildesheimer Presse“ („HP“), die es allerdings nur noch einige Jahre lang gegeben hat, und den „Huckup“ („HU“), der sich intensiv mit der Gründung der Gesamtschule beschäftigt hatte. Später kam der „Kehrwieder am Sonntag“ („KaS“) hinzu.[248],[249]

Einige Einblicke in das Pressegeschehen in der Gründungszeit illustrieren das große Interesse der lokalen Öffentlichkeit:

Gesamtschule – eine Wunderpille?
Am 16. Januar 1969 erschien in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung ein Artikel mit der Überschrift „Gesamtschule - eine Wunderpille“. In diesem Artikel wurde über eine Veranstaltung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen berichtet. Bei dieser Veranstaltung hatte sich eine Oberstudienrätin, Ursula Benedix aus Uelzen, die in der CDU Niedersachsen tätig und dort auch für Bildungsfragen zuständig war, geäußert. In dem Artikel ging es darum, dass eine integrierende Gesamtschule „die in Niedersachsen drei Milliarden Mark zusätzlich erfordern würde, schon jetzt von den Philologen und Realschullehrern aus mehreren Gründen abgelehnt werde“[250] […][251]
Am 09. Mai 1969 kamen in der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“ unter der Überschrift „Gesamtschule eine Fata Morgana?“ wieder die Kritiker zu Wort. Der Tenor: „Das Phänomen [sei, W.K.] augenblicklich nicht aktionsfähig.“ Der Artikel berichtete über eine Veranstaltung, zu der der Verband der Realschullehrer Referenten zum Gesamtschulthema eingeladen hatte. Unter den Referenten war Theodor Sander, ein Verfechter der Gesamtschule, und dabei war auch der Kritiker Dr. Peter Wangerin. Dr. Wangerin behielt bei der Anerkennung aller Reformversuche – so schrieb die Zeitung – beide Beine auf der Erde. Der Referent Sander hätte, so die Zeitung, offen zugegeben, dass „dieses Phänomen“, so wie es augenblicklich in Berlin und Frankfurt erprobt werde, (Schweden, so Sander, würde es übrigens am liebsten wieder auflösen) nicht aktionsfähig sei. Dann zitierte der Artikel Dr. Wangerin: „Es ist und bleibt nur ein organisatorisches Faktum, das aber den eigentlichen Inhalt der Gesamtschule, den Schüler, zu wenig berücksichtigt. Bevor die Gesamtschule Wirklichkeit wird, ist sie durch Überorganisation ohne lebendigen Impuls begraben“. Der gesamte Artikel nahm eine negative Position zur Gesamtschule ein. Dr. Wangerin stellte die Zeitung als klaren und sachlichen Referenten dar, während sie den Exponenten der

[248] vgl. StaA Hildesheim, Bestand 500. Alle regionalen Zeitungsartikel finden sich in diesem Bestand. Die Kennzeichnung u. folgt insofern nur noch dem Erscheinungsdatum.
[249] Alle Presseorgane befinden sich im Archiv der Stadtund ebenfalls im AdGdRBG in den nach Jahren geordneten Ordnern „Presse RBG“.
[250] „HAZ“, 16. Januar 1969
[251] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

Gesamtschule, Theodor Sander, als jemanden beschrieb, bei dem die Gesamtschule als ein – wie die Zeitung schrieb – „non plus ultra gilt, obgleich es kaum erprobt ist“. [252]

In der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“ erschien am 12. Mai 1969 ein großer Artikel mit dem Titel „Der ‚Fortschritt’ und die Gesamtschule“. Autor dieses Artikels ist Senator Anton Teyssen, der Vorsitzende des Schulausschusses im Rat der Stadt. Anton Teyssen bekam in diesem Kommunalwahljahr 1969 von der Zeitung die Möglichkeit zur ausführlichen Darstellung eingeräumt. Der Schulausschussvorsitzende schrieb: „Der Rat steht unter vielfachem Druck des Regierungspräsidenten und seiner Schulabteilung, der Bosch GmbH und ihrer Stiftungsfamilien, des Kämmerers und seiner geldhungrigen Kasse. Hinzu kommt der psychologische Druck der veröffentlichten Meinung in der Bundesrepublik, Fortschritt und Modernität, Bildungsdefizit und pädagogische Provinz, ausländischer Schulvergleich und Chancengleichheit aller Gesellschaftsschichten“. Anton Teyssen erklärte, dass die Gesamtschulen „unserem Schulsystem nicht überlegen“ und „nur auf den ersten Blick verlockend seien“ und „daß es Reifeprüfungen sogar mit Englisch und Kochen gebe“. Weiter führte der CDU-Mann aus: „Die Gesamtschulvertreter geben sich bewußt modern, technisch und industrienah. So wie den großen Konzernen die Zukunft gehört, so auch den großen Schulen. Rationalität, Konzentration und Wirtschaftlichkeit sind ihre Schlagworte. Gesamtschulen sind Großbetriebsschulen.“ Der städtische Senator weiter: „Die Gesamtschule bietet nicht einen gewichtigen Vorteil, den man nicht auch im herkömmlichen Schulsystem erreichen kann, bzw. schon erreicht hat. Vernünftige Differenzierung durch Ausnutzung aller Fachräume und sonstigen technischen Unterrichtsmittel ist auch im herkömmlichen Schulsystem möglich, wenn es in vernünftiger Größe und Zuordnung geplant wird.“ [253] *[…]*[254]

Am 30. August berichteten die „Hildesheimer Presse“ und die „Hildesheimer Rundschau“ unisono, dass der Planungsstab Gesamtschule Hildesheim zum ersten Mal getagt habe und dass dieser Planungsstab eine Reihe von Personen umfassen würde. Er werde geleitet von Dr. Klaus Oehlmann vom Gymnasium Andreanum. Weitere Namen wurden nicht genannt. Die Zeitungen berichteten weiter darüber, dass die Einzelplanung der Gesamtschule in Abschnitten erfolge und dass die Planung Mitarbeiter verschiedener Gruppen mit durchaus unterschiedlichen Meinungen erforderlich machen würde. Auch die Professoren Dr. Beckmann und Dr. Pöppel von der pädagogischen Hochschule würden daran mitarbeiten. Von der Lehrerschaft sei Oberstudienrat Dr. Oehlmann vertreten so wie von der Stadt Hildesheim Stadtschulrat Dr. Höfinghoff und der städtische Baudirektor John, von der Schulaufsicht für höhere Schulen Oberstudienrat Wienecke und Studienrat Nessler und von der Schulaufsicht für Real- und Volksschulen Oberregierungsrat Kastner und Schulrat Rösemann. Die Zeitungen führten dann weiter aus, dass die Vertreter der Elternschaft noch benannt werden müssten und dass die Öffentlichkeit demnächst ausführlich informiert werden solle. Die nächste Arbeitstagung des Planungsstabes sei für den 14. Oktober 1969 im Rathaus der Stadt Hildesheim vorgesehen.[255] *[…]*[256]

Am 05. September 1970 wendete sich die Wochenzeitung „Huckup“ erstmalig gegen die Planungen der neuen Schule in Hildesheim. Die Zeitung warf den Planern der Hildesheimer Gesamtschule - namentlich wird ein „Oberregierungsrat Kastner“ genannt - vor, sie würden „pädagogische Planwirtschaft“ betreiben: „Schulfremde Funktionäre entwerfen auf dem Reißbrett Bildungsfabriken, ja ganze Bildungskombinate mit einem ans Fabelhafte

[252] „HAZ“, 09. Mai 1969
[253] „HAZ“, 12. Mai 1969
[254] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[255] „HP“ und „HR“, 30. August 1969
[256] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

grenzenden Produktionssoll. Über die Fließbänder, sprich Kurse, kommt jährlich ein Ausstoß differenzierter Schülermodelle: Sekundar-Kollegmodell usw. Keine Fabrik unter 1800 Schülern."[257] *[…]*[258]

Am 16. November berichtete die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung", dass Professor Dr. Heribert Heinrichs von der Pädagogischen Hochschule Hildesheim vor den Arbeitsgruppen des Planungsstabes der Robert-Bosch-Gesamtschule einen Vortrag gehalten habe, bei dem er betont habe, dass zur Ausstattung der neuen Schule „das Schulfernsehen, der Unterrichtsfilm, Diaserien, das Kassettenfernsehen, der Overheadprojektor, das Sprachlabor, die Videoschallplatte, das Mikrofilmlesegerät und die traditionellen Geräte wie Schulfunk, Tonband und Schallplatte" gehören sollten.[259] *[…]*[260]

Im Februar 1971 ging der „Huckup" mit einem großen Aufmacher auf die neue Gesamtschule ein. „Gesamtschule: Experiment auf Kosten der Kinder?" Der Artikel sprach die vermeintlich enormen finanziellen Belastungen der Stadt durch die neu zu gründende Schule an. Dem Leiter der Planungsgruppe, Dr. Klaus Oehlmann, wurden fünf Fragen gestellt. Die Bildunterschrift unter einem großen Foto lautete: „Die neue „Robert-Bosch-Gesamtschule" in der Richthofenstraße: Hoffnung für eine gerechtere Begabtenförderung oder Selbstbefriedigung einer ideologisch verfärbten Schulpolitik"[261]*.*

Die negative Presse riss nicht ab: Am 14. März 1971 schrieb die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung", dass der Gesamtschulversuch gefährdet sei. Kultusminister Peter von Oertzen habe nach Streichung von 160 Millionen Mark im Kultusetat keinen Pfennig mehr für Zuschüsse im Schulneubau vorgesehen. Daher müsse man damit rechnen, dass auch die Hildesheimer Gesamtschule keine Landesmittel für den Neubau bekommen werde. Insofern sei es unverantwortlich vom Hildesheimer Rat, wenn er diesen Gesamtschulversuch nicht schleunigst überprüfen würde.[262] *[…]*[263]

Im November widmet sich der „Huckup" besonders dem Thema „Essenzuschuss". Er bemängelte, dass es keine klare Linie der Stadt Hildesheim gäbe. Am 14. November zitierte die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung" den Schulausschussvorsitzenden Teyssen in der Überschrift: „Gesamtschule bedroht Etat der Stadt Hildesheim". In dem Artikel wiederholte Senator Teyssen, dass die neue Gesamtschule viel zu teuer sei und dass die Schule auch ansonsten nicht ohne Probleme sein werde. Die Zeitung zitierte dann wörtlich: „Daß aufgrund des Gesamtschulkonzeptes in diesem Staat (gemeint ist Schweden, W.K.) Wissenschaft und Forschung brachliegen, die Kriminalität ansteige und Lehrerinnen vergewaltigt werden. Davor wolle er Hildesheim bewahren"[264]*. […]*[265]

Im Dezember ging es in den Hildesheimer Medien wiederum um das Mittagessen. Im Februar 1972 berichtete die „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung" über den Fachbereich Ästhetische Erziehung, der seine neuen Ziele vorgestellt hatte. Die Zeitung schrieb: „Am Ende des ersten Schulhalbjahres für die fünfte Schuljahresstufe wagte sich als erster Fachbereich der Robert-Bosch-Gesamtschule der für ‚Ästhetische Erziehung' an die Öffentlichkeit. Im Rahmen eines Elternabends – die Aula war bis auf den letzten Platz besetzt – sollte den Eltern unter anderem mit zwei gesellschaftskritischen musikalischen

[257] „HU", 05. September.1970
[258] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[259] vgl. „HAZ", 16. November 1970
[260] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[261] vgl. „HU", 17. Februar 1971
[262] vgl. „HAZ", 14. März 1971
[263] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[264] „HAZ", 14. November 1971
[265] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

Demonstrationen ein lebendiges Bild von den Zielen des Faches Musik an der Gesamtschule vermittelt werden“[266]. Der Artikel berichtete, dass Schüler der Stammgruppe 5.6 eine Collage aus Text und Musik entwickelt hätten und dass der Musik- und Kunstlehrer Michael Huhle mit drei Klassen des 5. Jahrgangs kritische Gedanken über das Weihnachtsfest bzw. das Lied ‚Oh du fröhliche’ entwickelt habe. Es gehe der Schule darum, dass „jeder Schüler ohne Voraussetzung einer besonderen Begabung die Möglichkeit habe, jede Produktion im musikalischen oder künstlerischen Bereich mitzubestimmen“. (ebenda). Den Eltern sei vermittelt worden, dass „ästhetische Erziehung ihren Standort nicht außerhalb unserer Lebensbedingungen habe, sondern sie dient gesellschaftlicher Veränderung und Entwicklung“.[267] […][268]

Im neuen Schuljahr 1972/73 brachte die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ am 09. August 1972 einen Artikel darüber, dass die Million von Bosch-Blaupunkt „anrollt“[269]. Staatssekretär Jochen Raffert stellt in einer Kolumne „aus eigener Sicht“ am 12./13. August 1972 in Aussicht, dass die Hildesheimer Gesamtschule mit weiteren Millionen aus dem Bundesetat rechnen könne[270]. Am 05. September 1972 schrieb die „HAZ“, dass „240 Neulinge in (der) Gesamtschule begrüßt“ werden und jetzt insgesamt 760 Schüler auf der Robert-Bosch-Gesamtschule seien. Den neuen Schülern sei ein „beschwingter Empfang bereitet worden“. Und die Zeitung wies darauf hin, dass es 457 Anmeldungen, etwa 10 mehr als im Vorjahr, gegeben hätte und dass von diesen 457 Anmeldungen 240 ausgelost worden seien. Die Neuankömmlinge würden in acht Stammgruppen mit jeweils 30 Schülern aufgeteilt. Durch einen Eignungstest sei vorab eine Schullaufbahnprognose erstellt worden. In jeder Klasse seien 50 % potentielle Hauptschüler, 25 Prozent potentielle Realschüler und 25 Prozent potentielle Gymnasialschüler untergebracht worden[271]. Außerdem zitierte der Artikel der „HAZ“ den Dienststellenleiter der „kollektiven Schulleitung“ Rudolf Ahlers mit den Worten: „Obwohl der Erweiterungsbau noch nicht ganz fertig gestellt ist, wollen wir alles mit Humor in Angriff nehmen.“ Weiter bemerkte die Zeitung, dass „Begeisterungsausrufe ertönten, als der Jahrgangsleiter Günter Binsteiner den Neuankömmlingen erzählte, daß es von nun an keine Zeugnisse und Versetzungen mehr gäbe. Günter Binsteiner soll allerdings nachdrücklich darauf hingewiesen haben, dass die Schüler eine Portion Eigeninitiative entwickeln müssten, da diese Schule durchaus keinen „gepolsterten Schlafwagen mit pädagogischem Ruhekissen“ bedeute“[272]. […][273]

Am 09. Juni 1973 brachte die “Hildesheimer Presse“ einen sehr positiven und großen Artikel mit dem Titel „Schüler sollen das Lernen lernen“. Auch wurde über den Vortrag von Frau Herbig sehr ausführlich und zustimmend berichtet[274]. Demgegenüber titelte am 30. Juni 1973 der „Huckup“ mit einer großen Schlagzeile: „Lehrer geben resigniert auf: Scheitert die Hildesheimer Gesamtschule?“ Die Wochenzeitung schrieb: „Mit sehr viel pädagogischem und ideologischem guten Willen und Getöse wurde seinerzeit für Hildesheim das Modell

---

[266] „HAZ“, 10. Februar 1972
[267] ebenda
[268] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[269] „HAZ“, 09. August 1972
[270] „HAZ“, 12./13. August 1972
[271] Interessant ist m.E., dass zu dieser Zeit (Quelle: Volksbefragung 1970) die Schüler in der Stadt zu 66 Prozent aus Volksschülern, zu 11,5 Prozent aus Realschülern und zu 21,5 Prozent aus Gymnasialschülern bestanden. Insofern ist die Zusammensetzung in den Klassen der Gesamtschule „besser“ als der Querschnitt in der Stadt, der viel mehr Volksschüler beinhaltet. „Positive“ Auslese in den ersten Jahren der Hildesheimer Gesamtschule?
[272] „HAZ“, 05. September 1972
[273] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[274] vgl. „HP“, 09. Juni 1973

einer integrierten Gesamtschule durchgesetzt. Seit ca. zwei Jahren können nun die Hildesheimer Kinder bzw. ihre Eltern neben dem herkömmlichen Schulangebot auch ein pädagogisches Experiment unterstützen und für sich wählen: die Robert-Bosch-Gesamtschule in der Richthofenstraße.“ Nun müsse gefragt werden, ob die hehren Glaubensbekenntnisse für die integrierte Gesamtschule noch den Alltag der letzten zwei Jahre überdauert hätten: „Wie z.B. sind Meldungen zu erklären, daß 15 (fünfzehn) Pädagogen der Hildesheimer Gesamtschule um ihre Versetzung gebeten haben? Sind die weitgehend auch von der Stadt Hildesheim zu leistenden Baukosten überhaupt aufzubringen? Verhindern die verexperimentierten Millionen nicht dringend notwendige Investitionen für alle anderen Hildesheimer Schulen bzw. bietet die Nichtbeschaffung der benötigten Millionen nicht eine willkommene Ausrede, warum das Experiment nicht gelingen könne?“ Und weiter: „In den USA, in Schweden, selbst in der DDR misslingen Gesamtschulexperimente. In Hannover (für den Stadtteil Mühlenberg) hat jetzt Kultusminister von Oertzen (wahrlich nicht verdächtig, ein pädagogischer Reaktionär zu sein) einen geförderten Schulversuch mit einer integrierten Gesamtschule rundweg abgelehnt. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Stadt Hildesheim sich völlig unnötig bei einem Experiment nach vorn gedrängt hat und nun vor den Millionen DM kostenden Scherben steht“. [275]

Der Streit zwischen der Schule und dem Schulträger wird in den Jahren von 1974 bis 1977 in großer Breite in den lokalen Medien wiedergegeben. Die lokale Presse „begleitet“ die Auseinandersetzungen mit wertfreien Berichten und wertenden Kommentaren:

CDU will die Gesamtschule nicht aushungern lassen
Das dritte Schuljahr 1973/1974 begann in den Medien für die Hildesheimer Robert-Bosch-Gesamtschule mit einem positiven Bericht. Die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ schrieb am 10. September 1973, dass die Schule im Fernsehen zu sehen sein werde und dass im dritten Programm der Englischunterricht des siebten Schuljahres vorgestellt werde[276]*. „Hildesheimer Presse“ und „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“ berichteten darüber, dass am 29./30. September eine Umweltaktion der Schule geplant war. Die Schüler wollten damit erreichen, dass nicht mehr so viel Unrat in den umliegenden Wäldern abgelagert werde*[277]*. […]*[278]
Am 19. April. 1974 wurde Herbert Kastner mit einer Stellungnahme in der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“ zitiert, in der er die CDU-Abgeordnete Ursula Benedix dafür kritisierte, dass diese sich negativ zu Gesamtschulen geäußert habe[279]*. Im Mai 1974 berichtete die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“, dass die Planungsgruppe für die Sekundarstufe II, die als ein Versuch auch zur Integration der beruflichen Bildungsgänge konzipiert werden sollte, in der Robert-Bosch-Gesamtschule getagt habe*[280]*.*
Im Mai 1974 gab es eine „Projektwoche Theater“ in der Robert-Bosch-Gesamtschule, über diese berichtet sogar das Fernsehen.[281] *Am 01./02. Juni 1974 erschien eine Anzeige der SPD in der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“, in der diese Partei sich dafür lobte, dass sie*

[275] „HU“, 30. Juni 1973
[276] „HAZ“, 10. September 1973
[277] vgl. „HAZ“ u. „HP“, 17. September 1973
[278] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[279] „HAZ“, 19. April 1974
[280] „HAZ“, 05. Mai 1974
[281] vgl. „HAZ“, 17. Mai 1974

in eineinhalb Jahren SPD-Mehrheit im Rat der Stadt Hildesheim sehr viel für Bildung getan habe. Die Gesamtschule in der Richthofenstraße sei deutlich unterstützt worden. Die SPD schrieb dazu „hier erreichen die Schüler berufs- und studienbezogene Schulabschlüsse“[282].
Im Schuljahr 1974/75 berichtete die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ am 21. Juni 1974 zunächst einmal darüber, dass der Schulleiter des Josephinums, Oberstudiendirektor Julius Seiters, und Studiendirektor Anton Teyssen als Landtagsabgeordneter Bavenstedter Eltern über ein mögliches katholisches Schulzentrum informiert hätten. Oberstudiendirektor Seiters „erläuterte den Verbund, der mit sechs Grundschulen, zwei Hauptschulen, einer Realschule und den Gymnasien Josephinum und Marienschule einen lückenlosen Übergang von der Vorschule bis zum Abitur gewährleisten könne.“ In dem Artikel wurde auch darauf hingewiesen, dass der Rat der Stadt sich damit befassen sollte[283][…][284]
Die Berichterstattung im Schuljahr 1975/76 begann mit einem Artikel am 04. Juli 1975, in dem die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ darüber informierte, dass die CDU-Frauenvereinigung in der Schule getagt habe und dass es dabei aufschlussreiche Gespräche mit der Schulleitung gegeben habe. Am Ende dieses Artikels wurde darauf verwiesen, dass die Schulleitung ihr Bedauern über den vorerst aufgeschobenen Ausbau des letzten Bauabschnittes zum Ausdruck brachte[285]. Am 15. August 1975 berichtete die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ über eine Sitzung des lokalen Stadtausschusses der CDU. Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Rat, Engelbert Nelle, habe dort „unmißverständlich“ festgestellt: „Die CDU denkt nicht daran, die Robert-Bosch-Gesamtschule aushungern zu lassen.“ […][286]
Das sechste Schuljahr 1976/77 begann mit positiven Nachrichten über die Robert-Bosch-Gesamtschule. Am 14./15. August 1976 schrieb die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“, dass „Bosch seine Patenschule beschenkt“ und Werkzeug und Geräte im Wert von 20.000 DM für den Technik- und Medienbereich übergeben habe. Bei der Übergabe sei auch der kaufmännische Direktor des Hildesheimer Bosch-Werkes, Walter Gnauert, anwesend gewesen, um zu zeigen, dass er den Bereich Technik/Wirtschaft unterstütze. Stadtdirektor Oschatz als Vertreter des Schulträgers dankte für die großzügige Spende. „Der Stadt liege alles an diesem Schulversuch. Sie wird sich bemühen, ihn auf langfristige Grundlagen zu stellen.“ Außerdem wurde in diesem Artikel auf den Fachbereich Medien eingegangen. Die Fachbereichsleiterin Herbig habe das „Studio“ vorgestellt und auch die große, neue Lehrküche fand in dem Artikel positive Erwähnung[287][…][288]
Etwas ganz Anderes war dann in der Sonderausgabe der Zeitschrift „DKP Aktuell“ zu lesen. Sie warb für einen „Kampf für die RBG“. Dabei ging es darum, dass der Robert-Bosch-Gesamtschule der Neubau des „Westtrakts“ zur Verfügung gestellt werden müsse, weil „ansonsten die Gesamtschule in Gefahr“ sei. Auch wurde in dieser Sonderausgabe berichtet, dass „14 der 22 SPD-Ratsherren nicht gegen den CDU/FDP-Angriff auf die Robert-Bosch-Gesamtschule“ gestimmt hätten. In der Geschichte der RBG habe es eine Reihe von Entscheidungen gegeben, die dieser Schule schaden sollten: „Juni 1975 – der Rat beschließt mit den Stimmen der CDU die Stilllegung des Baues. 1976 – der Rat bewilligt 800 000 DM zum teilweisen Ausbau des Osttraktes. Februar 1977 – Bau- und Schulausschuss empfehlen, 950 000 DM für den vollständigen Ausbau des Osttraktes zu bewilligen. Februar

[282] „HAZ“, 01./02. Juni 1974
[283] „HAZ“, 21. Juni 1974
[284] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[285] „HAZ“, 04. Juli 1975
[286] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[287] vgl. „HAZ“, 14. August 1976
[288] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

1977 – eine Verwaltungsvorlage des Schuldezernenten Dr. Buerstedde empfiehlt, den gesamten Westtrakt mit 30 Unterrichts- und Fachräumen an einen anderen Träger zu verkaufen. März 1977 – Die Ratsfraktionen der CDU/FDP verabschieden einstimmig die Verwaltungsvorlage und besiegeln somit den Verkauf des Westtraktes. Von 22 SPD Ratsherren stimmen nur 8 gegen die Vorlage, 14 enthalten sich der Stimme. Hatte man sich bis Mai 1975 vielleicht noch wundern können, dass die CDU/FDP den Aufbau einer Gesamtschule durch ihre Stimmen scheinbar unterstützte, so muss ihre Absicht spätestens nach Juni 1975 deutlich werden. Ging es ihr zuerst um die Erstellung von möglichst billigem Schulraum, zeigte sich nach seiner Erstellung, die genau den Minimal-Bedürfnissen einer normalen Halbtagsschule entspricht, die wahre Intention der CDU/FDP, nämlich die Ganztagsschule RBG als Integrierte Gesamtschule mit aller Kraft zu verhindern." In dieser Sonderausgabe fand sich dann auch eine Anzeige für eine Publikation der DKP, in der es um die Robert Bosch GmbH ging, die „von der Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik zum Großkonzern" beschrieben wurde[289] […][290]

Das Schuljahr 1976/77 stand zu Beginn ganz im Schatten der öffentlichen Auseinandersetzungen um die Frage der Zerstörungen in der Robert-Bosch-Gesamtschule. […][291]

Am 23. August 1977 titelte die „HAZ" mit 'Alarmierende Zerstörungen bei Scharnhorst und in der RBG". Im Artikel fanden sich folgende Argumente: „Ungenügende Beaufsichtigung der Schüler durch die Lehrer, unvernünftige Bauweise mancher Schulen und der unstillbare Bewegungsdrang einiger Schüler haben dazu geführt, daß alljährlich Glas- und Gebäudeschäden in den Schulen entstehen, die in die Hunderttausende gehen. Spitzenreiter ist die Robert-Bosch-Gesamtschule, in deren Bereich allein im ersten Halbjahr 1977 Reparaturen in Höhe von 34 592 Mark, das sind 39 Mark pro Schüler, durchgeführt werden mußten." „Die Zahlen der Robert-Bosch-Gesamtschule im Einzelnen ergeben folgendes Bild: Von den 39 962 Mark Glasschäden, die in der RBG bis zum 15. Mai 1977 registriert wurden, entstanden 13000 Mark in den alten Schulgebäuden, der Rest im Neubau"[292]. „Die Stadtverwaltung", so die „HAZ", „habe deshalb die Schulen mit besonders hoher Schadensquote gezielt angesprochen und eine verschärfte Aufsicht gefordert. Außerdem sollten Regressansprüche gegen Schüler geltend gemacht werden. Schließlich wolle der Schulträger die Verwendung von Glas in den Schulen überprüfen und hier Korrekturen – notfalls auch auf Kosten der Schönheit – durchführen lassen"[293]. […][294]

[289] vgl. „DKP aktuell", Sonderausgabe 1977
[290] Vergleiche die ausführliche Dokumentation der Presseaktivitäten im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[291] Vergleiche die ausführliche Dokumentation der Presseaktivitäten im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[292] „HAZ", 23. August 1977
[293] ebenda
[294] Vergleiche die ausführliche Dokumentation der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

3. Dekade 2. 1980-1989. Konflikte und Akzeptanzverlust

3.1. Streit um den Schulleiter

Ein weiteres Konfliktfeld eröffnete sich bei der Neubesetzung der Schulleiterstelle. Die Bewerber Binsteiner und Schulz hatten sich zunächst der Gesamtkonferenz vorgestellt und waren Ende März 1979 zur Vorstellung in den Schulausschuss der Stadt eingeladen worden. Die Abstimmung im Schulausschuss ergab von 17 stimmberechtigten Mitgliedern, 11 Stimmen für Dr. Bolko Schulz und 6 Stimmen für Günter Binsteiner. Der Verwaltungsausschuss übernahm die Empfehlung des Schulausschusses und entschied, dass die Stadt Hildesheim im Nominierungsausschuss für Bolko Schulz votieren solle.[295]

Dr. Schulz wurde allerdings mitnichten neuer Schulleiter der Robert-Bosch-Gesamtschule. Die Sitzungs- und Ratsprotokolle vom Juni 1980[296] weisen aus, dass sich der Schulträger noch einmal mit der Schulleiterstelle beschäftigen musste. Das Kultusministerium hatte dem Votum des Schulträgers, Dr. Schulz einzusetzen, nicht zugestimmt und die Stelle neu ausgeschrieben. Am 13. Juni 1980 gab es eine erneute Sitzungsvorlage[297] der Stadt zur Besetzung der Schulleiterstelle. In dieser Verwaltungsvorlage wurde die Bezirksregierung bzw. das Kultusministerium zitiert, die die freie Planstelle deshalb nicht besetzt hätten, weil nach deren Auffassung keiner der Bewerber den Vorstellungen der Bezirksregierung bzw. des Kultusministeriums entsprochen habe. Es hätte deshalb eine erneute Ausschreibung gegeben.

In der folgenden Sitzung im Juni 1980 erhielten in geheimer Abstimmung im Schulausschuss Jürgen Volpert 9 Stimmen und Günter Binsteiner 7 Stimmen. Der

---

[295] Am 13. März 1979 gibt es eine Vorlage für den Schulausschuss und für den Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim, die darüber informierte, dass an der RBG die Stelle des Gesamtschuldirektors zum 01. August 1979 für die Dauer von 5 Jahren zu besetzen sei. Dies deshalb, da der Stelleninhaber, Gesamtschuldirektor Rudolf Ahlers, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen mit Ablauf des Schuljahres 1978/1979 zur Verfügung gestellt habe. Der nach dem niedersächsischen Schulgesetz zu bildende Nominierungsausschuss solle am 03. April 1979 erstmalig tagen. Drei Personen hätten sich für die Stelle des Schulleiters beworben. Der Realschullehrer Günter Binsteiner von der Robert-Bosch-Gesamtschule, dann der Akademische Rat Dr. Rudolf Endres von der Universität Hohenheim und der Studienrat Dr. Bolko Schulz von der Staatlichen Integrierten Gesamtschule Kaiserslautern Süd. In dem Nominierungsausschuss sässe ein Beamter der Schulbehörde als Vorsitzender, dann zwei Mitglieder der Gesamtkonferenz und ein Vertreter des Schulträgers. Die Mitglieder des Nominierungsausschusses seien an die Weisung der sie entsendenden Stelle gebunden. In der Sitzung des Schulausschusses am 23. März 1979 wird dann berichtet, dass in der geheimen Abstimmung der siebzehn stimmberechtigten Mitglieder elf Stimmen für Dr. Bolko Schulz und sechs Stimmen für Günter Binsteiner abgegeben worden sind. Damit wäre das Besetzungsverfahren, was die Stadt Hildesheim anbelangt, eigentlich beendet gewesen. (Bestand 104-40 Nr. 3618, 177)

[296] ebenda, 210

[297] ebenda, 217

Schulausschuss empfahl daraufhin dem Verwaltungsausschuss, sich für den Studiendirektor Jürgen Volpert als Gesamtschuldirektor zu entscheiden.

Im *Jahr 1980* ging es in den Gesamtkonferenzen auch um *„Etatfragen", „Lern-entwicklungsberichte"* und die *„Reorganisation des Stundenplanes"*[298]. Im Mittelpunkt aber stand die „Besetzung der Schulleiterstelle". Die Schule wurde im April des Jahres darüber informiert, dass das Besetzungsverfahren noch einmal stattfinden müsse, da das Kultusministerium nicht mit dem von der Schule gewünschten Bewerber Günter Binsteiner einverstanden sei.

Bei der Befragung der Kandidaten in der Gesamtkonferenz im Mai 1980 ging es um „Erfahrungen mit der Gesamtschule", es ging darum, welches „pädagogische Konzept" sie für die Robert-Bosch-Gesamtschule für sinnvoll halten würden, und auch wurde gefragt, ob sie im Hinblick auf das „Gastarbeiterkinderproblem" pädagogisch etwas vorzuweisen hätten.

Bei der dann folgenden Abstimmung entfielen *104 Stimmen auf den Kandidaten Günter Binsteiner und 8 Stimmen auf den Kandidaten Jürgen Volpert*[299].

Trotz dieses klaren Votums wurde der *Kandidat Jürgen Volpert zum Schuljahr 1980/1981 vom Kultusminister als neuer Schulleiter* eingesetzt. Dieser trat seine Stelle zum 01. November 1980 an. Der Konflikt zwischen dem Kollegium und dem neuen Schulleiter war damit vorprogrammiert. Er sollte 9 Jahre lang anhalten - und die Entwicklung der Schule stark beeinflussen. Einige Schlaglichter auf diese Auseinandersetzungen:

- Der interne Streit ging am 01. Oktober 1980 los. Das Protokoll dieser Gesamtkonferenz vermerkt: „Die Elternvertretung des 5./6. Jahrgangs erklärt, daß sie die Schüler dahingehend zu beeinflussen versuche, daß *persönliche Verunglimpfungen des neuen Schulleiters*, so verständlich sie [...] auch sein mögen, *unterbleiben*. Schüler dieses Jahrgangs reagieren ihrem Alter entsprechend eher unreflektiert und unkontrolliert"[300]. Auch in der *ersten Gesamtkonferenz des Jahres 1981* findet sich unter dem Punkt „Anfragen an die Schulleitung" der Hinweis: *„Anfragen zum Verhalten des Schulleiters als Englischlehrer in*

[298] vgl. GK, 1, 1980
[299] vgl. GK, 5, 1980
[300] vgl. GK, 10, 1980

der 6.4". Der Schulleiter wurde von dem Kollegium zu seinem Unterrichtsverhalten öffentlich befragt.[301]

- Ein Jahr später am *02. November 1983* kam es auf Wunsch des neuen Schulleiters zur Behandlung eines Tagesordnungspunktes, bei dem es um die *„Zusammenarbeit in der Robert-Bosch-Gesamtschule"* ging. Der Schulleiter „*erläutert in groben Zügen mögliche Formen der Diskussion und fordert die Kollegen auf, alternative Argumentationsstrukturen aufzuzeigen.*"[302] Der Schulleiter stellte als wesentliche Begründung für seine Initiative heraus: „a) mit seinem Papier Dissonanzen über die zukünftige Schulstruktur ausräumen zu wollen und b) auf den Verlust von Pädagogischem Ausschuss und Didaktischer Konferenz sinnvoll reagieren zu wollen."[303] In der Diskussion gab es eine Reihe von Einwänden. So wurde „konstatiert, daß die Schule vor Amtsantritt des Schulleiters funktioniert hat, mit ihm hätten negative Veränderungen stattgefunden"[304], und weiter wurde von (im Protokoll unbenannten) Konferenzteilnehmern gefordert, dass „das Arbeitsklima in der Schule verbessert wird und deutliche Schritte der Entbürokratisierung eingeleitet werden müssen"[305]. Und es wurde zum Ausdruck gebracht, „den Schulleiter mehr als aktiven Pädagogen, weniger als administrativ beobachtenden Dienststellenleiter zu erleben"[306]. Der Streit mit dem Kollegium, aber auch den Eltern und den Schülern, so der Eindruck, war weiter eskaliert.[307]

- Im Januar 1984 ging es um die Wiederbesetzung der Stellen des stellvertretenden Schulleiters und der des Stufenleiters für die Jahrgänge 7 und 8. Über viele Jahre hatten Harald Hoffer das Amt des stellvertretenden Schulleiters und Albrecht Grimm das Amt des Stufenleiters innegehabt. Beide waren Mitglied des Gründungskollegiums und hatten Anteil am Aufbau der Schule.[308] Bei beiden gab es jetzt bei einer (an sich unproblematischen) Wiederbestel-

[301] vgl. GK, 1, 1981
[302] GK 11, 1983
[303] vgl. GK, 11, 1983
[304] ebenda
[305] ebenda
[306] ebenda
[307] Dieser interne Streit zog sich als Grundkonflikt dann auch durch die folgenden Gesamtkonferenzen. So wurde zum Beispiel nur einen Monat später in der Gesamtkonferenz im Dezember bemängelt, dass „trotz GK-Beschlusses nur 2 anstatt 4 Lehrer zur Mentorentagung nach Göttingen fahren dürfen". Dieses wurde „auf einen nicht neutralen Bericht des Schulleiters" zurückgeführt (vgl. GK, 12, 1983).
[308] vgl. GK, 1, 1984

lung Probleme mit der vorgesetzten Behörde. Das Protokoll der Gesamtkonferenz enthält die Feststellung, dass *„die Bezirksregierung Grund zu der Annahme hatte, daß bei Zustandekommen der Geschäftsordnung der Schulleitung teilweise Obstruktion* [gegen den neuen Schulleiter, W.K.] *betrieben worden sei*. Herrn Hoffer wird zu starke Zurückhaltung und zu wenig Unterstützung des Schulleiters vorgeworfen, während Herr Grimm viel gemacht habe. Herr Grimm soll aufgrund seiner Temperamentslage nicht wieder eingewiesen werden, da er so gut wie keine Einsichtsfähigkeit in die Belange der Bezirksregierung gezeigt habe.[309]

In dieser Gesamtkonferenz ging es - in einem weiteren Konfliktfeld - um die „Einrichtung eines Technologiezentrums“ auf dem Gelände der Schule. Der „*Westtrakt*“, der bis dahin nur im Rohbau fertig war, solle, so die Stadt, in ein „Technologiezentrum“ umgewandelt werden.[310]

3.2. Berufsverbot und Anmeldezahlen

Ein dritter großer Konflikt tat sich kurz darauf auf: Der Lehrer Udo Paulus, Mitglied des Schulpersonalrats der Schule, hatte sich öffentlich als Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei bekannt und auf die Kandidatenliste seiner Partei bei der Landtagswahl in Niedersachsen setzen lassen. Das Land Niedersachsen erteilte ihm daraufhin ein *„Berufsverbot“.* Der Fall wurde in den Medien landes- und bundesweit aufgegriffen[311]. Auch in der Stadt war dies ein breit diskutiertes Thema. Und die Gesamtkonferenz solidarisierte sich mit ihrem Kollegen und verabschiedete einen Dringlichkeitsantrag. Die Schule verwahrte sich dagegen, dass „dieser beliebte Kollege jetzt nicht mehr unterrichten darf“[312]. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Aktionen im Rahmen der „Kampagne gegen die Berufsverbote“ wurden angekündigt.[313,314] Der Konflikt mit dem Schulleiter war weiter ein bewegendes Thema: Im September ging es um die *„Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung der Kollegialen Schulleitung“* und es ging um „Kontrollen“ und um die *„Delegati-*

[309] ebenda
[310] ebenda
[311] vgl. Bongartz, 1985, Wille, 1985
[312] vgl. GK, 9, 1984
[313] vgl. GK, 9, 1984
[314] Die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover urteilte am 30. Oktober 1984, den Lehrer Udo Paulus aus dem Dienst zu entfernen.

on von Kontrollbefugnissen“. Das Protokoll vermerkt, dass das ‘*Vertrauen der Kollegen in die Schulleitung fehlt“*[315].

Diese Konflikte setzten sich im Jahr 1985 fort. Demgegenüber finden sich nur wenige andere Themen in den Debatten der Gesamtkonferenzen. So wurde im *Februar 1985* über die „*Neugestaltung der Lernentwicklungsberichte*“ beraten. Nach Meinung des Schulelternrates seien diese „von Fach zu Fach zu unterschiedlich“ und sie enthielten auch „zu viele Informationen“. Gleichzeitig werde „der Lernstand nur ungenau“ wiedergegeben. Die Eltern forderten, dass die „Lernentwicklungsberichte der verschiedenen Fächer stärker aufeinander abgestimmt“ werden sollen und dass „am Ende des 8. Jahrgangs zusätzlich auch Zensuren“ gegeben werden sollten[316].

Im Juni thematisierte die Schulgemeinschaft erstmals die *Anmeldesituation* ausführlicher. Die Schülerzahl, so die Argumentation, sei deutlich zurückgegangen, und sie habe sich auch qualitativ verändert. So gebe es für das *Schuljahr 1985/1986* für den neuen 5. Jahrgang 115 Anmeldungen. 240 Schüler hätten aufgenommen werde können. Von diesen 115 seien 20 Prozent Ausländerkinder. Bei einer Ausländerquote in Hildesheim von 8 Prozent sei dies „deutlich überproportional.“[317] In der Debatte zu diesem Thema ging es dann aber nicht um das Problem zurückgehender Schülerzahlen als mögliche Bestandsgefährdung der Schule. Vielmehr „begrüßte“ die Konferenz, dass „besonders auf Vorteile kleinerer Klassen hingewiesen wird und auch auf den eventuellen Wegfall der Differenzierung bei AWT und Natur durch die kleineren Klassen.“[318] In dieser Konferenz setzte sich mit dem Punkt „Verbesserung der schulischen Konferenzarbeit“ der Streit mit dem Schulleiter fort[319]. Das „Berufsverbot“ des Kollegen Paulus war ein weiteres Thema[320],[321]. Der Antrag eines Lehrers, die „Arbeitsgemeinschaften im 5. und 6. Jahrgang verpflichtend zu machen“[322], wurde abgelehnt.

Ein Jahr später ging es um den Förderunterricht in der Stufe 5/6. Ein Förderkonzept für die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch für die Jahrgänge 5, 6 und 7 wurde

[315] ebenda
[316] vgl. GK, 2, 1985
[317] GK, 6, 1985
[318] vgl. GK, 6, 1985
[319] ebenda
[320] ebenda
[321] Am 16. September 1985 kehrte der Lehrer Udo Paulus nach 317 Tagen „Berufsverbot“ an die RBG zurück.
[322] ebenda

vorgestellt und ohne größere Diskussion verabschiedet.[323] Erstmalig seit langer Zeit stand damit ein pädagogisches Thema auf der Tagesordnung. Aber bald schon ging es wieder um interne Konflikte. Im Dezember 1986 wurde von einer Gruppe aus dem Kollegium gefordert, dass *„alle Funktionsträger eine Tätigkeitsbeschreibung abgeben, um eine Überprüfung der vergebenen Verlagerungsstunden zu ermöglichen“*.[324]

Die *Firma Bosch* spendete der Robert-Bosch-Gesamtschule 1986 zum 15jährigen Schulbestehen *10.000 Mark.*[325]

Anfang 1987 stellte der didaktische Ausschuss einen Antrag, in dem ein *„Ausschuss zur Schüleraufnahme, Stammgruppengröße und Differenzierung“* gefordert wurde, der die Tatsache der geringen Anmeldezahlen grundsätzlicher in den Blick nehmen sollte: „In der Diskussion wurde mehrfach auf die Unwägbarkeiten bei den Anmeldezahlen hingewiesen, zu denen sich Unwägbarkeiten in der Lehrerversorgung addieren. Der Organisationsleiter erwartet einen Lehrerschlüssel von 109 Prozent für das kommende Schuljahr, was zu einer Unterrichtsversorgung ohne jeden Luxus auch erforderlich sein wird.“ „Besonders ‚teuer' sind die Jahrgänge 5/6, da sie bei geringer Schülerzahl nur Anspruch auf weniger Lehrerstunden haben.“ Mit der Frage: „Was kann unsere Schule außer der Gruppenverkleinerung in den Jahrgängen 5/6 attraktiver machen?“[326] war die zurückgehende Schülerschaft als Problem für die ganze Schule erstmals als Thema in den Diskussionen der Gesamtkonferenzen angekommen.

Diese Auseinandersetzungen mit dem Schulträger, dem Land Niedersachsen und in der Schule untereinander, wurden von der regionalen Presse aufgegriffen und sie bestimmten das öffentliche Bild der Schule:

Remmers kontra Gesamtschule
Im Schuljahr 1978/79 berichtete die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ am 01. September 1978 mit einem großen Artikel, dass die „neue RBG-Turnhalle die zweitgrößte in Niedersachsen ist. […] Am 13. Dezember 1978 gab es dann eine Reihe von Leserbriefen zur Situation an der Robert-Bosch-Gesamtschule. Die Überschrift der „HAZ“ lautete: „Eine Ohrfeige für die Elternschaft der RBG.“ Es ging in den Leserbriefen im Wesentlichen um den Westtrakt, der als Bauruine vor sich hingammele. Die Leserbriefschreiber forderten, dass er

[323] Mit diesem Antrag wird erstmalig seit langem eine pädagogische Innovation auf einer Gesamtkonferenz positiv verabschiedet.
[324] vgl. GK, 12, 1986
[325] GK, 1, 1987
[326] vgl. GK, 5, 1987

weiter gebaut werde[327]. Am 20. Dezember 1978 erschienen Leserbriefe zu diesem Thema. Außerdem wurde eine Resolution der Personalversammlung der Schule als Leserbrief in der „HAZ" veröffentlicht. Die Überschrift verdeutlichte: „RBG ist gefährdet.[328] Das Thema „Bauruine Westtrakt" beschäftigte die Menschen in der Stadt sehr. […][329]

Im Juni 1979 führte die „Hildesheimer Initiativzeitung" aus, dass (der Kultusminister, W.K.) „Remmers contra Gesamtschule" sei. „Mit einer ganzen Reihe von Kontrollen, Überprüfungen und Untersuchungen in den nächsten Wochen möchte sich die niedersächsische CDU-Landesregierung ‚ein Bild' von den niedersächsischen Gesamtschulen machen".[330]. Am 20. Juni 1979 gab es eine große Meldung in der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung", aus der hervorging, dass die „Sporthalle für 4,5 Millionen heute eingeweiht" werde. „Die schönste und größte Sporthalle der Stadt, die Sporthalle der Robert-Bosch-Gesamtschule, wird heute Nachmittag mit einem bunten Programm eingeweiht […]. Die Sporthalle, die Oberbürgermeister Klinge um 17 Uhr in Dienst stellt, misst 45 mal 60 Meter und kostet mit Außenanlagen 4,5 Millionen Mark. Seit April 1978 wurde daran gebaut".[331] Die „Hildesheimer Initiativzeitung" („HiAZ") berichtete über diesen Festakt zur Einweihung der neuen Sporthalle mit der Überschrift „Ein Festakt mit Tränen". Der Artikel führte aus, dass es noch offen sei, wer diese Sporthalle nutzen dürfe, und dass weiterhin die Frage des Westtraktes, der sich direkt neben der Sporthalle befände, in der Schule diskutiert werde. Die „Hildesheimer Initiativzeitung" berichtete auch, dass am Westtrakt die Schüler der Schule ein Transparent aufgehängt hätten mit der Aufschrift „1800 trauern um den Westtrakt". Die Rede des CDU-Schuldezernenten zur Eröffnung der Sporthalle sei im Pfeifkonzert der Zuschauer untergegangen.[332]

Das Schuljahr 1979/80 begann recht spektakulär. Am 10. August 1979 berichte die „HAZ", dass es „zu einer heftigen Kontroverse zwischen CDU/FDP-Fraktion und der SPD wieder einmal wegen des so genannten Westtraktes der Robert-Bosch-Gesamtschule gekommen" sei.[333] […][334]

Auch das neue Konfliktfeld zwischen Stadt und Schule wurde am 06. Oktober 1979 von der „HAZ" öffentlich gemacht. Die Zeitung titelte: „RBG auf der Suche nach einem Schulleiter. Stelle seit 7 Monaten vakant. Kontroverse mit Stadt um Bewerber." Der Artikel berichtete, dass der bisherige Schulleiter Rudolf Ahlers bereits vor sieben Monaten das Amt niedergelegt habe, weil er als Fachleiter zum Gymnasium nach Himmelsthür gewechselt sei. Die Stelle sei dann ausgeschrieben worden und es hätten sich drei Bewerber gemeldet. Einer davon sei Günter Binsteiner, der Leiter des Fachbereichs Freizeit an der Robert-Bosch-Gesamtschule. Bereits am 22. März 1979 hätten sich die schulischen Gremien einstimmig für den Kandidaten Binsteiner ausgesprochen. Auch ein Nominierungsausschuss, dem Vertreter des Regierungspräsidenten, der Stadt und der Schule angehörten, habe Günter Binsteiner die Mehrheit der Stimmen erhalten. „Der Schulausschuß der Stadt allerdings", das habe Dr. Buerstedde der Zeitung auf Anfrage mitgeteilt, „habe sich gegen Binsteiner und für einen aus Rheinland-Pfalz kommenden Bewerber entschieden". Dr. Buerstedde: „Dieser Kandidat hat eine umfassende interessante Ausbildung hinter sich und ist in unseren Augen besser qualifiziert als Binsteiner". Dr. Buerstedde wehrte sich in dem Zeitungsartikel auch

[327] „HAZ", 13. Dezember 1978
[328] „HAZ", 22. Dezember 1978
[329] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[330] „HiAZ", 05. Juni 1979
[331] „HAZ", 20. Juni 1979
[332] vgl. „HiAZ", 03. Juli 1979
[333] „HAZ", 10 August 1979
[334] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

gegen den Vorwurf der Schule, die Entscheidung werde in der Stadt verzögert: „Die Sache ist seit einem halben Jahr bei uns vergessen. Sie liegt bei der Bezirksregierung." In dem Artikel wurde außerdem mitgeteilt, dass ein Bewerber seine Bewerbung inzwischen zurückgezogen habe[335]. Am 09. Oktober 1979 berichtete auch die „Hildesheimer Initiativzeitung" von dieser Kontroverse[336]. Und am 14. Oktober 1979 forderten die Schülervertreter der RBG im „Kehrwieder": „Wir wollen den Schulleiter, der unsere Schule kennt!" [337] Am 16. Oktober meldeten sich weitere Personen, u.a. der Lehrer Jos Schnurer, öffentlich zu Wort und schrieben, dass „ein Stückchen Demokratisierung in die Binsen" gehen würde[338]. Am 11. November 1979 verwies der CDU-Landtagsabgeordnete Anton Teyssen im „Kehrwieder am Sonntag" darauf, dass die Gesamtschulen nicht die Schulen sind, die man den Eltern und Kindern zumuten sollte. Anton Teyssen schrieb wörtlich: „In manchen schulischen Systemen gaukelt man den Kindern und Eltern mit fragwürdigen Statistiken, großen Worten und guten Noten ‚Tüchtigkeit' vor, die im ersten Ansturm beruflicher oder universitärer Leistungsherausforderung schon zerbrechen kann. Ist das nicht auch ein ‚Austragen auf dem Rücken der Kinder'? Und ist hier wie da nicht Revision am Platze?"[339] Der SPD-Ratsherr Rudi Krebsbach unterstellte am 18. November 1979 Teyssen, dass dieser „infam und heuchlerisch" sei[340]. Schließlich gab es noch eine kleinere Meldung vom 10. Dezember 1979, dass Schüler, „offensichtlich von der Gesamtschule", eine Lessing-Vorstellung im Stadttheater durch das Knallen von Korken gestört hätten[341]. […][342]

Ein Jahr später, im Schuljahr 1981/82, stellte am 11. Oktober 1981 der Kehrwieder-Chefredakteur Berthold Düker in der Rubrik „Mal unter uns gesagt" die Frage „RBG, was nun?". In dem Artikel ging Berthold Düker darauf ein, dass die RBG ihre inzwischen 10jährige Existenz mit einem Riesenfest feiern wollte. Berthold Düker meinte dazu: „Aber als sie ernsthaft darüber nachzudenken begann, wie dies am besten zu geschehen habe, mußte sie sich selbst eingestehen, daß es nichts zu bejubeln gibt: Die erste und einzige Gesamtschule in Stadt und Landkreis Hildesheim […] bietet ein beklagenswertes Bild. Und das ist so, weil sie zum Politikum und damit gleichwohl zum klassischen Denkmal kleinkarierter Hildesheimer Kommunalpolitik geworden ist. Einst in der reformistischen Euphorie neuer bundesdeutscher Schulpolitik unter sozialdemokratischer Rathaus-Herrschaft aus dem nordstädtischen Boden gestampft, hat man diese Robert-Bosch-Gesamtschule schon wenig später, als die politischen Mehrheiten wechselten, aufs hinterletzte Abstellgleis geschoben. Symbolhaft dokumentiert sich diese zweifelhafte Kehrtwendung auf dem Rücken der Schüler im Abzug der Bauarbeiter. […][343]

In ihrer Juni-Ausgabe berichtete die „Hildesheimer Initiativzeitung", dass die Robert-Bosch-Gesamtschule 10 Jahre alt geworden sei, es weiterhin viele Konflikte zwischen der Stadt, dem Kultusministerium und dem Schulleiter Volpert mit der Schule gebe und dass der Schulleiter Volpert sich außerstande gesehen habe, Fragen nach der zukünftigen räumlichen Situation zu beantworten. Am Ende schrieb die Zeitung: „10 Jahre Robert-Bosch-Gesamtschule und kein Grund zum Feiern! Traurig"[344]. […][345]

---

[335] „HAZ", 06. Oktober 1979
[336] vgl. „HiAZ", 06. Oktober 1979
[337] „KaS", 14. Oktober 1979
[338] „HAZ", 16. Oktober 1979
[339] „KaS", 11. November 1979
[340] „HAZ", 18. November 1979
[341] „HAZ", 10. Dezember 1979
[342] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[343] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[344] „HiAZ", 04. Juni 1981
[345] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

Am 12. September 1983 berichtete die Mitgliederzeitschrift des GEW Kreisverbandes Hildesheim, dass am 10. Juni 1983, unmittelbar vor den Sommerferien, die beiden RBG-Lehrer Jos Schnurer und Klaus Biehlig strafversetzt worden seien. Die Bezirksregierung Hannover als vorgesetzte Behörde wolle die beiden Kollegen deshalb versetzen, weil diese den „Schulfrieden der Robert-Bosch-Gesamtschule gestört" haben sollen[346]. In dem Schreiben der Bezirksregierung an die beiden Kollegen heiße es: „Sie sind an exponierter Stelle und in einer Art und Weise tätig gewesen, die dem Schulleiter eine weitere Zusammenarbeit mit Ihnen nicht mehr zumutbar werden läßt und zur Wiederherstellung des gestörten Schulfriedens Ihre Versetzung an eine andere Schule erforderlich macht"[347]. Dies sei der bisherige Höhepunkt in der nun seit drei Jahren andauernden Auseinandersetzung zwischen dem Schulleiter Volpert und seinem Dezernenten Oehlmann einerseits und den Lehrern, Eltern und Schülern der Robert-Bosch-Gesamtschule andererseits. Die Eltern, Lehrer und Schüler seien vor allen Dingen darüber enttäuscht, „mit welcher menschenverachtenden Kälte zwei der engagiertesten Kollegen, die als Didaktische Leiter und darüber hinaus in vielen anderen Bereichen, wie z. B. UNESCO-Modellschule, Israelaustausch, Modelle der Elternarbeit etc. Wesentliches für die Schule und das Ansehen der RBG geleistet haben, für das politische Überleben des sich bislang sowohl gesamtschulpädagogisch als auch technokratisch als unfähig erwiesenen Schulleiters Volpert geopfert werden sollen"[348]. Allerdings berichtete die Zeitschrift auch, dass eine ganze Reihe von Protesten und Solidarisierungen dazu geführt hätten, dass die beiden Kollegen im August, mit Beginn des neuen Schuljahres, nach wie vor ihren Dienst an der RBG versehen würden und sie also nicht strafversetzt worden seien. Die Begründung für diese Abkehr der Bezirksregierung sei wohl, dass „die beiden Kollegen sich kooperationsbereit gezeigt" (ebenda) hätten. In dem Artikel wurde auch darauf verwiesen, dass Schulleiter Jürgen Volpert „erstmalig öffentlich Fehler zugegeben habe, und daß insofern die Lage jetzt wieder offen sein solle"[349]. […][350]

Doch zurück zu einem weiteren bewegenden Thema im Jahr 1981. Im November 1981 teilte die Stadtteilzeitschrift der Nordstadt „Hinter der Bahn" der Öffentlichkeit ein weiteres Konfliktfeld aus der Gesamtschule mit. Es ging dabei um den „Rausschmiss von Udo Paulus". Der Lehrer Udo Paulus, der, so die Stadtteilzeitung, seit vielen Jahren an der Schule arbeite, habe bei der Kommunalwahl für die DKP kandidiert und er solle dafür aus dem Dienst entfernt werden. Am 16. Mai 1982 kritisierten Leserbriefe im Kehrwieder am Sonntag unter der Überschrift „Solidarität mit Solidarnosc oder kommunistischen Lehrern", dass die GEW Ortsgruppe Hildesheim sich „ständig mit kommunistischen Lehrern solidarisiert bzw. sie bemitleiden würde"[351]. Am 08. Juni 1982 forderte die GEW, so berichtete die „HAZ", das Disziplinarverfahren gegen den Realschullehrer Udo Paulus solle eingestellt werden. Udo Paulus habe demokratisch auf der Liste der Deutschen Kommunistischen Partei kandidiert. Mit einem Solidaritätskonzert wolle die GEW auf den Fall weiterhin aufmerksam machen[352]. Der „Berufsverbotsfall Hildesheim" beschäftigte ab jetzt Schule wie Öffentlichkeit über mehrere Jahre. Am 07. September 1985 berichtete die „HAZ", dass die Suspendierung des kommunistischen Lehrers Udo Paulus aufgehoben wurde, weil im Rahmen eines anderen Disziplinarverfahrens beim Land Niedersachsen festgestellt worden

---

[346] „Erziehung und Wissenschaft", Zeitschrift der GEW Kreisverband Hildesheim, Ausgabe November 1983, 3-7
[347] ebenda
[348] ebenda
[349] ebenda
[350] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[351] „KaS", 16. Mai 1982
[352] „HAZ", 08. Juni 1982

sei, dass es sich bei der Kandidatur des Lehrers um einen „Verbotsirrtum“ gehandelt haben könnte. Der Disziplinarhof habe in dem anderen Fall ebenfalls festgestellt, dass die Kandidatur für die DKP unter Umständen kein Dienstvergehen sei, weil bislang eine Verfassungsfeindlichkeit der DKP nicht festgestellt worden sei. Der Beamte könne unter Umständen im Unklaren wegen möglicher dienstlicher Folgen seiner Kandidatur gewesen sein, als er sich von der DKP als Wahlkandidat habe aufstellen lassen[353].

Im Jahr 1982 wurde die Hildesheimer Öffentlichkeit mit einem weiteren Thema aus der Robert-Bosch-Gesamtschule konfrontiert. Unter der Überschrift „Vandalismus an der Robert-Bosch-Gesamtschule“ gab die Stadt Hildesheim am 03. März 1982 eine eigene Presseinformation heraus, welche im Folgenden von der „HAZ“ kolportiert wurde. Diese Zeitung berichtete am 04. März 1982, dass „es am Rosenmontag (22. Februar, der Verf.) schwere Zerstörungen in der RBG“ gegeben hätte: Das Presseamt der Stadt, so die Zeitung, habe festgestellt: „Sanitärscheiben, Türen, Wände zertrümmert“. Der Artikel zitierte Stadtbaurat Wolfgang Riemann, der von „extrem hohen Glasschäden“ und von „zertrümmerten Türen, Sanitär- und Toilettenanlagen“ berichtete. „Die Stahlfadenverbundglasscheiben, die erst vor wenigen Wochen für eine Summe von 18.813,00 Mark ausgewechselt worden waren, wurden inzwischen reihenweise wieder zerstört“. „Dabei wurde nach Angaben aus dem Presseamt festgestellt, dass „komplette Toilettenanlagen durch Zerstörung der elektrischen und Sanitäreinrichtungen unbenutzbar gemacht wurden. ‚Resopalbeschichtete wertvolle Trennwände und Türen einschließlich der Beschläge seien zerschlagen worden. Türgriffe und zerbrochene Flaschen hätten in den halb demolierten WC-Becken gelegen‘. Und weiter im von der „HAZ“ zitierten Presseamt-Text: „Sämtliche elektrische Händetrockner sind abgerissen und beseitigt worden.“ Zusammenfassend schrieb der Autor der Zeitung: „Der schwerste Schaden soll nach Angaben des Presseamtes der Stadt am 22. Februar, dem Rosenmontag, entstanden sein. In einer Stellungnahme weist das Presseamt darauf hin, daß die Zerstörungen „selbst für Verhältnisse an dieser Schule ein ungewohntes Ausmaß haben.“ („HAZ“, 04. März 1982)

Es gab in diesen Jahren auch noch einige wenige Artikel mit eher unterstützender oder positiver Tendenz: So begann das Schuljahr 1981/1982 mit einem „HAZ“-Artikel vom 11. September 1981 über den Musikkurs II der Gesamtschule. Unter der Überschrift „Warum kein Musiklehrer?“ wurde darüber berichtet, dass es an der Robert-Bosch-Gesamtschule sehr starken Unterrichtsausfall im Fach Musik gebe. Es seien 24 Prozent. Die Einstellung weiterer Musiklehrer werde gefordert[354][…][355]

Am 23. Januar 1983 erschien ein positiver Artikel im „Kehrwieder am Sonntag“. Die ehemalige RBG Schülerin Sigrun Kreiser, die 1978 an der RBG ihr Abitur gemacht habe und seit 1979 Völkerkunde studiere, habe in Sucre in Bolivien ein Hilfsprojekt für arme Kinder aufgebaut und sei dort aktiv. Sigrun Kreiser wollte Geld in Hildesheim sammeln und der Kehrwieder am Sonntag unterstützte sie dabei[356]. Wenig später dann, am 30. Januar 1983, schrieb der „Kehrwieder am Sonntag“ unter der Überschrift „RBG 1983: Endlich in Ruhe arbeiten!“, dass neue Grundsatzerlasse Veränderungen bringen würden und dass die Schule mit diesen Veränderungen jetzt in Ruhe arbeiten und aus dem „unendlichen Streit“ herauswolle. Es wurden eine Reihe von Lehrern, Schülern und die Schulelternratsvorsitzende Vespermann zitiert. Alle wiesen darauf hin, dass die neuen Erlasse zwar auch eine gewisse Veränderung in der Schule bringen würden, dass man aber vor allen Dingen

[353] „HAZ“, 07. September 1985
[354] „HAZ“, 11. September 1981
[355] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[356] „KaS“, 23. Januar 1982

pädagogisch und in Ruhe weiter arbeiten wolle[357]*. In diesem Schuljahr 1983/1984, informierte die „HAZ", dass der RBG-Schüler Ralf Schuff bei der Wasserballweltmeisterschaft in den USA teilnehmen werde und am 28. Juli 1984, dass der dritte Austausch zwischen der Schule und einer Schule in Haifa jetzt stattfinde*[358]*. […]*[359]

Auch Mitte der 1980er Jahre sinkt die Akzeptanz der Schule weiter ab und es werden mehrere Jahre hintereinander nur noch weniger als 100 Schüler angemeldet. Auf der Ebene der Gesamtkonferenzen wird das Problem allerdings nicht als bedrohlich beurteilt. Vielmehr wurde in der *Gesamtkonferenz im Dezember 1987* auf einen (Rand-)Aspekt der sinkenden Schülerzahlen hingewiesen, und zwar vermerkt das Protokoll: „Es wird festgestellt, daß *bei sinkender Schülerzahl die dem Kollegium zur Verfügung stehende Stundenzahl zurückgegangen ist*, die Verlagerungsstunden der *Schulleitung aber konstant geblieben sind. Es ist schwer noch etwas abzugeben. Eine Rückkehr der Stufenleiter in das Organisationsbüro wird aber auch als Rückschritt angesehen. Die Summe der Belastungen habe zugenommen.*"[360]

Unter dem Tagesordnungspunkt „Fach- bzw. Kursangebot der Sekundarstufe II" wurde das Problem der sinkenden Kursangebote bei geringen Schülerzahlen Mitte des Jahres 1988 erörtert.[361]

Die Schule reagierte auf den Verlust ihrer Attraktivität nur insofern, wie dies die Ressourcen an Lehrer- und Verlagerungsstunden beeinträchtigte. Dementsprechend wurden Folgeprobleme der sinkenden Schülerzahlen, wie das sinkende „Kursangebot in der Sekundarstufe II" oder die „ungerechte Verteilung der Entlastungsstunden zwischen Kollegium und Schulleitung" oder die „ungerechte oder unzulängliche Versorgung der Fachbereichsleiter mit Entlastungsstunden" problematisiert.[362] *Gleichzeitig gingen die Streitigkeiten mit dem Schulträger wegen der baulichen Situation und die mit der vorgesetzten Schulbehörde wegen ihrer Personalpolitik und drittens der interne Streit mit dem Schulleiter weiter.*

Der Konflikt mit dem Schulleiter dominierte ebenfalls die *Gesamtkonferenz am 14. Dezember 1988*. Auslöser war das Thema der „Nutzung der Schülertoiletten", das von der Schülervertretung beantragt worden war. Hierzu hatte der Schulleiter ein

[357] „KaS", 30. Januar 1983
[358] „HAZ", 28. Juli 1983
[359] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[360] vgl. GK, 12, 1987
[361] vgl. GK, 5, 1988
[362] ebenda

Schreiben mit dem Titel: *„Ordnung und Sauberkeit im Schulgelände“* vorgelegt, in der ein desaströses Bild der Schule gezeichnet wird:

> *„Ordnung und Sauberkeit im Schulgebäude: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin in den vergangenen Wochen häufig nachmittags und auch abends durch das Gebäude gegangen und habe mir dabei vor allem die Stammgruppenräume, die Toiletten und die Flure angesehen. Das Ergebnis dieser Begehung ist in mehrfacher Hinsicht so niederschmetternd, daß Sofortmaßnahmen durch Schulträger, Kollegium und Schulleitung unausweichlich werden. Nach meinen Rundgängen und nach zahlreichen Gesprächen im Hause stellt sich mir die Lage folgendermaßen dar: 1. Fast an jedem Abend sind die Schülertoiletten nach Schmierereien, Zerstörungen und Verschmutzungen in einem menschenunwürdigen Zustand, der eine Weiterbenutzung am nächsten Tag ohne größere Aufräum- und Reparaturarbeiten unmöglich macht. Für den Schulträger entstehen hierbei hohe Kosten, Hausmeister und Reinigungskräfte sind permanent überfordert. 2. Trotz der von den Stufen organisierten Reinigungsdienste ist ein großer Teil der zentralen Verkehrsfläche der Schule – insbesondere die Eingangshalle – an jedem Schultag durch weggeworfene Essensreste, leere Milchtüten, Abfälle aus den Schließfächern usw. bereits ab etwa 10.00 Uhr so verschmutzt und verschandelt, daß vielen der drastische Vergleich mit einem Schweinestall einfällt und insbesondere den Besuchern der Schule – Handwerkern, Eltern, Lesern der Nordstadtbücherei etc. - das Bild einer unordentlichen, unsauberen und im äußeren Erscheinungsbild inakzeptablen Schule vorgeführt wird. 3. In fast allen Unterrichträumen – auch in solchen, bei denen das Bemühen der dort arbeitenden Lehrer und Schüler unverkennbar und erfolgreich war, ein äußerlich akzeptables Lernumfeld zu schaffen – fällt die große Zahl alten, abgenutzten und beschädigten Mobiliars auf, das der an der Ganztagsschule stattfindenden intensiven Nutzung nur noch bedingt gewachsen sein kann.“*[363]

Die Debatte dazu war kurz. In dieser Gesamtkonferenz erfolgte auch ein Votum zu einer möglicherweise zweiten Bewerbung des Schulleiters[364]. Nach einer Befragung und Debatte stimmten 89 Anwesende gegen und 19 für eine zweite Bewerbung des Stelleninhabers. 13 Mitglieder der Konferenz enthielten sich.

Gut einen Monat später erklärte der Schulleiter Jürgen Volpert, dass er vorhabe, sich auf die zum 01. Februar 1990 wieder zu besetzende Schulleiterstelle erneut zu bewerben.

Die Schülervertretung protestierte im Februar 1989 gegen die Regelung, dass die Toiletten außerhalb der Pausenzeiten verschlossen seien und der Schlüssel im Sekretariat abgeholt werden müsse. Dieses – eigentlich eher sekundäre - Problem

[363] GK, 12, 1988

[364] Der Schulleiter selbst hatte um dieses Votum gebeten. Offensichtlich um für sich eine Einschätzung der Stimmung bezüglich einer erneuten Bewerbung zu erhalten.

eskalierte weiter (oder wurde eskaliert) und am 14. Februar 1989 gab es eine, die Situation bezeichnende, Beschwerde des Personalrates der Schule bei der Bezirksregierung Hannover:

> *„In seinem Schreiben vom 29. November 1988 ‚Ordnung und Sauberkeit im Schulgebäude' (s. Anlage 1) stellte der Schulleiter die materiellen Folgen pädagogischer Probleme, die an der RBG existieren, dar und forderte zu einer ‚offenen, sachbezogenen und entschlossenen ergebnisorientiert geführten Diskussion' auf. Eine in diesem Schreiben ebenfalls angekündigte „umfassende Unterrichtung über die Ergebnisse" dieser Diskussion unterblieb; eine stufenübergreifende Diskussion kam nicht zustande; das angekündigte Gespräch mit dem Personalrat wurde nicht geführt. Anstatt dem Kollegium wie angekündigt ein Bündel von Maßnahmen vorzuschlagen, ordnete die Schulleitung am 7. Dezember 1988 u.a. die Schließung sämtlicher Schülertoiletten im Sek I-Bereich während des Nachmittagsunterrichts an und führte Öffnungszeiten für diese Toiletten ein, die auf die 5-Minuten-Pausen begrenzt waren. […]*
> *Da wir die von der GK beschlossene Veranstaltung für dringend erforderlich halten, wir das Vorgehen der Schulleitung gegenüber der Gesamtkonferenz für einen Verstoß gegen § 30 (3) NSchG halten, der Schulleiter im persönlichen Gespräch nicht zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen war, haben wir diese Dienstaufsichtsbeschwerde gestellt."*[365]

Diese Konflikte fanden ihren Niederschlag in den lokalen Medien und beeinflussten das Bild der Schule in der Öffentlichkeit. Allerdings gibt es jetzt ab Mitte der 1980er Jahre erstmals auch Artikel über die Schule mit positivem Grundton. Ergebnisse pädagogischer Arbeit und ausgezeichnete Projekte stehen im Mittelpunkt. Das soll durch einige Beispiele aus den Schuljahren 1986/1987 und 1987/1988 illustriert werden:

UNESCO-Modellschule
So informierte die „HAZ" vom 30. August 1986: „RBG: In 15 Jahren wechselvolle Geschichte erlebt". Die Zeitung berichtete über die kommenden Feierlichkeiten zum 15jährigen Bestehen der Schule und stellte heraus, dass die Schule sich in ihrem Technikbereich sehr weit entwickelt habe und dass vor sieben Jahren die RBG als eine von 23 UNESCO-Modellschulen in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt worden sei[366]*.*
Einen Monat später, am 22. September 1986, erschien in der „HAZ" ein ebenfalls sehr informativer Artikel zum Thema „Jüdische Kapelle auf dem Nordfriedhof soll ein Mahnmal für den Frieden werden". Der Landesrabbiner Henry Brandt habe den Schülern der Gesamtschule für ihre Arbeit sehr gedankt. Diese hätten 100 Jahre nach der Erbauung der Kapelle und knapp 50 Jahre nach der letzten sakralen Nutzung sehr viel geleistet. Diese Kapelle erinnere an die jüdische Gemeinde in Hildesheim, die ehemals 600 Mitglieder umfasst und zum derzeitigen Zeitpunkt kein einziges Mitglied mehr habe[367]*[…]*[368]

[365] Quelle: AdGdRBG, Ordner Personalrat,
[366] „HAZ", 30. August 1986
[367] „HAZ", 22. September 1986

Am 14. Juni 1987 folgte im „Kehrwieder“ und „Huckup“ ein Bericht über ein „Sommertheater“ an der Schule.[369] Das Schuljahr 1987/1988 begann mit einem Bericht der „HAZ“ vom 28. Juli 1987 mit der Überschrift „Zum siebten Mal Besuch aus Haifa“. Der Artikel erläuterte, dass 60 Schüler aus Israel jetzt zwei Wochen in Hildesheim blieben. Sie seien im Wesentlichen Gastschüler der Robert-Bosch-Gesamtschule.[370] […][371]

Der „HAZ“-Artikel vom 29. Februar 1988 widmete sich den Schülerzahlen in Hildesheim insgesamt. Die Überschrift lautete: „Schülerzahl geht weiter zurück“ und es wird in dem Artikel kurz auch die RBG erwähnt, dies allerdings nur, weil sie im Rahmen der Ausstattung der Schulen mit neuen Technologien mit 16 Kleincomputern versehen wurde [372] . Ebenfalls in der „HAZ“ wurde am 07. März 1988 von Gästen aus Nontron berichtet: 23 Schüler aus dem französischen Nontron bei Angoulême seien Gäste der RBG. Dieser Austausch bestehe seit 1975. Die Stadtteilzeitung „Der Nordstädter“ berichtete am 27.03.1988 unter der Überschrift „Neues Lernen an der RBG“, dass in der Schule im neuen 5. Jahrgang nach der „Freinet-Pädagogik“ gearbeitet werde. Bei dieser Lernmethode, nach der Kopf und Hand in gleicher Weise gefördert werden sollen, gehe es darum, dass das theoretische und praktische Lernen den gleichen Stellenwert erhielt.[373] […][374]

---

[368] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[369] „HU“, 18. Juni 1987
[370] „HAZ“, 28. Juli 1987
[371] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[372] „HAZ“, 29. Februar 1988
[373] „Der Nordstädter“, Stadtteilzeitung, 27. März 1988, AdGRBG
[374] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

4. Die ersten 20 Jahre: Rückblick und Zusammenfassung

4.1. Betrachtungen beteiligter Akteure

In einer Kommentierung durch beteiligte Akteure sollen hier die beiden ersten Dekaden der Schulgeschichte von 1969 bis 1989 in den Blick genommen werden. Es geht um die Bedingungen und vertiefende Entscheidungen der Akteure, die die Entwicklung der Schule in der ersten Hälfte ihrer Geschichte beeinflusst oder bestimmt haben.[375] Die Darlegungen basieren auf Interviews, die nachbearbeitet und deren Veröffentlichung autorisiert wurden.

Die didaktischen Leiter, Helmut Washausen und Jos Schnurer, sollen hier als die beiden für die Entwicklung der Robert-Bosch-Gesamtschule quasi qua Amt „Hauptverantwortlichen" zu Wort kommen; danach wird die Sichtweise des Fachbereichsleiters des Ganztagsbereiches und langjährigen Vorsitzenden des Schulpersonalrates Günter Binsteiner vorgestellt. Anschließend werden die Erinnerungen des von Anfang an in die Schulgeschichte involvierten Fachbereichs- und Jahrgangsleiters Gerd Ammon präsentiert. Der langjährige Leiter des Eltern-Lehrer-Schüler-Ausschusses, Karl Starkebaum, wird außerdem seine Erfahrungen darlegen. Zusätzlich werde ich aus der ersten (und einzigen) von der „Autorengruppe Wolfgang Herwig" schriftlich niedergelegten Betrachtung der Gründungzeit, relevante Passagen wiedergeben.

Beginnen sollen diese Stellungnahmen von Zeitzeugen mit einem Zitat von Herbert Kastner, der in der Gründungsphase in Hildesheim ab 1969 als zuständiger Dezernent in der Bezirksregierung Hildesheim für die Gründung zuständig war und der ab 1972 als Ministerialrat im Kultusministerium in Hannover für Gesamtschulen in Niedersachsen in Gänze verantwortlich war. **Herbert Kastner** schreibt in seinem Rückblick:

> *„Meine Vorstellung von einer demokratischen Schule, in der ‚anderes anders gelehrt und gelernt' werden sollte, umfasste neue Formen der Personalstruktur, der Didaktik und Methodik der Lehr- und Lernpläne, aber auch der Zusammenarbeit mit den Eltern, die in die Gestaltung und das Leben in der Schule möglichst weit einbezogen werden sollten."*[376]

[375] vgl. hierzu auch Teil III dieser Arbeit
[376] vgl. Kastner, 2010, 12

Diese Ausführungen sind symptomatisch und bezeichnend für das, was sich in den ersten Jahrzehnten der Geschichte der Robert-Bosch-Gesamtschule entwickeln sollte. Sehr viele der an dieser Schule Beteiligten wollten, dass, wie Herbert Kastner sagt, „anderes anders gelehrt und gelernt“ werden sollte. Eine abgestimmte Verständigung darüber, was dieses Andere sei und wie dieses anders gelehrt und gelernt werden solle, fand in den Gründungsjahren der Robert-Bosch-Gesamtschule allerdings nicht statt. In dieser Zeit und noch viele Jahre danach waren eine Vielzahl pädagogischer „Baustellen“ zu erkennen, die unkoordiniert und auch immer wieder aufs Neue von einem sehr motivierten und engagierten Kollegium eröffnet wurden. „Neue Fachinhalte“, „Verzahnung der Fächer“, „Neue Unterrichtsmethoden“, „Alternative Erziehungsziele“, „Politische Einstellungen“, „Lerndiagnostik und Leistungsbewertung“, „Zusammensetzung der Gruppen“, „Disziplin und Ordnung“ etc. etc.. Alles sollte neu und anders gemacht werden.

Hierzu bemerkt der langjährige Vorsitzende des Personalrates der Schule, **Günter Binsteiner**:

> *„Parallel zur strukturellen Veränderung von Schule wurden im curricularen Bereich neue Formen des Unterrichts erprobt. Hierfür stehen Projekt- und Epochalunterricht und das in Niedersachsen entwickelte Modell des Team-Kleingruppen-Unterrichts (TKM). Darüber hinaus waren Lehrpläne für die integrierten Fächer (Arbeit-Wirtschaft-Technik, Natur, Gesellschaft) zu entwickeln. Es gab kein Sitzenbleiben mehr, stattdessen gezielte Förderung der Benachteiligten. Außerdem sollte die Bildungslaufbahn der Schüler möglichst lange offengehalten werden. Neue Formen der Lerndiagnostik und Leistungsbeurteilung ersetzten Zensuren und Zensurenzeugnisse. Lernentwicklung und Leistungsstand der Schüler wurden im umfangreichen Lernentwicklungsbericht dokumentiert. Die Gesamtschule wollte nicht bessere Leistungen als andere Schulen erbringen, sondern Leistungen auf einem besseren Weg für alle Schüler erreichen.*
>
> *Diese unter den Kultusministern v. Oertzen und Mahrenholz angelaufene Entwicklung wurde mit dem Regierungswechsel von 1976 abrupt beendet. Von nun an war die Gesamtschule die ungeliebte Schule, der durch rigide Eingriffe in Kernbereiche der Reform die Weiterentwicklung erschwert oder unterbunden wurde. Im Rahmen der Schulgesetznovellierung von 1980 verloren die Gesamtschulen ihren Status als Regelschule und wurden zur „Angebots“-Schule degradiert. Das neue Schulgesetz schrieb ein Neugründungsverbot bis 1983 fest und sicherte den Bestand des herkömmlichen Schulsystems, so dass es, nachdem 1983 das Einrichtungsverbot für Gesamtschulen ausgelaufen war, erst 1989 mit einer zweiten IGS in Braunschweig und 1990 mit der IGS Oldenburg zu neuen Gesamtschulen kam. Neben den niedersächsischen Problemen hatte die Gesamtschulentwicklung unter der Vereinbarung der Kultusminister (KMK 1982) zur gegenseitigen Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse nach der Klasse 10 zu leiden. In Anpassung an die*

Machtverhältnisse in der Kultusministerkonferenz kam ein Ergebnis zustande, das die niedersächsischen Gesamtschulen weit hinter ihre erfolgreich erprobte Praxis zurückführte. Die KMK-Vereinbarung 1982 führte bei vielen Kollegien der Gesamtschulen zu Phasen der Resignation, sah man sich doch trotz nachweisbar positiver Erfahrungen mit dem bisher Erreichten und Erprobten nun wieder zurückgeworfen auf eine schulische Praxis, die man überwunden glaubte. Der Zug der Bildungsreform war ins Stocken geraten – aber nicht entgleist." [377]

Bereits im Jahr 1972 wurde im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Schulprojektes von einer **Autorengruppe um Wolfgang Herwig** eine analytische Bewertung der ersten Planungsphase der Robert-Bosch-Gesamtschule vorgenommen. Im Wesentlichen ging es den Autoren dabei um das Reformprojekt „Technik-Wirtschaft-Beruf (TWB)". Aber die kritische Betrachtung ging über diesen Teilaspekt der Schule hinaus. Die Autoren bewerteten die ersten Planungsschritte beim Aufbau der Hildesheimer Gesamtschule so:

„Die Initiative zu schulischen Innovationen kam aus dem außerschulischen Raum und stieß auf gleichgerichtete Intentionen bei der Verwaltung und bei Pädagogen (...) Die Innovation (hier ist TWB gemeint; W.K.) verdeutlichte einen engen Bezug zwischen moderner Wirtschaft, Arbeitswelt und Schule. Diese Möglichkeit sollte für den weiteren Verlauf der Schulreform grundsätzlich garantiert werden, um legitimen Interessen der Öffentlichkeit an der Institution Schule Realisierungsmöglichkeiten zu bieten. Im Zuge der Neuorientierung des Bildungswesens sollte sich die Schule mehr als bisher ‚nach außen hin' öffnen. Eine entsprechende didaktisch-pädagogische Konzeption wurde für das Modell (TWB; W.K.) erarbeitet [...] Die Schulreform sollte die Uniformierung neuer Bildungssysteme zu vermeiden suchen und regionale Varianten sowie unterschiedliche Schwerpunkte bei Innovationsmodellen fördern [...] Die Planung der Planung ist unabdingbare Voraussetzung für einen effektiven Planungsablauf. Die Voraussetzung dafür wurde im beschriebenen Fall (bei der Einführung des Faches TWB; W.K.) nicht erfüllt. Das Gelingen von Innovationen sollte durch Nutzung von Planungsstrategien, die für den Schulsektor sinnvoll anwendbar sind, erleichtert werden." [378]

Dieselben Autoren führen dann weiter aus:

„Die Innovationsanalyse zeigt, dass das erforderliche Planungsinstrumentarium nicht immer funktionsgerecht gehandhabt werden konnte bzw. nicht ausreichend zur Verfügung stand. Der einzelne Schul- (Modell-)Versuch wie auch langfristige Reformmaßnahmen müssen an Ort und Stelle über die notwendigen personellen, finanziell-materiellen und technologischen Mittel der Planung verfügen können. Reforminteressierte Pädagogen und Schulplaner müssen mit der Betreuung von schulischen Innovationen beauftragt werden. Pädagogen müssen alsbald von geeigneten Hochschulinstituten zu Schulplanern ausgebildet werden und in der

[377] Binsteiner, Interview 2010, AdGdRBG
[378] Herwig et al., 1972, 181 ff

Praxis die Schul-(versuchs-)planung unterstützen, bzw. lenken [...] Unzureichende Abstimmungen ergaben zeitweise eine relative Verselbständigung der Teilbereichsplanungen. Die Planungsleitung muss die zielstrebig koordinierende Realisierung der pädagogisch-didaktischen Konzeption des Modells gewährleisten können. Im Hinblick auf die Sekundarstufe II besteht Unklarheit über die endgültige Struktur des Modells, was bei Schulträgern, Planern und Elternschaft Unsicherheit bei Entscheidungsprozessen verursacht. Eine klare Einordnung des jeweiligen Modellversuchs in den umfassenden, allgemeinen Reformplan als unmissverständliche Zielangabe für die lokale Planung ist unerlässlich. Eine bildungspolitisch und pädagogisch unzureichend informierte Öffentlichkeit neigt zur Fehleinschätzung lokaler Innovationen, wie zeitweise heftige Polemiken im Falle der RBG zeigten. Schulentwicklungspläne (auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene), einschließlich Schulversuchsplänen müssen einer breiten Öffentlichkeit Integration und Funktion lokaler Innovation im Zusammenhang mit den allgemeinen Reformbestrebungen verständlich machen. Umfang, Funktion, Kompetenz und Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Begleitung (Beratung und Korrektur) des Modellversuchs scheinen im beobachteten Fall unzureichend." [379]

Abschließend lenken die Autoren die Frage darauf, in welcher Weise der neuen Robert-Bosch-Gesamtschule möglicherweise ein „Modellcharakter" mit bundesweiter Ausstrahlung zukommen könnte:

„Diese Frage lenkt noch einmal die Aufmerksamkeit auf den Fachbereich TWB als das (in der Realisierungsphase) wahrscheinlich entscheidende Kriterium für einen Modellanspruch des Versuchs. Es wird also in hohem Maße darauf ankommen, wie die Selbstdarstellung dieses Fachbereichs (gemäß seiner Planungskonzeption) gelingt, wie er sich in die Struktur der RBG zu integrieren vermag, in welchem Maße er die Komplexität und Totalität der modernen Wirtschafts- und Berufswelt für den allgemeinen Bildungsprozess nutzbar zu machen versteht. Nur unter dieser Voraussetzung kann der Fachbereich „Technik- Wirtschaft und Beruf" zu dem den Modellcharakter des Versuchs konstituierenden Element werden. Scheitert dieser schwierige Prozess, bleibt als Kriterium für das Neuartige des Modells nur noch die versuchseigene Interpretation allein der ‚Arbeitslehre' als Inhalt des Fachbereichs TWB" [380] .

Eine der m.E. zentralen Personen der Entwicklung der Robert-Bosch-Gesamtschule in dieser Zeit, der ehemalige didaktische Leiter **Helmut Washausen**, beschreibt und bewertet diese Entwicklungsphase der Schule im Rückblick viele Jahre später folgendermaßen:

„Es waren Kolleginnen und Kollegen sehr unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Interessen und unterschiedlicher Ausbildung. Das war auf der einen Seite eine enorme Bereicherung, wie ich sie davor in den Schulen, die ich in Hannover

[379] ebenda
[380] ebenda, 183

und Hildesheim kennen gelernt hatte, nicht erlebt habe. Es war aber natürlich auch ein Problem, weil unterschiedliche Voraussetzungen existierten, unterschiedliche Denkweisen und Arbeitsweisen. Also waren unglaublich viele Konferenzen nötig, um in ganz kleinen Schritten auf einen Konsens hin zu steuern, mit dem man arbeiten konnte, in dem die Schule ohne zu große Reibungsverluste funktionierte. Die waren da, und es haben dann sehr schnell auch Leute aufgegeben, weil sie sagten, diese Belastung auf der einen Seite mit den permanenten Absprachen, weil wir ja auch kollegial planen wollten, dem gesamten Unterricht in den einzelnen Fachgruppen auf Jahrgangsebene und auch den Anforderungen, die da kamen, um möglichst alles neu zu machen, das hat manche dann doch auch wieder abgeschreckt. Wir waren ja bald 140 Kollegen. Und dann der Gedanke, wenn wir so groß sind, müssen wir die Schule wieder klein machen, in kleineren Einheiten organisieren und planen.

Wir alle waren nicht darin geübt, mit Kollegen unterschiedlicher Denk- und Arbeitsweisen zusammen zu gehen. Jemand, der in der Hauptschule, vielleicht in der Grundschule war, auch da gab es ein paar Kollegen, denken natürlich in ganz anderer Weise als jemand, der in der gymnasialen Oberstufe unterrichtet hat. Aber man kann viel voneinander lernen, wenn man bereit ist, viel Zeit dran zu geben, sich zu engagieren und mitzumachen"[381].

Er fasst weiterhin zusammen:

„Die Ausgangssituation in der Schule bot viele Chancen. Unser Problem, das ein selbstgemachtes Problem war, aber gefördert wurde durch die Schulaufsicht, war die selbst gewollte Überforderung. Und zwar in allen Bereichen. Es gab den Gedanken alles neu zu machen, neu zu durchdenken und dann Konsequenzen zu ziehen von den didaktischen Strukturen her. Die Fragen der Differenzierung, der Wahlpflicht, Möglichkeiten der Wahlpflichtbereiche, die geschaffen werden mussten, wurden durchdacht und man fragte, was muss man aus dem Kern ausgliedern, was kann man zur Wahl stellen? Z.B. die Schülerbeobachtung. Es war eine riesige Fülle von Problemen, die natürlich alle miteinander diskutiert werden mussten. Ich habe also in unglaublich intensiver Weise diese Phase erlebt, dass wirklich alle Fragen, die mit Lehren und Lernen zu tun haben, auf der Tagesordnung standen und sehr intensiv durchdacht wurden. Davon habe ich dann für mein ganzes Schulleben profitiert und das Erarbeitete auch weitergeben können. Es war zu viel auf einmal. Und unser Mann im Kultusministerium war dann sehr bald Herbert Kastner, zunächst hier in der Bezirksregierung und dann im Kultusministerium. Und er war ein glühender Verfechter unseres Erneuerungsgedankens und ist das bis heute. Er hat die Vorstellung zu hoch angesetzt, was hier realisiert werden sollte. Er wollte von Anfang an keine Fachleistungsdifferenzierung, es sollte nur gemeinsam unterrichtet werden, und das war eine Überforderung eigentlich von uns allen. [...] Aber in der Konkretisierung, zum Beispiel in der Verbesserung der Schülerbeobachtung und Schülerbeurteilung im Sinne von Transparenz, Plausibilität usw., haben wir uns in kleinen Schritten aufeinander zu bewegt, so dass dann ein erster Schülerbegleitbogen, „SBB" herauskam, der utopisch war, wie sich ganz

[381] Washausen, Interview 2010, AdGdRBG

schnell herausstellte. Und dann wurde der vereinfacht und ein Bogen erstellt, der eine Mischung brachte zwischen lernzielorientierten, personenbezogenen oder verhaltensbezogenen Aussagen. Das ist in kleinen Schritten dann auch akzeptiert worden. Die Lernentwicklungsberichte haben wir zunächst frei formuliert und dann sehr schnell gemerkt, dass zum einen sehr schnell gestanzte und vorformulierte Dinge immer wieder abgegriffen wurden und zum anderen der Aufwand einfach zu groß war."[382]

Bereits 1973 wurde in der Geschäftsverteilung der kollegialen Schulleitung festgelegt, dass neben Helmut Washausen der Lehrer *Jos Schnurer* für didaktische Fragen in der Schule, und dabei vor allem in der Sekundarstufe I, verantwortlich sein sollte. Helmut Washausen sollte sich, so die Geschäftsverteilung, mehr um die didaktischen Belange der Sekundarstufe II kümmern (s.o.) Insofern ist es angebracht, diesen zweiten didaktischen Leiter der Schule zu Wort kommen zu lassen. Dass es zwischen Helmut Washausen und **Jos Schnurer** Unterschiede in der Art der Amtsführung gab, ist wahrscheinlich. Insofern erfolgt hier ein anderer Rückblick auf die Gründungsphase der Schule:

„Ich glaube die Idee war ursprünglich, die IGS an einen Standort in Hildesheim zu bringen, der bildungspolitisch und sozialpolitisch benachteiligt war, auch räumlich ‚Hinter der Bahn' gelegen. In der Nordstadt gab es keine weiterführende Schule, eigentlich nur eine nicht sehr angesehene Hauptschule. Ein zweiter Aspekt, glaube ich, war der, der sich ja mittlerweile so langsam auflöst, nämlich dass es im Landkreis nur wenige weiterführende Schulen gab. Die RBG als integrierte Gesamtschule hatte damals eine Erwartungshaltung in der Gesellschaft und in der Öffentlichkeit projiziert, eine Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem anzubieten. Das war eigentlich auch die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer, in der RBG zu arbeiten. Wir brauchen also etwas Anderes. Das war im Grunde, wenn man das jetzt im Rückblick betrachtet, eine ganz ambivalente Situation: Zum einen kann man tatsächlich sagen, dass die Lehrer, die damals in diese Schulform drängten, überwiegend ganz junge Lehrerinnen und Lehrer waren, mit wenig Berufserfahrung und vielen Illusionen und politischem Willen. Zum anderen aber waren es auch Lehrerinnen und Lehrer, die z. B. über den zweiten Bildungsweg zum Lehrerberuf kamen, mit Erfahrung in anderen Berufen und einer anderen Berufsausbildung, also durchaus Praktiker oder Menschen, die eine gewisse Lebenserfahrung hatten und die nun vielleicht in dieser neuen Schulform so etwas sahen, was ja auch ihr Lebensideal beinhaltete, dass sie eben sagten: Wir haben uns verändert, und nun wollen wir auch etwas dazu beitragen, dass sich die Gesellschaft verändert. Es war tatsächlich das politische Schlagwort. Wir wollen mit Hilfe der Schule die Gesellschaft verändern. Wir wissen, dass es nicht geht, aber ich glaube, vieles von dem, was wir damals gedacht und gemacht haben, war nicht ganz so verkehrt. (Die) Situation war (auch)[383]*, dass natürlich bestimmte Bildungspolitiker und auch Parteipolitiker in dieser Schulform etwas sahen, was*

[382] ebenda
[383] Einfügungen von W.K.

eigentlich ihrem politischen Bild nicht entsprach, und die dann diese Schule bekämpft und diskriminiert haben. Ganz typisch dafür war der damalige Landtagsabgeordnete Teyssen, der im Grunde nichts unversucht ließ, jeden Tag, wenn es möglich war, der Schule etwas am Zeug zu flicken. In einer solchen aufgeheizten politischen Situation und den vielen Nadelstichen, gegen die man sich kaum wehren konnte, war es dann ganz schön schwer, eine gute und innovative pädagogische Arbeit zu machen und die neue Schulform zu verteidigen.

Die Widerstände kamen sicherlich nicht nur dadurch zustande, dass wir die Schulreform politisch diskutiert haben, sondern auch dadurch, weil wir Lehrerinnen und Lehrer vielleicht nicht die notwendige Geduld aufbrachten, sondern – ich will jetzt nicht sagen alles, aber vieles auf einmal umsetzen wollten. Mich treibt diese Frage die ganzen Jahrzehnte, seit ich nicht mehr in der Schule bin, um: Hätten wir es denn anders machen können? Ich bin davon überzeugt, dass wir es nicht hätten anders machen können. Also das, was ja vielfach auch so argumentiert wird – hättet ihr vielleicht nicht so viel verändern wollen – die Unterrichtsinhalte und -methoden, die Unterrichtsfächer, bis hin zur Veränderung der Leistungsbewertung – und hättet ihr etwas langsamer, Schritt für Schritt etwas verändert, dann hätte es nicht diesen Widerstand gegeben und ihr hättet weniger Probleme gehabt, stimmt nicht. Deshalb haben sie eben ja auch – natürlich, weil die Gesamtschule von Anfang an auch eine Ganztagsschule war und ist - sehr viel stärker gemerkt als etwa der Halbtagslehrer, dass der Erziehungsgedanke eine ganz starke Rolle spielt. Noch ein anderes Phänomen spielt eine Rolle, was ja damals auch eigentlich ungewöhnlich war, dass nämlich in den Gesamtschulen Lehrer aller Schulformen tätig waren. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, dass ich mich gelegentlich gewundert habe - ich war ja als didaktischer Leiter auch kein Gymnasiallehrer, sondern Realschullehrer: Wie kann denn das funktionieren, dass Grundschullehrer, Hauptschullehrer, Realschullehrer, Gymnasiallehrer und sogar in der RBG Berufsschullehrer zusammenarbeiten, ohne dass da so etwas wie ein Standesdünkel oder eine Abgrenzung entstand. Nein, wir waren in unseren Lehrerzimmern, die wir ja nicht umsonst „Wohnküchen“ genannt haben, eine Einheit. Und ich glaube, das ist ein nicht zu unterschätzendes Motiv, dass die Gesamtschulen heute einen so guten Ruf haben. Die Lehrerinnen und Lehrer haben sich in dieser Schule wohlgefühlt; und sie haben dieses Gefühl und ihr Engagement den Schülerinnen und Schülern übermitteln können. Wir haben doch bald begriffen und uns ja auch sehr früh abgewendet von der Idee, dass große Schulen allein schon mehr Chancengleichheit für die Schülerinnen und Schüler garantierten. Wir haben relativ früh erkannt, dass ein großes Schulsystem, das sicherlich notwendig ist, um eben auch sehr differenzierte Angebote zu machen und differenziert zu arbeiten, entsprechend den Jahrgangsstufen organisiert werden muss. Ich will noch eine zweite Innovation nennen, die von der RBG in die niedersächsische integrierte Schullandschaft eingebracht wurde: Einer der Reformansprüche der Integrierten Gesamtschule war die Veränderung der traditionellen Leistungsmessung und -bewertung durch die Notengebung. Es ist uns zwar nicht gelungen, die Noten abzuschaffen; vor allem auch deshalb nicht, weil die Praxis der Lerndiagnostik gesamtgesellschaftlich nicht zu vermitteln war; aber ich bin fest davon überzeugt, dass die damalige Infragestellung der traditionellen Notengebung in der Gesellschaft zumindest ein neues Nachdenken und eine andere Aufmerksamkeit und Sensibilisierung für den ‚Unsinn der Notengebung´ bewirkt

haben. Vielleicht muss man tatsächlich auch hier dem ‚stetigen Bohren durch ganz, ganz tiefe Bohle' vertrauen. Wir waren damals fünf oder sechs Leute in der Kollegialen Schulleitung, wo wir schon so das Gefühl hatten, wir sprechen mit einer Stimme oder wir einigen uns auf eine Stimme. Natürlich war es nicht immer so, dass wir von Anfang an alle einig waren, sondern das ist eben dann solange diskutiert worden. Für mich ist immer noch dieses Beispiel der afrikanischen Philosophie im Bewusstsein: ‚Die Alten sitzen unter einem Baum und reden, bis sie übereinstimmen'. Sicherlich war das manchmal sehr mühsam, nerven- und zeitaufwendig und durchaus für den einen oder anderen Kollegen auch irritierend, wenn es um Entscheidungen ging; dann kam schon gelegentlich mal von einer Kollegin oder von einem Kollegen die Frage: ‚Mensch, könnt ihr das jetzt nicht mal endlich entscheiden – müssen wir darüber so lange diskutieren?'' Aber ich glaube, das war ein ganz wichtiger und förderlicher Prozess, der sich in den Anfangsjahren auch verwirklicht hat, dessen wir uns bewusst waren".[384]

Zu einem der Kernelemente einer neuen und demokratischen Schulverfassung, dem sogenannten Eltern-Lehrer-Schülerausschuss (ELSA), erinnert sich der damalige Leiter dieses Ausschusses, **Karl Starkebaum**:

„Es gab also hier im Hause durchaus eine große Übereinstimmung mit diesem Organisationsprinzip ELSA und kaum wahrnehmbare Kritik an diesem drittelparitätisch besetzten Gremium. Dass die Gruppe intern Probleme hatte, nämlich mit der Beteiligung der Schülerinnen und Schüler, die natürlich in den Themen nicht drinsteckten und in gewisser Weise gecoacht werden mussten, konnte man natürlich argwöhnisch als eine Art Indoktrination ansehen, aber das war nicht zu ändern. ELSA, fand ich, hatte durchaus eine große Akzeptanz in dieser Schule, und man konnte selbst eine so große Schule mit einem solchen Gremium auch tatsächlich steuern.

Wir waren 24 Leute. Man kann es durchaus vergleichen mit dem heutigen Schulvorstand. Nur es steckte eine ganz andere Philosophie dahinter. Das darf man nicht vergessen. Die Funktion des Schulleiters war anders als heute. Er hatte eher integrative, ausgleichende Funktion, ohne die Spitze der Hierarchie zu betonen. Zudem waren die Schulleiter nicht besonders dominant, aber kommunikativ. Das war positiv und den innovativen Zwecken sehr dienlich. Und das hat auch wiederum diesen Rückenwind gegeben und diesen „lass die doch mal machen – Bonus", Ein Bonus, der uns genutzt hat Fehler zu machen, sie wieder gut zu machen, auszubügeln, und das half, daraus zu lernen und das weiter zu geben. Wir haben uns also in der Regel vierwöchentlich getroffen, die Tagesordnung wurde in der Regel vom Didaktischen Ausschuss mitbestimmt, das war die Gruppe der Fachbereichsleiter, sie wurde vom pädagogischen Ausschuss mitbestimmt, sie wurde von der Schulleitung mitbestimmt. Das zeigt eine intensive Vernetzung in der Struktur der Schule und alle wussten Bescheid. […] Das hat natürlich auch effektive Gremienarbeit gefördert. Das darf man nicht vergessen. In dem Moment, wo in Gremien angefangen wird, sich über Geschäftsordnung und Informationslücken zu streiten, geht Energie in eine völlig falsche Richtung. Das war bei ELSA alles so

[384] Schnurer, Interview 2009, AdGdRBG

nicht. Wobei ich eben nur meine eigene Erinnerung als Ratgeber zu Rate ziehen kann. ELSA war etwa 1,5 – 2 Jahre aktiv. Länger nicht. Und zwar deshalb nicht, weil sich die politische Wetterlage änderte. Nicht nur in der Stadt Hildesheim, sondern auch im Land Niedersachsen. Wir hatten einen massiven Rechtsruck in der Landespolitik. Natürlich hatten sofort die Lobbyisten wie der Philologenverband und andere Interesse daran, ihre jahrelang vernachlässigten Interessen um jeden Preis durchzusetzen. Dabei schreckten sie nicht vor Hetzkampagne gegen die Gesamtschulen zurück. Es war politischer Wille der dann gewählten CDU-Regierung, die Gesamtschulwildwüchse und - auswüchse, wie man auch ELSA bezeichnete, platt zu machen. Dieser Passus, dass Schulen eigenständig andere Entscheidungsgremien ausprobieren können, der war weg. Dadurch war ELSA tot und wir waren frustriert. Aber er ist eben nicht, und das muss man immer wieder betonen, nicht aufgrund von schlechter Leistung, schlechter Arbeit im Hause abgeschafft worden, sondern ist abgeschafft worden von außen. Es gab in der ELSA-Periode keine besonders aktive Gesamtkonferenz. Ich kann mich nicht erinnern, dass es dann eine aktive Gesamtkonferenz gab. […] Wir hatten, und das war ein Vorteil, in der Gesamtkonferenz eine natürliche Meinungsführerclique, die bestimmte, wohin das Boot zu segeln hat. Genau diese Form von machtorientierter Subkultur gab es in ELSA nicht. Sondern da war das Prinzip der Offenheit durchaus da, das Bedürfnis der Informationsaufnahme und Entscheidungen und Diskussionen, je nach dem, was man für richtig hielt, da. Und ich kann mich nicht erinnern, dass es jemals eine Gesamtkonferenzentscheidung gegeben hätte, die ELSA dann gekippt oder nicht entschieden hätte. ELSA war oberstes Beschlussorgan und die Gesamtkonferenz ist mir eher als Zulieferer in Erinnerung. Stark und steuernd ist mir der Didaktische Ausschuss in Erinnerung, zunächst geleitet von Dr. Washausen und dann von Jos Schnurer und die Schulleitung spielte eine Rolle, die kollegiale Schulleitung, Personalrat, Pädagogischer Ausschuss, die haben eigentlich mit mir und dem Kollegen Steinbrecher intensiv zusammengearbeitet. Auf die grundlegenden Probleme habe ich schon hingewiesen. […]

Es hatte eine enorme politische oder pädagogische oder auch corporate identityfördernde Schmierwirkung. […] Und das war natürlich auch eine Bewusstseinsentwicklung, die konnte sich nicht sofort in irgendwelchen Ergebnissen materialisieren, sondern die brauchte Zeit, um langsam zu wachsen. Und insofern bin ich nach wie vor dankbar, dass die Schule und das Umfeld damals dieser Gruppe diese Chance gegeben haben. Und es war natürlich so, dass dann die Eltern in dem Schulelternrat massiv für den Eltern-Lehrer-Schülerausschuss auch geworben haben und sie haben natürlich diese Informationen in den Schulelternrat weitergetragen. Die Schüler weniger, aber die Eltern auf jeden Fall. Und das hat natürlich eine sehr positive Wirkung gehabt bei den Eltern dergestalt, dass sie sich mit dieser Schule viel stärker identifiziert und sich eingesetzt haben. Eigentlich eine wunderbare pädagogische Einrichtung, um Eltern in die Position zu versetzen, dass sie ihren Kindern erklären konnten, weshalb dass eine tolle Schule war. Etwas, was wir heute ja so überhaupt nicht mehr haben, das sich sozusagen aus einem internen Kenntniszusammenhang in meiner Familie völlig normal erklären kann, weshalb dass eine tolle Sache ist. […] An der RBG der frühen Tage war die Dynamik von unten zu spüren und die Synergieeffekte entwickelten sich, weil sich

Eltern, Lehrer und Schüler einem Leitbild von Toleranz, Solidarität und Kooperation verpflichtet fühlten - das scheint heute nicht anders zu sein.[385]

Nach dieser Bewertung der Entwicklungsprozesse soll der Blick auch aus der Perspektive eines Jahrgangs- und Fachbereichsleiters erfolgen. **Gerd Ammon** war in den Gründungsjahren zunächst Fachbereichsleiter für das Fach Deutsch und am Ende der 1970er Jahre dann Jahrgangsleiter in der Sekundarstufe I. In dieser Funktion hat Gerd Ammon wesentlich an der Ausgestaltung der pädagogischen Struktur und an der Umstellung der Schule auf das Jahrgangsprinzip mitgewirkt. Auf der anderen Seite war er zuvor als Fachbereichsleiter an der umfangreichen Aufgabe der Erstellung neuer Lehrpläne wesentlich beteiligt gewesen. Insofern ist er besonders geeignet, aus der Perspektive des „Mittelbaus" der Schule die ersten Entwicklungsjahre zu beschreiben und zu bewerten:

„Im Grunde war es in der ersten Zeit so, dass jeder mit seiner Vorerfahrung hier angekommen ist, was man so unterrichten sollte, und dass man dann ganz schnell gemerkt hat, dass das so einfach nicht geht. Und dann hat man, wir waren ja damals noch nicht so vielzügig, angefangen zu überlegen, wie kriegen wir das in den Griff. Da kam es automatisch zu internen Absprachen, dass man wenigstens so einigermaßen einen roten Faden durch den Stoff bekommt. Und das führte dann zu informellen Planungsgruppen innerhalb der Jahrgänge, die erst mal eigentlich unverbindlich waren, aber wo dann jeder im Grunde angefangen hat, sich daran zu halten. Das heißt, es ist schon richtig, dass das in den ersten Jahren doch unkoordinierter Wildwuchs war, wenn man das von außen betrachtet, aber wenn man das so von innen betrachtet, muss man sagen, das ist relativ schnell gewachsen zu einem ziemlich runden Curriculum. Allerdings mit dem Nachteil, dass der nachfolgende Jahrgang gerne das alles weggeschmissen hat, was die Vorgänger gemacht haben und dann sein eigenes Curriculum gemacht hat, das heißt, es gab also in drei aufeinanderfolgenden Jahrgängen drei verschiedene Curricula. […] Damals wurde ich ja dann Fachbereichsleiter Deutsch, und das waren also wirklich harte Diskussionen damals. Einerseits hat jeder eingesehen, dass das so nicht geht, aber andererseits wollte keiner seine liebgewordenen Kinder freiwillig laufen lassen oder aufgeben, das heißt, wir haben uns in manchen Fachbereichssitzungen kräftig in der Wolle gehabt, und das hat lange gedauert, bis wir dann wenigstens ganz grob einen Plan hatten und gesagt haben, also das ist unverzichtbar, das muss gemacht werden, ein relativ großer Teil blieb dann im Grunde frei für den einzelnen Jahrgang zu bestimmen. Es ist wirklich ganz langsam gewachsen […]" [386] .

[385] Starkebaum, Tonbandabschrift 2011, AdGdRBG
[386] Ammon, Interview 2009, AdGdRBG

Zum Ablauf und den inneren Bedingungen dieser Schulentwicklung bemerkt Gerd Ammon:

> *„Die Erfahrung, dass der Dezernent sich nicht durchgesetzt hat, ist so eine Kernerfahrung in der Geschichte dieser Schule. Weil das Kollegium früh gelernt hat, dass es auch eine gewisse Kraft, ich will gar nicht Macht sagen, eine gewisse Kraft hat, wenn es sich in einer Frage mindestens teilweise einig und engagiert ist, dann kann man eben auch Schule mit einem hohen Freiheitsgrad gestalten. Je größer dann das Kollegium wurde, das muss man ja auch mal so sagen, desto größer wurde natürlich auch das Trägheitsmoment. Wenn man bestimmte Sachen sabotieren oder unterlaufen oder nicht machen will, das heißt also, wenn irgendwelche Anweisungen oder gezielte Hinweise gekommen sind, die man eigentlich nicht so gerne hätte, haben die meisten gesagt ‚ja', und das wurde dann auch verkündet und dann ist jeder Jahrgang losgegangen und hat daraus das gemacht, was er meinte, dass das so in Ordnung ist. Wir haben unser eigenes Ding weitergemacht und wir hatten zwischendurch auch Dezernenten, die einen haben machen lassen"*[387].

Und zu den Jahren, in denen die Schülerzahlen zurückgingen und ein vom Kollegium nicht gewollter Schulleiter amtierte, stellt Gerd Ammon heraus:

> *„Also rückblickend ist das ja so, dass man diese Veränderung, die eingetreten ist, eigentlich erst sehr spät registriert hat. Das war ja schleichend. Das kann man nun nicht sagen, dass es von einem Tag auf den anderen war. […] Dass dann aufgrund der hohen Schülerfrequenzen in den Klassen und der äußeren Umstände - von der Politik her - nicht nur die Anmeldezahlen zurückgingen, sondern auch die Qualität der Schüler erheblich zurückgegangen ist, was zur Folge hatte, dass man sich um die paar besseren Schüler nicht in den Maßen kümmern konnte, wie man es gerne getan hätte, weil man einfach mit Disziplinproblemen so stark beschäftigt war, und das führte wiederum dazu, dass diese Eltern unzufrieden waren. Im Grunde war das ein Teufelskreis. Wir hatten den Druck von außen und dieser Druck von außen hat einerseits dazu geführt, dass hier die Schuldzuweisung innerhalb der Schule gegeneinander losging, aber es haben natürlich auch Solidarisierungsmaßnahmen angefangen innerhalb des Kollegiums. Und dann hatten wir natürlich – ich glaube, das habe ich noch nie gesagt - den großen Vorteil einen Schulleiter zu haben, den keiner wollte. Und das hat natürlich neben den großen negativen Seiten, die das gehabt hat, den Vorteil gehabt, dass das Kollegium sich selber wieder ein bisschen mehr an die Kandare genommen hat. […] Wir setzen uns im Jahrgang zusammen und gucken erst mal nur für unsere kleine Gruppe, wie wir wieder Boden unter die Füße kriegen. Es hat keinen Sinn, das für die ganze Schule zu machen, dass schaffen wir im Augenblick nicht. Also suchen wir uns eine kleine Gruppe, eine Stammgruppe, eine Partnergruppe, zwei Gruppen, vier Gruppen. Und nachdem man so einigermaßen - das ist ja nun in einigen Jahrgängen so gewesen - klargekommen ist und die Fachbereiche sich einigermaßen auch wieder angenähert hatten, dann war natürlich der nächste Schritt, das*

[387] ebenda

auf Stufenebene zu machen, sich da zu einigen, was ja auch schon schwer genug war, und ein durchgängiges Konzept haben wir ja eigentlich erst viel später gekriegt. Und so hat sich dann eine schulinterne Struktur gebildet, informelle Struktur, würde ich sagen, die dann auch stark geprägt war davon, wo man seine Vorlieben im Jahrgang hatte. Ohne diese Nester wäre es sicher so gewesen, dass viel mehr Kollegen wieder weggegangen wären"[388.]

Zur teilweisen Selbstorganisation des Kollegiums: „Im Grunde ist das eigentlich aus Zufall entstanden. Und zwar hat das angefangen, als dieser Trakt neu eingerichtet wurde. Dann hat man überlegt, die Raucher wollten gern in einem Raum sitzen, und es gab ja damals schon die Nichtraucherfraktion, die wollten wo anders sitzen, im Grunde war das so wie überall, bei den Rauchern war immer am meisten los. Das ist ja nicht nur hier an dieser Schule so, sondern das ist überall so, wo die Raucher waren, war immer was los. Da wurde geredet, da wurde diskutiert und das führte dann dazu, dass dann auch in den Pausen diejenigen dazu kamen, die sich nur informieren wollten. Und das heißt, obwohl eigentlich nur ein Lehrerzimmer für 6-8 Leute gab, dass dann da manchmal so 10,15 Leute rumgesessen haben, dass dann diskutiert wurde, dass man dann auch gesagt hat ‚Nee, das können wir nicht zwischen Tür und Angel, dann müssen wir mal einen Extratermin machen'. Da hat man sich zusammengesetzt über pädagogische Probleme, meistens pädagogische Probleme, Schulentwicklungsprobleme, als die Zügigkeit anfing zu wechseln, als uns die Schülerzahlen wegbrachen. […]. Also, eine Schulleitung muss das Ohr am Kollegium haben, muss wissen, was läuft; muss auch wissen, was informell läuft, muss dann im Grunde in der Lage sein, Strukturierungen anzustoßen. Strukturieren sollen dann wieder die entsprechenden Gremien, die es dafür geben muss, aber zusammenzufassen, anzustoßen, wieder zusammenzufassen, auch zu sagen ‚Also guckt mal, hier fehlt eigentlich was, da ist ein Loch, wollen wir das nicht ausfüllen? ', muss die Schulleitung, aber es muss halt eine kollegiale Schulleitung sein. Das würde ich nach wie vorsagen, das ist so bei einer Gesamtschule, einer Schule, die aus sich selber und auch aus dem Kollegium lebt, äußerst wichtig [...]".[389]

4.2. Zusammenfassung: 1969 - 1989

Die Gründungsphase der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim war gekennzeichnet durch

(a) eine Gründungsinitiative, die - im einmaligen Gegensatz zu den anderen neuen Gesamtschulen in Niedersachsen - ohne wirkliche Zustimmung des Schulträgers und stattdessen auf Initiative „von oben", vor allem des Bosch-Konzerns, des Bildungsministeriums und des Regierungspräsidiums erfolgte,

[388] ebenda
[389] ebenda

(b) eine anfängliche Anerkennung in weiten Teilen der Bevölkerung,[390]

(c) ein reformfreudiges, innovatives und herrschaftskritisches Kollegium,

und

(d) eine Schulleitung, die sich als ausführende Instanz demokratischer Beschlüsse der Gesamtkonferenzen definierte.

Die pädagogischen Initiativen in diesen Anfangsjahren kamen aus dem Planungsstab und dann aus den Fachbereichen. „Alles sollte und musste neu gemacht" (Herbert Kastner) werden. Das Kollegium erlebte sich als stark und weitgehend autonom.

Der gesellschaftliche Rückhalt ging dieser Schule jedoch schon bald verloren. Konflikte bestimmten ab Mitte der 1970er Jahre das Bild und prägten das Image der Schule. Interner Streit mit dem Schulleiter, ein Berufsverbot und das Problem „Schulgebäude" eskalierten und behinderten in den 1980er Jahren eine planvolle pädagogische Weiterentwicklung der Schule. Diese Auseinandersetzungen führten zu einer Verlagerung des pädagogischen Diskurses von der Schule als Ganzes auf die Subsysteme der Fachbereiche, Jahrgänge und Lehrerzimmer. Hinzu kam, dass die, seit ihren Gründungstagen unaufgehobene Divergenz der pädagogischen Konzepte und die damit verbundene Fragmentierung der Schule an der Oberfläche überdeckt wurde durch eine solidarische Lagermentalität beinahe aller Lehrkräfte solidarisch gegen den Staat, den Schulträger und den Schulleiter.

20 Jahre „allzuständige" Gesamtkonferenzen

Bis zum Ende des Schuljahres 1987/89 hatten insgesamt 72 Konferenzen, zu denen jeweils alle Lehrer und Mitarbeiter der Schule und etwa 20 Eltern und 20 Schüler eingeladen worden waren, stattgefunden. Die Konferenzdauer betrug im Durchschnitt 150 Minuten, unterbrochen durch eine „Raucherpause" von 15 Minuten. Die Gesamtkonferenzen dieser Schule hatten sich selbst - bezüglich ihrer Entscheidungs- und Machtkompetenz - als „allzuständig" definiert. Der Konflikt zwischen dem Schulleiter und der Mehrheit des Kollegiums hielt die ganze Amtszeit des ungewollten Schulleiters Volpert von 1981 bis 1990 über an. Dies behinderte die inhaltliche Arbeit. Zusätzlich wurden Unzulänglichkeiten bei einzelnen Lehrkräften in dieser

[390] Vgl. die sehr hohen Anmeldezahlen am Anfang der 1970er Jahre; s.u.

Phase des „Lagerdenkens“ eher versteckt. Die Attraktivität der Schule sank auf einen Tiefstand.

Pädagogische Initiativen sind in diesen ersten 20 Jahren hauptsächlich von den Planungsgruppen und durch Arbeit an den Rahmenplänen I und II (vor allem durch den von Helmut Washausen verantworteten Rahmenplan II) initiiert worden. Dazu kamen Aktivitäten einzelner Fächer wie aus dem Bereich „Ästhetische Erziehung“. Versuche einer pädagogischen Gesamtausrichtung der Schule hatte es nach dem Rahmenplan II im Jahr 1973 allerdings nicht mehr gegeben. Mit pädagogischen Fragen haben sich die Gesamtkonferenzen nur in einigen wenigen Fällen beschäftigt. Eine interne Entwicklungslogik oder eine „Idee der Schule“ ist nicht zu erkennen.

Die Gesamtkonferenzen waren vierteljährliche Treffen mit hoher sozialer Bedeutung für die Schulgemeinschaft. Es wurde viel akklamiert und viel im Grundsätzlichen diskutiert und gefordert. Politische Ausführungen, Debatten über Strukturen und Bedingungen, der Kampfgeist dieser Generation des Aufbruchs dominierten die Szene. Die Gesamtkonferenz als das basisdemokratische Gremium der Schule mit ihrer selbstbestimmten „Allzuständigkeit“ hat allerdings keine „Steuerung der Schule von unten“ unternommen - oder auch nur versucht, vielmehr bezog sich das Postulat der „Allzuständigkeit“ eher auf die (machtpolitische) Möglichkeit, Entscheidungen der Schulleitung gegebenenfalls konterkarieren zu können.

Ausgesprochen dramatisch hatten sich die vielen Konflikte von Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre auf das Ansehen der Schule ausgewirkt. Das erstaunliche dabei aber ist: Als die Schule ihre Attraktivität weitgehend eingebüßt hatte, gab es nur (ca. 5 - 8) eine überschaubare Anzahl von Lehrkräften, die die Schule verließen. Der weitaus größere Teil ist geblieben und von diesen wiederum hat eine nicht unerhebliche Gruppe ab Mitte der 1980er Jahre eine Vielzahl pädagogischer Reformen initiiert: Das Projekt „Beth Shalom“ erreichte überregionale Bedeutung im Rahmen des Beitrages der Schule zur Völkerverständigung und zur Friedenserziehung. Ein Jahrgang der Schule profilierte sich mit neuen Unterrichtsformen und widmete sich der Wochenplan- und Freiarbeit. Viele interessierte Besucher kamen deshalb in die Schule. In der gymnasialen Oberstufe begann man in fächerübergreifenden Strukturen zu arbeiten, ein Fachpraktikum einzuführen und eine Facharbeit schreiben zu lassen. Dies wiederum war beispielhaft für das Land Niedersachsen und beeinflusste die Reform der gymnasialen Oberstufe im gesamten Land.

Mitglieder des Kollegiums orientierten sich an der „Ökologisierung“ ihrer Unterrichtsinhalte, aber auch der des Schullebens. Es wurde ein Schulgarten eingerichtet und ein großer Schulteich kam dazu. Regelmäßige Fahrten der Schüler auf eine dänische Insel; dann die ersten Auszeichnungen als „Umweltschule für Europa“. Programme wie „Prima Klima“, ein großes „Blockheizkraftwerk“ für die Schule, eine Regenwassernutzungsanlage und eine eigene Photovoltaikanlage waren weitere praktische Schritte in diese Richtung.

Die Schule erweckte auf diese Weise - noch in ihrer „Depressionsphase“ bei den Anmeldezahlen - ab Mitte der 1980er Jahre zunehmend positive Aufmerksamkeit in ihrem Umfeld. Ein erstes großes Stadtteilfest im Jahr 1987 mit - erstmals - viel lokaler Prominenz im Haus beförderte das neue Bild einer engagierten und geordneten Schule.

Zur Beschreibung dieser Entwicklungsarbeit der Schule in dieser Zeit passt m.E. gut die folgende Aussage:

> *„Lange bevor die Formel von der ‚Autonomie der Schulen’ zur Zauberformel der Bildungspolitik avanciert sei, hätten LehrerInnen das ‚autonomos, die Eigen-Gesetzlichkeit reformpädagogischen Handelns entdeckt“ […] Viele Reformen seien so als „graue Maßnahmen“ durchgesetzt worden, bevor sie offizielle Schulpolitik wurden. Oftmals hätten Widerstände überwunden werden müssen: „All dies war und ist gelebte Autonomie. Dies gilt zunächst nur für eine engagierte Minderheit der Schulen, ist aber seit Anfang der 80er Jahre ein nicht mehr umkehrbarer Trend.“* [391]

Inge Collatz, langjährige didaktische Leiterin der IGS Langenhagen und als Gesamtschuldezernentin viele Jahre für die Robert-Bosch-Gesamtschule zuständig, bemerkt – zwar allgemeiner zu dieser Entwicklung, aber gleichwohl zutreffend für die Robert-Bosch-Gesamtschule:

> *„Um sich vorstellen zu können, wie sie weiterarbeiten kann, welche Entwicklungen nötig und möglich sind, muss man sich die Entwicklung der niedersächsischen Integrierten Gesamtschulen insgesamt nochmals vor Augen führen. Diese Entwicklung ist bisher durch drei Phasen gekennzeichnet: Die Planungs- und Gründungsphase von 1971 – 1976, bei der ein von Rechtsvorschriften nahezu freier Raum zur Entfaltung der neuen Schulform genutzt werden konnte. Es war die Phase der Erprobung und konzeptionellen Pläne. Eine zweite Ära begann für alle niedersächsischen Gesamtschulen, als die ‚erlassfreie Selbständigkeit’ der ersten Jahre beendet wurde durch eine Flut von Verordnungen, Erlassen und sonstigen*

[391] Bastian 1998, 16 zit. n. Heinrich, 2007, 17

Regelungen. Die Gesamtschulen konzipierten im Rahmen dieser Vorgaben die bis heute z.T. gültigen und wesentlichen Strukturen und Grundmodelle in den Schulen selbst: TKM, Team-Modelle, Förderkonzeptionen, Wahlpflichtbereiche, Freizeitangebote, Gruppen- und Übungsstundenmodelle, Fachleistungs-Differenzierung, lerndiagnostische Instrumentarien, Eltern- und Schülerinformation und -betreuung, Projekte, Betriebspraktika u.v.m.

Auch diese zweite Ära war gekennzeichnet von großem Engagement der Beteiligten und Aktiven, die eine enorme Arbeitslast zu bewältigen hatten, obwohl sie sich gerade in dieser Phase in der politischen Landschaft Niedersachsens selten genug unterstützt wussten und die auf allen Gesamtschulen lastenden, eher bleiernen Zeiten" auch noch verkraften mussten. Überlastungen, Enttäuschungen über manche nicht erfüllten hohen Erwartungen, Lehrereinstellungsstopp, Verkrustungen in den Kollegien, Druck von außen und von innen, Resignation gegenüber der veränderten Schülergeneration, Ermüdungen und Frustrationen erschwerten die Weiterentwicklung und brachten die reformerischen Bewegungen zum Teil sogar zum Erliegen. Rückzug ‚ins Private' und Reformmüdigkeit waren die Symptome der 80er Jahre. Gesellschaftlich verbreiteter Neokonservatismus, allgemeiner Schülerrückgang und nicht zuletzt auch die innere Befindlichkeit der Gesamtschulen führte z.T. zu rückläufigen Anmeldezahlen. War die Integrierte Gesamtschule in eine Sackgasse geraten?"[392]

[392] zit. nach: Binsteiner et al., 1991, 18 ff

5. Dekade 3. 1990 - 1999: Pädagogische Initiativen

5.1. Reformen und öffentliche Resonanz

Die dritte Dekade der Geschichte der Robert-Bosch-Gesamtschule beginnt mit einem deutlichen Auftaktsignal: Im August 1989 ging es um die *Wiederbesetzung der Stelle des Schulleiters*.[393] Die Amtszeit des Schulleiters Jürgen Volpert sollte am Ende des Schuljahres turnusgemäß nach neun Jahren enden. Der Schulleiter Volpert hatte sich um eine zweite Amtszeit beworben. Als Gegenkandidaten gab es einen externen Bewerber. Friedemann Hoppmann, ehemaliger Rektor einer Hildesheimer Hauptschule, war in den Jahren von 1968 bis 1969 Mitglied der Planungsgruppe der Hildesheimer Gesamtschule gewesen: In der geheimen Abstimmung der Gesamtkonferenz bekam der externe Bewerber 86 und der Amtsinhaber 16 der insgesamt 107 abgegebenen Stimmen.

Die pädagogischen Initiativen der Jahre zuvor setzen sich in diesen Jahren fort; vielfältige Initiativen kommen aus allen Bereichen der Schule:

- Im September 1989[394] fordern die Lehrkräfte der gymnasialen Oberstufe, einen *„Ausschuss zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe II“*. Den Lehrkräften ging es um eine systematische „Modernisierung“ und Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe“. Angesichts niedriger Schülerzahlen gab es die Sorge, dass nicht nur die gymnasiale Oberstufe, sondern die ganze Gesamtschule in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

- Im November 1989 ging es um das Thema *„Unterrichtsbesuche im Bereich Mathematik“*. Es wurde beschlossen, dass die Kollegen dreimal pro Halbjahr bei Fachbereichskollegen hospitieren dürften. Um die Mehrbelastung gering zu halten, sollten die Stunden zu Zeiten stattfinden, in denen die Kollegen gemäß ihrem Stundenplan im Unterricht eingesetzt waren. Damit begann in der Schule erstmalig eine besondere und freiwillige Form der kollegialen Hospitation. Diese ersten Hospitationsringe fanden im 5. Jahrgang statt. Es hatten sich Lehrkräfte zusammengefunden, die dort als Klassenlehrer unterrichteten und denen es insbesondere darum ging, den Unterricht im Fach Mathematik besser zu gestalten. Die Fachkonferenz Mathematik und der damalige Fach-

[393] vgl. GK, 8, 1989
[394] vgl. GK, 9, 1989

bereichsleiter Henning Rosahl waren die Initiatoren dieser ersten systematischen kollegialen Hospitationsrunde. Zusätzlich gab es in diesem Jahrgang noch einen weiteren Hospitationsring, der nicht speziell an das Fach Mathematik gebunden war, sondern der sich allgemeiner mit Unterrichtsmethoden beschäftigte.

- Im März 1990[395] wurde auf Antrag der Oberstufe die Einführung eines fachgymnasialen Zweiges *„Umwelttechnologie“* beschlossen. Es ging darum, ein besonderes Profil „Umwelt“ als Schwerpunkt in der gymnasialen Oberstufe einzuführen. In diesem Schwerpunktprofil sollten die Fächer Biologie, Chemie und Physik, aber auch das Fach Gesellschaft, miteinander kombiniert werden. Die Unterrichtsthemen sollten aufeinander abgestimmt sein, und zusätzlich zu dieser Verzahnung der Fachinhalte der einzelnen Fächer sollte den Schülern im 12. Jahrgang ein Praktikum in einer umwelttechnologisch relevanten Institution angeboten werden. Hinzu kam eine ausführliche und wissenschaftspropädeutisch angelegte Facharbeit in diesem Bereich; außerdem war eine Reihe von Exkursionen geplant. *Fächerverbindendes und praxisorientiertes Arbeiten sollte die Oberstufe der Gesamtschule prägen*. Auch aufgrund der angespannten Situation durch die geringe Anzahl und Nachfrage von Schülern in der gymnasialen Oberstufe wurde diese Reform im Kollegium unterstützt.[396]

- *Freiarbeit* war ein wichtiges Thema im Juni 1990. Der Didaktische Leiter Hans-Rudolf Bratschke begründete den Antrag, in dem betont wurde, dass es „keine Kopplung Freiarbeit-Stammgruppenleitung“ geben sollte. Vielmehr könnten auch Fachlehrer der Teams Arbeitsstunden erteilen und sich dadurch an der Freiarbeit beteiligen. Die Finanzierung der Doppelbesetzung wäre für das nächste Jahr gesichert. Wie zuvor in der gymnasialen Oberstufe machte diese Diskussion[397] auf Reformprozesse in der Sekundarstufe I aufmerksam. Hier hatte sich einer der unteren Jahrgänge „auf den Weg gemacht“. Das Engagement dieser Lehrkräfte war außergewöhnlich. Es wurde getragen von dem Gedanken, dass die Schüler mehr selbstorganisiert, selbstständig und individuell lernen sollten (s.u. die Darstellungen von Karin Gragert).

[395] vgl. GK, 3, 1990
[396] So der damalige Leiter des Schulamtes der Stadt Hildesheim, Rainer Bade, zum Autor.
[397] vgl. GK, 6, 1990

- Im Schuljahr 1989/1990 interessierte sich gleich eine ganze Reihe von Lehrkräften für ökologische Fragestellungen. Einigen von ihnen war die Energieeinsparung in der Schule ein besonderes Anliegen. Diese setzten sich dafür ein, dass die Schüler angeleitet wurden, sinnvoll und sparsam mit ökologischen Ressourcen wie Strom und Wasser umzugehen. Dann gab es andere, die dem Natur- und Landschaftsschutz verbunden waren. Diesen Lehrkräften ging es darum, durch Exkursionen im näheren und weiteren Umfeld der Schule bei den Schülern eine Haltung zu entwickeln, der es darum geht, die Natur zu schonen und zu schützen. Andere Lehrkräfte hatten mehr umweltpolitische Fragestellungen im Sinn. Sie wollten ihre Schüler durch ökologische Projekte, wie etwa der Einrichtung eines Naturschutzgebietes im Umfeld der Schule oder der eigenständigen Gestaltung eines Schulgartens für ökologische Fragestellungen sensibilisieren. Allen diesen Gruppen war gemeinsam, dass sie die Schüler an ökologische Fragestellungen und auch an diesbezügliche Haltungen und Einstellungen heranführen wollten.

In der lokalen Presse fanden viele dieser Aktivitäten ihren positiven Widerhall. Zwar geht es – negativ – am Anfang noch um den Schulleiterwechsel. Diese Schlagzeilen werden jedoch bald durch positive Nachrichten verdrängt.

Unbekannte Ostseedelphine
In der Hildesheimer Öffentlichkeit wurde im Schuljahr 1989/1990 oftmals über die Robert-Bosch-Gesamtschule berichtet. Im Mittelpunkt dieser Berichterstattung stand der Wechsel des Schulleiters der Schule auf die Stelle des Schulleiters des Nachbargymnasiums in Himmelsthür. Dies wurde von den Presseorganen weitgehend negativ kommentiert. Hinzu kam, dass sich Lehrkräfte und Schüler des Gymnasiums Himmelsthür gegen den von der Robert-Bosch-Gesamtschule kommenden Schulleiter wehrten. Allerdings ist auch auffällig, dass die Schule in diesem Schuljahr versuchte selbst Einfluss auf die Presselandschaft zu nehmen. So ist bemerkenswert, dass sich der Personalrat mit einer eigenen Presseerklärung an die Hildesheimer Öffentlichkeit wandte und zum Ausdruck brachte, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule eine „gute Schule" sei. […][398]
Am 17. November 1989 machte die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung" groß auf mit einem Artikel „CDU und SPD schieben sich zwei Schulleiterstellen zu. An der Robert-Bosch-Gesamtschule und am Gymnasium Himmelsthür. Minister ist mit dem Geschäft einverstanden." Die Zeitung schrieb weiter: „An der Robert-Bosch-Gesamtschule schwelt wieder ein Konflikt. Wie vor neun Jahren geht es wieder um die Besetzung der Schulleiterstelle. Das hat auch Auswirkungen auf das Gymnasium Himmelsthür, wo bald ebenfalls die Leiterstelle frei wird. Politiker der großen Parteien in Stadt und Kreis haben die Personalentscheidung an sich gerissen – um jeweils einen politisch genehmen Kandidaten durchzusetzen." Der Kommentator der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung schrieb: „Wieder wäscht eine Hand die

[398] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

andere“ und setzte sich dann kritisch mit diesem Verfahren auseinander. Am 21. November 1989 meldete sich der Schulabteilungsdirektor bei der Bezirksregierung Hannover zu Wort und berichtete darüber, dass der Schulleiter der Gesamtschule „ein pflichtbewußter Schulleiter“ sei und am 28. November 1989 fragte die HAZ, ob ein „Unterrichtsboykott in Himmelsthür?“ anstände. Die Zeitung berichtete darüber, dass das Gymnasium sich dagegen wehren würde, dass der bisherige RBG-Schulleiter Jürgen Volpert neuer Direktor des Kreisgymnasiums werden sollte. Gegen dieses Verfahren richtete sich der Protest der Lehrer, Eltern und Schüler. Am 30. November 1989 ging es dann noch einmal weiter mit der „Hildesheimer Allgemeinen“ in derselben Sache. Sie schrieb: „Auch Lehrer sind gegen den Parteienklüngel“. In dem Artikel wurde ausgeführt, dass sich die Personalversammlung am Gymnasium Himmelsthür für eine Sachentscheidung ausspräche, also keine direkte Entscheidung gegen den Schulleiter treffen würde, und am 02. Dezember 1989 folgte ein großer Artikel in der HAZ mit der Überschrift „Schüler protestieren gegen „Kuhhandel“. Hildesheimer Gymnasiasten wehren sich gegen „undemokratische“ Berufungspraxis“. In dem Artikel wurde berichtet, dass 600 Schüler durch die Hildesheimer Innenstadt gezogen seien und sich gegen den „Kuhhandel“ von CDU und SPD bei der Vergabe der Schulleiterstelle wendeten. […][399]

Am 30. Januar 1990 folgte dann ein Artikel, in dem über 10 Jahre UNESCO-Arbeit an der Robert-Bosch-Gesamtschule berichtet und in dem dann weiter ausgeführt wurde, dass die RBG Schülerarbeiten zu diesem Thema ausstellen werde. Am 8. Februar 1990 erschien im Feuilleton der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung ein Bericht darüber, dass 96 Schüler Theater spielen und dass allein sechs Gruppen in der RBG dies tun würden. Am 15. Februar 1990 berichtete die „HAZ“, dass „Melanie Bähre eindeutige Siegerin im Vorlese-Wettbewerb“ geworden war. Melanie Bähre war Schülerin der Robert-Bosch-Gesamtschule.

Im März 1990 folgte im Stadtteilmagazin „Der Nordstädter“ ein großer Artikel über „Unbekannte Ostseedelphine“. Es wurde auch ausgeführt, dass sich in diesem Jahr die Hildesheimer Schule erstmalig an einem von der internationalen UNESCO-Kommission ausgeschriebenen Ostseeprojekt beteilige. Im Artikel hieß es weiter, dass sich eine Biologiearbeitsgruppe der RBG mit einem eigenen Forschungsziel im Juni auf die kleine Ostseeinsel Aarö am Südausgang des kleinen Beltes begäbe. Dort wolle man Erkenntnisse über den weithin unbekannten kleinen Tümmler, den einzigen Delphin dieses Binnenmeeres, sammeln. Weiter wurde dargelegt, dass dieses im Rahmen des interregionalen „Environmental Education Projekt on the Baltic Sea“ stattfände.

Am 17. März 1990 wurde in einem wiederum größeren Artikel in der „HAZ“ darüber berichtet, dass die Gesamtschule auf dem „Weg zum Fachgymnasium Technik“ sei. In diesem Artikel wurde ausgeführt, dass der Schulleiter Jürgen Volpert, der kommissarische Leiter der gymnasialen Oberstufe Christoph Adamski und Wilfried Kretschmer als Initiator bei der Stadt Hildesheim ein Gespräch geführt hätten. Ziel sei es gewesen, an der gymnasialen Oberstufe einen beruflichen Bildungsgang einzurichten. […][400]

Das Schuljahr 1989/1990 stellt eine Wende in der öffentlichen Diskussion um die Schule dar. Auf der einen Seite gibt es in der Schule weiterhin Probleme, insbesondere der Wechsel des alten Schulleiters an das Nachbargymnasium ist in der Pressekommentierung noch nicht abgeschlossen. Negativ ist auch die Berichterstat-

[399] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[400] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

tung über das alte und hinfällige Mobiliar der Robert-Bosch-Gesamtschule. Auf der anderen Seite finden sich in der zweiten Hälfte des Schuljahres 1989/1990 eine Reihe von Artikeln, in denen positiv über die Schule berichtet wird. Die Schule beginnt, von sich aus Pressearbeit zu machen. Akteure waren in diesem Fall der Personalrat und die UNESCO-Gruppe. Die Initiative kam von den Lehrkräften selbst.

Mit Schuljahresbeginn 1990/1991 nahm der neue Schulleiter Friedemann Hoppmann seine Arbeit auf.[401] Im März 1991 meldete sich in der Gesamtkonferenz das Projekt *„Sommertheater"* zu Wort. Es wurde ein Antrag zur Finanzierung zur Abstimmung gestellt, dem zugestimmt wurde. Das Sommertheater hatte als eine inzwischen feste Einrichtung der Schule seine Arbeit kontinuierlich fortgesetzt. Lehrkräfte, die im theaterpädagogischen Bereich aktiv waren, luden Lehrkräfte und Schüler anderer Schulen ein. Sie inszenierten und probten gemeinsam und am Ende des einwöchigen Sommertheaters wurde das eingeübte Stück gleich vor großem Publikum aufgeführt.

In dieser Gesamtkonferenz gab es auch den Hinweis, dass in der Oberstufe fachgymnasiale Schwerpunkte gesetzt wurden[402]. Der Oberstufenleiter Gerd Voßmerbäumer wies auf diese Möglichkeiten hin. Seinem Antrag, den Unterricht in den Leistungskursen auf sechs Wochenstunden zu erhöhen, wovon zwei Stunden zur Projektarbeit genutzt werden sollten, wurde zugestimmt.

Die Presseberichterstattung im Schuljahr 1990/1991 gibt diese positive Entwicklung wieder:

Friedensprojektwoche
Der neue Schulleiter Friedemann Hoppmann trat zum 01. August 1990 sein Amt an. Es gab Sportfeste, Marionetten-Aufführungen, UNESCO-Arbeit und Umweltaktionen der Schule. Darüber berichtete die Zeitung. Im Oktober 1990 veröffentlichte die Zeitschrift „Aktuelles aus der Martin Luther Gemeinde" ein Interview mit Friedemann Hoppmann. In dem Artikel wurde ausgeführt, dass Herr Hoppmann ab dem 01. August 1990 der neue Schulleiter in der Nordstadt sei. Er beantwortete Fragen zu seinen pädagogischen Vorstellungen und erzählte, dass er in der Schule in Langenhagen, aus der er komme, einen Modellversuch mit dem Titel „Pädagogische und praktische Zusammenarbeit Schule und Kirchengemeinde" gestartet habe. Die ersten Ergebnisse seien so gut gewesen, dass die Landeskirche dies mit einer hauptamtlichen Mitarbeiterin unterstützt habe. Ähnliches könne er sich auch für die Nordstadt vorstellen. […][403]

[401] vgl. GK, 12, 1990
[402] vgl. GK, 3, 1991
[403] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

Das Kalenderjahr 1991 begann mit einer Reihe von kleineren Artikeln im Januar. Im „Extrablatt“ wurde hervorgehoben, dass Schüler der Gesamtschule als Laiendarsteller einen erfolgreichen Spielfilm mit selbst entworfenen Szenen gedreht hätten. Dann wurde im „Extrablatt“ weiter dargestellt, dass die Werbegemeinschaft „Wir in der Nordstadt“ die Robert-Bosch-Gesamtschule zu einem Empfang eingeladen hätte. Am 23. Januar erschien eine kleine Meldung, dass ein Informationsabend für Eltern und Kinder der vierten Klasse der Grundschulen an der Gesamtschule durchgeführt wurde, und am 24. Januar berichtete die HAZ darüber, dass „RBG-Schüler eine Friedensprojektwoche“ beschlossen hätten. Ein etwas größerer Artikel vom 02. Februar trug die Überschrift: „Lehrer-Ehepaar Stieghorst geht nach Tansania“. In dem Artikel stand, dass beide Lehrer die Robert-Bosch-Gesamtschule verlassen würden, um bis 1994 in einer Wirtschaftsoberschule in Tansania zu unterrichten. Am 20. Mai berichtete die HAZ über die Kritik des Lehrerpersonalrates der Gesamtschule an der Stadt Hildesheim. Dabei wurde vor allem danach gefragt, wann der Asbestwerkstoff aus einem Dach der Schule endlich entfernt würde. […][404]

Die UNESCO-Gruppe der Schule[405] forderte im März 1992 einen Gesprächskreis zum Thema „Asylbewerber in der Nordstadt“. Außerdem wurde geplant, ein Projekt zum Schwerpunktthema „Umwelt und Verkehr“ zu realisieren. Im Juni 1992 hatte das „pädagogische Forum“, eine neue Initiative, bei der sich Freunde und Nachbarn der Schule trafen, seine erste Diskussionsrunde mit dem Thema „Vorurteile gegen die RBG“ abgeschlossen.[406] Insbesondere das Schulgebäude spielte in den Konferenzen eine Rolle. Und die aktive Öffentlichkeitsarbeit zeigt Wirkung:

Frei- und Wochenplanarbeit
Das Schuljahr 1991/1992 war das Schuljahr, in dem die Robert-Bosch-Gesamtschule 20 Jahre alt wurde. Die Schule hatte es verstanden, sich über dieses Ereignis in ein besonders gutes Licht zu setzen. Herausragend war dabei die Sonderseite in der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“, die am 14. September 1991 von der Zeitung gemeinsam mit der Schule gestaltet wurde. Diese Sonderseite stellte, wenn man so will, einen Paradigmawechsel in dem Verhältnis zwischen der Schule auf der einen Seite und den Medien auf der anderen Seite dar. Erstmalig hatten beide Seiten konstruktiv zusammengearbeitet. Diese Sonderseite war von der Schule initiiert worden. Für die Öffentlichkeitsarbeit der Schule war zu diesem Zeitpunkt ein Mitglied der Kollegialen Schulleitung verantwortlich. Im Namen und im Auftrag der Schule war es gelungen, eine solche Sonderseite zu platzieren. Es zeichnete sich ab, dass eine Ära intensiver Öffentlichkeitsarbeit durch die Schule selbst begann. […][407]
Es wurde über die pädagogischen Highlights der Schule, das Ostseeprojekt, das Projekt Jüdische Kapelle, die UNESCO-Projektschule, die Elternarbeit, die Freiarbeit, die Gesundheitserziehung, den Fachbereich Arbeit-Wirtschaft-Technik und die Theaterprojekte berichtet. Insgesamt war dies eine sehr ausführliche Darstellung der Robert-Bosch-Gesamtschule. In dem Artikel stand auch: „Der Start der Gesamtschule war denkbar schlecht. Zunächst musste politischer Widerstand überwunden werden, dann standen finanzielle Hürden im Weg. Gleichzeitig holte das ‚andere’ Schulsystem zum Gegenschlag

[404] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[405] vgl. GK 3, 1991
[406] vgl. GK 6, 1992
[407] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

aus: Die Vorzüge des dreigliedrigen Schulsystems wurden gepriesen. Nicht mehr nur fünf, sondern zwölf Prozent der Abiturienten stammten aus Arbeiterfamilien, hieß es. Auch die Kirche hielt sich nicht länger vornehm zurück. Eine konfessionelle, kooperative Gesamtschule sollte in der Innenstadt entstehen. […] Die Qualität der Argumente gegen die Gesamtschule blieb auch in den Folgejahren nicht besser. Jede Fehlentwicklung wurde ihr zur Last gelegt. Der Ruf litt – nicht immer ohne Schuld einiger Hitzköpfe im Rat und an der Schule. Erst in der politisch ruhigen zweiten Hälfte der 1980er Jahre folgte auch eine Entspannung im Gesamtschul-Streit. Nach 20 Jahren war die RBG mit damals etwa 1000 Schülerinnen und Schülern noch immer die größte Schule in Hildesheim. Zugleich war sie auch die älteste Gesamtschule in Niedersachsen. So feierte sie am Donnerstag, dem 19., und Freitag, dem 20. September, nicht nur ihren Geburtstag. Zu den Gästen gehörte unter anderem Minister Rolf Wernstedt und selbstverständlich gab es auch ein Schulfest. Die RBG hatte in Hildesheim und Niedersachsen immer eine Vorreiterrolle gehabt. Oft entzündete sich an ihr, stellvertretend für die Gesamtschulbewegung im Lande, Auseinandersetzung, Kritik und Anerkennung. Die Diskussion wurde zum Teil kontrovers und äußerst heftig zwischen Gesamtschulkritikern und Gesamtschulbefürwortern ausgetragen. Die Geburtsstunde der Schule, so erinnern sich noch heute die Lehrer, war gekennzeichnet durch das Fehlen jeder materiellen und personellen Ausstattung. Eine kleine Gruppe von Pädagogen führte in einem alten Schulgebäude an der Richthofenstraße die ersten Vorlaufklassen zusammen und konstituierte den Gründungsausschuss für eine völlig neue Schulform – die Gesamtschule. [...] So wurden viele Wege beschritten und vielfältige Erfahrungen gemacht. Nicht jeder Weg führte zum vorgesehenen Ziel. Heute hat sich in der Gesamtschule Bewährtes durchgesetzt. Pädagogischer Ideenreichtum und Kreativität sind gepaart mit den Faktoren der Erfahrung und einer soliden Konsolidierung. Dass die RBG heute zu den Fix-Punkten in Hildesheims Schulangebot gehört, dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, dass selbst ihre Kritiker ein Einsehen hatte." […][408]

Am 11. November 1991 erschien ein Bild vom Lappenberg über die Gedenkstunde zum Jahrestag der Reichspogromnacht. In dem Artikel wurde darauf hingewiesen, dass die RBG mit ihrer Arbeitsgemeinschaft Beth Shalom zusammen mit der Deutschen Katholischen Jugend, der Evangelischen Studentengemeinde, der Gruppe Pax Christi und mit Schülern des Gymnasiums Josephinum eine Mahnwache in der Pogromnacht abhielten.

Ein „HAZ"-Artikel vom 02. Dezember 1991 trägt die Überschrift „Gesunde Ernährung steht im Schulcafe „UNESCO" im Mittelpunkt". Am 14. Dezember folgte ein Artikel mit dem Titel „Nach der Realschule zum Abitur. Robert-Bosch-Gesamtschule will Beratungslücke schließen", in dem die Schule sich mit ihrer gymnasialen Oberstufe Realschülern, die sich für das Abitur interessierten, präsentierte.

Am 30. Dezember 1991 erschien wiederum ein großer Artikel in der „HAZ" mit der Überschrift: „RBG-Schüler erleben den Mittelwesten der USA. 17 Hildesheimer Jugendliche besuchen mehrere Wochen die Wichita East High-School in Kansas". In dem Artikel wurde der Schüleraustausch ausführlich beschrieben. […][409]

Am 03. Juni 1992 erschien in der „HAZ" eine Information darüber, dass der Schulhof an der RBG gemeinsam grün gestaltet worden war. In dem Artikel wurde dargestellt, wie Kollegen, Eltern und Schüler das Schulgelände selbstständig neugestaltet hätten. Im Juni 1992 wurde im „Nordstädter" das Ostseeprojekt thematisiert. Dann wurden am 17. Juni 1992 ein großes Foto und Text in der „HAZ" veröffentlicht: „14 Schüler aus Kansas sind zu Gast an der RBG". Am 19. Juni 1992 standen zwei Artikel in der „HAZ". Der erste titelte: „Schweinswal als

[408] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[409] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

Studienobjekt. Robert-Bosch-Gesamtschule bei UNESCO-Ostseeprojekt dabei", der zweite Artikel berichtete über einen „Tummelplatz extra für Kinder". Dabei ging es um ein Theaterstück in der Schule. Und am 23. Juni 1992 war laut „HAZ" „der Mädchenchor aus Halle zu Gast an der RBG".

Die vielfältigen Reformen aus der Basis der Schule gingen im Jahr 1992 weiter: Am *21. Oktober entschied die Gesamtkonferenz*, dass in der gymnasialen Oberstufe im 12. Jahrgang ein *„Fachpraktikum"* und eine „Facharbeit" eingeführt werden sollen[410]. Für die Sekundarstufe I wurde ein *„Freiarbeitsausschuss"* eingerichtet. Die Gruppe „Sommertheater" beantragte 1.500 Mark für ihr Projekt im Jahr 1992. Außerdem wurde von der Oberstufe das *„Ostseeprojekt"* vorgestellt. In dieser Gesamtkonferenz kamen gleich vier innovative Entwicklungsfelder kurz nacheinander zur Sprache. Diese vier Reformfelder sind symptomatisch für das, was sich an Entwicklungspotenzial bis dahin entfaltet hatte und was sich in den Folgejahren noch weiter ausbreiten würde. Das *Fachpraktikum* der gymnasialen Oberstufe macht deutlich, dass es gerade dort eine Reihe von Lehrkräften gab, die eine mehr praktische Ausrichtung des Unterrichts in der gymnasialen Oberstufe entwickeln wollten und die dies durch fächerverbindendes Arbeiten, Fachpraktika und Jahresprojektthemen verwirklichen wollten. Der *Freiarbeitsausschuss*, der am 21. Oktober 1992 eingerichtet wurde, zeigt auf, dass es vor allem in der Sekundarstufe I, und inzwischen über einen einzelnen Jahrgang hinausgehend, eine Reihe von Initiativen zur Entwicklung mehr schülerorientierter Lernformen gab. Das *„Sommertheater" hatte* sich als eigenständiges Theaterprojekt des Fachbereichs Musik, Tanz und Theater entwickelt und inzwischen, vor allen Dingen im Umfeld der Schule, einen beachtlichen Bekanntheitsgrad erworben. Und nicht zuletzt ist das *Ostseeprojekt in Dänemark*, das in dieser Gesamtkonferenz vorgestellt wurde, typisch für die zukünftige ökologische Ausrichtung der Gesamtschule.

Das Kalenderjahr endet am *16. Dezember 1992* mit einer *Gesamtkonferenz* mit der *Wahl des neuen Oberstufenleiters*[411]. Es gab zwei Bewerber aus der Schule: Christoph Adamski und Wilfried Kretschmer. Letzterer wurde von der Gesamtkonferenz als neuer Oberstufenleiter gewählt. Zuvor war er auch in der Stufenkonferenz der Oberstufe bei einer Vorabstimmung für die Leitung der gymnasialen Oberstufe vorgeschlagen worden.

[410] vgl. GK, 10,1992
[411] vgl. GK, 12, 1992

Schlechte Presse in der Bild-Zeitung
Neben vielen anderen Artikeln im Schuljahr 1992/1993 über die Schule berichtete am 06. Dezember 1992 der „Kehrwieder" darüber, dass die Videogruppe des Leistungskurses Kunst der RBG für ihren Film „Ovationen – der Traum vom Film" den Videopreis des Landes Niedersachsen erhalten habe. Im selben Kehrwieder erfuhr der Leser auch, dass die Schüler der RBG 200 Pakete gesammelt und gepackt hätten, um Kindern in Zagreb in einem dortigen Krankenhaus zu helfen. Dieses Kalenderjahr 1992 war, wenn es um die Presseberichterstattung ging, das erste Jahr, in dem ausschließlich positiv über die RBG berichtet wurde und in dem eine Vielzahl von Vorgängen und auch Persönliches über Menschen der RBG in den Presseorganen zu lesen gewesen ist.
Bei der Presseberichterstattung erlebte die Schule jedoch auch noch einen Rückschlag: Am 04. März 1993 erschien ein großer Artikel in der „Bild Hannover". Die Bildzeitung hatte eine Serie aufgelegt mit dem Motto: „Bild testet Schulen". In dieser Serie wurde am 04. März 1993 die RBG vorgestellt. In dem Artikel wurde berichtet: „Schüler und Lehrer der Robert-Bosch-Schule sind ehrlich. Bildreporter fanden Lehrer, die offen sagten: „Ja. Wir hatten letztes Jahr einen Drogen-Fall" und Schüler die sagten: „Uns nervt die Gewalt zwischen Schülern, die Lehrer häufig nicht mitkriegen." Dann wurde ausgeführt, dass der Schulleiter eine Statistik über Raufereien führe. Auch von Problemen mit dem Bau erfuhr der Leser aus der Bildzeitung. Diese schrieb weiter, die Schüler würden meinen, dass „die Eingangshalle absolut furchtbar ist, wie ein großer Bahnhof". Ferner wurden Schüler zitiert, die sagten: „Mich regt total auf, dass die Wände beschmiert werden. Die größeren Schüler treten bei den Toiletten immer die Türen raus. Und das Essen schmeckt meistens nicht." Viele negative Urteile von Eltern über die Schule wurden veröffentlicht. Roland Friedrich, Elternvertreter der Schule, sagte: „Ich finde gut, dass die Kinder nicht den Druck wie in der Orientierungsstufe haben. Aber begabte Schüler werden nicht genug gefordert. Auch sollte die Personalstärke verbessert werden. Zum Beispiel gibt es in der Abiturstufe nur einen Lehrer für den naturwissenschaftlichen Bereich. Wird der krank, ist fast das Abi in Gefahr. Und leider ist es auch so: Einige Lehrer nehmen es mit der Arbeit nicht so genau, die machen eben mal für eine Woche krank." Der Schulleiter Friedemann Hoppmann wurde zitiert: „Ich glaube, dass wir es hinbekommen, Schüler nicht in schwach und stark einzuteilen, sondern sie zusammenzunehmen und bei jedem die Stärken zu fördern. Die Lehrer sind offen für Initiativen, können und wollen jede Menge in Bewegung setzen. Außerdem schrieb die Zeitung, dass die Schule an die Ostsee fahre und dort Schweinswale erforsche. […][412]
Am 09. Juni 1993 lautete die Überschrift im Feuilleton-Teil der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung": „Multikulturelles von Puppenspiel bis Pantomime. RBG stellt bunte Ergebnisse der 4. Sommertheater-Werkstatt vor. Mehr als 120 Teilnehmer." Und am 28. Juli 1994 konnte man in der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung" einen ausführlichen Bericht über die Aktivitäten im Rahmen des Ferienprogramms der Stadt Hildesheim lesen. Der Artikel trug den Titel: „Schüler lernen in den Ferien auf dem Hohnsensee Kanu fahren". Es wurde berichtet, dass der Lehrer der Robert-Bosch-Gesamtschule, Eckhard Drewes, diese Aktivitäten initiiert hatte und sie auch tatkräftig durchführte.

Eine *„Besondere Ordnung"* wurde Anfang 1994 beschlossen. Diese hatte zum Ziel, der Schule eine *Kollegiale Schulleitung* zu ermöglichen. Außerdem erfolgte der damit verbundene Beschluss, dass alle höherwertigen Ämter nicht auf Lebenszeit, sondern nur für neun Jahre übertragen werden sollten. Diesen beiden Anträgen wurde von

[412] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

der Gesamtkonferenz mit 2/3 Mehrheit zugestimmt. Im April wurde - weiter in dieser basisdemokratischen Richtung - beschlossen, dass *Eltern- und Schülervertreter in Teilkonferenzen „auch bei Zeugnissen, Versetzungen, Abschlüssen und Übergängen stimmberechtigt" sein sollten*.

Die Stelle des *Koordinators in der gymnasialen Oberstufe wurde mit Jürgen Braun besetzt.* Jürgen Braun hatte viele Jahre in der gymnasialen Oberstufe gearbeitet. Seine Wahl, so Kommentare in der Gesamtkonferenz, mache deutlich, dass „die gymnasiale Oberstufe sich neu aufstellt und neu orientiert und auch alte ideologische Bereiche verlassen"[413] wollte.

Theater an der RBG
Im Schuljahr 1993/1994 standen eine Reihe umfangreicher Artikel über die Robert-Bosch-Gesamtschule in den Hildesheimer Presseorganen. Auffällig ist in diesem Schuljahr, dass neben den etablierten Presseorganen, die Hildesheimer Stadtteilzeitungen intensiver über die Arbeit der Robert-Bosch-Gesamtschule berichten. Diese Stadtteilzeitungen sind eigenständige Initiativen von Privatleuten, die die mediale Vorherrschaft der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung" nicht akzeptieren wollen und die aus diesem Grund eigene kleinere Presseorgane gegründet hatten. Bedeutsam für die Robert-Bosch-Gesamtschule war vor allem die Stadtteilzeitung „Der Nordstädter". Diese Stadtteilzeitung berichtete intensiv über die Arbeit der RBG. Sie wurde auch über den Stadtteil hinaus in Hildesheim viel gelesen. Diese Stadtteilzeitung wurde gegründet und auch praktisch geleitet von Lehrkräften der Robert-Bosch-Gesamtschule, die zusammen mit anderen Bewohnern des Stadtteils diese Zeitung herausgaben. Eine weitere Stadtteilzeitung, die mehr in der Hildesheimer Innenstadt erschien und die den Namen „Hildesheimer" trägt, geht ebenfalls auf die Initiative von Lehrkräften der Gesamtschule zurück. In der Hildesheimer Südstadt erschien die Stadtteil-zeitung „Auf der Höhe". In deren Redaktion wiederum arbeiteten Eltern der Robert-Bosch-Gesamtschule mit.
Am 27. August 1993 wurde zu Beginn des Schuljahres 1993/1994 in der „HAZ" von einem Projekttag der RBG zum Thema „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" berichtet. Am 18. September 1993 folgte ein großer, ganzseitiger Bericht in der „HAZ" über Carsten Maschmeyer. Überschrift „Carsten Maschmeyer – mehr Multi als Millionär. Von einem, der auszog, um Geld zu verdienen, und halb Europa eroberte." In dem Artikel wurde die Geschichte Carsten Maschmeyers erzählt, wozu auch seine Zeit als Schüler an der RBG gehört. […][414]
Am 09. März 1994 berichtete dann weiter die „HAZ" unter der Überschrift „Mit dem PC auf Klassenreise rund um die Welt. RBG-Schüler finden beim Computer-Mailing auskunftsfreu-dige Gesprächspartner in Übersee" über ein Projekt, bei dem Schüler unter Leitung ihres Fachlehrers Hans-Georg Henkel Internetkontakte in die ganze Welt hergestellt hatten. Auf einem großen Foto sah man die Schülerin Jovanka Müller und den Schüler Ronny Wieland mit dem Lehrer Hans-Georg Henkel. Am 23. März 1994 bekundete die „HAZ" unter der Überschrift „Mit gemischten Gefühlen nach Israel gestartet. Nach drei Jahren wieder Schüleraustausch mit Haifa. Behörden haben keine Bedenken" über die Reise einer

[413] vgl. GK, 3, 1994
[414] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

Hildesheimer Schülergruppe der Robert-Bosch-Gesamtschule nach Haifa. Die gemischten Gefühle rührten daher, dass es „auf beiden Seiten sowohl auf palästinensischer wie auf israelischer Seite „Scharfmacher" gäbe, die den „zaghaften Friedensprozess blockieren" wollten. Am 11. April gab die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung" bekannt, dass der Verband Bildung und Erziehung und die Gesamtschule gemeinsam eine Ausstellung mit dem Titel „Komm mit ins Land der Phantasie" in der Eingangshalle der RBG eröffnet hätten.
Ebenfalls im April 1994 berichtete der „Nordstädter", dass das Musical „Kätz", eine Veranstaltung der Theater AG der RBG, bei mehreren Aufführungen die Zuschauer begeistert hätte. Am 03. Mai 1994 kam ein großer Bericht über den Besuch der Schüler der französischen Partnerschule aus Nontron in Hildesheim heraus.
Am 02. Mai 1994 wurde ebenfalls in der „HAZ" darauf eingegangen, dass die Theatergruppe des 6. Jahrgangs in Elze eine Aufführung erfolgreich absolviert hätte. Das GEW-Kreisverbandsinfo berichtete im April 1994 über die Arbeit der „Lernwerkstatt" der gymnasialen Oberstufe. Am 8. Juni informierte die „HAZ" über Schülertheater-Aktivitäten in Hildesheim. In dem Artikel wurde dargelegt, dass eine Theatergruppe der Schule aus der Vorlage des Märchens „Der gestiefelte Kater" das Kindermusical „Kätz" choreographiert hätte. Darüber wurde am 14. Juni noch einmal in der „HAZ" berichtet. […][415]

Im Mai *1995 trat* die Schule *dem Klimabündnis niedersächsischer Schulen* bei.[416] Das macht auch symbolisch deutlich, dass die Schule sich in vielerlei Hinsicht ökologischen Fragestellungen und Aktivitäten zugewandt hatte. Ab Beginn der 1990er Jahre stellt dies einen Reformschwerpunkt dar, der über mehr als ein Jahrzehnt das Schulleben genauso wie konkrete Unterrichtsprojekte beeinflusst hatte. Die Darstellungen im Folgenden dokumentieren dies.

Der Punkt *„Sommerschule"* stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Die Konferenz sollte das Projekt als besonderes schulisches Vorhaben klassifizieren und damit für die Schüler und Lehrkräfte zu einer verbindlichen Einrichtung erklären. Der Leiter des Ganztagsbereiches Günter Binsteiner trug vor, dass konkrete Unterrichtseinheiten zu den Themen „Menschen am Meer" und „Ökosystem Ostsee" entwickelt wurden. Diese Unterrichtseinheiten sollten lebensnah und in der Sommerschule auf der dänischen Insel Aarö unterrichtet werden. In der Diskussion über diesen Antrag wurde ein Ausgleichsangebot für die mit der jährlichen Exkursion des gesamten 8. Jahrganges verbundenen Wochenendmehrbelastung gefordert. Dies beträfe vor allem die Teilzeitkräfte. Dem Antrag zur Einrichtung einer „Sommerschule" wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Damit waren in dieser Gesamtkonferenz im Mai 1995 zwei weitere Reformprojekte beschlossen worden. Die Schule bemühte sich zum einen um eine ökologische Umwelterziehung vor Ort, und zum anderen wurde die

[415] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[416] vgl. GK 5, 1995

Sommerschule als außerschulisches ökologisches und verbindliches Angebot festgelegt.

Um die Beteiligung am Baltic-Sea-Project, einem *UNESCO-Projekt* der Ostseeanrainerstaaten, ging es im Juni.[417] In dieser Konferenz wurde auch darüber berichtet, dass das Projekt *„Fußball für Brasilien“* von der Schulöffentlichkeit gut unterstützt würde und es wurde informiert, dass Schülerseminare zu den Themenbereichen *„Afrika“* und *„Gedenkstättenpädagogik“* in der Schule angeboten würden.

Internationale Kontakte
Das Schuljahr 1994/1995 begann in der Presse mit einem Artikel vom 01. August 1994 in der „HAZ“, in dem darüber berichtet wurde, dass „Schüler aus Israel in Hildesheim“ angekommen seien. Es wurde darin ausgeführt, dass 19 Schüler und 4 Lehrkräfte aus Haifa Hildesheim besuchten. Diese nähmen an einem Austausch teil, der 1981 von der Robert-Bosch-Gesamtschule ins Leben gerufen worden und der für alle Hildesheimer Schüler offen sei. Weiter bedauerte die Zeitung, dass dieser Austausch durch den Golfkrieg ins Stocken geraten sei, und auch weil „durch die ausländerfeindlichen Übergriffe in der Bundesrepublik die israelischen Eltern ihre Kinder nicht nach Deutschland schicken mochten“. Im September 1994 wurde in der GEW-Info ein Portrait des Oberstufenleiters der Robert-Bosch-Gesamtschule, Wilfried Kretschmer, veröffentlicht und gleichzeitig mitgeteilt, dass Kretschmer das Baltic-Sea-Project der UNESCO durch seine schulischen Aktivitäten unterstütze und dass er sich durch eine Vielzahl von Innovationen in der gymnasialen Oberstufe bemühe, den Status dieser gymnasialen Oberstufe und damit den Status der Robert-Bosch-Gesamtschule insgesamt zu verbessern. […][418]
Am 18. Oktober 1994 berichtete die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ darüber, dass drei RBG-Schüler das Baltic-Sea-Project der Robert-Bosch-Gesamtschule auf einer Umweltkonferenz in Schweden vorstellten. Am 08. November war in der „HAZ“ zu lesen, dass der jüdische Friedhof, der von der RBG betreut wurde, teilweise zerstört und geschändet worden wäre. Erstmals kündigte der „Kehrwieder am Sonntag“ ein „Ehemaligentreffen“ am 20. November 1994 an. Im Dezember wurde in der HAZ über „Informationen der Robert-Bosch-Gesamtschule zur Aufnahme neuer Schülerinnen und Schüler“ informiert. Am 08. Dezember war ein großes Foto mit der Bürgermeisterin Ilse Wittenberg in der „HAZ“ abgedruckt, und zwar zeigte dieses Bild Gymnasiasten aus Polen, die zu Gast in der Robert-Bosch-Gesamtschule waren. Am 10. Dezember stellte ein Artikel in der „HAZ“ dar, dass „am Tag der Menschenrechte die Robert-Bosch-Gesamtschule ihre UNESCO-Tradition feiert.“ In dem fast ganzseitigen Artikel wurde berichtet, dass „die Lehrer seit 15 Jahren im Sinne der Vereinten Nationen arbeiten“ und dass dies durch eine Vielzahl von Projekten, friedenserziehenden ebenso wie umweltbildenden, gewährleistet werde. Dieser Artikel wurde durch ein Bild auf der ersten Seite der „HAZ“ groß herausgestellt. Damit endete das Kalenderjahr 1994 und es ging dann weiter mit einem Artikel am 29. Januar 1995 im „Kehrwieder am Sonntag“. Darin wurde darüber berichtet, dass die gymnasiale Oberstufe der Gesamtschule auch sogenannte „Kollegiaten“ aufnähme. […][419]

[417] vgl. GK, 6, 1995
[418] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[419] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

Die „HAZ“ vom 08. Juni 1995 informierte über die Rückkehr der Schüler vom Segeltörn aus Polen und die Stadtteilzeitung „Der Hildesheimer“ gab in seiner Ausgabe Juni/Juli bekannt, dass der Zirkus Robolino der Robert-Bosch-Gesamtschule erfolgreich und mit großem Beifall in der Neustadt aufgetreten sei. Am 17. Juni 1995 schrieb die HAZ, dass „45 polnische Austauschschüler das Hildesheimer Rathaus besuchen“. Die Schüler kämen vom Gymnasium Nr. 1 aus Posen und von der „Integrierten Gesamtschule Willy-Brandt“ aus Magdeburg. Die Robert-Bosch-Gesamtschule moderiere diesen Schüleraustausch.

In dieser ökologischen Richtung ging es im Jahr 1996 weiter.[420] Die Stadtwerke Hildesheim, so die Information im Juni, wollten ein Blockheizkraftwerk einbauen, betreiben und der Schule bzw. dem Schulträger die Abwärme in Form von Heizungswärme abgeben. Der durch das Blockheizkraftwerk primär erzeugte Strom solle in das städtische Netz eingespeist werden. In dieser Konferenz wurde außerdem bekanntgegeben, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule eine Auszeichnung des niedersächsischen Kultusministeriums als „Umweltschule für Europa“ für die Verbesserung ihrer Schulumwelt erhalten hätte.

Auch wurde in dieser *Gesamtkonferenz* von den Ergebnissen der Befragung der Schüler des 11. Jahrgangs berichtet. Seit 1995 gebe es eine solche jährliche *Befragung*, die vom Beratungsdienst der Schule durchgeführt werden würde. Hierbei würden die Schüler (zum Beispiel) nach dem „sozialen Klima“ in der Oberstufe befragt. Außerdem gehe es um das „Verhältnis der Schüler untereinander“, aber auch um die „Arbeits- und Lernatmosphäre“ und das „Lehrer- und Schülerverhältnis“.[421] Dies werde nach Fächern spezifiziert und in einem weiteren Teil dieser Befragung gehe es um die Bewertung der „Unterrichtsmethoden“ und um „Hilfsangebote zum Ausgleich von Wissenslücken“. Weiterhin frage die Erhebung nach der „Unterrichtsorganisation“ und nach den „Möglichkeiten, mit Freistunden sinnvoll umzugehen“. Die „Lernwerkstatt“ sei ebenfalls Thema bei dieser Befragung.

Einen anderen *Fragebogen*, auch dieses wurde in dieser *Gesamtkonferenz* berichtet, gebe es für die Schüler, die sich am Ende des *13. Jahrgangs* befinden. Diese würden, ähnlich wie die Schüler des 11. Jahrgangs, danach befragt, in welcher Weise sie das „soziale Klima in der Oberstufe“ einschätzen würden, wie sie den „Übergang von 11 nach 12“ bewerten würden und wie sie die „Unterrichtsorganisation in der Oberstufe“ beurteilten. Auch gehe es um die „Transparenz der Kriterien zur Beurteilung von mündlichen und schriftlichen Leistungen“.

[420] vgl. GK, 6, 1996
[421] s. diesen Fragebogen im AdGdRBG dieser Arbeit

In der Gesamtkonferenz gab es eine angeregte Diskussion zu der Frage, ob und in welcher Weise diese Befragungsergebnisse zu einer Verbesserung des Unterrichts sowohl in der Sekundarstufe I wie auch in der Sekundarstufe II beitragen würden. Allgemein wurde diese Methode der Datengewinnung positiv eingeschätzt. Gleichwohl wurde auch deutlich, dass es nicht so ohne weiteres möglich sei, allein durch Befragungen die Unterrichtsqualität zu verbessern. Vielmehr, so die Lehrkräfte, sei dies dann noch einmal ein besonderer und weiterer Schritt.

Dass sich die Schule in etlichen Bereichen stärker profilierte, wird danach in der Presseberichterstattung erkennbar. Viele Aktivitäten der Schule richteten sich auf das lokale Umfeld. Viele kümmerten sich um internationale Kontakte und Zusammenarbeit mit Partnerschulen.

Frühlingsgeister im Wald
In der Presse begann das Schuljahr 1995/1996 für die Gesamtschule am 19. August 1995 mit einem Artikel im Feuilleton der „HAZ" mit der Überschrift: „RBG: Karikaturen zu Indonesien". In dem Artikel wurde ausgeführt, dass „unter dem Titel Indonesien heute - Verschwundene Menschenrechte, Versunkene Freiheit" in der RBG eine Ausstellung zu sehen sei und am 22. August eröffnet werde. Eine Vielzahl von Vertretern des öffentlichen Lebens würde anwesend sein. Am selben Tag folgte ein Bericht in der „HAZ" über eine Ratssitzung, die kurz zuvor stattgefunden hatte und in der die Verwaltung vom SPD-Ratsherrn Jochen Raffert aufgefordert worden sei, die Budgetierung, die bislang nur bei einigen Schulen ausprobiert wurde, auch auf andere Bereiche der Stadtverwaltung auszudehnen. Die Zeitung schrieb: „Pionierarbeit leistet hier bereits die Robert-Bosch-Gesamtschule". Dann erschien am 25. August 1995 der Bericht in der „HAZ" zu der Indonesienausstellung. „Der Nordstädter" berichtete in seiner Septemberausgabe ebenfalls über diese Ausstellung und ein neues Thema wurde am 15. September 1995 von der „HAZ" aufgegriffen: „Der Rio Sao Francisco darf nicht sterben". Bürgermeisterin Ilse Wittenberg werde, so die Zeitung, am Mittwoch, den 18. Oktober, die Ausstellung zum Thema „Rio Sao Francisco" eröffnen. In dieser Ausstellung, die von Hildesheimer Institutionen erstellt worden sei und die Einsichten in die Lebenswirklichkeit Brasiliens vermittle, ginge es darum aufzuzeigen, wie den Menschen in der Dritten Welt durch eine Veränderung des Verbraucherverhaltens in der Ersten Welt möglicherweise geholfen werden könnte. […][422]
Am 22. März 1996 folgte in der „HAZ" ein Bericht über „das erste Schlauchboot mit Motor für die Robert-Bosch-Gesamtschule". In dem groß aufgemachten Artikel wurde dargelegt, dass Sponsoren das neue Schlauchboot finanziert hätten. Mit diesem Schlauchboot sollten die Schüler „Unterricht auf Teichen, Flüssen oder der Ostsee" („HAZ") erleben. Die Bootstaufe wurde durch Oberbürgermeister Kurt Machens durchgeführt.
Am 11. April 1996, so berichtete der „Huckup", beteiligte sich die Gesamtschule mit einer Ausstellung und verschiedenen Aktionen am internationalen Tag zum Gedenken an den Unfall in Tschernobyl. Die „HAZ" schrieb dazu, dass „die Schule einen Gingko-Baum als Baum der Hoffnung gepflanzt" hätte. Am 25. Mai 1996 ist in der „HAZ" zu lesen, dass die Hildesheimer Gesamtschule als eine von 17 ausgezeichneten Schulen vom Niedersächsi-

[422] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

schen Kultusminister belobigt und im Rahmen eines Umweltprojektes besonders herausgehoben wurde. Am 27. Juni 1996 folgte ein Bericht in der „HAZ" mit dem Titel: „Frühlingsgeister musizierten im Spitzhut-Wald. Robert-Bosch-Gesamtschüler wollen Steinbruch renaturieren. Observatorium geplant". In diesem Artikel ging es darum, dass die Gesamtschüler in einem Steinbruch am Galgenberg wieder mehr Natur stattfinden lassen wollten und dass ein alter ehemaliger Wasserturm zu einer Sternwarte umgebaut werden sollte.

Kontrovers diskutiert wurde im November 1996 darüber, ob der Schulleiter die Lehrkräfte im Unterricht besuchen dürfe und solle.[423] Hintergrund dieser Kontroverse war die *vom Schulgesetz vorgesehene Besuchspflicht im Unterricht der Lehrkräfte durch den Schulleiter*. In welcher Weise dies stattfinden soll und welche formellen oder sonstigen Voraussetzungen erfüllt werden sollten, war weder durch das Schulgesetz noch durch nachfolgende Erlasse geregelt. Insofern blieb es den Schulen selbst überlassen, hier Verfahrensweisen zu finden. Vor diesem Hintergrund fand die Diskussion in der Gesamtkonferenz statt. Der Schulleiter trug das Anliegen und die Absicht des Gesetzgebers vor, auf der anderen Seite war er aber der Auffassung, dass diese Unterrichtsbesuche nur eine „begrenzte Reichweite" zur Verbesserung der Unterrichtsqualität hätten. Diese Diskussion blieb praktisch folgenlos. Verfahren zur Regelung der Unterrichtsbesuche durch den Schulleiter wurden nicht entwickelt.

Die *UNESCO-Gruppe der Schule stellte in dieser Konferenz ein Tansania-Projekt"* vor. Es wurde ebenfalls berichtet, dass die Schule gebeten worden war, eine Ausstellung im Hildesheimer Museum mitzugestalten, bei der es um das Vorhaben „20 Jahre Fußball für Brasilien" gehen würde.

Im baulichen und energetischen Bereich der Schule erfuhren die Konferenzmitglieder, dass der Schulträger der Schule angeboten habe, die Energiekosten in Zukunft zu budgetieren. Das könnte zur Folge haben, dass die Schule Einsparungen auch für andere schulische Zwecke ausgeben könnte. Die Gesamtkonferenz stimmte diesem Vorhaben zu. Dadurch war die Schule erstmals in der Lage einen Teil ihres Haushaltsbudgets selbstständig zu steuern.

Das Jahr *1997 begann mit einer Gesamtkonferenz im April*, bei der es erste Hinweise für die *„EXPO-Schule 2000"* gab[424]. Die Bundesrepublik Deutschland wolle auf der

[423] GK, 11, 1996
[424] vgl. GK, 4, 1997

Weltausstellung Expo 2000 in Hannover auch das Bildungssystem Deutschlands vorstellen und habe das Land Niedersachsen aufgefordert, interessante niedersächsische Schulen auszuwählen, die nicht nur für Niedersachsen, sondern für ganz Deutschland repräsentativ das Schulwesen vorstellen könnten. Die Robert-Bosch-Gesamtschule, so die Absichtserklärung der Kollegialen Schulleitung, solle sich dafür bewerben. Viele Konferenzmitglieder votierten für eine Beteiligung, da eine solche sich positiv auf die Schule auswirken werde. Lehrkräften, die mitmachen wollten, solle die Teilnahme ermöglicht werden, und es stünden hohe Zuschüsse in Aussicht,[425] im Jahr 2000 könnten die Sommerferien bei einer Teilnahme der Schule um bis zu drei Wochen verschoben werden. Das Protokoll dokumentiert, dass es bei der Abstimmung keine Mehrheit für eine Bewerbung der Schule gab. Eine Kontroverse zwischen Befürwortern und Gegnern einer Bewerbung wurde dann deutlich: Die Befürworter betonten den möglichen „Gewinn für das Image der Schule“, die „Ausstattung“ und die „interessanten pädagogischen Aktivitäten“. Die Bewerbungsgegner argumentierten mit der „fehlenden Nachhaltigkeit bei dem EXPO-Projekt“ und der „politischen Fragwürdigkeit“.

An dieser Abstimmung beziehungsweise Diskussion wird deutlich, dass es eine größere Gruppe von Lehrkräften war, die den möglichen Imagegewinn für die Schule bei ihrer Entscheidung in den Vordergrund gestellt hatte. Die Schule, die sich in den zurückliegenden Jahren im ökologischen Bereich profiliert hatte, würde mit der Weltausstellung mit dem Thema „Mensch, Natur, Technik“ eine einmalige Chance erhalten, sich in einem internationalen Rahmen zu präsentieren. Dass dies dann auch Auswirkungen auf das Ansehen der Schule in ihrem unmittelbaren Umfeld haben würde, läge auf der Hand. Auf der anderen Seite macht die (knappe) Mehrheit gegen eine Teilnahme der Schule an der Expo 2000 aber auch deutlich, dass diejenige Gruppe der Lehrkräfte, denen dieser mögliche Imagegewinn nicht so wichtig war, zu diesem Zeitpunkt noch die Position der Schule bestimmte. Hier war die Skepsis gegenüber Initiativen, die „von oben“ oder von externen Institutionen an die Schule herangetragen wurden, ausgesprochen groß. Auch spielte die Frage des möglichen Ausfalls beziehungsweise der Verschiebung der Sommerferien eine Rolle. Und sicherlich gab es auch – wenn auch eine kleinere – Gruppe von Lehrkräften,

[425] vgl. GK, 6.1, 1997

denen die zusätzliche Arbeit, die mit der Teilnahme an der Expo 2000 möglicherweise verbunden sein könnte, schlicht zu viel war.

Das Protokoll vermerkt auch die Information der Schulleitung, dass „nur 44 Schülerinnen und Schüler die Abiturprüfung bestanden“[426] hätten.

Die folgende Gesamtkonferenz wiederholte die Abstimmung zur EXPO-Bewerbung und die Mehrheit votierte dafür, dass diejenigen, „die teilnehmen möchten, dies auch tun dürfen, wenn sie dabei die anderen Kolleginnen und Kollegen nicht behindern“[427] würden. In diesem Zusammenhang wurde auch darüber berichtet, dass die Gesamtschule an einer internationalen Tagung des UNESCO-Baltic-Sea-Projects teilgenommen und ihre Aktivitäten auf der Insel Aarö mit großer Resonanz vorgestellt hätte.

Stadtteilbibliothek
Das Schuljahr 1996/1997 fand pressemäßig als erstes seinen Niederschlag in einem großen Bericht der Rhein-Neckar-Zeitung vom 31. August bzw. 01. September 1996. Die Überschrift zum Thema Computer in der Schule lautete: „Umdenken erforderlich“. Aktuell ging es um die CeBiT HOME 1996 in Hannover. In dem Artikel wurde größtenteils über die Robert-Bosch-Gesamtschule berichtet. Die Schule hatte auf dieser CeBiT HOME für das Land Niedersachsen ausgestellt und den Besuchern gezeigt, wie mit Computern in der Schule gearbeitet werden könnte. Einige Tage später veröffentlichte das Land Niedersachsen eine Broschüre zum Projekt „Umweltschulen in Europa“. In dieser Broschüre wurde unter der Überschrift „Ganzheitliches Lernen in internationaler Umweltbildung“ insbesondere auf die Aktivitäten der RBG eingegangen. […][428]
Im Kalenderjahr 1997 setzte sich die Berichterstattung der „HAZ“ vom 25. Januar 1997 fort. Darin ging es um die Gedenkfeier am 27. Januar. In diesem Bericht nahm die RBG einen großen Raum ein. Ein Artikel aus dem Kulturausschuss der Stadt Hildesheim wurde am 1. Februar veröffentlicht. Die Stadtteilbibliothek, die sich in der Gesamtschule befand, sollte geschlossen werden. Weitere Stellungnahmen zu diesem Thema erfolgten von Februar bis in den März 1997. Auf dem Marktplatz organisierte die Gesamtschule einen sogenannten „Lesemarathon“. Dieser Lesemarathon wurde in den Berichten der Hildesheimer Presse breit dargestellt. Am 10. März folgte ein Bericht im Kulturteil der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“. Schüler der RBG hätten die „Kulturfabrik“ in eine Urwaldschule verwandelt. Die Überschrift dieses Artikels lautete: „Dschungelbuch in der Schule“. Am 20. März 1997 meldete die „HAZ“, dass die Schule von der niedersächsischen Umweltstiftung 45.000 Mark erhalten hätte, um Umweltprojekte der Schule in der Stadt Hildesheim und an der Ostsee zu fördern. Am 24. Juni 1997 folgte eine Publikation in der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“ mit der Überschrift „RBG-Schüler recherchieren im Internet ‚Faschisten’ hinterher. Oberstufe kann im Internet mehr als nur surfen.“ In dem Artikel wurde dargestellt, wie Schüler des 11.

[426] ebenda. Hinweis: In den ersten Abiturjahrgängen ab 1978 wurden Jahr für Jahr jeweils etwa 100 Abiturprüfungen abgenommen.
[427] vgl. GK, 6.2, 1997
[428] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

Jahrgangs, die sich für „Rechtsradikale im Internet“ interessierten, die bedenkliche Ausbreitung fremdenfeindlichen Gedankenguts recherchiert hätten. […][429]

Im Oktober 1997 wurden die ersten Arbeitsergebnisse der Schüler-Projektgruppe *„Prima Klima“*[430] vorgestellt. „Energiedetektive“ in jeder Stammgruppe und je ein „Energiesparpaket“ sollten dabei helfen. Dämmerungsschalter seien in den Fluren eingebaut worden und es gäbe die Informationen über die Feineinstellung der Heizkörper während der Weihnachtsferien. Die Schule forderte nicht nur von ihren Schülern, dass sie schonend mit Ressourcen umgehen sollten; vielmehr ging es der Schule auch um die Authentizität. Die „Welt der Erwachsenen“ hätte ein Blockheizkraftwerk eingebaut, die Toiletten seien mit einer Regenwasserspülung versehen worden, wodurch Trinkwasser gespart und gleichzeitig überschüssiges Regenwasser einer Versickerung zugeführt worden sei. Außerdem habe man eine Photovoltaikanlage errichtet und die Schule engagiere sich im nahegelegenen Naturschutzgebiet. Die Erwachsenen, so die Lehrkräfte in der Gesamtkonferenz vom 15. Oktober 1997, sollten in dieser Schule ein Vorbild und Beispiel für die Kinder und Jugendlichen sein.[431]

Im Jahr 1998 wurde informiert, dass es für den neuen 5. Jahrgang 259 Anmeldungen gegeben hatte, aber nur 180 Schüler aufgenommen werden konnten. Es hätte 30 Widersprüche von Eltern gegen die Ablehnungsbescheide gegeben. Diesen sei aber nicht entsprochen worden. Die Aufnahmen seien nach dem qualifizierten Losverfahren erfolgt.[432]

Moonlightparty
Die Presseberichterstattung im Schuljahr 1997/1998 machte eine Vielzahl von außergewöhnlichen Aktivitäten der Robert-Bosch-Gesamtschule, und dabei besonders im Umfeld der Schule, deutlich. Die Schule beeindruckte in vielen Bereichen. Sei es die „Sommerschule“ auf der dänischen Insel Aarö, die „Moonlight-Party“ auf der Jahnswiese am Rande der Stadt, die Praktika in der Oberstufe oder die Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag in der Rathaushalle. Immer ist die Robert-Bosch-Gesamtschule in besonderer Weise und positiv hervorgetreten. Herausragendes zeichnet sich allerdings damit ab, dass im Dezember 1997 die Schule als eine der 28 deutschen „Expo-Schulen“ ausgewählt wurde. Unter 240 Mitbewerbern hatte sich die Schule durchgesetzt und sollte auf ihre Weise das Bildungssystem Deutschlands auf der Weltausstellung im Jahr 2000 vertreten. Diese EXPO-Teilnahme

[429] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[430] vgl. GK, 9, 1997
[431] ebenda.
[432] vgl. GK, 3, 1998

war für die Öffentlichkeit eine kleine Sensation. Innerhalb der Schule sah man die ganze Sache aber noch eher mit gemischten Gefühlen. […][433]

Am 17. November 1997 gedachte ein umfangreicher Bericht der Veranstaltung zum Volkstrauertag in Hildesheim. Die „HAZ" titelte: „Robert-Bosch-Gesamtschüler gestalten Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag in der Rathaushalle mit". In dem Artikel wurde berichtet, dass an diesem Tag „kein routiniertes Redenprogramm dargeboten wurde, dafür mahnende Gedanken, Musik und szenische Lesungen von Schülern der RBG". Im Folgenden hieß es: „Mit einer szenischen Lesung erinnerten Robert-Bosch-Gesamtschüler an die Zigmillionen Opfer des faschistischen Rassen- und Kriegswahns. Von den fernen Kriegsschauplätzen in Europa bis hin zu Gefangenenlagern und deren Toten in Hildesheim spannten sie mit chorischen Einlagen den Bogen ihrer mahnenden Worte. Musik von Bach, Massenet und Tschaikowsky umrahmten das Programm, am Klavier die junge RBG-Schülerin Veronika Kondrat, an der Geige der Lehrer Denny Adelmund. Zwischen den Beiträgen immer wieder vorsichtiger Applaus aus dem Publikum. Der Oberstadtdirektor Konrad Deufel griff den Faden schließlich auf: Es sei zwar nicht üblich, während Trauerfeierlichkeiten zu klatschen, doch sei dies Ausdruck des Dankes auch an die junge Generation, die gegen das Vergessen arbeitet."

Am 05. Dezember 1997 ging es in einem Bericht in der „HAZ" um die Frage von mehr Schul-Autonomie. In dem Artikel wurde darauf verwiesen, dass der Schulleiter Friedemann Hoppmann sich hierfür einsetze. Am 07. Dezember 1997 erschien im „Kehrwieder am Sonntag" ein großer Artikel mit der Überschrift: „Hildesheimer Robert-Bosch-Gesamtschule setzt sich unter 240 Mitbewerbern durch: Stadt hat ein EXPO-Projekt!" In dem Artikel wurde berichtet, dass von den 240 Bewerbern aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland, die sich als EXPO-Schule beworben hätten, die Robert-Bosch-Gesamtschule mit 27 weiteren Schulen ausgewählt worden sei. Weiter wurde ausgeführt: „Die 28 ausgewählten Schulen sind nach Auffassung der Jury in besonderer Weise in der Lage, der im Jahr 2000 anreisenden Weltöffentlichkeit mögliche Antworten […] zu geben. Dazu werden sich die Schulen auf dem EXPO-Gelände präsentieren und gleichermaßen vor Ort den Besuchern ihre Arbeit vorstellen. Die Sommerferien in gewohnter Weise wird es für die EXPO-Schulen im Jahr 2000 nicht geben. Vielmehr sollen gerade während des hauptsächlichen Ansturmes der Besucher die Schulen ‚in Betrieb' besichtigt werden können. Daß speziell die Robert-Bosch-Gesamtschule als EXPO-Projektschule ausgewählt wurde, war für die Hildesheimer Bildungslandschaft eine kleine Sensation. Immerhin waren unter den Mitbewerbern auch sechs Hildesheimer Gymnasien. Dennoch ist der Erfolg der Gesamtschule für Insider nicht ganz unerwartet eingetreten. Den Ausschlag für die Schule hat die Tatsache gegeben, daß die Gesamtschule als UNESCO-Projektschule schon seit etlichen Jahren im Bereich der Umwelterziehung praktisch tätig ist." Am Ende wurde vermerkt: „Mit dem EXPO-Projekt Robert-Bosch-Gesamtschule bieten sich aber auch für die Stadt selbst eine ganze Reihe von Chancen. In der Verwaltungsspitze der Stadt, so die Kommentare aus dem Rathaus, freut man sich mit der Schule. Immerhin sei dies auch ein Erfolg für Hildesheim!" […][434]

Auch in dieser Berichterstattung wurde Bezug auf die Reformbemühungen der Gesamtschule genommen. Am 27. Juni 1998 war das Pressethema in der „HAZ": „Kleiner Verein mit astronomischen Träumen". Es bezog sich auf den Sanierungsbeginn am „Gelben Turm" auf dem „Spitzhut". Die Zeitung berichtete, dass 540.000 Mark an Spenden eingesammelt waren und dass die Kuppel auf dem Turm im August montiert werden würde. Der Vorsitzende des „Vereins zur Rettung des gelben Turms" war der Leiter der gymnasialen Oberstufe der

[433] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[434] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

Robert-Bosch-Gesamtschule. An diesem Projekt hatte die Schule ihren nicht unerheblichen Anteil. RBG-Schüler würden „die Flora und Fauna der Umgebung mit naturnahen Strauch- und Baumpflanzungen bereichern und mit Schautafeln über das Gehölz und die Tierwelt informieren." Wenige Tage später berichtete die „HAZ" über Aktivitäten der Hildesheimer EXPO-Schulen, die inzwischen etwas mehr zusammenarbeiteten. Am 30. Juli erfuhren die „HAZ"-Leser, dass das „UNESCO-Staffelholz wieder bei der RBG" wäre. Ein deutschlandweiter UNESCO-Staffellauf habe stattgefunden und das Staffelholz sei nun in Hildesheim angekommen. Damit endete das Schuljahr 1997/1998 in der Berichterstattung der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung und weiterer Medien.

Im Oktober 1998 wurde der Antrag der gymnasialen Oberstufe auf Durchführung einer *Facharbeit in der gymnasialen Oberstufe* beraten[435]. Es wurde vorgeschlagen, zunächst eine zweijährige Probephase bei der Einführung einer solchen Facharbeit zu ermöglichen, um erst einmal Erfahrungen zu sammeln. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Die Gesamtkonferenz hatte damit ein Reformpaket beschlossen, dass schon in kurzer Zeit als Modell für das Bundesland die Arbeit in der Oberstufe prägen sollte.

> *„Am Ende des 1. Semesters wählt der Schüler sein Facharbeitsleistungsfach. Die Facharbeit wird im 2. Semester durchgeführt. Das Thema wird am Anfang der zwei- bis dreiwöchigen Projektphase (bisheriges Fachpraktikum) gestellt, in der die Schüler Aspekte der Facharbeit praktisch erfahren sollen. Im 2. Semester wird an die Leistungskurse beider Leisten je ein einstündiger Projektkurs angehängt. Die Schüler besuchen den Projektkurs ihres Facharbeitsleistungsfaches. Die Größe dieser Projektkurse darf die Zahl 8 nicht überschreiten. Die Facharbeit darf nur in Maschinenschrift gefertigt werden. Ein Inhalts- und Literaturverzeichnis ist notwendiger Bestandteil. Eine Schülererklärung („eigenständige Arbeit") und eine Einverständniserklärung zur schulinternen Veröffentlichung sind mitzuliefern. Bei Einzelarbeiten sind 15 Seiten, bei Gruppenarbeiten pro weiteres Gruppenmitglied weitere 5 Seiten allgemeiner Standard. Die beschlossene Regelung soll auf zwei Jahre erprobt werden. Das Thema der Facharbeit bezieht sich auf das Semesterthema. Es soll in Anlehnung an die Aufgabenstellung bei Klausuren die drei Anforderungsbereiche berücksichtigen und materialgebunden sein; der Schüler darf nicht überfordert werden. Darüber hinaus muss es aber auch die Anwendung wissenschaftlicher Arbeitstechniken ermöglichen (z.B. Auswertung von Literatur/Experimente/Methodenkritik). Überschneidungen mit Abiturthemen sind auszuschließen [...]"*

Damit war die Schule der Zeit voraus. Sechs Jahre später (2004) war es soweit, dass für alle gymnasialen Oberstufen in Niedersachsen verbindlich das „Seminarfach" in

[435] vgl. GK, 10, 1998

Niedersachsen eingeführt wurde. In der „Qualifikationsphase“ der gymnasialen Oberstufe wird seitdem in Niedersachsen eine solche „Facharbeit“ erstellt.[436]

Bei diesen Diskussionen in den Gesamtkonferenzen der Jahre 1998 und 1999 wurde auch noch einmal die interne Situation der Schule beleuchtet. Auf der einen Seite gab es in vielen Bereichen Lehrkräfte, die die Schule weiterentwickeln wollten und dies auch tatkräftig taten. Es gab dazu eine Schulleitung, die dies deutlich unterstützte. Zusätzlich, und auch sich überschneidend, ging es einem großen Teil des Kollegiums um demokratische Strukturen, um Transparenz und Mitbestimmung. Beides prägt das Schulleben und es entsteht das Bild einer sich demokratisch und facettenreich entfaltenden Schule.

Im *Jahr 1999* gewann erstmals ein Schüler der Robert-Bosch-Gesamtschule einen *Preis* beim Wettbewerb *„Jugend forscht“*.[437]

Die Schule bemühte sich um eine neue Positionierung. Wettbewerbe wie „Schüler experimentieren“, „Jugend forscht“, aber auch die „Mathematikolympiade“ oder musische Wettbewerbe, hatten bis in diese Zeit noch nicht ihren Platz gefunden. Vielmehr war der Wettbewerbsbegriff an sich kritisch hinterfragt worden. Wenn „Leistung“ verlangt und gefordert wurde, dann bezog sich dies weitgehend auf soziale Aspekte. Die Teilnahme am Wettbewerb „Jugend forscht“ im Jahr 1999 war ein erster Schritt, bei dem es der Schule darum ging, sich auf diesem Feld mit den Gymnasien messen zu können. Von 1999 an erhöhte sich die Teilnehmerzahl am Wettbewerb „Schüler experimentieren“ und „Jugend forscht“ von Jahr zu Jahr. Ab dem Jahr 2009 war die Gesamtschule die Schule, die jedes Jahr die meisten Wettbewerbsteilnehmer entsandte. Im Jahr 2014 wurde die Schule für ihr Engagement für „Jugend forscht“ von der Wettbewerbsleitung als „Schule des Jahres 2014“ ausgezeichnet.

Beth Shalom
Die Presseberichterstattung über dieses Schuljahr 1998/1999 begann mit einer groß aufgemachten Informationsbroschüre der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit der Überschrift: „Schülerbefragung und Leistungsanalyse in der RBG-Oberstufe. Methoden der

[436] Die Schule war auch hier Vorreiter. Das 2-stündige Seminarfach hatte sie schon Jahre vorher eingerichtet; ebenso war die Facharbeit längst eingeführt. Es bleibt bis heute die Besonderheit, das „Alleinstellungsmerkmal“ der Schule: Alle Schüler durchlaufen ein Fachpraktikum. Dieses kann Basis für die Facharbeit und andere weiterführende Projekte, wie zum Beispiel bei „Jugend forscht“, sein.
[437] vgl. GK, 9,1999

Qualitätssicherung von Schule“. In dem mehrseitigen Artikel stellte sich die gymnasiale Oberstufe der RBG ausführlich vor. Das pädagogische Konzept wurde dargelegt, es wurde differenziert erläutert, welche pädagogischen Aktivitäten im 11. Jahrgang stattfinden. Die Qualitätssicherung war ein Thema. Und jeweils am Ende des ersten Halbjahres des 11. Jahrgangs fand eine flächendeckende Schülerbefragung statt. Die Ergebnisse wurden in dem Artikel ausführlich dargelegt und es wurde erläutert, in welcher Weise die Schule mit Defiziten im Unterricht umging, welche Unterrichtsorganisationen unter Einbeziehung von Freistunden gewählt wurden und wie die Lernwerkstatt der gymnasialen Oberstufe ausgestattet ist. In dem Artikel wurde auch darüber informiert, dass sich die Nachfrage nach Plätzen in der gymnasialen Oberstufe in den vergangenen Jahren verdreifacht habe und dass auch im 5. Jahrgang die Nachfrage nach Schulplätzen deutlich angezogen hätte.
Es folgten unterschiedliche Presseberichte im September und Oktober 1998. Im November schrieb die „HAZ“ über die Arbeitsgemeinschaft „Beth Shalom“. Weitere Artikel über die Schule schlossen sich an, und am 26. November informierte die „HAZ“ darüber, dass die Sommertheater-Werkstatt für ihr Theaterprojekt „We have a dream oder Faust soll leben“ 15.000 Mark aus dem Kulturetat erhielte. […][438]
Am 22. Februar 1999 titelte die gleiche Zeitung: „Die RBG-Schüler bezwangen alle Gegner auf der Matte. Die Schule aus der Nordstadt und das Josephinum sind erfolgreich bei dem Wettkampf Jugend trainiert für Olympia“. In dem umfangreichen Artikel wurde herausgestellt, dass die Gesamtschule beim Sport in Judo alle anderen Schulen bezwungen habe. Am 25. Februar 1999 wurde in der Presse nach Öko-Sponsoren gefragt. Die Überschrift lautete: „RBG pflanzt nicht nur ein Apfelbäumchen. Ehrgeizige Umweltprojekte der EXPO-Schule. Erstmals darf eine Schule Sponsoren suchen“. Ein größerer Artikel hierzu hatte ein Foto zur Seite, auf dem die Mitglieder des EXPO-Beirates der Schule, Landtagsvizepräsidentin Brigitte Litfin (Grüne), Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) und der Bundestagsabgeordnete und IG Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe (SPD) zu sehen waren. Die Bildunterschrift lautete: „Mit dem Rückenwind ihres Expo-Beirates gehen die Lehrkräfte der Robert-Bosch-Gesamtschule auf die Suche nach Sponsoren für ihr Projekt ‚Ökologischer Umbau der Schule. Zunächst geht es um die Regenwassernutzung. 326000 Mark werden dafür benötigt‘.
Am 14. März folgte der „Kehrwieder am Sonntag“ mit einem groß aufgemachten Artikel über die Robert-Bosch-Gesamtschule: „Mit Wasser-Projekt zur EXPO 2000!“. Die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ berichtete über das gleiche Projekt am 18. März 1999, ebenfalls groß aufgemacht. […][439]

5.2. Dekade ohne lokale Konflikte

Im Zeitraum von 1990 bis 1999 wurde lediglich[440] in den Ratssitzungen am 23. März 1992 und am 15. Dezember 1997 über die Robert-Bosch-Gesamtschule gesprochen: Am *23. März 1992* tauchte die Hildesheimer Gesamtschule in der Rubrik „Anfragen und Anregungen“ auf. Unter der Überschrift „Glascontainer bei der Robert-Bosch-Gesamtschule“ regte das Ratsmitglied Ilse Wittenberg an, bei der Gesamtschule an

[438] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[439] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[440] Vergleicht man dies mit der Häufigkeit der politischen Debatten in den Jahren zuvor (s.o.)

der Einfahrt zum Technologiezentrum neben dem vorhandenen Papiercontainer auch einen Glascontainer aufzustellen. Sie führte dazu aus, dass der Platz dafür entsprechend hergerichtet werden müsste und dass 22 Schüler der Schule mit dieser Bitte an die Umweltinitiative geschrieben hätten, um die vielfach von Schülern benutzten Einwegflaschen einer sinnvollen Recyclingnutzung zuzuführen.[441]

Am *15. Dezember 1997* ging es in der Ratssitzung mit dem Tagesordnungspunkt 18 darum, die in der Schule untergebrachte Stadtteilbibliothek der Nordstadt an die Robert-Bosch-Gesamtschule zu übertragen. Die Stadt Hildesheim suchte nach Einsparmöglichkeiten, da die Haushaltslage recht angespannt war. Bei diesen Einsparmöglichkeiten war man auf die in der Schule befindliche Stadtteilbibliothek gestoßen. Diese Bibliothek sollte geschlossen werden. Gleichwohl sollte sie aber für die Schule weiterhin genutzt werden können. Die Schule hatte zugesagt, dass, wenn sie denn diese Bibliothek in Eigenregie weiter betreiben dürfe, sie diese für die Öffentlichkeit geöffnet halten würde. In der Ratssitzung führte der SPD-Ratsherr und Fraktionsvorsitzende Reinhard Rössig aus, dass man an dieser Stelle sparen, aber auch gleichzeitig möglichst die volle Leistung bewahren wollte. Da die Stadt aus Kostengründen diese Aufgabe nicht weiter wahrnehmen könnte, würde man einen Dritten als Partner benötigen. Deshalb sollte die Trägerschaft zukünftig bei der Schule und dem Förderverein der Robert-Bosch-Gesamtschule liegen. Am Anfang, so der Ratsherr, hätte die SPD Fraktion befürchtet, hierbei ginge man mit der „Holzhammermethode“ vor. Die Situation hätte sich aber im Laufe der Zeit geglättet. Heute läge ein mit der Verwaltung erarbeiteter Kompromiss vor, mit dem alle leben könnten. Und Reinhard Rössig führte weiter aus, dass sich in der Praxis zeigen würde, wie man mit diesem Beschluss die Ängste der neuen Träger ausräumen könnte. Mit Stimmenmehrheit bei einer Enthaltung wurde dann die Übertragung der Stadtteilbibliothek zum 01. Januar 1998 an die Robert-Bosch-Gesamtschule bzw. deren Förderverein beschlossen. Im Zuge dessen sollten die Bücher unentgeltlich in den Besitz der Schule übergehen. Außerdem wurde per Beschluss festgelegt, dass die Stadt zwei geeignete Kräfte aus dem Bundessozialhilfe-Programm vermittelt bekäme und schulen würde. Diese sollten den Ausleihbetrieb der Bibliothek auch für

[441] vgl. StaA Hildesheim, Bestand 104-10 Nr. 7102

die Stadtteilbevölkerung gewährleisten. Ferner wurde beschlossen, dass die Stadt die fachliche Betreuung und Beratung dieser Kräfte übernähme[442],[443]

[442] vgl. StaA Hildesheim, Bestand 104-10, Nr. 2180

[443] Die dritte und letzte Erwähnung der Robert-Bosch-Gesamtschule in den Beratungen des Rates fand am 13. Dezember 2004 statt. An diesem Tag beschloss der Rat neue Vereinbarungen zwischen der Stadt Hildesheim und dem Landkreis Hildesheim zur Regelung über das Schulwesen sowie zur Regelung über den finanziellen Ausgleich im allgemeinen Schulwesen. Der Rat stellte fest, dass in die Ausgleichsregelung auch die Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreisgebiet, die die Robert-Bosch-Gesamtschule besuchten, einbezogen würden. Damit war im Rat das Thema Robert-Bosch-Gesamtschule im Zeitraum von 1989 bis 2009 weitgehend erledigt (Bestand 105-10, Nr. 124). In der Ratssitzung im Januar 2008 hatte die Stadtverwaltung das Thema „Robert-Bosch-Gesamtschule" dann noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Hier ging es allerdings um etwas Anderes. Und zwar bedankte sich die Stadt Hildesheim und belobigte in aller Form die Arbeit der Robert-Bosch-Gesamtschule. Immerhin hatte die Schule einen Monat zuvor den Hauptpreis des deutschen Schulpreises überreicht bekommen.

6. Dekade 4. 2000 – 2013: Kohärenz der Reformen

6.1. Erfolg bei der EXPO 2000

Um überregionale Partnerschaft ging es zu Beginn des neuen Jahrtausends *am 19. Januar 2000*. Der Antrag der Oberstufe hatte zum Ziel, mit *einer anderen gymnasialen Oberstufe* einer integrierten Gesamtschule eine *Reformpartnerschaft* einzugehen.[444] Bei dieser Initiative sei maßgeblich, dass es auch in anderen gymnasialen Oberstufen - und dabei war vor allem an die „Max-Brauer-Schule" in Hamburg gedacht - interessante Entwicklungen der Profilbildung gäbe und eine Zusammenarbeit hier sinnvoll sei.[445] Im April 2000 wurde in der nächsten Konferenz berichtet, dass drei Schüler mit zwei Arbeiten am Wettbewerb Jugend forscht im Bereich Biologie teilgenommen und die ersten beiden Plätze belegt hätten.[446]

EXPO 2000
Die Presseberichterstattung im Schuljahr 1999/2000 über die Schule war sehr stark durch die Teilnahme an der Weltausstellung Expo 2000 geprägt. Die Weltausstellung war ein großes Ereignis für die Region, die Stadt, aber auch die Robert-Bosch-Gesamtschule. Nach den oft schwierigen Anfangsjahren folgte jetzt ein Schuljahr, in dem die Schule in ein ausschließlich gutes Licht gesetzt wurde. Die positive Berichterstattung in allen Presseorganen des Raumes wirkte auch in die Schule hinein. Die Schulgemeinschaft erfuhr auf diese Weise ein außerordentlich hohes Maß an Wertschätzung. Dies war vorher viele Jahre nicht der Fall gewesen. Insofern stellte die Kommentierung der Expo-Aktivitäten durch die Medien auch einen wichtigen Impuls für die weitere Schulentwicklung dar. […][447]
Am 18. Februar 2000 schrieb die „HAZ" zum Thema: „Abenteuer Forschung vor der eigenen Haustür". Es ging um die „Jugend forscht"-Aktivitäten in Hildesheim und speziell um die „Jugend forscht"-Aktivitäten der Robert-Bosch-Gesamtschule. Dann wurde im Februar in der „HAZ" darübergeschrieben, dass RBG-Schüler live aus dem niedersächsischen Landtag berichteten. Dies schrieb auch der „Kehrwieder am Sonntag". Im März 2000 ging es in der Presse um das Gastspiel des White Horse Theatre in der Gesamtschule, und auch darum, dass die Oberstufenschüler am „Tag des Wassers" ein Expo-Projekt vorstellten.
Am 07. April 2000 besuchte die Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper die Gesamtschule. Am 29. April stellte die Stadt das Expo-Programm vor. Am 20. April berichtete die „HAZ" davon, dass eine Gruppe von Schülern der Robert-Bosch-Gesamtschule ein digitales Register für die jüdischen Gräber auf dem Nordfriedhof erstellt habe. Weiterhin war es eine Meldung wert, die Schule sei mit ihrem EXPO-Projekt in die „Zukunft abgetaucht", wie eine Überschrift der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung am 11. Mai im Jahre 2000 lautete. In der

[444] vgl. GK. 1, 2000
[445] Man kann dazu anmerken, dass sich die gymnasiale Oberstufe der Robert-Bosch-Gesamtschule zu diesem Zeitpunkt bereits einen guten Ruf in Niedersachsen erworben hatte. Dies u.a. dadurch, dass sie neue Formen der Zusammenarbeit der Fächer nicht nur konzipiert, sondern auch schon praktisch erprobt und ausprobiert hatte.
[446] vgl. Protokoll GK 4, 2000
[447] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

überregionalen Presse wurde unter dem Thema „Expo 2000 – welche Schule braucht unsere Welt“ über die RBG berichtet. […][448]

Mit dem Ablauf des Kalenderjahres 2000 war auch das Jahr der EXPO 2000 beendet. In der Themen-Halle 9 „Planet of Visions“ war die Schule als eine der Repräsentanten des deutschen Schulwesens beteiligt, dazu kamen mehrere Veranstaltungen und Aufführungen auf dem Expo Gelände. Große Beachtung fand eine Performance, die der Kunst-Leistungskurs des 12. Jahrgangs vorgestellt hatte. Auch die Auftritte des „Sommertheaters“ wurden sehr beachtet und die vielen Aktivitäten, die in der Schule zum Thema „Wasser“ vorbereitet und die auf dem Expo Gelände präsentiert wurden, fanden große Resonanz. Die Protokolle der Gesamtkonferenzen erwecken den Eindruck, dass die engagierte Haltung vieler Lehrkräfte, die schon seit Mitte der 1980er Jahre zu erkennen gewesen war, sich bei dieser Expo-Aktivität noch einmal gesteigert hatte.

Am Ende des Jahres 2000 ist auch eine selbstkritische Rückschau zu beobachten. Bei einer Abschlussklausurtagung der Schule zu den Expo-Aktivitäten wurde darüber nachgedacht, ob das, was man auf die Beine gestellt hatte, auch „genügend miteinander verzahnt und verbunden“ gewesen sei. Die Frage am Ende des Jahres 2000 war, ob der „Flickenteppich“ der vielen und guten Projekte und Aktivitäten „nicht vielleicht zu bunt“ wäre und ob die „Flicken“ auch genügend aufeinander abgestimmt worden seien. Auch stellte sich im Kollegium die Frage nach dem qualitativen Verhältnis von Unterricht und außerunterrichtlicher Projektarbeit.[449] Diese kritische Rückschau des Kollegiums wurde bestärkt durch die am 20. Dezember 2000 in der Schule durchgeführte Arbeitsplatzuntersuchung (APU) des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Die Expo-Schulen hatten die Möglichkeit zur Teilnahme erhalten und die Robert-Bosch-Gesamtschule hatte davon Gebrauch gemacht.

Auf Antrag der Oberstufe wurde Anfang des Jahres 2001 von der Gesamtkonferenz eine Resolution zur „Profiloberstufe“ verabschiedet. In dieser Resolution sprachen sich die Mitglieder der Gesamtkonferenz dagegen aus, dass gymnasiale Oberstufen in Niedersachsen in Zukunft verpflichtend als „Profiloberstufen“ geführt werden müssten. Das Modell der Schule erschien den Konferenzmitgliedern pädagogisch

[448] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[449] vgl. GK, 12, 2000

geeigneter als das Modell des Kultusministeriums. Außerdem vermerkte das Protokoll, dass die Stadt Hildesheim die Expo-Aktivisten der Schule zur Würdigung und als Dank zu einem Empfang ins Rathaus eingeladen hatte. In dieser *Gesamtkonferenz* wurde unter dem Thema „Würdigung herausragender Leistungen" die 18jährige Schülerin Kathrin Rosahl besonders belobigt. Sie hatte ein T-Shirt zum Thema Völkerverständigung entwickelt und war dafür mit dem bundesweit ausgeschriebenen *Viktor-Klemperer-Preis ausgezeichnet* worden[450]. Und die UNESCO-Gruppe der Gesamtkonferenz berichtete über die Planung einer Brasilienausstellung in der Schule.

Ein weiteres Reformprojekt der Oberstufe stand ebenfalls auf der Tagesordnung: Es ging um einen *„Feedbackbogen"*, der in der gymnasialen Oberstufe von einigen Lehrkräften eingesetzt worden war. Bei diesem Feedbackbogen, der aus 12, von Schülern zu bewertenden, Aussagesätzen zur Qualität des Unterrichts bestand, gehe es darum, die Beobachtungen der Schüler zur *Verbesserung der Unterrichtsqualität* zu nutzen. Außerdem, so die Befürworter in der Konferenz, sei dieser Bogen geeignet, mit den Schülern konstruktive Diskussionen zur Unterrichtsqualität führen zu können. Es gehe vor allem um die „Qualität der Unterrichtsmethoden" und um „Hilfsangebote". Außerdem seien die „Arbeitsatmosphäre" und das „Klima im Unterricht" Themen. In der Gesamtkonferenz wurde dann weiter darüber diskutiert ob Feedbackbögen (in modifizierter Weise) gegebenenfalls auch in der Sekundarstufe I eingesetzt werden sollten.[451]

Am *24. Oktober* 2001 *stimmte die Gesamtkonferenz* über einen *neuen Schulleiter* ab. Beworben hatte sich der Leiter der gymnasialen Oberstufe, *Wilfried Kretschmer*. In geheimer Abstimmung wurde der Kandidat mit großer Mehrheit gewählt[452].

6.2. Arbeitsplatzuntersuchung

Im Dezember 2001, ein Jahr nach der Befragung der Lehrkräfte im Rahmen der *Arbeitsplatzuntersuchung* (APU), sollte das Ergebnis dieser Untersuchung den

[450] vgl. GK, 3, 2001
[451] Vgl. ebenda
[452] Vgl. GK 10, 2001

Beginn eines breit angelegten Reformprozesses in der Schule begründen.[453] In den Monaten seit der Befragung hatte es erste interne Bewertungen der Ergebnisse an einem „Pädagogischen Tag“ mit dem für Schulentwicklung in Niedersachsen zuständigen Ministerialrat Armin Lohmann gegeben. Dabei waren die APU-Ergebnisse in acht Kleingruppen einer kritischen Würdigung unterzogen worden. Es wurde verabredet, dass in einem nächsten Arbeitsschritt eine „Steuergruppe“ zur Umsetzung von Veränderungen, die sich aus den Ergebnissen der DIPF-Befragung ergeben würden, eingesetzt werden sollte. Schwerpunkte der Arbeit dieser Steuergruppe sollten nochmals[454] durch die nächste Gesamtkonferenz festgelegt werden. Die Arbeitsplatzuntersuchung, so die Stimmen im Kollegium[455], habe eine Vielzahl von Hinweisen auf mögliche *Innovationspotenziale* in der Schule ergeben. In der Diskussion wurden mögliche Handlungsfelder benannt.[456] Herausgehoben wurde

[453] Diese Gesamtkonferenz und vor allem der Tagesordnungspunkt „Auswertung der APU“ wurde vom Bewerber um die Schulleiterstelle, Wilfried Kretschmer, geleitet und strukturiert. Es handelte sich um seine (bewertete) „Prüfungsgesamtkonferenz“ im Rahmen des Bewerbungsverfahrens. (vgl. GK, 12, 2001).

[454] Bereits im März 2001 - am Ende eines „Pädagogischen Tages“ - waren von den Arbeitsgruppen viele Vorschläge gemacht und eine „Unterstützungsgruppe“ aus dem Kollegium installiert worden. Die Arbeitsprozesse dieser Gruppe sind dann aber, so die Unterlagen der Schule dazu, nicht konsequent betrieben worden.

[455] Vgl. GK, 12, 2001

[456] Die Arbeitsplatzuntersuchung des Deutschen Instituts für internationale pädagogische Forschung (DIPF) war in mehrere Bereiche untergliedert. Zunächst wurden die Lehrkräfte nach ihrer Einschätzung bezüglich der Schulorganisation befragt. Themen dabei waren die „schulische Organisation“, die „Berufszufriedenheit“ und die „Berufsansprüche und Ziele“. Hinzu kamen dann Fragen zu Aspekten der persönlichen „Arbeitsplatzgestaltung“. Weitere Fragen bezogen sich auf das „Kommunikationsverhalten“ und die „Zusammenarbeit“. Weiterhin wurden von den Lehrkräften „schülerbezogene Einschätzungen“ verlangt. Ebenfalls sollten die Eltern eingeschätzt werden und es ging um das „Bewältigen von Erfahrungen und Belastungen“. Des Weiteren fragte die Arbeitsplatzuntersuchung nach dem „Gesundheitszustand“ der Lehrkräfte. Zusätzliche Fragen der Arbeitsplatzuntersuchung speziell zu der Robert-Bosch-Gesamtschule widmeten sich den Erfahrungen des Kollegiums mit der EXPO 2000. Zur Auswertung im Kollegium wurden die Ergebnisse dieser Befragungen zu sogenannten „aggregierten Ergebnissen“ thematisch vorsortiert. In der Schule wurden dazu Arbeitsgruppen eingerichtet, die am 12. März 2001 an einem „pädagogischen Tag“ die Ergebnisse der Arbeitsplatzuntersuchung auf der Grundlage der aggregierten Ergebnisse diskutiert und bewertet haben. In einem ersten Untersuchungsfeld wurde die „Innovationsbereitschaft des Kollegiums“ eruiert. 40,6 Prozent des Kollegiums hatten sich selbst als für „Innovationen aufgeschlossen“ bewertet, und die gleiche Anzahl glaubte, dass das Kollegium durch „Gemeinsamkeiten vereint“ sei. Außerdem sagten 15,8 Prozent des Kollegiums, dass die „Innovationsarbeiten sie in der Schule stark belasten” würden. Demgegenüber ständen 40,6 Prozent, die erklärten, dass sie „kaum durch Innovation belastet“ wären. Hinzu kommt, dass zwei Drittel der Lehrkräfte der Auffassung waren, dass die „projektorientierte Zusammenarbeit neue Impulse für das Schulleben“ gebracht hätte. Allerdings meinte mehr als die Hälfte, dass die „Präsentation der Projekte künftig Unterrichtsprinzip“ werden sollte. 60 Prozent der Lehrer befürworteten, dass die bisherige Projektarbeit fortgesetzt werden sollte, da sie den Schulentwicklungsprozess stärke. Ein großer Teil des Kollegiums dachte auch, dass der Austausch mit außerschulischen Partnern und Netzwerken intensiviert werden sollte. Durch die Arbeitsplatzuntersuchung lagen auch Befragungsergebnisse zum Stichpunkt „Image der Schule“ vor. 60 Prozent der Lehrkräfte waren der Auffassung, dass die Eltern das Ansehen der Schule als gut empfänden. Dies, weil die Leistungsanforderungen, so begründeten es die Lehrkräfte, angemessen seien und die Schule bei auftretenden Problemen die Elternhäuser unterstütze. Außerdem machten

die Lehrkräfte deutlich, dass die EXPO-Aktivitäten den „Bekanntheitsgrad“ und die „Identifikation auch Außenstehender“ mit der Schule wirkungsvoll erhöht hätten. Ebenfalls zwei Drittel wollten die „Kooperation und Öffnung der Schule“ mit ähnlichen Projekten fortsetzen und weiter verbessern. Was die Einschätzung der Schüler anbelangt, so beklagten 56 Prozent der Lehrer, dass die „Schüler unmotiviert“ wären und fast zwei Drittel der Befragten gaben an, dass die Schüler häufig Konzentrationsschwierigkeiten hätten. Zu den eigenen Ansprüchen zur Lehrerprofessionalität meinten zwei Drittel des Kollegiums nicht in der Lage zu sein, das „Beste aus ihren Schülern herausholen“ zu können. Ein Drittel des Kollegiums glaubte auch, „keine Disziplin-, Fleiß- und Leistungsbereitschaft bei den Schülern fördern“ zu können. Es bestand auch ein großer Konsens darin die Kreativität der Schüler zu fördern, aber etwas mehr als die Hälfte des Kollegiums könnte diesen Anspruch - so sagt es selbst - nicht erfüllen. Zwei Drittel der Lehrkräfte meinten „nicht in der Lage zu sein leistungsschwächere Schüler“ zu fördern, und mehr als 50 Prozent waren der Ansicht, dass es unter den Lehrkräften „keine Gemeinsamkeiten und keinen Konsens in den pädagogischen Zielen“ gäbe. Mehr als die Hälfte des Kollegiums glaubte, dass es „keine gemeinsamen neuen Wege“ für die Gestaltung des Unterrichts gäbe. Außerdem beschrieben 60 Prozent des Kollegiums „mangelnde Absprachen bei den Hausaufgaben“. Zwei Drittel erklärten umgekehrt, dass man im Alltag durchaus „gemeinsame pädagogische Ziele erfahren“ könnte. Eine Mehrheit bestätigte die „mangelnde Absprachebereitschaft im Kollegium“.

Im thematischen Feld der „Berufszufriedenheit“ mit den Unterpunkten „Arbeitsklima“, „Arbeitszufriedenheit“ und „Berufsansprüche“ erklärten zwei Drittel des Kollegiums ihre Unzufriedenheit mit den Weiterbildungsmöglichkeiten. Zwei Drittel waren mit dem Betriebsklima sehr zufrieden, ein Drittel ausdrücklich nicht, und etwa 50 Prozent waren mit der Organisation des Schulbetriebes zufrieden. Bei den „Ansprüchen an den Beruf“ war eine Mehrheit davon überzeugt, dass man „leistungsschwächere Schüler nicht genügend fördern kann“. Außerdem war das Kollegium gespalten, was die Beurteilung der Veränderungsbereitschaft anbelangt und mehr als 50 Prozent sah „keine gemeinsamen Wege bei der Entwicklung der Schule“. Zum „Kommunikationsverhalten“ bemängelten die Lehrkräfte mit einer sehr hohen Quote (deutlich über 70 Prozent) die „fehlende Kooperationsbereitschaft im Kollegium“. Mehr als 60 Prozent vermissten die Beteiligungsmöglichkeit bei der Stundenplangestaltung; knapp zwei Drittel kritisierten die „Belastung durch Projekte“, aber gleichzeitig wünschten sich 87 Prozent „mehr fächerübergreifende Zusammenarbeit“. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeitsplatzuntersuchung betraf sogenannte „Unterrichtsstörungen“. Eine große Zahl, nämlich 56 Prozent der Lehrkräfte, beurteilte die Schüler als „prinzipiell unmotiviert. 50 Prozent störten „vollgeschmierte Wände in der Schule“ und für 40 Prozent ist das „Schwänzen ein Problem“. Mehr als 60 Prozent berichteten über „häufige Unterrichtsstörungen“ und für 16 Prozent der Lehrkräfte waren „Diebstähle unter den Schülern“ ein Problem. Ein Drittel der Befragten sagte auch, „Disziplin-, Fleiß- und Leistungsbereitschaft“ nicht genügend fördern zu können, und fast jeder zweite glaubte, dass er den Schülern das Lernen zu lernen nicht beibringen könne. Etwas mehr als 50 Prozent sagten nicht in der Lage zu sein, die Kreativität der Schüler zu fördern. 52,5 Prozent erkannten „keine Gemeinsamkeiten und keinen Konsens in den pädagogischen Zielen“. Aber fast jeder Zweite erklärte auch, dass die „pädagogische Abstimmung im Kollegium kaum belastet“. Nur 20 Prozent würden den Lehrerberuf wechseln, wenn sie ihn wechseln könnten. In einem anderen Untersuchungsfeld widmete sich die Arbeitsplatzuntersuchung der „Kommunikation im Kollegium“. Fast die Hälfte des Kollegiums war der Auffassung, nur einmal im Jahr an Entscheidungen zu Unterrichtsthemen beteiligt zu sein. Demgegenüber erlebten die anderen 46,9 Prozent einen „regelmäßigen Austausch über Unterrichtsergebnisse und unterrichtliche Erfahrungen“. 40,6 Prozent sagten sogar, dass dies mehrmals im Jahr der Fall wäre. 80,1 Prozent des Kollegiums der Schule wünschten eine „gemeinsame Bewältigung beruflicher Schwierigkeiten“, aber nur ein Drittel hatte dies bisher tatsächlich erlebt. Mehr als 90 Prozent forderten eine „Koordinationsbereitschaft in und zwischen den Jahrgängen“. Eine gleich große Quote bemängelte das „Fehlen von Koordinationsabsprachen zwischen den Jahrgangsstufen“.

In einem weiteren Bereich hatte sich die Arbeitsplatzuntersuchung dem Thema „Professionalisierung“ zugewandt. Dazu brachten 2/3 des Kollegiums zum Ausdruck, dass sie mit den Möglichkeiten der Fortbildung unzufrieden waren, und nur 3 % des Kollegiums nahmen verstärkt Fortbildungsmöglichkeiten wahr. 81,2 % besuchten selten oder fast gar nicht Fortbildungsveranstaltungen. Hinzu kam, dass mehr als 1/3 des Kollegiums der Auffassung war, dass bei den zu vermittelnden Lehrinhalten der inhaltliche Lebensbezug fehle, und ungefähr 50 % des Kollegiums meinten, dass sie dem eigenen persönlichen Anspruch, den Unterricht interessant zu gestalten, nicht gerecht würden. Interessant ist, dass 95 % des Kollegiums der Auffassung waren, dass man einen Konsens in den pädagogischen Zielen der Schule brauche, aber nur 41,6 % glaubten, dass man durch Gemeinsamkeiten vereint sei. Festzustellen ist auch, dass das Kollegium komplett gespalten war, was die Veränderungsbereitschaft anbelangt. Die Hälfte des Kollegiums war bereit für Veränderungen, die andere Hälfte war nicht dazu

zum Beispiel der Aspekt eines *„pädagogischen Konsenses“.* Die Mitglieder der Gesamtkonferenz stellten auch fest, dass die Divergenz zwischen den einzelnen Jahrgängen in pädagogischen Fragen zu groß sei. Auch wurde kritisiert, dass die „Projektarbeit der Schule“ nur wenig Ausstrahlung auf den sogenannten „Normalunterricht“ hätte. Die UNESO-Arbeit der Schule sei eher an der pädagogischen Peripherie angesiedelt, als dass sie bei der ethischen Ausrichtung der Schule eine konstitutive Rolle spiele.

Das Kollegium stimmte in dieser Gesamtkonferenz über Prioritäten der zukünftigen Arbeit ab. Das Thema „Pädagogischer Konsens“ erhielt die meisten Stimmen; gefolgt von den Themen „Weiter- und Fortbildung“ und dem Thema „Schulgebäude, Schulhof, Ausstattung“.

---

bereit, sondern war vielmehr der Auffassung, dass es keine gemeinsamen Wege geben könne. Und ein Austausch über Unterrichtserfahrungen fand für knapp 50 % selten oder gar nicht statt. Abschließend ist zu diesem Bereich noch festzustellen, dass sich 2/3 des Kollegiums eine schulinterne Fortbildung durch gegenseitige Unterrichtsbesuche wünschten, aber nur 1/3 Erfahrungen über Unterrichtsschwierigkeiten miteinander austauschten. Wobei es umgekehrt so war, dass 89,1 % eine größere Gemeinsamkeit bei der Bewältigung von beruflichen Schwierigkeiten wünschten. Ein weiterer Bereich der Arbeitsplatzuntersuchung widmete sich dem Thema „Erziehungskonsens“. Etwa 50 Prozent des Kollegiums stellte dazu fest, dass man in den pädagogischen Zielen keinen Konsens hätte. Für circa 20 Prozent des Kollegiums beständen keine eindeutigen Absprachen bzw. ein Konsens über die Beurteilung der Lernfortschritte von Schülern. Dies gälte für die Festlegung von Noten, für die weitere Beurteilung von Schülerleistungen und für die Beschreibung der Lernbedürfnisse der Schüler. Anders wurde dies für die Arbeit im Jahrgang gesehen. 95 Prozent des Kollegiums vertraten die Auffassung, dass hier die Zusammenarbeit gut funktioniere. Allerdings meinten auch 81,2 Prozent der Befragten, dass es im Kollegium Gruppen gäbe, die wenig miteinander zu tun haben wollten. Dieser Aspekt der Wahrnehmung einer großen Divergenz innerhalb des Kollegiums zog sich durch mehrere Ebenen der Befragung. Demgegenüber stand die sehr positive Einschätzung der Arbeit in den Jahrgängen der Schule (s.o.).
Die Teilnahme am Expo-Projekt 2000 wurde von dem Kollegium insgesamt gut bewertet. Fast jeder zweite hatte kooperative Arbeitsformen, die zur Weiterentwicklung der Schulkultur beigetragen haben, im Zuge der Expo-Aktivitäten erlebt. Und ein Drittel meinte, dass die Beteiligung am Expo-Projekt die Arbeits- und Kommunikationsstruktur in der Schule positiv verändert habe. 62 Prozent des Kollegiums gaben an, dass die Planung und Durchführung von Expo-Projekten die fächerübergreifende Koordination gestützt habe. Und ein gutes Drittel des Kollegiums war der Auffassung, dass das Expo-Projekt die Professionalität erhöht habe, auch wenn damit eine deutliche Arbeitsbelastung verbunden gewesen sei. Hierzu wurde von drei Vierteln des Kollegiums die „sehr ungleichmäßige Verteilung der Arbeitsbelastung“ bemängelt. In einem weiteren und letzten Bereich der Arbeitsplatzuntersuchung ging es dann um den Aspekt der „pädagogischen Steuerung und Schulleitung“. Zwei Drittel des Kollegiums waren mit dem „guten Betriebsklima an der Schule“ zufrieden. Allerdings war fast die Hälfte des Kollegiums unzufrieden mit der Organisation des Schulbetriebs; ein Drittel der Befragten bewertete dies allerdings positiv. Mit dem Führungsstil der Schulleitung zeigten sich 56 Prozent „eher zufrieden“, aber 40 Prozent erwarteten von der Schulleitung einen „besseren Führungsstil“. Jeder zweite meinte, dass die Schulleitung neue Impulse nicht genügend unterstützte. Drei Viertel stellten fest, dass es im Kollegium Gruppen gab, die wenig miteinander zu tun haben wollten. Für etwa 50 Prozent des Kollegiums erschienen die Informationen über Arbeitsprozesse genügend transparent. Und zwei Drittel der Lehrkräfte meinten, dass die Schulleitung auf kollegiale Mitbestimmung achte. Ein großer Teil des Kollegiums (66 Prozent) meinte, dass die Erarbeitung eines Schulprofils und gemeinsamer pädagogischer Ziele „wesentlich besser“ hätte gestaltet werden können. Etwa die Hälfte des Kollegiums dachte aber auch, dass die Expo-Steuergruppe zu neuen und verbesserten Steuerungserfahrungen in der Schule geführt habe.

Die in dieser Dezemberkonferenz 2001 ebenfalls eingerichtete Steuergruppe sollte diese Prozesse lenken. Ergebnisse sind in der Folge allerdings nicht zu erkennen. Christina Sackmann schreibt dazu: „Da es für die Arbeit an den Fragestellungen keine klare Aufgabenstellung sowie Ziel- und Zeitvereinbarungen gibt, kommen die meisten Gruppen zu keinem Ergebnis und der Schulentwicklungsprozess stagniert“.[457],[458]

Um die Mitarbeit im niedersächsischen Projekt „Qualitätsentwicklung in Netzwerken“ ging es Anfang 2002.[459] Die Schule, so der Oberstufenleiter, möge diesem Projekt beitreten. Die Konferenz entschied entsprechend.[460]

Im *Mai 2002* erlitten die Reformbestrebungen eine Niederlage.[461] Der Antrag der Schulleitung, *die Mittelstufe der Schule mit den Jahrgängen 5 bis 10 in zwei kleinere Stufenbereiche, einmal von 5 bis 7 und dann von 8 bis 10, zu untergliedern, scheiterte*. Viele Lehrkräfte befürworteten die Beibehaltung der Betreuung der Schüler durch dieselben Klassenlehrer vom Jahrgang 5 bis Jahrgang 10. Als Hauptgrund wurde genannt, dass man „gute Erfahrungen“ mit der sechsjährigen „Betreuung der Schüler“ durch ein und dasselbe Stammgruppenleiterteam gemacht hätte. Auf der anderen Seite gab es eine nicht ganz so große Gruppe, der es darum ging, durch einen Wechsel nach 3 Jahren eine größere „Professionalität” der Klassenlehrkräfte zu bewirken. Viele Klassenlehrer, so das Argument, hätten „am Ende der Jahrgangsstufe 10 vieles von dem vergessen, was im 5. Jahrgang wichtig war“.

Der Schulleiterwechsel erfolgte zum 01. August 2002. Der neue Schulleiter gestaltete „seine“ erste *Gesamtkonferenz am 28. August 2002* mit einem einzigen Tagesordnungspunkt.[462] Es ging um die zukünftige *Nutzung des H-Traktes.* Das Prinzip der *Jahrgangsbezogenheit* der Schule sollte eine stärkere Durchsetzung erfahren. Bis zu diesem Zeitpunkt sei es so gewesen, dass die Jahrgänge nach zwei Jahren mitsamt ihrer Jahrgangsleitung und dem Jahrgangsteam von dem einen Gebäude in ein anderes Gebäude hätte umziehen müssen. Dies, so der Schulleiter, hätte in der

[457] Sackmann, 2007, 138
[458] vgl. GK 12, 2001
[459] vgl. GK, 3, 2002
[460] Allerdings zunächst ohne Erfolg, da die Nachfrage zu groß wurde und bei der Auswahl die Robert-Bosch-Gesamtschule nicht berücksichtigt wurde.
[461] vgl. GK, 5, 2002
[462] vgl. GK, 8, 2002

Vergangenheit zu unnötiger Unruhe geführt. Auch würden sich die Jahrgangsteams in ihren Gebäuden nicht genügend heimisch fühlen. Dies habe zur Konsequenz, dass nicht sorgsam genug mit den Räumlichkeiten umgegangen werde und es hätte auch Konflikte zwischen den ein- beziehungsweise ausziehenden Teams gegeben. Regelmäßig würden sich die einziehenden Teams darüber beschweren, dass die ausziehenden Teams die Klassenräume und Lehrerzimmer nicht ordentlich genug gepflegt hätten. Die Jahrgangsleitungen sollten künftig auf Dauer in dem einmal zugewiesenen Jahrgangsbereich verbleiben. Die Schüler sollten jeweils für drei Jahre diesen Jahrgangsbereich „bewohnen" und danach das Lehrerteam und das Gebäude wechseln. In dem neuen Jahrgangsbereich sollten die Schüler wieder für drei Jahre verbleiben. Für die Realisierung dieses Konzeptes, so der Schulleiter benötige die Stufe mit den Jahrgängen 5, 6 und 7 jedoch ein zusätzliches Gebäude. Der sich für eine solche Ergänzung anbietende „H-Trakt" sei bislang vom Fachbereich Musik genutzt worden, dieser solle nun aus dem „H-Trakt" ausziehen. Nach heftiger und kontroverser Diskussion wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Damit konnte dieses Reformprojekt, die „große Schule kleiner" machen, einen ersten Schritt weit realisiert werden.

Im September 2002 wollte die Schulleitung *die Kompetenzen der Jahrgangs- und Fachbereichsleiter/innen* neu geregelt sehen. Diese sollten in Zukunft mehr Weisungs- und Entscheidungskompetenzen erhalten. Der diesbezügliche Antrag wurde in der Gesamtkonferenz beschlossen.

Ein bedeutsames Datum in der Geschichte der Reformen der Robert-Bosch-Gesamtschule war die *Klausurtagung der Funktionsstelleninhaber und der Kollegialen Schulleitung in der Heimvolkshochschule Hustedt im Dezember des Jahres 2002.*[463] Bei dieser Tagung wurde ein „*Masterplan für die Entwicklung der Robert-Bosch-Gesamtschule"* aufgestellt. Der Plan sah vor den bislang eher selbstregulativ verlaufenen Entwicklungsprozess der Schule in Zukunft planvoller und abgestimmter zu gestalten. Künftig sollte nicht mehr an „allen Stellen alles gemacht werden",[464] vielmehr sollten nur noch einige wenige Reformfelder gleichzeitig bearbeitet werden. Dieses Vorgehen sollte zeitlich strukturiert und aufeinander

[463] vgl. GK, 12, 2002
[464] vgl. dazu: Kretschmer, W. et al., 2007

abgestimmt erfolgen[465]. Eine Beschreibung aus der Broschüre „Bausteine der Schulentwicklung“ erläutert wesentliche Aspekte der Klausurtagung:

> *„In den Jahren seit ihrer Gründung gab es in der Robert-Bosch-Gesamtschule eher ein Zuviel statt ein Zuwenig an Neuerungen. Immer schon war die Schule geprägt durch vielfältige Innovationsbestrebungen. Diese waren jedoch eher divergierend und nur selten aufeinander abgestimmt. Eine Klausurtagung der Jahrgangs- und Fachbereichsleitungen gemeinsam mit der Kollegialen Schulleitung in Hustedt sollte – nach einer Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen – vor allem Klarheit und Orientierung bezüglich der in den nächsten Jahren anzupackenden Aufgaben vermitteln. Zudem war es die erklärte Absicht des neuen Schulleiters, die Schule in Zukunft gemeinsam mit dem in Hustedt versammelten ‚mittleren Management' zu leiten. Und es wurde auch der Anspruch der Schulleitung hinsichtlich einer erweiterten Leistungsverantwortung an die Jahrgangs- und Fachbereichsleitungen artikuliert: Die Jahrgangsleitungen sollten sich in Zukunft mehr als in der Vergangenheit als ‚kleine Schulleitungen' mit einem erweiterten pädagogischen und in die Fachlichkeit hineinreichenden Wirkungsfeld begreifen. Die Fachbereichsleitungen sollten in Zukunft mehr Qualitätsverantwortung auch für den eigentlichen Unterrichtsprozess übernehmen. Die Erörterungen in Hustedt führten dann im Ergebnis zu einem ‚Masterplan der Entwicklung der Robert-Bosch-Gesamtschule'. In diesem werden fünf zeitlich aufeinander aufbauende Handlungsfelder einer zukünftigen Entwicklung der Schule dargestellt. In diesen Bereichen sollte sich – so die Idee des mittleren Managements und dann auch der Gesamtkonferenz – die Schule in den nächsten Jahren hauptsächlich entwickeln. Als hauptsächliche Arbeitsfelder für die nächsten Jahre wurde in Hustedt vorgeschlagen, die Handlungsfelder 1. ‚Leitbild der Schule' (als Prozess der Konsensbildung und als Voraussetzung für didaktische und pädagogische Entscheidungen), 2. ‚Transparenz von Strukturen und Entscheidungen', 3. ‚Erstellung eines modernen Lehrplans' (Revision der Inhalte, Methodenlernen, UNESCO-Arbeit, fächerübergreifendes Arbeiten), 4. Abstimmung bezüglich der Verfahren der ‚Erstellung eines ‚Pädagogischen Konsens' (im Sinne von ‚Schulverträgen' orientiert am Leitbild und mit altersgemäßer Akzentuierung), und 5. ‚Verbesserung der Unterrichtsqualität' im Fachunterricht (z.B. Hospitationsringe, bessere Lehr- und Lernmethoden, Umsetzung des modernen Lehrplans und des Leitbildes), im Sinne einer Fortsetzung unseres eigenen Entwicklungsprozesses jeweils schwerpunktmäßig in zeitlich abgestuften Abschnitten in Angriff zu nehmen. Die Gesamtkonferenz der Robert-Bosch-Gesamtschule hat dieses Programm dann am 26. März 2003 mit sehr großer Mehrheit (bei 1 Enthaltung) gebilligt und für sich selbst dadurch den Arbeitsauftrag der zukünftigen Entwicklung der Hildesheimer Gesamtschule definiert.“*[466]

Im Jahr 2003, drei Monate nach der Klausurtagung in Hustedt, diskutierte die Schulgemeinschaft die Realisierung des *Masterplans*.[467] Als erster Schritt der verabredeten Projekte wurde eine Steuergruppe für den Bereich „Transparenz der Gremien“ eingesetzt. Es sei wesentliches Anliegen der Schulleitung, so das Protokoll, *mehr Transparenz* innerhalb der gesamten Organisation der Schule zu

[465] ebenda
[466] ebenda, 12
[467] vgl. Protokoll GK, 3, 2003

schaffen. Um auch selbst dieser Intention zu entsprechen, hatte der Schulleiter in den Monaten zuvor das Kollegium mit einem Fragebogen um Auskunft über die Erwartungen zur Amtsführung gebeten. Von den Lehrkräften wurde dabei (zum Beispiel) der Wunsch nach „Entwicklung der pädagogischen Qualität der Schule“ angeführt.

Als ein erster Schritt zur Erstellung eines *„Leitbilds“* wurde in dieser Gesamtkonferenz von den Mitgliedern ein Ranking bei der Beurteilung pädagogischer Prinzipien durchgeführt. Dazu stellten die Lehrkräfte Andrea Binsteiner und Frank Glöde von der Arbeitsgruppe „Leitbild“ pädagogische Schwerpunkte der Zukunft vor; und die Konferenzmitglieder wurden gebeten, mit Klebepunkten Schwerpunkte zu setzen.

In dieser Gesamtkonferenz wurde auch darüber berichtet, dass die Umbaumaßnahmen in den H- und E-Trakten vorangekommen waren. Und es wurde mitgeteilt, dass die Mensa im zweiten Halbjahr des Kalenderjahres mit Fördermitteln des Bundes renoviert werden solle.

Im *Juni 2003* wurde über laufende Baumaßnahmen informiert[468]. Zum Handlungsfeld *„Schulprogramm“* wurde berichtet, dass der Leitbildtext als Flyer erscheinen solle und dass in der ersten Gesamtkonferenz im neuen Schuljahr darüber abgestimmt werden solle. Weiterhin wurde auch beschlossen, dass ab dem nächsten Schuljahr eine „Bläserklasse“ für die Jahrgänge 5 und 6 eingerichtet werde.

Amtsübergabe
In der Öffentlichkeit wurde in diesem Schuljahr 2002/2003 vielfach über die Schule berichtet. Hier einige Auszüge: Es begann mit einem großen Bericht am 14. August 2002, in dem darüber informiert wurde, dass Wilfried Kretschmer zum neuen Schulleiter der Robert-Bosch-Gesamtschule gewählt sei und er zum 01. August 2002 sein Amt angetreten habe. Auch überregional fand die Schule Beachtung. So berichtete am 28. August 2002 die Zeitschrift „Norddeutsche Neueste Nachrichten“ darüber, dass „die Ostsee die Jugend verbindet“ und dass ein Projekt in Travemünde stattgefunden hatte, bei dem die Robert-Bosch-Gesamtschule mit künstlerischen Aktivitäten wesentlich hervorgetreten war. Am 20. September informierte dann ein Bericht in der „HAZ“ über die Amtsübergabe von Friedemann Hoppmann an den neuen Schulleiter Wilfried Kretschmer. Im Oktober folgten kleinere Berichte. Im November ging es in der „HAZ“ um eine politische Veranstaltung in der Robert-Bosch-Gesamtschule: „Schüler fühlen Politikern auf den Zahn“. Landtagskandidaten verschiedener Parteien hatten sich den Schülern in einer Diskussionsveranstaltung vorgestellt. Dann folgte im Dezember in der HAZ ein Bericht über eine Ausstellung zum Thema „Trinkwasser“ in der Schule. Der Erlös dieser Ausstellung ging an die Patenschule in Ihanja in Tansania. Es folgten viele weitere kleine Berichte, alle in positivem Sinne. […]

[468] vgl. GK, 6, 2003

Im *Oktober 2003* standen für die weitere *Schulentwicklung* relevante Aspekte zur Diskussion[469]: So wurde die „Website der Schule“ vorgestellt, es wurde ein „Methodenkalender“ präsentiert und es wurde das „Leitbild der Schule“ (nach einigen Änderungsvorschlägen) verabschiedet. In diesem Leitbild wurde besonders der Punkt der *„Selbstständigkeit“ der Arbeit der Schüler* herausgestellt. Es sei beabsichtigt, dass dies zu einem wesentlichen pädagogischen Prinzip der Arbeit der Schule werden solle.[470] Der Schulleiter legte dieser Gesamtkonferenz ein *„Arbeitsprogramm“*

[469] vgl. GK 10, 2003

[470] Hier das beschlossene Leitbild der Schule: „Robert-Bosch-Gesamtschule – Unsere Ziele und Grundsätze. Die Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim ist eine integrierte Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe – eine Schule für alle Begabungen. Die Robert-Bosch-Gesamtschule ist eine UNESCO-Projekt-Schule. Ziel der Schule ist die Sicherung der Menschenrechte und des Friedens sowie die Erziehung zur Völkerverständigung und zum verantwortungsvollen Umgang mit der natürlichen Umwelt. Die Befähigung, an der demokratischen Gesellschaft teilzuhaben, ist elementares Ziel unserer Arbeit. Wir wollen den Schülerinnen und Schülern Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen vermitteln, die sie befähigen, ihr Leben verantwortungsvoll und selbstbestimmt zu gestalten. Um dies zu erreichen, verpflichten wir uns zur Einhaltung nachfolgender Grundsätze. Selbständigkeit umfasst für uns folgende Fähigkeiten: selbstbewusst eigene Wünsche und Vorstellungen entwickeln, argumentativ überzeugen, notwendige Mittel und Wege zur Umsetzung von Vorhaben erschließen und dabei auf andere eingehen und Rücksicht nehmen. Fördern von Leistungen und Fordern von Leistungsbereitschaft. Um Chancengleichheit zu ermöglichen, verpflichten sich die Lehrerinnen und Lehrer, das Leistungsvermögen aller Schülerinnen und Schüler zu fördern. Dazu gehört eine anregende Lernumgebung. Im Gegenzug fordert die Schule Leistungsbereitschaft von ihren Schülerinnen und Schülern. Wir erwarten, dass mit zunehmender Selbstständigkeit Stärken aus- und Schwächen abgebaut werden. Selbstständiger Wissenserwerb wird durch systematisches Einüben vielfältiger Arbeitstechniken erreicht. Die Lehrkräfte sehen es dabei als ihre Aufgabe an, neben der Wissensvermittlung zu moderieren, Prozesse zu steuern und die Freude am Lernen zu vermitteln und zu erhalten. Von den Schülerinnen und Schülern erwarten wir die Bereitschaft, aktiv ihre Lernprozesse mitzugestalten.
Lernen mit allen Sinnen bedeutet für uns, dass das Lernen mit „Kopf, Herz und Hand“ in Projekten und handlungsorientiertem Unterricht verwirklicht wird, der die Freude am Lernen fördert. Soziale Kompetenz. Als Mitglieder der Schulgemeinschaft verpflichten wir uns zu Toleranz, Hilfsbereitschaft und Respekt vor anderen und dem Schutz des Schwächeren. Die Schülerinnen und Schüler erfahren den achtungsvollen Umgang mit unterschiedlichen Persönlichkeiten und lernen Möglichkeiten der Konfliktlösung kennen, die für beide Seiten akzeptabel sind. Als Ganztagsschule können wir mit vielseitiger Projekt- und Gruppenarbeit die Teamfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler fördern. Das geschieht im Unterricht und in der vielfältigen Gestaltung des Schullebens. Schule als Lebensraum. Die Robert-Bosch-Gesamtschule bietet als Ganztagsschule einen umfassenden Lern- und Lebensraum, in dem für unterschiedliche Handlungsfelder Verantwortung übernommen wird. Dazu gehört auch die Anleitung zu sinnvoller Freizeitgestaltung. Schülerschaft und Kollegium sind gemeinsam für ein sauberes und ansprechendes Schulgebäude verantwortlich. Mitarbeit von Eltern und außerschulischen Partnern. Die Robert-Bosch-Gesamtschule legt großen Wert auf den kritischen Dialog und die konstruktive Zusammenarbeit mit Eltern und Partnern. Die Elternschaft wirkt an der Gestaltung des Ganztagsbereiches und des Schullebens mit. Die Schule öffnet sich den Vorstellungen und Interessen der Elternschaft – umgekehrt unterstützen die Eltern die Erziehungs- und Bildungsarbeit der Schule. Die Schule arbeitet eng mit den hiesigen Bildungseinrichtungen, kommunalen und politischen Instanzen, den Gewerkschaften, Verbänden und den Wirtschaftsunternehmen des Raumes zusammen. Aus dem Kreis dieser Institutionen gewinnt die Schule ihre „kritischen Freunde“, die den Entwicklungsprozess begleiten. Die Robert-Bosch-Gesamtschule begreift sich auch als kulturelle Bereicherung des Gemeinwesens der Region. Die Gründung unserer Schule wurde 1971 erst durch die materielle und ideelle Unterstützung der Bosch GmbH und Bosch-Stiftung möglich. Wir sind der Bosch GmbH freundschaftlich verbunden und erfahren bis heute wertvolle Hilfe. Wir fühlen uns dem Lebenswerk unseres Namensgebers in besonderer Weise

für das kommende Schuljahr vor: Es gehe um die Weiterentwicklung des „pädagogischen Konsens“; es gehe darum, den „Lehrplan“, also das, was das Ergebnis des Lernprozesses sein sollte, weiter zu modernisieren; und es gehe darum die Lehrmethoden, also die Art und Weise wie unterrichtet wird, zu verbessern.

In dieser Konferenz wurde auch die Notwendigkeit einer „Veränderung der Unterrichtskultur“ betont. Im 5. Jahrgang hatten sich zunächst und sozusagen als „Pilotprojekt“ zwei Hospitationsringe konstituiert. Es begann dann ein Jahr später mit je 4 Kolleginnen und Kollegen; einmal im Fach Mathematik, das andere Mal unabhängig von einem Fach. Inzwischen gibt es in der Schule und recht flächendeckend jedes Jahr thematisch ausgerichtete Hospitationswochen. Die „Verbesserung der Unterrichtsqualität“ stand und steht auch weiterhin im Mittelpunkt des Entwicklungsprozesses der Schule.

Der Charakter des Gremiums Gesamtkonferenz hatte sich zu diesem Zeitpunkt in der schulischen Praxis fundamental verändert. Waren die Gesamtkonferenzen bis in die 1990er Jahre hinein mehr „politische Veranstaltungen“, in denen viel gefordert und akklamiert wurde, so veränderte sich in den 2000er Jahren der Stil der Konferenzarbeit schrittweise in Richtung „pädagogischer Dienstbesprechungen“ – dies mit demokratischer Beteiligung der Schüler und Eltern.

Zusätzlich zu den aus der eigenen Schule kommenden Reformbestrebungen wurde das Kollegium ebenfalls mit „Reformbemühungen von oben“ konfrontiert. Diese Initiativen wurden zunächst wohlwollend vom Kollegium der Schule aufgenommen. So sprach sich die Gesamtkonferenz mit großer Mehrheit dafür aus, im „Qualitätsnetzwerk niedersächsischer Schulen“ mitzuarbeiten. Auf die mögliche und geplante Einführung einer „Profiloberstufe“ hatte sich die Schule intensiv und über einen langen Zeitraum vorbereitet. Bei der Diskussion des Vorhabens „Selbstständige Schule“ (2002) zeigte sich jedoch, dass das Kollegium nur bedingt bereit war, von außen kommende Reformimpulse „ohne weiteres“ zu übernehmen. Vielmehr wurde hinterfragt, ob und inwiefern extern entwickelte Reformvorhaben den eigenen und eigenständig konzipierten Reformprozess fördern würden. Der Fortschritt, so die einhellige Meinung in der Schule, müsse von denjenigen, die die Schule machen, gewollt und getragen sein.

---

verpflichtet: Kinder aller Begabungen aus allen sozialen Schichten leben, lernen und arbeiten gemeinsam in der integrierten Robert-Bosch-Gesamtschule.“

Dass der *Umbau der Mensa* mit Fördermitteln des Bundes von der Stadt genehmigt worden sei, wurde in der Gesamtkonferenz im Dezember 2003 berichtet. Dieser Umbau sollte für 168.000 Euro erfolgen[471].

Als weitere Konkretisierung des Leitbildes wurden Verfahren *zur Modernisierung des Lehrplanes* erörtert. So sei zum Beispiel eine Ausstellung in der Aula geplant, bei der die Lehrpläne der einzelnen Fächer nach Jahrgängen geordnet, aufgehängt werden sollten. Dadurch würde ein sogenannter *„begehbarer Lehrplan“* entstehen. Nach Auffassung der Schulleitung sei es das Ziel, die vorhandene Stofffülle zu reduzieren, fächerübergreifendes Arbeiten und Projektarbeit besser an den Fachunterricht anzubinden, die UNESCO-Arbeit stärker an die vorgegebenen Fachinhalte anzupassen und außerunterrichtliche Ereignisse wie Projekttage, Besuche, Fahrten etc. besser mit dem, was ansonsten im Schuljahr stattfinden sollte, zu verbinden und zu verknüpfen.

Die Gruppe *„Transparenz der Gremien“* legte im März 2004 ihren Bericht vor:[472] Zum Thema „Arbeit der Gesamtkonferenz“ wurde hervorgehoben, dass die Gesamtkonferenz strukturell nicht geeignet sei, inhaltliche Details zu erarbeiten. Sie sei ein Beschlussorgan und weniger eine Arbeitsgruppe. Beschlüsse bedürften einer guten Vorbereitung durch Jahrgangs- und Fachkonferenzen. Außerdem, so das Ergebnis der Arbeitsgruppe, wäre eine stärkere Beteiligung des unmittelbaren Kollegiums durch mehr Anträge wünschenswert.

Im *Juni 2004* schlug die Schulleitung die Schaffung eines *„Kuratoriums“* vor. Dieses sollte, ähnlich einem Beirat oder einem Aufsichtsrat, die Schulleitung beraten und ihr helfen, gemeinsam mit Lehrkräften, Eltern und Schülern die Schule zu entwickeln. Eine weitere Angelegenheit widmete sich der Frage, ob die Sekundarstufe I, die von Klasse 5 bis 10 geht, in zwei einzelne Stufen mit einer jeweils eigenen Leitungsstruktur und einem eigenen pädagogischen Profil aufgeteilt werden sollte. Mögliche Vor- und Nachteile dieses „3 plus 3 - Modells“ wurden - durch eine Arbeitsgruppe vorbereitet - gegenübergestellt. Der Vorschlag der Arbeitsgruppe ging dahin, dieses Modell einzuführen.

[471] vgl. GK, 12, 2003
[472] vgl. GK, 3, 2004

Diese Vorgehensweise war eine andere als die von zwei Jahren zuvor. Die Entscheidung war von einer Arbeitsgruppe aus Lehrkräften vorbereitet worden. Bei der Gruppenzusammensetzung durch die Gesamtkonferenz war darauf geachtet worden, dass die Vertreter beider Positionen gleichmäßig stark vertreten waren. Insofern war die Arbeitsgruppe demokratisch legitimiert und sachlich anerkannt. Ihr möglicher Vorschlag hatte von vornherein ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Ausgewogenheit in der Wahrnehmung des Kollegiums. Insofern hatte jetzt auch die Gesamtkonferenz als „abschließendes Entscheidungsgremium" ihre Rolle gefunden. Die zu treffenden Entscheidungen waren (und werden danach) in den Gremien der Schule oder durch jeweilige Adhoc-Arbeitsgruppen vorbereitet.

Weitere Reformprojekte standen im Juni 2004 ebenfalls auf der Tagesordnung:

- So berichtete das Schulleitungsmitglied Bruno Worms aus der Arbeitsgruppe *„Pädagogischer Konsens"*, über *„zentrale Begrifflichkeiten"* sowie darum, die *„Erwartungen an die Schüler zu formulieren und den Zusammenhang mit der Schulordnung herzustellen"*. Auch sollten bei diesem Konsens „jahrgangsbezogene Modifikationen" zugelassen werden.

- Außerdem wurde in dieser Gesamtkonferenz beschlossen, dass die Einführung der *zweiten Fremdsprache*, die an den niedersächsischen Gymnasien in der sechsten Klasse erfolgt, in Zukunft - das war den Gesamtschulen in Niedersachsen freigestellt - auch an der Robert-Bosch-Gesamtschule ab der sechsten Klasse erfolgen soll. Man wollte, so Argumente in der Diskussion, dabei mit den „Gymnasien gleichziehen"[473] und Schülern die zweite Fremdsprache ab der sechsten Klasse nicht vorenthalten. Auch müsste der Übergang auf ein Gymnasium etwa bei einem Wegzug in eine Region ohne Gesamtschulen jederzeit möglich sein.

Hildesheimer Helden
Auch in diesem Schuljahr 2003/2004 gab es eine intensive Berichterstattung über die Aktivitäten der Schule. Es sollen hier nicht alle Artikel dargestellt werden. Herauszugreifen ist ein großer Bericht der „HAZ" am 09. Oktober 2003 mit der Überschrift „Fit für die Begegnung mit Schweinswalen. Robert-Bosch-Gesamtschule kauft Boot für Ostseeprojekt. Stadtsparkasse spendet". Eine halbe Zeitungsseite informierte über das neue Boot der Schule und zeigte ein Foto von den Vorständen der Sparkasse Hildesheim, die das meiste Geld gespendet hatten. Dann folgten viele kleinere Berichte in den Presseorganen. Herauszuhe-

[473] ebenda

ben ist die Berichterstattung in der „HAZ“ vom 12. Dezember 2003. Die Überschrift lautete „Drei echte Hildesheimer Helden“. Die Schülerin Hanna Hübner hatte für ihr mutiges Eingreifen zugunsten anderer Schüler einen Preis für Zivilcourage erhalten.
Am 12. Dezember 2003 fand sich noch eine weitere außergewöhnliche Berichterstattung über einen RBG-Schüler in der „HAZ“. Tim Kieritz sei in Bremen als Bundessieger der Mathematik-Olympiade ausgezeichnet worden. Die Überschrift lautete: „Mathe-Begabung. RBG-Schüler Tim Kieritz wird in Bremen ausgezeichnet.“
Einer Vielzahl von verschiedenen Artikeln folgte am 6. Januar 2004 ein Bericht über die Bläserklasse der Schule. Die Überschrift lautete: „Bläserklasse an der RBG. Musikschule bildet an Blasinstrumenten aus“. Es war ein großer Artikel mit einem Foto auf der Titelseite der „HAZ“. […]

Im *Dezember 2004* ging es um die *Zusammenarbeit mit dem Hildesheimer Stadttheater*. Zu einem weiteren Thema, der „Empirische(n) Begleitung der Schulentwicklung“ wurden vom ehemaligen Schulleiter Friedemann Hoppmann Ergebnisse seiner Untersuchungen über die Karrieren von Schülern der Robert-Bosch-Gesamtschule vorgestellt:[474] Ein sehr hoher Anteil der Schüler, so Hoppmann, komme aus Elternhäusern, in denen die Eltern bereits RBG-Schüler gewesen seien. Außerdem berichtete der ehemalige Schulleiter über „Auf- und Abstiegsrelationen“, also über die „Durchlässigkeit“ der Sekundarstufe I. Auf einen „Aufsteiger“ in Niedersachsen kämen im dreigliedrigen Schulsystem 7 „Absteiger“. An der Robert-Bosch-Gesamtschule kämen auf einen „Absteiger“ 2,6 „Aufsteiger“, also Schüler, die mit einem besseren Abschluss Ende 10 die Sekundarstufe I abschließen würden, als man ihnen in der 4. Klasse am Ende der Grundschule zugetraut habe.

Diese Reformthemen bestimmten die Konferenz im Februar 2005:

- So wird darüber informiert, dass sich die Schule bei den Wettbewerben *„Jugend forscht“* und *„Schüler experimentieren“* mit großem Erfolg beteiligt habe.[475]

- Das Projekt „Mobilität“ der Sekundarstufe II, das „Börsenspiel“ und auch die „Gedenkveranstaltung zur Geschichte der Hildesheimer Judenvertreibung“ hätten großen Anklang in der Stadt Hildesheim gefunden.

- Zudem standen die „Schulentwicklung“ und der „pädagogische Konsens“ im Fokus der Beratungen. Von der Gruppe „Moderner Lehrplan“ wurde ein Zwischenbericht gegeben und erstmals tauchte der Aspekt „Verbesserung der

[474] GK 12, 2004
[475] vgl. GK, 2, 2005

Unterrichtsqualität“ als Punkt auf der Tagesordnung einer Gesamtkonferenz auf. Die Lehrkräfte Henning Rosahl und Anne Dinges berichteten über *„Hospitationsringe“* und die Einrichtung einer diesbezüglichen Arbeitsgruppe. Das Protokoll vermerkte auch, dass Henning Rosahl die Leitung der Steuergruppe „Hospitationsringe“ übernommen habe. Aufgabe dieser Steuergruppe solle es sein, in der Schule vielfältige Formen der gegenseitigen „kollegialen Hospitationen“ zu entwickeln. Das Ziel sei auch, diese Hospitationen in ein sinnvolles Fortbildungskonzept einzubetten und so den Lehrkräften zu helfen, sich selbstständig und arbeitsnah fortzubilden.

- Außerdem, so ein weiteres Reformvorhaben, solle sich die Schule um die Mitarbeit beim Projekt *„Eigenverantwortliche Schule“* des Landes Niedersachsen bewerben.[476] Dazu referierte ein Vertreter des Landes Niedersachsen in der Februar-Gesamtkonferenz. Bei der Abstimmung stimmten 58 Lehrkräfte der Teilnahme am Projekt des Landes zu; 57 Lehrkräfte waren dagegen. Der Grund für diese Zurückhaltung, so Christina Sackmann in einer Bewertung, sei allerdings nicht in der Sache selbst zu sehen, sondern vielmehr in der Befürchtung, dass im Rahmen dieses Projektes die Kompetenzen der Gesamtkonferenz eingeschränkt werden könnten.[477]

Ausschließlich Themen der *Schulentwicklung* standen auf der Tagesordnung der Gesamtkonferenz, im Juni 2005[478]:

[476] Die Gesamtkonferenz möge beschließen: Die Robert-Bosch-Gesamtschule bewirbt sich beim Land Niedersachsen um Teilnahme am Projekt „Eigenverantwortliche Schule“. Die Schule verspricht sich davon Unterstützung und Fortsetzung ihres bisher eigenständig konzipierten Schulentwicklungsprogramms. Die Gesamtkonferenz geht davon aus, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule im Projekt „Eigenverantwortliche Schule“ erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten der demokratischen Teilhabe von Lehrern, Eltern und Schülern am Schulentwicklungsprozess auch durch die stärkere Einbeziehung der Gesamtkonferenz erhält und dass erweiterte Gestaltungsspielräume bezüglich der Entwicklung von innovativen Modellen der Differenzierung und Integration ermöglicht werden. Begründung: Die Landesregierung setzt das Vorhaben ihrer Vorgängerin („Selbständige Schule“) fort. Wir hatten uns vor zwei Jahren in einer ersten Absichtserklärung der Gesamtkonferenz für eine mögliche Teilnahme am Projektvorhaben „Selbständige Schule“ ausgesprochen. Nach der Neuwahl der Landesregierung ist dieses Projekt dann zunächst unterbrochen worden. Mit der „Eigenverantwortlichen Schule“ erhalten wir einen größeren Gestaltungsspielraum. Unsere Unabhängigkeit bezüglich der Schulaufsicht wird größer. Unsere Möglichkeiten eigenständige Differenzierungs- und Strukturmodelle zu realisieren erhöhen sich. Die finanziellen Ressourcen zur Durchführung von Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen sind erweitert. Aus meiner Sicht kann Schulentwicklung nur mit einer größtmöglichen Partizipation aller Beteiligten gelingen. Deshalb gilt es die Möglichkeiten zu erweitern. Weiterhin sollte eine moderne Schule ihre internen Strukturen und Prozesse selbst in die Hand nehmen dürfen. Wilfried Kretschmer“

[477] vgl. Sackmann, 2007, 141

[478] vgl. GK, 6, 2005

- Bruno Worms präsentierte die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Pädagogischer Konsens“. Dazu lag den Jahrgangsleitern je ein Vorschlag für ihren Jahrgang vor. Es wurde vereinbart, dass zunächst die Jahrgänge 5 und 8 mit einem Versuchsverfahren zur systematischen Herstellung von Verabredungen über Erziehungsziele beginnen sollten und die gymnasiale Oberstufe unmittelbar danach mit ihrem 11. Jahrgang folgen würde, so dass man innerhalb von drei Jahren Vereinbarungen mit allen Beteiligten getroffen hätte. Die Inhalte der Vereinbarungen sollten modifizierbar sein. Daran wären die jeweiligen Lehrkräfte, die Eltern und Schüler der betreffenden Eingangsjahrgänge 5, 8 und 11 beteiligt.

- Die Lehrkräfte Wilfried Kohrs und Hans-Georg Henkel stellten die Ergebnisse der Arbeitsgruppe *„Moderner Lehrplan“* vor. Sie berichteten, dass ein vorläufiger Gesamtplan aller Fachbereiche vorliege, der die Komponenten „Inhalte“, „Methoden“, „Curriculum“ und „Unterrichtsformen“ erfasse. Ab dem Schuljahr 2005/2006 sollte jedes Jahrgangsteam einen sogenannten *„Jahresarbeitsplan“* für das jeweilige Schuljahr entwickeln. Dabei sollten auch fächerübergreifende Projekte und damit zusammenhängende Projekttage berücksichtigt werden. Der Vorteil dieser gemeinsamen Unterrichtsplanung wäre eine stärkere Kooperation auf der Jahrgangsebene. Es sei mit mehr Verlässlichkeit und Übersichtlichkeit hinsichtlich der Termingestaltung im Schuljahr zu rechnen. Die Ergebnisse und Erfahrungen der Arbeit mit dem Jahresarbeitsplan sollten im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses jeweils an den nächsten Jahrgang übergeben werden.

- Im nächsten Punkt stellte Henning Rosahl einen Zwischenbericht der Arbeitsgruppe *„Verbesserung der Unterrichtsqualität“* vor. Der schulische Referent berichtete darüber, dass die Schwerpunkte der Hospitationen auf inhaltlichen und methodischen Aspekten lägen. Die Hospitationen würden auf große Akzeptanz stoßen, weshalb sie auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden sollten.

- Zu einem weiteren neuen Vorhaben wurde vom Schulleiter über die von der Schule geplante *„Kapitalisierung von Lehrerstunden“* informiert. Dem Antrag dazu wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Im Kern ging es darum, Stunden

für den Ganztagsbereich nicht mehr als Lehrerstunden, sondern in Form von Geld vom Land Niedersachsen zu erhalten. Die Schule würde bei einer Kapitalisierung von 100 der ihr zustehenden 300 Ganztagsstunden zusätzlich 170.000 Euro erhalten. Mit diesem Geld hätte die Schule die Möglichkeit, Personen einzustellen, die die Angebote des Ganztagsbereichs wesentlich verbessern könnten.

- Außerdem wurde die Änderung des Stundenrasters (vorläufig und für ein Jahr auf Probe) beschlossen. Drei Doppelstunden am Vormittag und eine Doppelstunde am Nachmittag sollten für die Zukunft die Regel sein. Möglichst viel Unterricht sollte in Doppelstunden stattfinden. Die Idee war dabei, mehr schülergesteuerte Unterrichtsformen wie kooperatives Lernen und Experimentalunterricht in den Naturwissenschaften zu unterstützen. Zwischen den Doppelstunden am Vormittag gibt es zwei zwanzigminütige Pausen. Und der Gong wurde mit abgeschafft. In dieser Gesamtkonferenz wurde auch beschlossen, dass der 5. Jahrgang verpflichtend am Mittagessen teilzunehmen hätte. Auch dies sollte zunächst einmal für ein Schuljahr ausprobiert werden.

Mobilität
Am Anfang des Schuljahres 2004/2005 waren in den Hildesheimer Presseorganen Artikel über einen „Schulunterricht per Motorboot“ und über „10 Tonnen Werkzeug auf dem Weg nach Afrika“ zu lesen. Auch wurde berichtet, dass seit 10 Jahren „humanitäre Hilfe für die Menschen in der Ukraine“ geleistet würde. Weiter ging es in der „HAZ“ damit, dass die ‘Gymnasiale Oberstufe an der RBG mit neuem pädagogischen Konzept arbeitet“ und dass dabei „verbindliche Regeln für Schüler und Lehrer gemeinsam geschaffen“ würden. Dann wurde in dieser Zeitung über Zeugnisfeten der RBG mit der Überschrift: „Das ist Kult“ berichtet. Im Jahr 2005 folgte eine ausführliche Berichterstattung in allen Hildesheimer Zeitungen zum Oberstufenprojekt ‘Mobilität“. Das Thema wurde aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Auch sei von den Schülern eines Kunstkurses ein Stadtbus mit Mobilitätsmotiven bemalt worden.
Im Januar 2005 schrieb die „HAZ“, dass die Schüler der RBG beim offiziellen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Rathaus „beeindruckt“ haben. Die Überschrift lautete „Abmarsch für Nummer 401. RBG-Schüler beeindrucken mit szenischer Lesung bei Gedenken für Nazi-Opfer.“ […][479]

Im *September 2005* ging in der Gesamtkonferenz ebenfalls um Reformen und Reformprozesse:

[479] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

- Zunächst wurden die zukünftigen *pädagogischen Profile der gymnasialen Oberstufe* beraten.[480] Von den Oberstufenleitern Volker Reichardt und Jürgen Braun wurden erste Modelle vorgestellt. Das sprachliche und das *naturwissenschaftlich-mathematische* Profil waren durch die Verordnung des Landes vorbestimmt. Die Robert-Bosch-Gesamtschule könnte zusätzlich dazu ein *künstlerisch-ästhetisches* und ein *gesellschaftlich-wissenschaftliches* Profil anbieten. Es wurde vorgesehen, mit diesen vier Profilen zunächst einmal zu beginnen. Gegebenenfalls könnte später noch ein Sportprofil hinzukommen.

- Ein anderer Tagesordnungspunkt widmete sich dem sogenannten *„Modernen Lehrplan"*. Mitglieder der Arbeitsgruppe wiesen darauf hin, dass durch die verbesserte Zusammenarbeit der Lehrkräfte in den Teams eine deutliche Qualitätsverbesserung zu erreichen wäre. So wurde berichtet, dass die bisherigen kollegialen Hospitationen auf positive Resonanz im Kollegium gestoßen seien. Jetzt solle ein erweitertes Modell erprobt werden. Ausgangspunkt seien die zehn „Kriterien guten Unterrichts" von Hilbert Meyer. Nach der Wahl des für jeden Einzelnen als Fortbildungs- und Hospitationsthema wichtigsten Kriteriums würde man auf dieser Basis thematische Schwerpunkte für die Fortbildungs- und Hospitationsringe organisieren. Die Mitglieder der Gesamtkonferenz entschieden sich dann in einer Abstimmung für Themen der Hospitationsringe in diesem Schuljahr. Als die fünf meist genannten Kriterien wurde als erstes die „klare Strukturiertheit des Unterrichts", zweitens „lernförderliches Klima", drittens „Methodenvielfalt", viertens „individuelles Fördern" und fünftens „intelligentes Üben" ausgewählt. Nach diesen „Kriterien guten Unterrichts" sollten, so die Beschlüsse in der Konferenz, fünf schulinterne Workshops mit jeweils ca. 20 Lehrkräften eingerichtet werden. Aus diesen Workshops heraus (mit Fortbildungscharakter und externen Referenten) sollten die konkreten Planungen der Hospitationsstunden kollegial erfolgen.

- Zu dem Tagesordnungspunkt *„Eigenverantwortliche Schule"* verwies der Schulleiter darauf, dass die Gesamtschule mit Beginn des Schuljahres 2005/2006 „eigenverantwortliche" Schule geworden sei. Dies bedeutet, dass die Schule in einem regionalen Netzwerk mitarbeitet und dass die thematische

[480] vgl. GK, 9, 2005

Ausrichtung der Zusammenarbeit an den Qualitätsbereichen, den 32 Qualitätsmerkmalen und den 90 Qualitätskriterien des *„Orientierungsrahmens Schulqualität in Niedersachsen“* aus dem Jahr 2003 erfolgt. Insgesamt versprach sich der Schulleiter durch diese Mitarbeit in einem lokalen Netzwerk eine deutliche Unterstützung des eigenständigen Schulentwicklungsprozesses. Vor allem, weil dadurch mehr Möglichkeiten zur schulinternen Fortbildung angeboten würden und die Steuergruppen Stundenentlastung erhalten sollten.

Im *Dezember 2005* ging es um Themen der *„eigenverantwortlichen Schule“*[481] und der *„Weiterentwicklung der Schule“* und es wurden Lehrer und Schüler für erfolgreiche Aktivitäten belobigt.[482]

Die erste *Gesamtkonferenz des Kalenderjahres 2006 am 22. März* beinhaltete viele Themen, die den Schulentwicklungsprozess betrafen, wie *„eigenverantwortliche Schule“* oder das Thema *„Integration und Differenzierung“.*[483] Es wurde weiterhin eine veränderte „Leitungsstruktur der Schulleitung“ vorgestellt und es wurden die Themen *„verpflichtendes Essen“*, das *„Tagesraster“* und die *„Abschaffung des Gongs“* in zweiter Lesung beraten und von der Gesamtkonferenz mit sehr großer Mehrheit wiederum beschlossen. Außerdem ging es wieder um die „Kapitalisierung von Lehrerstunden“ und um Aktivitäten der Bläserklassen. In dieser Gesamtkonferenz wurde auch ein Antrag zur „Einrichtung eines Raumausschusses“ gestellt. Dieser Antrag zielte darauf ab, die Frage, wer welche Räume wie nutzt, nicht mehr, wie es sich inzwischen eingebürgert hatte, nur der kollegialen Schulleitung oder dem Schulleiter zu überlassen. Es sollte vielmehr, wie auch schon einmal in den Anfangsjahren der Schule, ein Raumausschuss darüber entscheiden. Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Offensichtlich vertraute die Mehrheit des

[481] vgl. GK, 12, 2005

[482] Das Jahr 2005 war wesentlich durch die Reflexion und Weiterentwicklung der schulischen Innovationsprozesse geprägt. Die Gesamtkonferenz war in diesem Jahr noch mehr zu einer gesamtschulischen Erörterungs- und Beratungsinstanz für schulische Entwicklung und somit, neben der Schulleitung und dem didaktisch-pädagogischen Gremium, zu einem der strategischen Orte des Change-Managements der Schule geworden. Hier hatte eine qualitative Erweiterung der Arbeit der Gesamtkonferenz stattgefunden.

[483] Hier ging es darum, ob in Zukunft im 8. bis 9. Jahrgang die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Abschlussprognose in neue Klassen eingeteilt werden sollten. Dadurch hätte man in der Stufe 8/9/10 statt einer integrierten Gesamtschule so etwas wie eine kooperative Gesamtschule gehabt. Dieser Aspekt wurde dann aber nicht weiter zur Abstimmung gestellt. Vielmehr wies der Schulleiter darauf hin, dass dazu erst einmal Anträge gestellt werden müssten.

Kollegiums der Schulleitung dabei, die Räume so zuzuordnen, wie es am vernünftigsten und gerechtesten sei.[484]

Mit der Methode des *„World Cafés“* wurde erstmalig im *Juni 2006* gearbeitet.[485] Angeleitet von dem Vertreter der Beratungsfirma Progressio Consult aus Hannover, die mit der Schule seit Jahren im Rahmen von Teambuilding und Schulentwicklung zusammenarbeitete, wurde mit den 115 Lehrkräften der Gesamtkonferenz ein „World Café“ durchgeführt, um den Schulentwicklungsprozess aus der Perspektive des Kollegiums kritisch zu hinterfragen. Dazu wurden zwölf Gruppen gebildet, die jeweils unter der Leitung eines Moderators den Schulentwicklungsprozess der Schule reflektierten. Die Kollegiale Schulleitung durfte an dieser Gesamtkonferenz nicht teilnehmen. Im Ergebnis wurde der Schulentwicklungsprozess, so wie er stattfand, von einer überwältigenden Mehrheit des Kollegiums begrüßt. Die Anzahl der grundsätzlichen Skeptiker war eher klein. Allerdings ist dem Protokoll auch zu entnehmen, dass die Mehrheit des Kollegiums für eine *„Entschleunigung“*[486] des eher als „rasant“ empfundenen *Entwicklungsprozesses* eintrat. Offenbar überrannte die Geschwindigkeit des Reformprozesses doch den einen oder anderen oder verursachte zumindest die Befürchtung überrannt zu werden.

Noch im Juni 2006 wurde ein Antrag zur Leitungsstruktur der Arbeit der Kollegialen Schulleitung zum zweiten Mal eingebracht und auch beschlossen. Dabei ging es darum, dass die Kollegiale Schulleitung, nachdem sie selbst eine Supervision durchgeführt und die Form ihrer Zusammenarbeit reflektiert hatte, vorschlug, die bisherige Funktion der didaktischen Leitung abzuschaffen und diese Aufgaben dem Schulleiter, der laut Schulgesetz sowieso für die „Qualität des Unterrichts verantwortlich“ sei, zu übertragen. Die auf der Leitungsebene dadurch freiwerdende Kraft sollte die neu einzurichtende Stelle einer Stufenleiterin der Stufe 5, 6 und 7 einnehmen. Damit hätte die Schule sowohl in der „Unterstufe“ - mit den Jahrgängen 5, 6, 7 - wie in der „Mittelstufe“ - mit den Jahrgängen 8, 9, 10, jeweils eine Leiterin oder einen

[484] Dieser Antrag richtete sich durchaus gegen die Aktivitäten des amtierenden Schulleiters. Der Raumausschuss war etliche Jahre zuvor schon einmal eingerichtet worden, als es darum ging, den ungeliebten Schulleiter Jürgen Volpert in die Schranken zu weisen und ihm Möglichkeiten des Wirkens zu nehmen. Damals wurde dieser Raumausschuss mit großer Mehrheit eingerichtet. Offensichtlich haben sich kleinere Teile des Kollegiums daran erinnert und wollten auf eine ähnliche Art und Weise dem Schulleiter mindestens signalisieren, dass er nicht Dinge verändern kann, ohne auch kleinere Gruppierungen zu berücksichtigen. (vgl. GK, 3, 2006)
[485] vgl. GK, 6, 2006
[486] ebenda

Leiter, der die Interessen dieser Stufe in der Kollegialen Schulleitung vertreten könnte. Der Schulleiter solle als zusätzliche Aufgabe in Zukunft die Gruppe der Fachbereichsleiter als das sogenannte „Didaktische Team“ moderieren und leiten. Dieses Team solle den Reform- und Entwicklungsprozess der Schule begleiten, unterstützen und kontrollieren. Diesem Antrag der Kollegialen Schulleitung wurde von der Gesamtkonferenz mit großer Mehrheit zugestimmt. Auch wurde in dieser Gesamtkonferenz berichtet, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule beim Wettbewerb „Zeigt her Eure Schule!“, bei dem von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Konzepte und Praktiken von Ganztagsschulen bewertet worden waren, als eine der zehn besten deutschen Schulen ausgezeichnet worden war.[487]

Vater der Gesamtschulen
Das Schuljahr 2005/2006 fand in vielfacher Weise in den Hildesheimer Medien seinen Niederschlag. Hier einige Auszüge: Am 27. August 2005 erschien in der „HAZ“ eine Reportage über junge „Fledermausforscher“ der Robert-Bosch-Gesamtschule. Am 3. September 2005 brachte diese Zeitung einen Bericht über die Aktivitäten der Gesamtschule in Tansania. Die SPD-Politikerin Bulmahn besuchte am 09. September 2005 die RBG. Am 18. November 2005 wurde Herbert Kastner als „Vater der Gesamtschulen“ in der „HAZ“ gewürdigt. Dann berichtete die HAZ davon, dass die „Schöne Hilde den Schülern das Welterbe näher bringt“. Dieser Artikel erschien am 26. November 2005. Am 30. November stand ein Bericht in der HAZ über tansanische „Bagamoya-Players“ in der Robert-Bosch-Gesamtschule. Die Überschrift lautete: „Zauberwasser gegen Gewehrkugeln“. Im Dezember spielten die „Schüler für Brasilien“. Im Januar 2006 folgte ein umfangreicher Bericht zum Thema „Busverkehr und Schule“. Die RBG wurde darin deutlich herausgestellt. Weitere kleine wie große Artikel in den Hildesheimer Zeitungen folgten. Im Februar 2006 informierte die jährliche Berichterstattung über „Jugend forscht“ und die Erfolge der Gesamtschule.
Am 09. März lobte Kultusminister Bernd Busemann die RBG für ihre Schulplanung. In dem Artikel, der fast eine ganze Seite der Wochenendausgabe der HAZ am 04. März 2006 umfasste, ging es um die Schulentwicklungsplanung der RBG. Die Schule hatte eine Broschüre zum Thema „Schulentwicklung“ erstellt und Kultusminister Bernd Busemann, so die Zeitung, mache deutlich, dass die Schule ein „beeindruckendes und umfassendes Schulentwicklungsprogramm vorgelegt hat“. In der Zeitung wurde dazu auch ein Interview mit dem Schulleiter gebracht. Weiter ging es mit der Berichterstattung über eine „Jugend forscht“-Arbeit zum Kranichzug. Interessant war dann ein ausführlicher Bericht in der „HAZ“ am 10. Mai 2006. Mit der Überschrift: „Beispielhaft für ganz Deutschland“ wurde beschrieben, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule als eine der besten deutschen Ganztagsschulen in Berlin ausgezeichnet worden war. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ berichtete ebenfalls darüber mit einem Artikel am 11. Mai 2006. Die Überschrift lautete: „Wo Eltern den Unterricht mitgestalten. Die Hildesheimer Robert-Bosch-Gesamtschule ist als beste Schule Niedersachsens ausgezeichnet worden.“ Und der „Kehrwieder am Sonntag“ schrieb: „RBG in den Top Ten der deutschen Gesamtschulen“. Es folgten dann viele kleinere weitere Artikel, auch in überregionalen Medien. So berichtete die Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in ihrer Juni/Juli Ausgabe 2006 ebenfalls

[487] ebenda

über die Broschüre „Bausteine der Schulentwicklung". Im Juni 2006 schrieb die „HAZ", dass „Hildesheim als UNESCO-Gastgeber glänzt" und dass die RBG als UNESCO-Schule dabei eine bedeutende Rolle spiele.[488]

Im *Oktober 2006* ging es in der Gesamtkonferenz zunächst um den *„Schulvorstand"*[489], in den Eltern, Lehrer und Schüler, im Sinne eines Aufsichtsrates, zusammenarbeiten und entscheiden sollten, und der durch das neue Schulgesetz eingerichtet werden müsste. Die Gesamtkonferenzen würden stattdessen deutlich weniger Rechte erhalten - und auch die Entscheidungskompetenzen des Schulleiters würden erweitert. Nach ausführlicher Diskussion der möglichen Folgen für eine „demokratische Schule" richtete die Gesamtkonferenz eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Einrichtung dieses „Schulvorstandes" ein.

Ein weiterer Punkt: Zur Unterstützung einer *„Feedbackkultur"* der Schule solle in Zukunft jeweils ein stufenspezifisches Schülerfeedback zum Fachunterricht abgegeben werden. Dieses, so sah es der Antrag der Schulleitung vor, sollte freiwillig erfolgen. Immer zum Halbjahr sollte die methodische und sonstige Arbeit der Lehrkräfte durch die Schüler bewertet werden. Die Gesamtkonferenz beauftragte die Stufen der Schule mit der Erstellung spezifischer Feedbackbögen mit dem Ziel, erste Befragungsrunden einzuleiten.

Am 20. Dezember 2006 wurde unter „Anfragen und Mitteilungen" [490] erwähnt, dass sich die Schule am Wettbewerb zum *„Deutschen Schulpreis" beteiligt* habe, jedoch keine nennenswerte Platzierung bei dieser ersten Runde erreichte. Vom Schulleiter wurde erklärt, dass für eine erneute Bewerbung eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden solle.

Im Jahr 2007 bestimmten wiederum fast ausschließlich Themen der Schulentwicklung die Beratungen der Gesamtkonferenzen.

---

[488] Anhand dieser Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit lässt sich gut erkennen, dass die Schule begonnen hatte, die Konzepte und Ergebnisse ihrer Entwicklungsarbeit selbst zu publizieren. Diese besondere Form der Öffentlichkeitsarbeit war kombiniert mit Veränderungen in der Schulwirklichkeit, die aktiv einem breiten Publikum vorgestellt und erläutert wurden. Diese Dialektik zwischen der konzeptionell begründeten Veränderung der Schule auf der einen Seite und der reflexiven Berichterstattung und öffentlichen Vorstellung dieser Realitäten auf der anderen Seite prägte den Entwicklungsprozess der Schule in diesen Jahren außerordentlich. Dies lässt sich sowohl aus den Diskussionen in der Schule erkennen, wie auch in der dann sekundären Berichterstattung der Medien über die veröffentlichten Konzepte der Robert-Bosch-Gesamtschule.

[489] vgl. GK, 10, 2006

[490] vgl. GK, 12, 2006

- So fand im März statt einer regulären Gesamtkonferenz ein Vortrag von Kerstin Tschekan vom Landesinstitut für Lehrerbildung aus Hamburg statt. Es ging um *„Unterrichtsqualität“.* Der Vortrag, so das Protokoll, stieß auf großes Interesse bei den Konferenzmitgliedern. Insbesondere Methoden des selbstgesteuerten Lernens wurden von der Referentin vorgestellt. Erstmalig wurde eine Gesamtkonferenz vollständig, wie eine pädagogische Dienstbesprechung, als Fortbildungsveranstaltung genutzt. Dies war auch möglich, weil es, so der Schulleiter in seiner Begründung, „nicht so viele andere Dinge auf dieser Gesamtkonferenz im März 2007 zu beschließen“[491] gegeben hätte.

- In der Gesamtkonferenz im Juni wurde das Ergebnis der Arbeitsgruppe „Schulverfassung“ vorgestellt.[492] Mögliche Tagungsfrequenzen von Gesamtkonferenz wie vom Schulvorstand wurden von der Arbeitsgruppe vorgetragen und von den Konferenzmitgliedern diskutiert. Außerdem wurde ein Wahlverfahren zur Bestellung der Mitglieder des Schulvorstandes vorgeschlagen. Am Ende wurde beschlossen, dass beide Gremien jeweils einmal im Quartal tagen sollten; beim Schulvorstand sollte eine zusätzliche Haushaltssitzung pro Schuljahr dazu kommen. Ob es bei der Anzahl der Gesamtkonferenzen bei vier pro Schuljahr bleiben sollte, wurde einer späteren Entscheidung überlassen.

- Außerdem ging es um die Einführung eines *neuen „Seminarfachs“* in der Mittelstufe und ein weiterer Tagesordnungspunkt beinhaltete den Aspekt der „kooperativen Unterrichtsvorbereitung und -durchführung“. Weitere Themen waren die „Revision der Jahresarbeitspläne“, die „Einführung von Feedbackbögen“ und im organisatorischen Bereich die „Wiedereinführung der Verfügungsstunde“.

Akademgorodok
Im Schuljahr 2006/2007 erschienen in den regionalen Medien wiederum viele Artikel[493] über die Hildesheimer Gesamtschule. Einige seien hier zur Illustration herausgegriffen. Am 18. November 2006 ging es in einem Bericht in der HAZ um den Austausch mit einem Gymnasium in der russischen Stadt Akademgorodok bei Novosibirsk. Die Überschrift lautete

[491] vgl. GK, 3, 2007
[492] vgl. GK, 6, 2007
[493] So waren es im Kalenderjahr 2006 insgesamt 97 Artikel; im Jahr 2007 waren es 143 Artikel und im Jahr 2008 erschienen 152 Artikel in den regionalen Zeitungen, in denen die Robert-Bosch-Gesamtschule wesentlich erwähnt wurde. Alle anderen Schulen aus Hildesheim wurden insgesamt 23mal (2006), 33mal (2007) und 36mal (2008) erwähnt.

„Zur russischen Eliteschule nach Sibirien. Robert-Bosch-Gesamtschule: Klassenfahrt in 6500 Kilometer entfernte Wissenschaftsstadt. Gegenbesuch aus Russland im Herbst 2007". Weitere Artikel in den Zeitungen informierten über Preise, die die Schule bei diversen Wettbewerben erhalten hätte. Ein großer Bericht erschien am 10. Februar 2007 in der „HAZ". Es ging dabei um ein neues Biologiezentrum für die Schule. Dieses Lernzentrum sei nach dem aus Hildesheim stammenden Nobelpreisträger „Sir Hans Adolf Krebs" benannt worden. Die Überschrift lautete „Bakterien direkt auf den Beamer". Die anderen Hildesheimer Zeitungen berichteten ebenfalls über dieses Ereignis.
Aus der Vielzahl weiterer Artikel sei noch herausgegriffen, dass am 3. März 2007 die „HAZ" über einen „Oberstufenboom an der RBG" schrieb und in dem Artikel darauf hingewiesen wurde, dass die Anmeldezahlen in der gymnasialen Oberstufe der Robert-Bosch-Gesamtschule außergewöhnlich hoch wären. Deshalb sollte die Schule weitere Räume im Technologiezentrum erhalten. Im Juni titelt die HAZ am 29. Juni in einem etwas kleineren Artikel „Gewinnt RBG den Deutschen Schulpreis?" In diesem Artikel wurde davon berichtet, dass sich 170 Schulen bundesweit für den von der Robert-Bosch-Stiftung, dem „Stern" und dem ZDF ausgerichteten Wettbewerb angemeldet hätten. 14 Einrichtungen wären davon in eine engere Auswahl gekommen. Diese würden nun von einer Jury besucht werden. Die erste der zu besuchenden Schulen werde die Robert-Bosch-Gesamtschule sein. Im Lokalteil der „HAZ" folgte ein Artikel mit der Überschrift „Ein großer Tag in der Geschichte der RBG. Robert-Bosch-Gesamtschule ist für den Deutschen Schulpreis nominiert". […][494]

Der Entwurf eines Schulprogramms wurde im Oktober 2007 in der Gesamtkonferenz zur ersten Lesung eingebracht.[495] Alle Gremien der Schule wurden aufgefordert, sich an der Entwicklung dieses Entwurfs zu beteiligen.

Am *12. Dezember 2007 fand aus außergewöhnlichem Anlass eine besondere Gesamtkonferenz* statt.[496] Zwei Tage zuvor hatte in Berlin die Preisverleihung des Deutschen Schulpreises stattgefunden. *Die Robert-Bosch-Gesamtschule erhielt den Deutschen Schulpreis als Hauptpreisträger*. Eine Arbeitsgruppe hatte die Bewerbung erstellt.[497] Die Jury des Schulpreises bemerkte dazu:

> *„Die Robert-Bosch-Gesamtschule besticht durch herausragende Qualitäten auf den wesentlichen Feldern. Das pädagogische Klima ist beeindruckend. Die Schule ist sehr groß, und doch fühlen Schüler und Lehrer sich zu Hause. Jeder spürt: ‚Auf mich kommt es an'. Bei der Ausgestaltung als Ganztagsschule setzt die Robert-Bosch-Gesamtschule Maßstäbe. Vormittag und Nachmittag, Unterricht und Projekte, Breiten- und Spitzenförderung, Eltern, Lehrer und außerschulische Experten, Wettbewerbe, Feste und öffentliche Aktionen sind hier in einer wohldurchdachten Choreografie aufeinander abgestimmt. Schüler erreichen allgemein hohe und*

[494] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[495] vgl. GK, 10, 2007
[496] vgl. GK, 12, 2007
[497] Der eigentliche Zweck dieser Arbeitsgruppe war die Erstellung eines Entwurfes für ein Schulprogramm der Schule. Quasi als Nebenprodukt wurden diese Materialien als Bewerbungsunterlagen für den Deutschen Schulpreis genutzt. Umgekehrt hat die Systematik des Qualitätsbegriffes die Systematik des Schulprogramms stark beeinflusst. Aber auch der „Orientierungsrahmen für Schulqualität" des Landes Niedersachsen hat das Schulprogramm deutlich geprägt.

exzellente Leistungen, besonders aber in Biologie, wo preisgekrönte Schülerforschung und praktische Umweltverantwortung Hand in Hand gehen. Durch ein beispielgebendes Betriebsmanagement, durch demokratische Führung und kontinuierliche Qualitätskontrolle hat sich die Schule aus einer schweren Krise befreit. Heute übersteigen die Bewerbungen die vorhandenen Schülerplätze bei weitem, und das in einem hoch konkurrenten Feld angesehener Gymnasien. Zukunftsweisend als pädagogisches Unternehmen mit einer auch für sehr gute Schulen ungewöhnlichen Entwicklungsdynamik, bietet die Robert-Bosch-Gesamtschule ihren Kindern und Jugendlichen bestmögliche Chancen für eine zukunftsfeste Bildung".[498]

Die Akteure der Schule waren stolz. Der Schulleiter stellte heraus, dass die Auszeichnung „das Ergebnis jahrelanger Vorarbeit von sehr vielen Beteiligten" sei. Die Jury des Deutschen Schulpreises hatte in ihrer Laudatio (und auch in den späteren Publikationen über die Schule), vor allem den Entwicklungsprozess der Robert-Bosch-Gesamtschule gewürdigt[499]. Herausgestellt wurde die Schulentwicklung als Ausdruck des Engagements und der Initiative der Lehrkräfte, und gewürdigt wurde auch die planvolle und demokratische Steuerung der Schule.

Im *Februar 2008* wurde das *„Arbeitsprogramm für das kommende Jahr"* als Ergebnis der Tagung der Funktionsstelleninhaber in Eldagsen vom Dezember 2007 vorgestellt.[500] Neben dem für mehrere Jahre gültigen Schulprogramm beschloss die Schule damit ein für ein Jahr gültiges „Arbeitsprogramm".[501] Darin wurden, nach schulischen Handlungsfeldern geordnet, konkrete Maßnahmen und Aufgaben beschrieben. In dieser Gesamtkonferenz wurden ebenfalls die Ergebnisse der *zweiten SEIS*[502]*-Befragung* vorgestellt.[503] Die Schule hatte bereits das zweite Mal an einer SEIS-Befragung[504] teilgenommen. In der „Dimension 2" „Lernen und Leben", war eine große Zufriedenheit der Lehrkräfte zu verzeichnen, und vor allen Dingen der Bereich der „Personal- und Qualitätsentwicklung" vermerkte ein sehr hohes Maß an Zustimmung und Akzeptanz. Die „Dimension 3" „Schulmanagement", so das Protokoll dieser Gesamtkonferenz, lasse ein positives Feedback erkennen. Im weiteren Verlauf gab es in dieser Gesamtkonferenz Hinweise auf die mögliche Mitarbeit in der Schulpreisakademie des Deutschen Schulpreises.

---

[498] Vgl. Der Deutsche Schulpreis 2007, Robert-Bosch-Stiftung, 2007
[499] Vgl. z. B. Fauser et al., 2008
[500] vgl. GK, 2, 2008
[501] Das Programm findet man im AdGdRBG. vgl. auch den „variablen" Teil des o.a. Schulprogramms. Dies ist gleichzeitig das „Arbeitsprogramm" (s. Anmerkung oben)
[502] SEIS steht für **S**elbst**e**valuation **i**n **S**chulen
[503] ebenda
[504] vgl. Ergebnisse der SEIS Befragung der Robert-Bosch-Gesamtschule 2007 im AdGdRBG

In weiteren Tagesordnungspunkten ging es um „Kompetenzorientierung des Unterrichts“, einen „Sendeplatz von Radio Tonkuhle“ und personelle Angelegenheiten.

Hauptpreisträger

Im Schuljahr 2007/2008 widmete sich eine Vielzahl von Presseberichten der Arbeit der Robert-Bosch-Gesamtschule. Es sollen hier jetzt nicht alle Artikel vorgestellt werden, ich beschränke mich auf einige ausgewählte Pressestimmen. So erschien am 4. September 2007 ein großer Artikel im Niedersachsenteil der „HAZ“ mit der Überschrift „Busemann: Kein Bedarf an neuen Gesamtschulen“. In dem Artikel wurde darauf verwiesen, dass eine Reihe von Umfragen bei Eltern in Niedersachsen das Ergebnis zeigen würde, dass viele Gesamtschulplätze fehlten. So war von 2300 Plätzen die Rede. Der Kultusminister wies dieses zurück. Der Kommentator der HAZ kritisierte den Minister mit der Überschrift: „Schulpolitik von gestern“. […][505]

Dann, am 08. Dezember 2007, schrieb die „HAZ“: „Hildesheim drückt RBG die Daumen“. Sie wies auf die Preisverleihung am 10. Dezember um 10.00 Uhr im ZDF-Studio in Berlin hin und auch darauf, dass der Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim, Kurt Machens, der Schule die Daumen drücke. Die anderen lokalen Medien berichteten ähnlich. Am Montagmorgen erschien die HAZ mit der Überschrift „RBG fiebert: Heute Preis?“. Der Schulleiter Wilfried Kretschmer wurde in dem Artikel mit folgender Äußerung zitiert: „Wir haben uns schon sehr gefreut unter den ersten zehn deutschen Schulen zu sein“. Nach der Preisverleihung am Montag, den 10. Dezember 2007, folgte einen Tag später eine außergewöhnlich umfassende Berichterstattung in zahlreichen Medien Deutschlands. Die Bildzeitung brachte als Aufmacher: „Die Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim holte sensationell den 1. Preis im Bundeswettbewerb“. Im überregionalen Teil der Hildesheimer Allgemeinen und Hannoverschen Zeitung stand: „Hildesheimer RBG ist beste deutsche Schule. Bosch Stiftung kürt Gesamtschule mit Schulpreis“ und in dem Artikel wurde dann hervorgehoben, „Hildesheim hat die beste Schule Deutschlands. Die Robert-Bosch-Gesamtschule RBG erhielt gestern in Berlin den mit € 50.000 dotierten Deutschen Schulpreis 2007“. Dann waren die nächsten Tage und Wochen voll mit Berichten über die Schulpreisverleihung, und es war außergewöhnlich vielfältig, was in den Medien vor sich ging. […][506]

Es ging weiter mit Artikeln zum Thema „Jugend forscht“ und dann überraschte am 01. März 2008 in der HAZ ein Artikel mit der Überschrift „Landesregierung ändert Schulpolitik dank der RBG“. In dem Artikel wurde berichtet, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule in der Regierungserklärung der Landesregierung herausgehoben worden sei. Die Landesregierung brachte wörtlich zum Ausdruck: „Aber wir wissen, dass nicht in erster Linie die Schulstruktur, sondern vor allem die Qualität des Unterrichts und die individuelle Förderung maßgeblich über das individuelle Fortkommen entscheiden. Schließlich ist es mit der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim eine Gesamtschule, die als beste Schule in Deutschland ausgezeichnet wurde.“ Und dann ging es weiter in der Regierungserklärung: „Auch deshalb werden wir die Gründung von Gesamtschulen auf Antrag der Schulträger als Angebot ermöglichen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.“ Und die Zeitung fuhr fort „Offensichtlich begründet die Landesregierung ihren Wechsel in der Schulpolitik auch mit der Auszeichnung der RBG.“

[505] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“
[506] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

Dann ging es weiter in der Presseszene mit vielen Berichten über die Hildesheimer Gesamtschule.
Ein Artikel mit einem anderen Tenor erschien in der HAZ vom 17. April 2008 mit der Überschrift: „RBG kehrt in ihren Westtrakt zurück. Zwei zusätzliche Räume – das macht weitere 11. Klasse möglich. Kreis braucht Gesamtschule." In dem Artikel wurde davon berichtet, dass die RBG aufgrund der starken Nachfrage auch in der gymnasialen Oberstufe zwei zusätzliche Räume im „Technologiezentrum" neben der Schule erhalten sollte. Am 20. Mai 2008 berichtete dann die „HAZ", dass die RBG „Auf dem Weg zur Weltspitze" sei. Es ging um „Eliteinstitutionen in Deutschland".

Die *Gesamtkonferenzen* des *Kalenderjahres 2008*, es erfolgten noch drei, eine *am 11. Juni,* eine *am 01. Oktober* und eine weitere *am 3. Dezember* 2008 - dann schon im Schuljahr 2008/2009 – beschäftigten sich weitgehend mit Themen der *Schulentwicklung*. Im Juni 2008 entschied die Gesamtkonferenz darüber, dass die *50.000 Euro Preisgeld* für den Deutschen Schulpreis nicht in Maßnahmen oder Projekte investiert werden sollten, sondern dass das Geld in einem *Fond mit sozialen und ökologischen Kriterien* anzulegen sei. Der Gewinn solle für die Ausstattung eines „Robert-Bosch-Preis(es)" der Robert-Bosch-Gesamtschule genutzt und jährlich an Schüler der Schule vergeben werden. Dazu, so der Antrag der Gesamtkonferenz, sei eine Jury zu installieren.[507]

Ebenfalls wurde in dieser Gesamtkonferenz ein zentrales *Arbeitsthema* für die UNESCO-Arbeit des nächsten Jahres demokratisch verabredet. Das Thema „Eine Welt? – Eine Kultur? – Weltkultur" solle fächerübergreifende Aktivitäten der Jahrgänge initiieren. Auch wurde in der Gesamtkonferenz vorgeschlagen, parallel zu den thematischen Jahresarbeitsplänen einen „Sozialen Lehrplan" zu erstellen. Besondere Aktivitäten des sozialen Lernens sollten dazu beschrieben und verabredet werden. Für die konzeptionelle Vorbereitung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Auch wurde bekanntgegeben, dass sich die Niedersächsische Schulinspektion zur Besichtigung angekündigt habe.

Jugend forscht
Nach den Sommerferien wurde im neuen Schuljahr 2008/2009 am 25. August 2008 in der „HAZ" berichtet, dass „Robert-Bosch-Schüler in Warschau ausgezeichnet" würden. Am 09. September folgte in derselben Zeitung ein Bericht über das „Rennen um die zweite Gesamtschule" in Hildesheim. Weitere Berichte zu diesem Thema schlossen sich an. In Hildesheim war vor allen Dingen in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 eine Entwicklung zur Gründung einer zweiten oder dritten Gesamtschule in Bewegung gekommen. Am 26. September lautete eine Schlagzeile in der „HAZ": „Ein Schlauchboot gab den Anstoß. Idee ‚Umweltschulen in Europa'" kehrt an die RBG zurück. 45 Schulen geehrt." In dem Bericht

[507] vgl. GK, 6, 2008

wurde daran erinnert, dass das Ostseeprojekt der RBG 1989 einer der Anstöße für das Projekt „Umweltschule in Europa" gewesen sei und dass die Gründungsveranstaltung zu diesem Landesprojekt auf dem Hildesheimer Marktplatz stattgefunden hatte. […][508]
Im Februar 2009 erschienen sehr viele Artikel über die Robert-Bosch-Gesamtschule. Der Landeswettbewerb „Jugend forscht" in Clausthal-Zellerfeld spielte dabei eine Rolle. Hier berichtete der Huckup, dass Jugendforscher der RBG nach Clausthal-Zellerfeld fahren würden. Außerdem gab es eine ganze Reihe von Artikeln, in denen sich die Presse mit der Schulreinigung in Hildesheimer Schulen auseinandersetzte. Dieses Thema nahm breiten Raum ein und ein großer Teil dieser Berichterstattung nahm die Situation in Schule in den Fokus. […][509]

Im *Dezember 2008* wurde das *Schulprogramm* als Beschluss der Gesamtkonferenz demokratisch festgelegt. Am Ende einer intensiven Diskussion wurde das Programm mit 130 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen. In dieser Konferenz wurde auch berichtet, dass sich der Schulleiter nach sieben Jahren Amtszeit wieder auf die Schulleiterstelle beworben habe und dass der Schulvorstand dies (ohne Gegenstimme) mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen gebilligt habe. Außerdem beschloss die Gesamtkonferenz die verpflichtende Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften. Es wurde festgelegt, dass alle Schüler bis Ende des achten Jahrgangs an mindestens vier halbjährigen Arbeitsgemeinschaften teilzunehmen hätten – es sei denn sie würden an einer außerschulischen Aktivität im gleichen Zeitraum teilnehmen und dies auch nachweisen können.

Im April 2009 wurden die *Ergebnisse der Schulinspektion*[510] vorgestellt. Der Schulleiter informierte dazu, dass der vollständige Bericht der Schulinspektion im Jahrbuch der Schule veröffentlicht werden solle. Interessant sei, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule nach neuen und anspruchsvollen Kriterien inspiziert worden sei und dabei landesweit außergewöhnlich gut abgeschnitten habe. Es erfolgte eine intensive Diskussion.

Neue Gesamtschulen
Das Schuljahr 2009/2010 beginnt in den Medien mit einer Reihe von Artikeln, in denen darüber berichtet wurde, dass Carsten Maschmeyer, ehemals Schüler der Robert-Bosch-Gesamtschule, in Hildesheim zum Ehrendoktor ernannt wurde und dass Ministerpräsident Wulff und der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder bei dieser Zeremonie anwesend waren. In diesem Zusammenhang wurde auch darüber berichtet, dass das Konzept der Robert-Bosch-Gesamtschule vom Ministerpräsidenten in seiner Rede als „vorbildlich" bezeichnet wurde. Außerdem gab es in diesem und in den folgenden Monaten in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung einige Berichte und Kommentierungen zum Thema einer

[508] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[509] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"
[510] Vgl. die Ergebnisse im Ordner Schulinspetkion 2009, AdGdRBG.

zweiten Gesamtschule in Hildesheim, die Robert-Bosch-Gesamtschule spielte dabei immer eine Rolle. Dies ging im Oktober so weiter. Im November ging es im „Huckup" um die Frage, „ob es nicht bald viele kleine Gesamtschulen im Kreis gebe" und im „Kehrwieder am Sonntag" wurde von einem Bericht von einer Delegation der Robert-Bosch-Gesamtschule beim Ministerpräsidenten Christian Wulff berichtet. Im Dezember berichteten der „Kehrwieder" und die „HAZ" darüber, dass es im nächsten Schuljahr an der Robert-Bosch-Gesamtschule eine sogenannte „Inklusionsklasse" geben werde und dass „die RBG Kinder mit Behinderung sucht". […][511]

Weitere Themen im Jahr 2009:

- Im *September* wurden von der Gesamtkonferenz die Kriterien zur Bewertung von Tests und Klassen vereinheitlicht. Bei der Bilanz der *UNESCO-Arbeit* wurde positiv herausgestellt, dass das *Afrika-Projekt* und das Welterbethema vielfältig in den Unterricht der Schule integriert seien. Als negativ wurde ein mangelnder Informationsfluss zwischen den Jahrgängen und den Fachbereichen festgestellt. Viele Anfragen von Schulen, die mit der Robert-Bosch-Gesamtschule Kontakt aufnehmen möchten, könnten aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht direkt berücksichtigt werden.
- *Im November* ging es um die Einführung einer *„Integrationsklasse"*. Die Gesamtkonferenz beschäftigte die Frage, ob die Schule diese zusätzlichen „Aufgaben meistern" könne. Am Ende einer regen Diskussion erfolgte ein positives Votum: Alle drei Jahre solle eine Inklusionsklasse in einer der Klassen des neuen 5. Jahrgangs eingerichtet werden. Weitere Reformprojekte: Portfoliomappen sollten verbindlich eingeführt werden, die Schulleitung und die Fachbereiche AWT und Natur planten, ein neues Fach *Physik/Technik* aufzubauen, um physikalische wie technische Aspekte besser miteinander zu verbinden. Dieses Fach sollte im 8., 9. und 10. Jahrgang jeweils zweistündig unterrichtet werden. Der Technikunterricht solle dadurch naturwissenschaftlicher und der Physikunterricht mit mehr technischen Anwendungen angereichert werden. Für die inhaltliche Ausgestaltung dieses Faches wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Außerdem wurde beschlossen, dieses Fach (möglichst) vom Kultusministerium als Modellprojekt für Niedersachsen genehmigen zu lassen.

Im März 2010 stand die Vorbereitung des *UNESCO-Jubiläums* am 19. Mai 2010 im Mittelpunkt der Beratungen der Gesamtkonferenz. Die Schule war zu diesem

[511] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

Zeitpunkt exakt 30 Jahre lang UNESCO-Projektschule. Die UNESCO-Gruppe informierte, dass die Vorplanungen für das UNESCO-Jubiläum abgeschlossen seien, dass es eine Vielzahl von interessanten Angeboten gäbe und dass dieses Jubiläum am 19. Mai in der Schule mit *einem großen Schulfest* gefeiert werden solle.
Eine andere Arbeitsgruppe hatte sich mit den in der Anhörung des Landtags befindenden Erlassen zur Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre in Niedersachsen beschäftigt. Trotz grundsätzlicher Ablehnung hatte die Arbeitsgruppe nach konkreten Möglichkeiten das Abitur alternativ nach 12 oder 13 Jahren an der Robert-Bosch-Gesamtschule zu absolvieren gesucht. Wichtig, so die Sprecher der Gruppe sei dabei, dass in den unteren Jahrgängen keine zusätzliche fachliche Leistungsdifferenzierung erfolgen dürfe und dass diejenigen, die nach 13 Jahren Abitur machen würden, nicht zwangsweise schneller lernen müssten, bloß weil in ihren Gruppen einige Schüler seien, die das Abitur bereits nach 12 Jahren machen wollten.

Streit um Plätze
Das Schuljahr 2010/2011 begann mit einer ganzen Reihe von Artikeln über die Gründung einer neuen Gesamtschule in Hildesheim. Im Oktober berichtete die HAZ über die Aktivitäten von Schülern der Robert-Bosch-Gesamtschule in Sibirien. Im November gab es viele Artikel in den lokalen Medien, in denen die Gesamtschule vorkam. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung berichtete mit einem großen Aufmacher auf der ersten Seite, „dass sich die CDU der IGS annähern würde". Im März und April folgten dann weitere Artikel und im Mai berichteten die lokalen Medien über die 40-Jahr Feierlichkeiten der Robert-Bosch-Gesamtschule. Die „HAZ" titelte groß „40 Jahre RBG - sie läuft und läuft…" und ein anderer Artikel brachte zum Ausdruck: „Die RBG hat die besten Schüler". Auch die anderen Zeitungen des Raumes widmeten sich dem Ereignis. Im Juni berichtete die „HAZ" darüber, dass es „Streit um RBG-Plätze" gebe und dass „die Stadt die Verlosung nicht überwachen darf". Der Hintergrund war, dass die Schule weiterhin stark überzeichnet war und viele Eltern sich wünschten, ihr Kind an der Robert-Bosch-Gesamtschule einzuschulen. Die Plätze wurden verlost. Dieses Losverfahren fand regelmäßig große, auch öffentliche, Beachtung. […][512]

Am *05. Oktober 2010* stand das Ereignis von „40 Jahre Robert-Bosch-Gesamtschule" im Mittelpunkt. In der Gesamtkonferenz wurde berichtet, dass eine *Festwoche vom 23. Mai bis 27. Mai 2011* geplant sei. Als Eckpunkte seien ein Zug der Schule durch die Stadt, ein großer Lauf für Afrika und ein großes Abschlussfest vorgesehen.
Von der *UNESCO-Gruppe* wurde darauf hingewiesen, dass mit dem Lauf für Afrika eine *Krankenstation in Tansania für die Massai* finanziert werden könnte.

[512] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse"

Das Ergebnis der Funktionertagung wurde ebenfalls vorgestellt: Ein Schwerpunkt der Agenda für das Schuljahr 2010/2011 sei die Arbeit im Bereich Unterrichtsqualität mit dem Ziel einer *Intensivierung der Hospitationsringe* und einer noch stärkeren Strukturierung der *Inspektion der Jahrgänge*. Im Mittelpunkt der Reformanstrengungen solle die Konzentration auf den Bereich *„selbstorganisiertes Lernen“* stehen. Der ehemalige Schulleiter der Bodenseeschule, Herr Hinz, präsentierte der Gesamtkonferenz einen Vortrag zu diesem Thema. Dadurch, so das Protokoll, sei ein guter Einstieg in das Projekt „selbstorganisiertes Lernen“ erfolgt.

Die UNESCO-Gruppe berichtete im März 2011 dann ausführlicher über das sich konkretisierende Vorhaben, im Dorf Lekrimuni in Tansania eine kleine Krankenstation für die dort verarmt lebenden Massai mit Spenden der Schule zu bauen. Der Hildesheimer Wasserbauingenieur Jochen Pabsch stellte dazu Möglichkeiten vor und erläuterte die Schritte zum Bau einer solchen Station. Die Konferenz unterstützte das Projekt und schlug vor, am 20. Mai einen Sponsorenlauf durchzuführen, an dem alle Jahrgänge der Schule teilnehmen sollten.

Die Schulleitung präsentierte im Oktober 2011 ein von ihr entwickeltes Verfahrensmodell zur Steuerung des Schulentwicklungsprozesses. Die Jahresagenda solle durch „*diskursive und demokratische Ziel- und Maßnahmensetzung aller Beteiligter auf der Grundlage des Leitbildes und des Schulprogramms verabschiedet werden*“. Darauf „folgen operative Handlungen, im Verlauf des Schuljahres (bei der Funktionertagung). Diese werden mittels *Feedback* und *direkten Beobachtungen* überprüft. Aus dieser Beratung ergebe sich die neue Agenda für das kommende Jahr. Die Schulleitung habe die Aufgabe im Verlauf des Schuljahres auf die Umsetzung der zu beschließende Agenda zu achten.“

Außerdem wurde in dieser Gesamtkonferenz ein Konzept der „*Unterstützung selbstorganisierter Lernprozesse durch digitale Lernwerkzeuge“* mit einer eigens entwickelten Software mit Namen „LAssi“: (Learners assistent) vorgestellt. Dieses selbstständige Lernen mit digitalen Lernwerkzeugen solle zunächst mit einem Pilotjahrgang der Schule getestet werden solle. Das Projekt werde von den Firmen Intel Deutschland und Microsoft Deutschland unterstützt und die beiden Unternehmen hätten vor, dieses Projekt in Deutschland mit der Robert-Bosch-Gesamtschule und zwei weiteren Schulen als Pilotprojekt zu erproben.

Die UNESCO-Gruppe stellte das UNESCO-Thema *„Weltbewusst essen und leben“* vor. Das Protokoll vermerkt dazu, dass die Jahrgänge und Fachbereiche Vorschläge für Projekte erarbeiten und diese möglichst bald dem UNESCO-Team mitteilen sollten. Es ging ebenfalls um die *Inspektion der Jahrgänge durch den Schulleiter*, um das *Mediencurriculum*, um *kollegiale Hospitationen*, um *Schulpartnerschaften*, um den *Zukunftstag 2012*, die *Homepage der Schule* und um das *Jahrbuch 2012*.

Lekrimuni

Im Schuljahr 2011/2012 wurde im September 2011 darüber berichtet, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule eine Inklusionsklasse eingerichtet habe. Im Oktober widmeten sich alle lokalen Medien den Aktivitäten der Robert-Bosch-Gesamtschule in Afrika. Unter der Unterschrift „Die RBG bringt Gesundheit nach Afrika“ schrieb die „HAZ“ über den von der Schule projektierten Bau eines kleinen Krankenhauses in Tansania, in einer Gegend, in der sehr arme Massai leben. Die anderen Medien berichteten ähnlich. Auch gab es Artikel darüber, dass der katholische Hildesheimer Weihbischof Hans-Georg Koitz als Schirmherr dieses Projektes auftreten wolle. Diese Themen setzten sich dann im November und Dezember 2011 fort. Im Dezember 2011 berichteten die lokalen Medien darüber, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule ein neues Schulfach für das Land Niedersachsen als Modellprojekt entwickelt würde. Dieses Fach Physik/Technik sei in Deutschland einmalig und werde an der Gesamtschule erprobt. Mit im Boot sei die Robert Bosch GmbH als große Firma und ebenfalls die Hildesheimer Universität, die das Projekt wissenschaftlich begleiten werde. Damit endete die Berichterstattung der lokalen Medien im Jahr 2011. […][513]

Am 18. November 2012 begann eine Serie von Berichten und Kommentaren über den Bau der Krankenstation in Lekrimuni im Kehrwieder am Sonntag. Eine Delegation von Schülern und Lehrern war für vier Wochen in Afrika und hat dort in Tansania mitgeholfen, die soziale Situation der Menschen etwas zu verbessern. Dazu hätten die Schüler in einer dortigen Krankenstation gearbeitet. In einer Schule haben sie mitgeholfen, den Unterricht zu verbessern und außerdem hätten sie auf einer Farm im Gartenbau mitgewirkt. Im Mittelpunkt dieses Artikels, aber auch der dann folgenden Berichterstattung in den anderen lokalen Medien, wurde darüber informiert, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule beim Bau der Krankenstation in Lekrimuni weiter vorangekommen sei. Nunmehr sei das Dach gedeckt und der Innenausbau sei weitgehend erfolgt. Zusätzlich seien die Fenster eingesetzt und die Schüler und ihre Lehrer hätten mitgeholfen, das Gelände mit einem natürlichen Agavenzaun einzufassen. Im November 2013 folgten viele weitere kleinere Artikel. Am 28. November ging es in einem Artikel über eine 15jährige Hanna, die lesbisch sei und vor ihrer Familie und vor ihren Freunden dazu stehen würde. Diese Geschichte sei, so die HAZ, rein fiktiv. Verfasst wurde sie von zwei Schülerinnen der Robert-Bosch-Gesamtschule aus dem 9. Jahrgang. Im Dezember 2013 berichtete die HAZ groß über die Ungleichbehandlung der städtischen und der Landkreisschulen bei der Versorgung mit Mensapersonal. Die einen, so die HAZ, bekämen Personal von ihren Schulträgern zur Verfügung gestellt, die anderen gingen leer aus. Ein großer Teil dieses Berichts bezog sich auf Äußerungen des Schulleiters der Robert-Bosch-Gesamtschule. Dann folgten noch weitere Artikel in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung und den anderen lokalen Medien. Am 31. Januar 2013 berichtet die HAZ noch einmal über die Pfandflaschenaktion für Afrika in der Robert-Bosch-Gesamtschule.

[513] Vergleiche die ausführliche Darlegung der Presseaktivität im AdGdRBG im Ordner „Presse“

Inzwischen sei diese Aktion so groß und gut angelaufen, dass in der Schule ein großes Becken gebaut werden musste, um die Flaschen unterzubringen. Diese Aktion stößt auf große, auch öffentliche Resonanz.

Die Einrichtung eines neuen Faches „Physik/Technik“ als Modellversuch wurde im April 2013 diskutiert. Das Fach sei vom niedersächsischen Kultusministerium als Schulversuch für den 8., 9. und 10. Jahrgang genehmigt worden und die Schule habe dazu ein hausinternes Curriculum erstellt, bei dem insbesondere die enge und praktische Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft ein wichtiger Aspekt sei. Bei der Vorstellung des hausinternen Curriculums verwiesen Vertreter des Fachbereichs darauf, dass im 8. Jahrgang die Mechanik mit dem Bau technischer Geräte im Mittelpunkt stehen werde. Im 9. Jahrgang stehe die Elektrotechnik mit dem Bau von elektrischen Anlagen, und im 10. Jahrgang die Robotik mit dem Bau von entsprechenden Robotern im Mittelpunkt. Für dieses Fach müsse auch das Zeugnis geändert werden, da nur so die Transparenz und besondere Bedeutung dieser pädagogischen Reform zu vermitteln sei. Die Zusammenarbeit mit der Robert Bosch GmbH spiele eine wichtige Rolle und die Unterstützung durch die lokale und die niedersächsische Wirtschaft sei von wesentlicher Bedeutung.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Konferenz war die Aufgabenbeschreibung der Fachbereichs- und Jahrgangsleiter. Die Schulleitung wies darauf hin, dass das Ergebnis der Arbeit der Arbeitsgruppe darin zu sehen sei, dass man die Schule demokratischer und, was die Hierarchie anbelangte, auch flacher organisieren wolle. Dazu sei von der Arbeitsgruppe und von den Betroffenen der Aufgabenkanon der Fachbereichs- und Jahrgangsleiter neu definiert und präzisiert worden. Die Fachbereichs- und Jahrgangsleiter als mittleres Management der Schule hätten dadurch die Aufgabe einerseits die Interessen ihres Fachbereiches bzw. Jahrgangs gegenüber der Schulleitung zu vertreten und andererseits die Entscheidungen der Leitung in ihre entsprechenden Bereiche hinein zu vermitteln. Insofern sei diese Tätigkeit durch eine besondere Rolle gekennzeichnet. Vor allem solle es darum gehen, dass die Fachbereichs- und Jahrgangsleiter ihre Weisungsbefugnis wahrnehmen und die Umsetzung der verabschiedeten Maßnahmen kontrollieren. Dieses Führungsmodell wurde mit großer Zustimmung zur Kenntnis genommen. Dabei wurde herausgestellt, dass mehr eigene, kreative Initiativen in den Teams geschaffen worden seien.

Im September 2013 stand das Thema einer möglichen Zusammenarbeit mit der Initiative „Blick über den Zaun“ im Mittelpunkt. Der Vorsitzende Dr. Hans Kröger referierte über den Austausch von Schulen untereinander. Der reformpädagogische Verbund existiere seit 1989 und ihm gehörten 137 Schulen an. Diese Schulen seien in 16 Arbeitskreisen organisiert, die sich zweimal im Jahr träfen. Dazu würden wechselnde Besuche an den Schulen eines Arbeitskreises für die Dauer von drei Tagen stattfinden. Es gäbe ein gemeinsames Leitbild und gemeinsame Standards. Im Anschluss fand eine Diskussion über Chancen und Risiken eines möglichen Beitritts statt: Positiv wurde herausgestellt, dass die Schule dadurch eine weitere Unterstützung bei ihrer Qualitätsentwicklung erhalten würde. Auch sei die überschaubare Verpflichtung, sich mit nur wenigen Lehrern konkret und praktisch zu beteiligen, ein Aspekt, der eine Zusammenarbeit mit „Blick über den Zaun“ unterstützen würde. Auf der anderen Seite wurde aber auch betont, dass die Robert-Bosch-Gesamtschule bereits mit vielen anderen Schulen in Austauschprogrammen involviert sei und dass vor allem die beiden *SchulLabore* der Robert-Bosch-Stiftung viele Aspekte, die vom Referenten vom „Blick über den Zaun“ genannt wurden, abdecken würden.

Anschließend wurde bekanntgegeben, dass das neue Fach Physik/Technik bei einem Schulpreis auf internationaler Ebene 20.000 US-Dollar gewonnen habe. Unbeeindruckt davon hätte sich allerdings der Dezernent der Landesschulbehörde dahingehend geäußert, dieses Projekt nicht weiter fortsetzen zu wollen. Dazu, so wurde die Schulleitung beauftragt, sollten entsprechende Gespräche in der Landesschulbehörde, im Kultusministerium, mit der Wirtschaft, der Wissenschaft, aber auch und vor allem mit den Eltern der Robert-Bosch-Gesamtschule geführt werden.

Bei den regionalen Jugend-Forscht-Wettbewerben des Schuljahres 2013/2014 wurde die Robert-Bosch-Gesamtschule im Januar 2014 mit dem „Preis für die beste Schule“ ausgezeichnet. Erstmalig wurde in Deutschland eine Gesamtschule mit diesem Preis ausgezeichnet. Viele der ausgezeichneten Arbeiten der Schüler hatten sich mit biologischen Fragen beschäftigt. Die Schule hatte sich – in diesem Zusammenhang – mit ihrem „Zentrum für aquatische Biologie“ einen außergewöhnlichen Lernort geschaffen, bei dem Tauchsport und ökologische Erkundungen unter Wasser miteinander verbunden worden waren.

7. Die zweiten 20 Jahre: Rückblick und Zusammenfassung

7.1. Betrachtungen beteiligter Akteure

Die *Wochenplan- und Freiarbeit* stellte einen ausgesprochen wichtigen Reformimpuls in der dritten Dekade der Schulgeschichte dar. Dem nachfolgenden Interview mit Karin Gragert ist zu entnehmen, dass eine Gruppe von zunächst nur 4 Lehrkräften ein eigenes pädagogisches Konzept in einem Teilbereich der Schule verwirklicht hatte. Dies war aufgrund des eigenen Wollens und aufgrund der Freiräume der Schule so möglich. Unterstützung erhielten die Protagonisten dieses Wochenplan- und Freiarbeitskonzeptes durch den zuständigen Dezernenten der Bezirksregierung Hannover. Auch der Schulleiter Hoppmann hat das Konzept unterstützt. Gleichwohl ist diese Innovation quasi von unten in einen Jahrgang der Schule (und dann darüber hinaus) implementiert worden. In der Folge hat die Wochenplan- und Freiarbeit einen hohen Bekanntheitsgrad zur Folge gehabt. Viele Lehrkräfte von anderen Schulen kamen in die Robert-Bosch-Gesamtschule. Dadurch wurde auch Wertschätzung vermittelt. Dies in einer Zeit, in der die Anmeldezahlen der Schule noch weit unten waren und es der Schule nicht gut ging. Die Wochenplan- und Freiarbeit am Anfang der 1990er Jahre stellt einen Meilenstein bei der pädagogischen Neuausrichtung der Schule dar. **Karin Gragert** erinnert sich:

> *„Frei- und Wochenplanarbeit in einen Jahrgang und in die Schule*[514]*. „Ich bin schon seit 1975 an dieser Schule. Ich habe als Referendarin hier angefangen und seitdem bin ich sehr zufrieden und sehr glücklich, weil ich mich immer selbst und damit persönlich und beruflich professioneller entwickeln konnte. Das finde ich sehr schön, dass ich die Freiräume bekommen habe, die ich gebraucht habe für meine Arbeit. Ein Aspekt in meinem Wirken ist die Implementierung der Freiarbeit. Das begann in Vorarbeiten 1987 und zwar habe ich mich da mit zwei anderen Kollegen zusammengetan, mit denen ich vorhatte, den Unterricht zu öffnen, weil wir das Gefühl hatten, dass wir mit unseren bisherigen Unterrichtskonzepten die Schüler nicht mehr so erreicht haben, wie wir uns das vorstellten.*
>
> *Wir hatten ja schon das Teamkonzept bei uns in der Schule etabliert, in dem Jahrgang 5/6 besonders stark, und es war aber so, dass wir ziemlich deprimiert waren, dass die Anmeldezahlen sehr stark zurückgegangen sind an der Schule, und da war schon auch ein bisschen Krisenstimmung an der Stelle. Das bedeutete für uns, noch mal nach dem Auftakt zu fragen, was wir tun könnten, um eine Verbindung zu unseren Zulieferschulen herzustellen. Das war ein ganz wesentlicher Punkt auch zu sagen, wir brauchen da eine Verbindung. Dann haben wir*

[514] Karin Gragert war als Lehrerin wesentlich an der Entwicklung der Frei- und Wochenplanarbeit der Schule beteiligt.

gesagt, wir gucken uns als erstes einmal an, was eigentlich in den Grundschulen läuft. Wir hatten den Eindruck, dass die ganzheitlicher arbeiteten als wir, dass sie näher an den Schülern dran waren als wir. In diesem Vorbereitungsjahr hatten wir die Grundschulgruppe der Freinet-Organisation. Wir haben uns dann in verschiedenen Grundschulen Unterricht angesehen und dabei gemerkt, dass dort wesentlich handlungsorientierter gearbeitet wurde. Auch ganzheitlicher, und das war für uns dann die Motivation zu sagen, dass das, was da in diesen Grundschulen gemacht wird, als Angebot auch für unsere Kinder bereitzustellen wäre. Wir konnten die Eltern sozusagen damit motivieren, dass das, was sie in den Grundschulen mit ihren Kindern erlebt hatten, bei uns als Angebot in der RBG weitergeführt werden würde. […] Schwerpunktmäßig sind Anne Dinges und ich auf diese Ideen gekommen. Die Schulleitung hat da keine Rolle gespielt. Aber wir hatten uns natürlich auch inspirieren lassen. Wir haben einen Grundschullehrerkongress hier an der Uni besucht, und da merkten wir dann, die sind irgendwie anders drauf, motiviert, ganzheitlich orientierter, angebotsorientierter auch. Es ging auch schon um Begriffe wie „Binnendifferenzierung" und „Individualisierung". Dann stieß noch Udo Paulus zu uns und als Vierter kam Henning Rosahl dazu. Wir waren ein Stammgruppenleiter-Team und zu viert in zwei Klassen.

Bei der Schulleitung haben wir dann einen Modellversuch beantragt; das wurde uns auch genehmigt. Freiarbeit wurde in zwei Stunden in der Woche angeboten und wir haben eine Fachstunde dazu genommen und eine Arbeitsstunde in Doppelbesetzung und sind dann damit erst einmal gestartet. Die Leistung der Schule war nur, uns quasi diesen Freiraum zur Erprobung unseres Modellversuchs ermöglicht zu haben. Wir haben dann mit den Fachbereichen geklärt, dass wir in der Freiarbeit auch Angebote aus den Fächern anbieten, von denen wir eine Fachstunde abgezwackt hatten. […] Wir haben den Modellversuch formal für diese beiden Klassen beantragt. Dann sind wir in die Gesamtkonferenz gegangen und haben einen Gesamtkonferenzbeschluss herbeigeführt mit dem Ziel, auch einen „Ausschuss Freiarbeit" zu gründen, in dem das Konzept weiterentwickelt wird und auch mit der Verpflichtung, in der Gesamtkonferenz Bericht zu erstatten. Dieser Ausschuss hat regelmäßig getagt und bestand aus uns und weiteren motivierten Kollegen. Das war im Schuljahr 1992/93. Und dann ist es noch weitergegangen. Wir haben uns gesagt, dass wir die Freiarbeit als didaktischen Schwerpunkt für die Stufe 5/6 etablieren wollten. Das ist dann in dem Jahr auch passiert. Im Schuljahr 1993/94 haben wir diesen Beschluss allerdings wieder zurückgenommen. Wir hatten gemerkt, dass die Umsetzung nicht weiter so passiert, wie wir uns das vorgestellt haben. Nach außen hin wurde gesagt, wir machen Freiarbeit, aber wenn man nach innen geguckt hat, wer denn Freiarbeit macht, war das nachher sehr wenig. Eben eine Stammgruppe oder zwei, so dass wir gesagt haben, wir können hier nicht nach außen was aufstellen und Erwartungen wecken, sondern wir müssen realistisch sein und das gegen den Willen des Schulleiters Friedemann Hoppmann. Der war ja total dagegen. Der hat gesagt, wenn wir erst einmal diesen Beschluss wieder zurücknehmen, dann ist nichts mehr los. Dann ist auch keine Verpflichtung mehr gegenüber den Kollegen da, das zu tun. Wir haben es aber doch in die Gesamtkonferenz gebracht und es als generelle Verpflichtung für diesen Jahrgang zurückgenommen. Die sogenannte „Lernwerkstatt" haben wir 1992 eingeweiht. Unterstützung hatten wir dabei von Prof. Dr. Uwe Sandfuchs, der hier an der Uni in Hildesheim war und der auch mit seinen Studenten gekommen

ist und uns an der Stelle unterstützt hat. […] Unser pädagogisches Konzept sah so aus, dass wir verschiedene Arten von Angeboten den Schülern präsentieren wollten. Diese Angebote hatten unterschiedliche Strukturen. Zum einen waren es einfach Karteien, mit denen die Schüler ihr Schulwissen oder das Unterrichtswissen noch mal wiederholen konnten. Dann gab es andere Karteien, die zu einzelnen Unterrichtseinheiten, besonders im Fach Gesellschaft und Deutsch, anregen sollten und die beispielsweise in Mathematik übendes und auch vertiefendes Arbeiten unterstützen sollten. […] Und es war so, dass diese Stunde in Doppelbesetzung ablief. Wir hatten ein festes Ritual, wie diese Stunden abliefen. Das war so, dass wir am Anfang immer Angebote vorgestellt haben, die neu dazugekommen sind. Wir haben versucht, jede Woche noch ein zusätzliches Angebot zu machen. Wir haben in der Anfangsphase auch Arbeitsergebnisse aus der letzten Freiarbeit noch mal präsentieren lassen. Die nächste Phase war dann die, dass die Kinder sich aussuchen sollten, welches Angebot sie jetzt wahrnehmen wollten und das dann eben in einem Arbeitsplan zu dokumentieren. Das haben wir am Anfang relativ frei laufen lassen, haben dann aber auch unsere Erfahrungen gemacht, so dass wir ein Stück weit gesteuert haben, indem wir gesagt haben, ihr müsst ein Angebot machen aus dem mathematischen Bereich und ein Angebot aus dem gesellschaftlichen Bereich oder wie auch immer. Wir haben auch festgestellt, dass die größten Schwierigkeiten, sich zu entscheiden, die leistungsschwächeren Kinder hatten. Die hatten auch Anlaufschwierigkeiten bei der Auswahl des Angebotes oder bei der Auswahl ihres Mitarbeiters. Das waren so Probleme, die wir dann bemerkt haben. Wir sind an der Stelle auch sehr vom Beratungsdienst unterstützt worden. Der Beratungsdienst hat Schülerinterviews, sogenannte „Tiefeninterviews" gemacht. Es ging dabei um die Bedeutung der Freiarbeit für die Kinder. Das haben wir dokumentiert und wir haben den Kindern eine sehr genaue Rückmeldung in Form von Berichten über ihr Arbeitsverhalten in der Freiarbeit gegeben. Wir haben sie sich selbst auch einschätzen lassen, wie sie ihre eigene Arbeit sehen, und haben das kommentiert. […] Ja, und dann gab es auch Kollegen, die gesagt haben, ihr seid hier schon 15 Jahre an der Schule und wollt uns jetzt erzählen, wie Unterricht besser geht? Das kann eigentlich nicht sein. Das waren Argumente, Freiarbeit abzuwehren. Das ist immer das Problem mit den eigenen Leuten, dem eigenen System, es ist nicht immer einfach. Es hat sich dann aber im Jahrgang schnell erweitert. Man kann schon sagen, dass alle es irgendwie versucht haben, bis auf zwei Gruppen vielleicht, wo nichts passierte. Aber es wurde dann bald auch eine Frage von außen. Bei den Eltern hatte es sich weit herumgesprochen, auch bei den Anmeldungen, da wurde auf den Zettel geschrieben, wir wollen in die Stammgruppen, in denen Freiarbeit stattfinden wird. Dann war natürlich die Frage, was sind die besseren Lehrer, die besseren Stammgruppen, das war jedoch nicht das, was wir wollten. Wir wollten keine Abwertung der Gruppen, in denen keine Freiarbeit stattfand. Aber bei den Eltern hat sich das so rumgesprochen, und sie haben ganz gezielt ihre Kinder in denjenigen Klassen haben wollen, so dass auch für die Kollegen deutlich wurde, wir müssen etwas tun, damit da kein Gefälle entsteht.

Ich habe mich immer total mit der Gesamtschule identifiziert. Ich finde den Integrationsgedanken nach wie vor faszinierend und ich finde auch, dass es der richtige Weg ist, wir aber feststellen mussten, dass wir mit dem herkömmlichen Unterricht den Bedürfnissen aller Kinder nicht mehr gerecht wurden. Das Herausnehmen von

schwierigen oder förderbedürftigen Kindern aus der Lerngruppe war und ist ja nicht die Idealform von Integration. Hier wollten wir etwas verändern, und da haben wir auf die Grundschulen geschaut. Die Grundschulen sind ja die originären Gesamtschulen. Wie machen die das? Welches sind deren Antworten? Sie besaßen ein breites und handlungsorientiertes Angebot für die Kinder. Also Freinet und Montessori. Darin sahen auch wir eine Möglichkeit, den verschiedenen Bedürfnissen der Kinder in der Breite etwas anzubieten. Das war unser Punkt und gleichzeitig, bezogen auf die Schule, unseren Integrationsgedanken stärker zu fördern und darauf auch zu antworten. [..] Der jahrelange Streit mit dem damaligen Schulleiter hat uns in unserer Arbeit nicht berührt. Das war eine andere Schiene. Das lief so nebenher, diese Aufregung mit dem Schulleiter. Aber er hatte keine Beziehung zu unserer Basis oder zu unserer Pädagogik. Da wusste er gar nicht Bescheid. Wir haben dann einfach losgelegt im Schonraum. Wir wussten, die Leitung kümmert sich nicht um das, was so im Einzelnen überall lief, die hatten andere Probleme. Und daher hatten wir unsere Nische, und die haben wir genutzt. Besser ist es geworden, als die Schulleitung gewechselt hat. Die Schulleitung sollte wach sein und sehen, was eigentlich läuft. Die Bedingungen sollten so geschaffen sein, dass man gut arbeiten kann. Die Schulleitung sollte einem dabei auch den Rücken freihalten, und sie sollte wertschätzen was läuft. Das war vorher überhaupt nicht der Fall. Da hatten wir das Gefühl, das interessiert die Schulleitung nicht groß, was wir

Der spätere Leiter der gymnasialen Oberstufe, **Jürgen Braun**, ist Anfang der 1980er Jahre zur Robert-Bosch-Gesamtschule gekommen. In seinem Interview beschreibt er die Lähmung, die die Schule durch das Gegeneinander zwischen Schulleitung und Kollegium erfahren hatte. Dieses Gegeneinander habe u.a. zu der schlechten Wahrnehmung der Schule in der Öffentlichkeit beigetragen. Hinzu kommt, dass Jürgen Braun zwar durchaus pädagogische Einzelinitiativen wahrgenommen hat, gleichwohl bemängelt er aber, dass zwischen diesen Einzelaspekten keine Klammer im Sinne einer Führung und Leitung einer Schule hergestellt wurde. Vor allem die konfliktträchtigen Gesamtkonferenzen in den 1980er Jahren hat Jürgen Braun als ausgesprochen negativ erlebt:

„In meiner Rückschau sind die ersten Jahre an der Robert-Bosch-Gesamtschule sehr anstrengend gewesen. Anstrengend auch durch die Art und Weise, wie die Schule gearbeitet hat und wie in der Schule gearbeitet worden ist. Nicht die Sachthemen standen im Vordergrund, sondern wesentlich aus meiner Sicht die atmosphärischen Aspekte und die Konfrontation zwischen dem Kollegium und der Schulleitung. Diese Konfrontation hat letztendlich verhindert, dass die Schule ihren Blick auf innere Prozesse, auf ihre Darstellung und ihre Aufnahme in der Öffentlichkeit gerichtet hat. Mir ist hier deutlich geworden, dass die Dinge auseinandergingen, zwischen einer sehr positiven Selbstwahrnehmung der eigenen Leistung und Arbeit sowie der Selbstdarstellung nach außen hin auf der einen Seite und deutlicher Kritik an der Schule in der Außenwelt, die ihr gegenüber in Teilen durchaus negativ eingestellt war, auf der anderen Seite. Die Akzeptanz der Schule

ist zunehmend verlorengegangen. Das war so der erste entscheidende Punkt aus meiner Sicht. Das war im Zeitraum von 1985 bis 1988/1989 der Fall. Es war einfach ein deutliches Gegeneinander zwischen Schulleitung und Kollegium, und das führte aus meiner Sicht auch zu einer Lähmung der Arbeit und der Aktivitäten an dieser Schule, auch wenn es durchaus einzelne Aktivitäten gegeben hat. Eine entscheidende Zäsur und Wende hängt für mich mit einer personellen Veränderung zusammen, nämlich mit dem Wechsel der Schulleitung, und hier ist für mich die Präsentation des neuen Schulleiters in der Gesamtkonferenz bezeichnend gewesen. Der neue Schulleiter, Herr Hoppmann, hat sich vorgestellt mit dem Programm „Die Schule von innen und von unten zu entwickeln". Das heißt, das war sein klarer erster Akzent, den er für seine zukünftige Arbeit setzen wollte, und das fand ich wichtig und bezeichnend, dass es ihm darum ging, das Kollegium mitzunehmen, das Kollegium anzusprechen, hier auch Möglichkeiten zu eröffnen, Räume zu eröffnen, in denen das Kollegium wieder aktiv werden konnte. Das war der erste Punkt, und der zweite Punkt, der mir in seiner Arbeit dann sehr deutlich geworden ist, war der, dass er die Außenwirkung der Schule zu einem ganz zentralen Thema seiner Arbeit gemacht und versucht hat, die Außenkontakte aufzubauen, zu entwickeln und zu pflegen.

Ich denke, dass bei allen Aktivitäten, die von Teilen des Kollegiums am Ende der 80er Jahre entwickelt worden waren, ein positiver Grundkonsens fehlte. Dieser positive Grundkonsens, die Schule insgesamt auch systematisch weiterzuentwickeln und nicht auf einem Status stehenzubleiben, fehlte. Es gab zwar etliche Einzelinitiativen, aber wegen der grundsätzlichen Konfliktsituation gab es keinen Moderator, der diese Einzelinitiativen verbunden und daraus ein großes Ganzes oder auch ein Programm entwickelt hätte, mit dem er hätte nach außen gehen und die Schule nach außen positiv darstellen können. Insofern wurden aus meiner Sicht diese positiven Ansätze in der zweiten Hälfte der 80er Jahre durch die noch sehr starke negative Außenwahrnehmung der Schule überdeckt. Sie wurden nicht hinreichend in der Öffentlichkeit wahrgenommen und wurden auch nicht hinreichend in die Öffentlichkeit transportiert. Es war eher eine Vereinzelung, die zwar gut war, die richtig war, die wichtig war. Es waren ja auch gute Aspekte. Aber es wurde keine Verbindung zwischen den einzelnen Elementen geschaffen und es wurde kein Konsens darüber hergestellt, dass die Aktivitäten weiterentwickelt und miteinander in Verbindung gebracht werden müssen. Aus meiner Sicht hat man sich in der Zeit mit dem Schulleiter Jürgen Volpert in dieser Konfliktsituation eingerichtet. Man konnte damit natürlich auch das eigene Verhalten positiv wie negativ legitimieren, was letztendlich aber eine Blockade für das Ganze bewirkt hat.

Die Wertschätzung für die geleistete Arbeit ist sicherlich ein ganz wesentlicher Faktor, wobei Schule hier an sich oder die Verantwortlichen in der Schule wenig Ressourcen und Möglichkeiten haben, diese Wertschätzung zu zeigen. Sie muss insofern eher auf der atmosphärischen Ebene erfolgen. Zusätzlich ist es bei uns gelungen, auch auf personeller Ebene eine Atmosphäre zu kreieren, in der die Dinge jederzeit offen diskutiert werden konnten und Kritik nach allen Richtungen artikuliert werden durfte. Als weiteres Element kam dazu, dass die Kollegen auch von der Sache her überzeugt waren, dass sie Interesse an dem hatten, was sie tun mussten, dass sie sich mit ihren Stärken wiederfinden konnten in dem, was

von ihnen auch über den rein fachlichen Unterricht hinaus gefordert wurde. Diese drei Komponenten kamen zusammen, und ich denke, dass hier wesentliche Voraussetzungen geschaffen worden sind. Für mich ist der Leistungsbegriff ein entscheidender Begriff in der Diskussion um Schule. An der Gesamtschule sollte dieser Begriff durchaus etwas weiter definiert werden. Am Gymnasium wird er ja häufig noch auf die fachliche Leistung reduziert und am Ende auch auf den Abiturdurchschnitt des Jahrgangs der jeweiligen Schule. Auch bei uns an einer integrierten Gesamtschule sollte es das Ziel sein, möglichst viele Schüler mit möglichst guten Ergebnissen und vor allen Dingen möglichst guten Kompetenzen zum Abitur zu bringen und sie damit zu einem Studium zu befähigen oder zu anderen hochqualifizierten Berufen. Aber die integrierte Gesamtschule muss natürlich weiterdenken, weil sie auch Schüler hat, die nach Klasse 10 mit einer guten soliden fachlichen Ausbildung, aber auch einer Ausbildung, die das Arbeitsverhalten anbetrifft, die Schule verlassen, um in die Berufswelt einzusteigen. Beiden Gruppen gerecht zu werden und beide Ziele zu verfolgen ist ein sehr hoher Anspruch."[515]

In diesen Jahren finden sich auch viele Hinweise auf ökologische Projekte, wie die *„Sommerschule",* auf das *„Ostseeprojekt"* und das *„Baltic-Sea-Project"*[516]*.* Und es

[515] Braun, Interview 2010, AdGdRBG

[516] Vgl. Bratschke et al.: „Das Baltic-Sea-Project. Suche nach den letzten Tümmlern":„Die Dimension der Umweltzerstörung und ihre Auswirkungen auf die Haltung und Einstellung der Schüler ist die zentrale pädagogische Herausforderung unserer Zeit. Schon die Kultusminister-Konferenz (KMK) forderte in ihrem Bereich ‚Umwelt und Unterricht' vom 17. Oktober 1980: ‚Es gehört zu den Aufgaben der Schule, bei jungen Menschen Bewusstsein für Umweltfragen zu erzeugen, die Bereitschaft für den verantwortlichen Umgang mit der Natur zu fördern und zu einem umweltbewussten Verhalten zu erziehen, dass über die Schulzeit hinaus wirksam bleibt. Die Robert-Bosch-Gesamtschule hat unter diesen pädagogischen und didaktischen Vorgaben an vielen lokalen Umweltprojekten im Raum Hildesheim gearbeitet. Als 1989 die Unesco ihre assoziierten Schulen aufrief, im Rahmen des ‚Baltic-Sea-Projects' international zusammenzuarbeiten, hat sich auch die Robert-Bosch-Gesamtschule dieser Aufforderung gestellt. Vorrangiges Ziel der Schüler und der Lehrer der Robert-Bosch-Gesamtschule war, im Rahmen dieses Ostsee-Projektes die Lebensbedingungen der letzten Schweinswale in der Ostsee zu untersuchen. Das Interesse galt einem der seltenen Kleinwalarten in der Ostsee, die durch Umwelt- und Klimaeinflüsse sowie durch Fischfang hochgradig gefährdet sind. Insbesondere reizte an diesem Vorhaben, dass der Schweinswal wenig bekannt ist. In letzter Zeit jedoch setzen sich Wissenschaftler und insbesondere Umweltschutzverbände erneut mit ihm auseinander. Die Zusammenarbeit insbesondere mit Umweltverbänden wurde gesucht und gefunden. Das Projekt umfasst nicht allein die Beschäftigung mit Schweinswalen als Spezie. Im Sinne ökologischer Bildung wurde davon ausgegangen, dass die Gesamtheit der Organismen, einschließlich Mensch, integraler Bestandteil eines ‚vernetzten Ganzen' ist. Auch wenn die Schweinswale in der Ostsee zentraler Untersuchungsgegenstand blieben, erweiterte sich das Projekt zu einer Bearbeitung meeresökologischer Fragen. Die Ostsee als ökologisches Großsystem soll in Ansätzen erfasst und in ihrer Veränderung und Gefährdung durch Umwelteinflüsse hinterfragt werden. Die kleine Insel Aarö bei Haderslev im Kleinen Belt bot sehr gute Bedingungen für meeresbiologische Studien. Ihre weiten Flachwasserzonen umfassten alle Organismen, die auch im Watt zu finden sind, ihre Salzwiesen boten spezifische Flora, fast alle Vogelarten, die in Küstenbereichen anzutreffen sind, konnten hier beobachtet werden. Der Campingplatz auf der Insel war ein idealer Stützpunkt, von dem aus geforscht werden konnte. Schüler und Lehrer nutzten auf Aarö die Chance, über die theoretische Wissensvermittlung durch Bücher und Arbeitsblätter hinaus in der originalen Begegnung Sinneseindrücke aufzunehmen und so ihre Erlebniswelt zu erweitern. In den verschiedenen Arbeitsgebieten Flachwasser, Salzwiese und Vögel konnten die Schüler die Vielfalt und Erscheinungsformen eines ökologischen Großsystems erfassen. Dabei beschränkten sie sich nicht allein auf den Erwerb ökologischen Grundwissens, das sich in Kenntnis von Daten und Fakten erschöpft, sondern entwickelten auch tiefe Einsichten in und ein neues Verständnis für ökologische Wirkungszusammen-

finden sich an vielen Stellen Bemerkungen und Diskussionen über das *„Sommertheater“.*

Erhard Thiesen war Anfang der 1980er Jahre als Fachlehrer für Politik, Musik und Erdkunde an die Schule gekommen und hat die Zeit der Ökologisierung des Schullebens miterlebt und mitgestaltet. Erhard Thiesen berichtet, auf welche Weise eine Gruppe einzelner Lehrkräfte mit großer Eigeninitiative begonnen hat, das unmittelbare Umfeld des Schulgebäudes durch grüne Inseln und einen Schulgarten mit einem Teich neu zu gestalten. Außerdem war Erhard Thiesen von Anfang an bei der Planung und Durchführung von ökologischen Projektfahrten an die Nordsee, die Ostsee und nach Korsika beteiligt. Im Inneren der Schule hat er im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft zu einer Begrünung des Schulgebäudes wesentlich beigetragen. Er macht bei seinen Ausführungen deutlich, dass diese Projekte in hohem Maße selbstorganisiert gewesen sind. Die Initiativen kamen von den Lehrkräften und von Eltern der Schule.

> *„Ich bin seit 1983 hier an der RBG. Vorher war ich in Hessen an verschiedenen Gymnasien und Gesamtschulen tätig. Meine Ausbildung habe ich auf einer Gesamtschule gemacht und mich dann 1983 gleich mit Musik und der Umwelt beschäftigt. Für das, was ich vorher in diesen Bereichen schon gemacht hatte, habe ich hier eine sehr offene Situation vorgefunden, in der man viele Ideen einbringen konnte. Was ich wahrgenommen habe, als ich zu dieser Schule kam, ist, dass es ein Gebäude in Betonstil mit wenig gepflegter Außenanlage war, und parallel zu der Zeit, als ich und ganz viele andere Kollegen neu hier auf die Schule gekommen sind, eine Aufbruchsstimmung entstanden ist. Deshalb habe ich mich hier besonders für die Außenanlagen engagiert, um erstens das äußere Bild der Schule zu verbessern, damit es nicht so betonmäßig aussieht, und natürlich auch, um möglichst viele Schüler zu engagieren, weil ich nämlich gleich festgestellt hatte, dass viele Schüler gar keinen Zugang zur Natur hatten. Sie kamen aus Milieus, in denen diese Zugänge auch nicht gepflegt werden, und es gibt sie natürlich heute auch noch, aber nur in verschwindend geringem Maße. Damals*

---

hänge. Das Meer, der Wind, die Pflanzen und die Tierwelt als neuer differenziert betrachteter Erlebnisraum schufen Sensibilität für die Eigenart und Schönheit von Lebewesen und von naturnahen Landschaften. Viele Fragen der Schüler sind offengeblieben. Viele Fragen werden neu aufgeworfen. Im Unterricht in Hildesheim wird nun motiviert daran gearbeitet mit dem Ziel, auf Aarö die Studien kontinuierlich weiter zu betreiben. Es war die einhellige Meinung aller Schüler: ‚Wir müssen wieder nach Aarö fahren und weiterarbeiten. ‘ An der dänischen Ostseeküste liegt unweit des Ausgangs des Haderslev-Fjords im Kleinen Belt die flache Insel Aarö. Mit ihren 600 ha Land, den Bauernhöfen und Fischerhäusern, vor allem aber der vorgelagerten flachen, unter Naturschutz stehenden Insel ist sie idealer Standort für naturorientierte Erkundungen. Wegen der Insellage und der geringen Ausdehnung fehlen die Störungen des kommerziellen Massentourismus. Das flache Wasser macht das Erforschen des küstennahen Naturraums in idealer Weise möglich, die zentrale Lage lässt Untersuchungen der Meeresbiologie des Kleinen Belt besonders gut zu. So entschieden wir uns, nicht zuletzt auch wegen des günstig gelegenen und gut ausgestatteten Campingplatzes sowie der guten Erreichbarkeit, für die Insel Aarö.“

war das wohl der Mainstream, und ich habe versucht, möglichst viele Aktivitäten schülerzentriert anzustoßen. Gerade die Außengestaltung ist ja ein originäres Feld, wo man Schüler einsetzen kann. Wenn man mit Kindern arbeitet, braucht man natürlich auch die Eltern, zumindest bis zum 8. Jahrgang, weil diese mit dem Umgang mit technischen Geräten versierter sind. Insofern habe ich mich um die Zusammenarbeit mit den Eltern bemüht, und das hat auch gut geklappt. Auch habe ich, als ich an die Schule kam, festgestellt, dass es in der Pädagogik und in der Zuwendung zu den Schülern noch vieles Verbesserungswürdige gab. Da war meine Hoffnung auch, dass man auf dieser Ebene der praktischen Gestaltung der Außenanlagen durch die Zusammenarbeit der Schüler, Lehrer und Eltern zu einer besseren Beziehung untereinander gelangt.

[…] Dass die Kollegen sich so stark im Umweltbereich engagiert haben, hat zwei verschiedene Ursachenebenen. Eine Ebene ist die Zufallsebene, da braucht man Kollegen, die auf der gleichen Wellenlänge arbeiten, die gleichen Vorstellungen und Zielsetzungen haben und natürlich das nötige Wissen mitbringen, damit man so etwas überhaupt umsetzen kann, von der Idee bis zur Realisierung. Die zweite Ebene ist, dass die betreffenden Kollegen, die sich da engagiert und natürlich auch viel ihrer Freizeit mit eingebracht haben, auch die Idee hatten, die Schule insgesamt und deren Positionierung in der Region in Hildesheim zu verbessern. Dies bedeutet auch Qualifizierung von Unterricht, weg von der einseitigen Kopflastigkeit. Mit „Herz und Hand“ sollte auch ein emotionaler Zugang zur Natur gefunden werden, dies u.a. vor dem Hintergrund, dass damals viele Kinder aus zerrütteten Familienverhältnissen hier waren - eine ganz andere Population als heute - und dass man diesen Kindern eine lebens- und liebenswerte Umwelt als Modell bzw. Gegenmodell darstellen konnte. Wichtig war gleichfalls das Projekt „Umweltschule für Europa“. Wir hatten 1994 die ersten Aktivitäten. 1993 waren wir angeschrieben worden, weil man in der Öffentlichkeit bemerkt hatte, dass es bei uns viele schulinterne Umweltaktivitäten gab. Die damalige Schulleitung hat dann den damaligen didaktischen Leiter Hans-Rudi Bratschke und mich gebeten, das Projekt in die Hand zu nehmen. Das haben wir auch gemacht und seit den ersten Aktivitäten federführend hier in Niedersachsen mitgewirkt. Parallel dazu liefen die Aktivitäten für das „Baltic-Sea-Project“ der UNESCO. Diese lagen allerdings vorwiegend in den Händen eines Biologielehrers, weil dieser Verbindungen in den Norden, nach Dänemark und Skandinavien hatte. Beide Bereiche wurden dann aber relativ schnell zusammengeführt und von Kollegen gebündelt. Der einzige aus der Schulleitung, der sich engagiert hat, war Hans-Rudi Bratschke, der die Informationen auch nach außen hin weitergetragen hat. Die „Sommerschule“ kam einige Jahre später. Nachdem wir das anfangs nur mit den Oberstufenschülern gemacht und damit so gute Erfolge erzielt hatten, haben wir gedacht, wir müssten das eigentlich auch für die Mittelstufe implementieren. Die ersten Ideen dazu hatten wir 1996. Sie wurden auch sehr schnell unter Federführung des Kollegen Binsteiner umgesetzt, nachdem man entsprechende Sponsoren gefunden hatte. Wir mussten dann, da sich die Jüngeren im Gegensatz zu den Oberstufenschülern des „Baltic-Sea-Projects“ nicht selbst versorgen konnten, auch das gesamte Equipment wie Küchen, Unterrichtszelte und viele Materialien extra neu anschaf-

fen. Deswegen bedurfte es über ein Jahr Vorbereitung. Mit dem Jahr 2000 mündeten alle diese Aktivitäten in der Teilnahme an der Expo 2000."[517]

In den Protokollen werden die thematischen und organisatorischen Vorbereitungen auf die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover deutlich. Zunächst wurde der Antrag der Schulleitung, bei der EXPO mitmachen zu wollen, vom Kollegium abgelehnt. In einem zweiten Anlauf erklärten sich die Lehrkräfte bereit, die Kollegen, die an der EXPO teilnehmen wollten, auch teilnehmen zu lassen. **Friedemann Hoppmann** beschreibt in seinen Ausführungen Aktivitäten, das Image der Schule zu verbessern. Dazu hatte er die wesentlichen Meinungsträger des Raumes Hildesheim erstmalig in die Schule eingeladen. Neben dieser nach außen gerichteten Arbeit war der interne Aspekt der Wertschätzung und Unterstützung des Kollegiums wichtig. Dies geschah in einer Zeit, in der die Schule durch den Dauerkonflikt zwischen Schulleiter und Kollegium gelähmt worden war. Als ehemaliger Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft war dieser Schulleiter bestens mit Aspekten und Schwierigkeiten des besonderen Hildesheimer Umfeldes vertraut.

„Die Anmeldezahlen an der Hildesheimer Gesamtschule sind bis Ende der 80er Jahre deutlich zurückgegangen. Ich kann es jetzt rein zahlentechnisch nicht ganz genau bemessen, aber es ist halt so gewesen, dass in den 80er Jahren ein Rückgang der Schülerzahl insgesamt zu verzeichnen war. Der zweite Grund, der wahrscheinlich hier eine Rolle gespielt hat, ist der, dass im Januar 1976 die bis dahin mehrheitlich regierende SPD in Niedersachsen gestürzt wurde. Ernst Albrecht wurde Ministerpräsident, und es begann die Phase, die bis 1990 dauerte, in der all das, was Peter von Oertzen als Leuchtturm in der SPD nach dem Krieg in der Bildungspolitik mit aufgebaut hatte, wieder zurückgedreht werden sollte. Es fand eine Rücknahme der Reformpädagogik durch die Konservativen statt. […] Als ich am 01. August 1990 Schulleiter wurde, habe ich mich als erstes mit meinem Stellvertreter Harald Hoffer zusammengesetzt. Ich hatte ihn schon vorab gebeten, mir die Statistiken der letzten 3 Jahre zu zu schicken. Ich hatte von dieser Abnahme der Schülerzahlen bereits im Vorfeld gewusst, natürlich, meine Kinder sind ja auch mal hier gewesen. Das sah ich als bitter an. Die Sorge, die hier im Kollegium die Runde gemacht hatte, übertrug sich sofort auf mich. Wie kann diese Schule überleben!? Jetzt im wahrsten Sinne des Wortes überleben. Das heißt, eine dreizügige, eine vierzügige Schule kann keine Oberstufe mehr halten. Die Oberstufe wäre gestrichen worden, das war eine Gefahr, und eine IGS ohne Oberstufe ist nicht mehr das, was ursprünglich einmal vom Konzept vorgesehen und was gewollt worden war. Unser oberstes Ziel musste es damals sein, wie werden wir attraktiver, wie gehen wir damit um, wie schaffen wir es, dass wir mehr Anmeldungen in die Schule hereinbekommen […]

[517] Thiessen, Interview 2010, AdGdRBG

Das erste, was ich versucht habe, war mit einem externen Team von Fachleuten so etwas wie eine Strukturanalyse hin zu bekommen. Dazu gehörten Herbert Kastner, Ilse Wittenberg und Professor Cloer. Wir wollten in Ruhe und nicht nur gerüchteweise an die rückläufigen Schülerzahlen analytisch rangehen, auch um all das, was den Ruf dieser Schule ausmachte, strukturell beschreiben zu können. Da haben wir einige Aspekte erörtert. Natürlich war „Randale" ein Stichwort, wir hatten 5 oder 6 Stichworte. Wir haben erörtert, haben Kärtchen beschrieben, haben die an die Tafel gepackt und haben versucht, Lösungen zu erarbeiten […].Ein sehr entscheidender und exemplarischer Punkt war die ‚Randale'. Zu meiner großen Überraschung und der der anderen stellte ich aber durch objektive Nachprüfungen fest, dass wir in der Hildesheimer Schulszenerie diesbezüglich ganz weit unten rangierten. Als ich das dann verkündete - ich kam mir wie ein Prediger in der Wüste vor - merkte ich, wie einige ihre Köpfe hoben: Vielleicht ist es gar nicht so schlimm, es ist ja vielleicht viel an Vorurteilen da dran und, und, und. […] Es war eine riesige Arbeit damals und hat viel Zeit gekostet. Es hat sich meiner Erinnerung nach gelohnt, damit sich die Köpfe - wie ich das noch mal bildlich sage - des Kollegiums, nein, damit sie den Blick wieder heben konnten. […] Außerdem habe ich in den ersten drei Jahren mit der KSL zusammen etwa 40 Gespräche geführt mit wichtigen Menschen, wichtigen Institutionen und Behörden. So, und das hatte ich gegliedert, das war mein Ansatz und mein Aufbau, nach fünf wichtigen, die Stadt Hildesheim strukturierenden Gruppierungen, meine „Fünf-Säulen-Theorie": Als da wären der Rat der Stadt, also die Politik, die Wissenschaft in Form unserer pädagogischen Hochschule, die Gewerkschaften, die Kirchen und die Wirtschaft. Wir hatten vor allen Dingen mit den Schwierigkeiten eines manchmal vereisten Bezugssystems zu uns zu tun. Viele Vorurteile begegneten uns. Und ich erinnere mich noch, wie oft ich telefoniert habe, um einen Termin hin zu kriegen und nicht abgewimmelt zu werden. Und jedes Mal, oder fast jedes Mal, war es dann so, dass wir uns nach dem Gespräch verabreden konnten, ein zweites Mal zu tagen und dann konstruktiv an die Arbeit zu gehen. Die anderen sollten uns ja erst einmal kennen lernen, dass wir keine roten Bösewichte waren, die die Welt zerstören wollten. Und dann fingen wir an, Schnittmengen zu beschreiben und im nächsten Schritt ernst zu machen. Die schwierigste, aber wahrscheinlich auch erfolgreichste Geschichte war die mit den Hildesheimer Bosch- und Blaupunkt-Werken. Bosch hatte vor, und das ist keine Legende, dieser Schule den Namen Robert-Bosch-wegen des schlechten Rufes abzuerkennen. Und als ich das irgendwoher gehört hatte, da klingelten bei mir alle Alarmglocken. Und was ich da telefoniert habe, um ein erstes Gespräch mit dem Betriebsleiter Lückefett hinzukriegen, das war eine sehr lange Phase. Und irgendwann gelang es dann. […]

Als ich als Schulleiter kam, nahm ich in der Schule als erstes wahr, dass hier die Gruppe Dinges-Paulus-Gragert schon etwas entwickelt hatte, was meiner Unterstützung würdig war: Ich darf es so sagen, weil ich natürlich viele Initiativen selbst vorher entwickelt hatte und ich das toll fand, was sie machten und was dann unter dem Stichwort „Freiarbeit" weiter entwickelt wurde und große Resonanz nicht nur in der Schule, sondern auch in der Region fand […].Dann stellte ich fest, dass dieses Kollegium ja nicht dümmer oder schlauer war als die anderen Kollegien, dass dieses Kollegium nicht schlechteren oder besseren Unterricht als andere Kollegien machte, und ich verstand die Welt nicht, warum diese Introvertiertheit, dieses resignative Verhalten, bis auf die drei, die ich genannt habe, so um sich

gegriffen hatte. Und ich stellte dann fest, dass es doch einige hier im Kollegium gab, die aus ihrer Nische oder ihrer Resignation herauswollten, Mut hatten, starten wollten und neue Ideen in die Schule brachten. Aus dem Normalalltag heraus zu gehen und zu sagen: „Mensch, ich habe da eine Idee, ich engagiere mich, und es macht Spaß", das hat angesteckt. Das hat mich sehr gefreut und ich konnte dann, soweit das überhaupt möglich war, dies auch unterstützen. [...] Im Jahr 2000 kam mit der Teilnahme an der EXPO sozusagen die Zuspitzung all dessen, was es an Initiativen in der Schule gab. Wir waren mit 23 Einzelprojekten dabei. Die Folge all dieser Aktivitäten war, dass der Ruf der Schule besser wurde und die Schülerzahl langsam wieder aufwärtsging. Die Schule hat sich nach außen profilieren können. Es gab 1996 ein Projekt mit einer Schülergruppe der Oberstufe, die die Zeitungsartikel über die RBG auswertete. Das stolze Ergebnis war, dass die Berichte in der Zeitung besser geworden waren. Das ist ein Beleg dafür, dass es aufwärtsging. Es kamen alle möglichen Initiativen zusammen, vor allen Dingen auch in der Oberstufe, und es gab noch viel mehr Ideen. Und das war intern, dass Initiativen und Mut entwickelt wurden und zu unserem Erfolg führten. 1990 gab es wieder eine SPD geführte Regierung, die den Gesamtschulgedanken nicht zerstörte, sondern wieder aufgriff. Damit gab es auch politischen und verwaltungstechnischen Rückenwind. Und an politischer Führungsstelle in Hannover wurde nicht mehr polemisch gegen Gesamtschulen gearbeitet."[518]

Anne Dinges hat als Didaktische Leiterin der Schule maßgeblich an den Entwicklungsprozessen der Schule gearbeitet und hat in den Jahren ab 1999 den Entwicklungsprozess der Schule aus dieser Rolle heraus mitgestaltet. Zuvor war sie als Jahrgangsleiterin in der Schule tätig und hat - in dieser Funktion - mit ihrem Jahrgang wichtige pädagogische Reformen wie die Wochenplan- und Freiarbeit, aber auch die Einführung der Hospitationsringe mit initiiert und begleitet. In ihrer Tätigkeit als Didaktische Leiterin war sie am pädagogischen „Turnaround" der Schule beteiligt:

„1999 bin ich als didaktische Leiterin eingewiesen worden. Wir waren mitten in den Expo-Vorbereitungen und hatten in der Schule Baumaßnahmen und alles Mögliche. Das Blockheizkraftwerk war schon da, glaube ich, und im Zuge dieser Expo-Aktivitäten haben wir dann die ökologische Sanierung angeschoben mit dem Bau einer Wasserversickerungsanlage, einem Grasdach, einer Photovoltaikanlage … Wir sind dann als Expo-Schule zertifiziert worden mit zwei Schwerpunkten, „Ökologie" und „Völkerverständigung". Wir hatten unsere Projekte alle eingereicht, und das Zertifikat mit diesen beiden Schwerpunkten ist praktisch so von der Expo zu uns gekommen. Sie haben uns auf Grund unserer ganzen vielfältigen Tätigkeiten oder Projekte, die wir gemacht hatten, gesagt, also diese Schule hat diese beiden Schwerpunkte. Wir haben das dann auch aufgegriffen, und das sind bis heute unsere Schwerpunkte geblieben. Die Expo-Teilnahme selbst war im Vorfeld sehr umstritten im Kollegium. Es gab auch viele Gegner, unter anderem war ich am Anfang auch dagegen. Ich habe meine Einstellung dann dazu geändert. Das war für unser Kollegium und für unsere Schule eine unheimliche Auszeichnung. Wir

[518] Hoppmann, Interview 2010, AdGdRBG

standen ja ganz stark in Konkurrenz mit Hildesheimer Gymnasien, die sich auch beworben hatten, und wir sind dann ausgewählt und zertifiziert worden, und das hat die Schule in Fahrt gebracht. Das war ein Startpunkt, weil das Kollegium auf einmal auch gemerkt hat, Mensch, wir werden auch von außen so wahrgenommen, und es fing an, dass sich ein Selbstbewusstsein des Kollegiums und der Schule entwickelte. Von daher war das unheimlich wichtig, auch für die Wahrnehmung unserer Schule in der Öffentlichkeit. Wir haben das ziemlich erfolgreich durchgezogen und auch für unsere Schule genutzt. Wir haben unheimlich viele Leute in die Schule eingeladen, diverse Delegationen haben sich hier unsere Sachen angeguckt, und es war richtig was los. Wir haben auch tolle Präsentationen gehabt. Ich erinnere mich noch an sehr viele Stationen innerhalb der Schule, und wir haben unsere Schülerschaft auch ganz stark mit einbezogen. Ja, das war Expo, das war sozusagen der Startpunkt in eine systematischere Entwicklung. Wir haben immer gesagt, wir machen jetzt erst einmal die Expo, wir powern da alles rein, was wir zu geben haben, und danach wollen wir innehalten und Bilanz ziehen, auch noch einmal zurückschauen und alles zusammentragen, was es an unserer Schule gibt und gab. Wir hatten dann einen pädagogischen Tag. Wir wollten im Sinne von „Ökologie“ und „Völkerverständigung“ Schwerpunkte bilden. […]

Wir haben dann in der Zukunft immer daran gearbeitet, diesen UNESCO-Gedanken ganz stark in den Mittelpunkt zu rücken, also sozusagen als Überschrift über „Ökologie“ und „Völkerverständigung“, als unsere Moral, sozusagen unsere Idee, und daran, das zu verankern in den Köpfen und in den Herzen der Kollegen, nicht im Sinne, da gibt es eine UNESCO-Gruppe an unserer Schule, sondern wir sind UNESCO. Und es zieht sich durch alles hindurch, dieser Gedanke und leitet uns. Wir haben damals gesagt, man muss hier einen Fünftklässler ansprechen können und der soll in der Lage sein zu sagen, was das bedeutet. […]

Zum Beginn unserer Schulentwicklung meine ich, dass wir mit dieser riesigen Wand im Infoflur nach der Expo anfingen. Das war der erste Versuch, unseren Lehrplan (Anfang 2001, W.K.) besser hinzukriegen. Es war ein Vorläufer, um erst einmal zu sammeln, was wir überhaupt haben. Wir wussten noch gar nicht genau, wie das mit dem Lehrplan werden wird, wir hatten ja auch keine Vorbilder in dem Sinne. Wir haben einfach versucht, durch viele Diskussionen und Gespräche eine Linie reinzubringen. Diese didaktische Wand zu entwickeln war inhaltlich bezogen auf die Fächer, auf die Inhalte. Auf der Schulentwicklungsebene hatten wir dann die APU, und später (2002, W.K.) ist es uns irgendwie gelungen, das zu integrieren … Wir wollten in dieser Zeit ja auch „selbstständige Schule“ werden, unter der SPD-Regierung noch. Und dann waren im Januar oder Februar (2002, W.K.) die Wahlen, und von einem Tag auf den anderen wurde alles erst einmal gekippt. Wir hatten aber vorher schon, das war so zu den Zeugnistagen, wo sich die Schulen ja verpflichtend fortbilden mussten, alles vorbereitet, um am Thema „selbstständige Schule“ zu arbeiten. Am nächsten Morgen sollte das losgehen, und da hatte die SPD die Wahl verloren. Daraufhin haben wir uns gefragt, was machen wir jetzt mit unseren Arbeitsgruppen „Selbstständige Schule“ und beschlossen, wir machen sie trotzdem, und zwar arbeiten wir an unseren Schwerpunkten. Und dann haben wir angefangen mit dem Thema ‘Leitbild“, das weiß ich noch ganz genau. Eine Gruppe hat angefangen an dem Leitbild zu arbeiten, eine andere Gruppe hat an

„Transparenz der Gremien“ gearbeitet. […] Wir haben vor 1999 so gut wie überhaupt kein Didaktisch-Pädagogisches-Gremium mehr gehabt… Und als ich didaktische Leiterin wurde, habe ich dann das Didaktisch-Pädagogische-Gremium einberufen … Es war ein unheimlich tolles Instrument für unsere Schulentwicklung. Das waren dieselben Leute, mit denen wir die Tagung in Hustedt 2002 gemacht haben, und die Jahr für Jahr die Sachen weiterentwickelt haben. Das kam dann mit dem neuen Schulleiter richtig in Gang… Wichtig ist, glaube ich auch, dass die kollegiale Schulleitung intakt war. Wir wussten ziemlich klar, wo wir hinwollten. […] Das Kollegium wurde immer mit einbezogen. Wir haben dann eine klare Gremienstruktur gehabt. Gesamtkonferenzen waren früher ein Graus bei uns an der Schule, weil sie völlig undiszipliniert abliefen, Leute an den Tischen saßen, korrigierten und ihre Zeit abgesessen haben, ohne wirklich dabei zu sein. Wir haben dann ernsthaft daran gearbeitet, dass sich das ändert und bestimmte große Diskussionsfragen ganz gezielt gestuft in die Gremien gegeben und wieder zurücklaufen lassen durch die Systematik, die wir hatten. Also Schulleitung, Didaktisch-Pädagogisches-Gremium, dann die Fachbereichsleiter, die Jahrgangsleiter, in allen Gremien wurden Vorhaben diskutiert, und so wurden Entscheidungen vorbereitet. Und dieses Hick-Hack in der Gesamtkonferenz erübrigte sich damit, weil die Themen wirklich im Kollegium diskutiert worden und die Entscheidungen vorbereitet waren. So wurde das Kollegium immer mitgenommen.

Zu unserer Struktur gehörten dann auch die Klausurtagungen. Einmal im Jahr ging das Didaktisch-Pädagogische-Gremium 3 Tage in Klausur und das letzte Jahr wurde evaluiert und das neue Jahr geplant. Und dann sind diese Sachen in die Jahrgangsteams gegangen, und dort haben sich die Teams auch in Klausur getroffen. Das hat sich dann so entwickelt und wir haben Wert daraufgelegt, dass sich das so entwickelt. Parallel dazu gab es die Supervisionen in den Jahrgängen. Ich möchte einen Vergleich wagen: 1994 war die Schule für mich total bunt, aber auch sehr chaotisch. Alle fühlten sich in der Schule wohl, hatten auch diese Mentalität „wir müssen zusammenhalten“ durch die früheren Wirren um die Schulleitung und natürlich auch ein schönes Feindbild. Es war alles wunderbar, bunt und chaotisch. 2004 ist in meinem Kopf sehr klar, mit immer besser werdenden Strukturen, effektiv, und ja natürlich auch noch bunt, aber irgendwie mit Struktur. [..] Hinzu kommt, glaube ich, dass man als Schulleitungsteam auch sehr sensibel sein muss für Dinge, die in den Teams laufen. […]. Glücklicherweise sind dann bei uns bestimmte Leute in der Schulleitung aufeinandergetroffen, die die gleiche Vision hatten oder haben. Na klar, man kann darauf hinarbeiten, aber es ist toll, wenn man so etwas hat. Aber unser Erfolg war nicht nur einem glücklichen Zufall geschuldet. Wir sind dann auch sehr systematisch vorgegangen. Und diese Systematik kann man durchaus auf andere Schulen übertragen. Zuerst einmal muss man sich darüber einigen, wer sind wir überhaupt, was zeichnet uns aus, und es gilt, an dieser Diskussion, es geht ja dann meist um das Leitbild, wirklich alle zu beteiligen, alle mitzunehmen, auch wenn das länger dauert. Und es gibt bestimmte Schritte, die man überall nachlesen kann, wie man Schulentwicklung macht. Wichtig ist es, einen klaren Fahrplan zu erstellen, welche Schritte zu gehen sind, und das Kollegium auch in dem Sinne mitzunehmen, zu sagen, wir haben einen Fahrplan, ihn vollkommen transparent zu machen und zu verdeutlichen, wir wissen, ihr habt immer viel zu tun, ihr seid sehr belastet, aber hier arbeiten wir daran, da arbeiten wir daran, so dass auch deutlich wird, wir arbeiten hier nicht im

Tunnel, denn das ist unheimlich frustrierend für ein Kollegium. Ich glaube, unser Masterplan war ein geniales Instrument, weil er immer wieder aufgelegt wurde in den Konferenzen, und wir sagten, wir sind jetzt da und da wollen wir hin. Es ist so ersichtlich, wir haben einen Plan, und das ist eine unheimliche Beruhigung, dass die Kollegen wissen, wir arbeiten jetzt nicht in einem dunklen Loch oder das versickert irgendwo, sondern wir wissen ganz genau, was wir wollen und wo wir hinwollen."[519]

7.2. Zusammenfassung: 1990 - 2014

Anstatt sich innerlich oder tatsächlich von dieser Schule zu verabschieden intensivierten ab Mitte der 1980er Jahre viele Lehrkräfte ihre pädagogische Arbeit; dies passierte ohne Aufforderung oder Anleitung von oben. Dieses Phänomen steht für einen Aufbruch aus der Lethargie, bei dem es auf der einen Seite eine glückliche Fügung war, dass sich so viele Lehrkräfte mit „ihrer" Schule identifizierten, und bei dem auf der anderen Seite fachlichen und pädagogischen Können, Teamstrukturen und die gewachsene Gruppenbindung eine wichtige Rolle spielten. Die Lehrkräfte hatten sich untereinander als stark und autonom erlebt. Es gab den Gestaltungsraum, der Eigeninitiative und Engagement unterstützte und förderte.[520]

In der Folge dieses Aufbruchs[521] entstanden im Zeitraum von 1990 bis 1999 eine Vielzahl von Projekten und Aktivitäten. Die Schule blühte aus sich selbst heraus auf. Das Spektrum reichte von ökologischen Projekten der Schule, über Frei- und Wochenplanarbeit in einzelnen Jahrgängen bis hin zu Theaterprojekten und vielen UNESCO-Aktivitäten. Die Schullandschaft ähnelte durchaus einer „vielfältigen Baustelle".[522] Hierzu einige Beispiele:

Im Jahr 1994 wurde in der gymnasialen Oberstufe der Robert-Bosch-Gesamtschule ein *„Fachpraktikum"* eingeführt, die Schüler mussten eine *„Facharbeit"* schreiben, in

[519] Dinges, Interview 2010, AdGdRBG
[520] vgl. hierzu die Interviews mit den beteiligten Lehrkräften; hierzu vor allem das Interview mit Gerd Ammon (s.u.).
[521] vgl. dazu auch die in den folgenden Kapiteln in den Interviews mit betroffenen Akteuren dargelegten Sichtweisen.
[522] Ein erster Versuch, diese Vielfalt in Richtung eines möglichen Schulprofils zu strukturieren, wurde – außerhalb der Schule - von der Schuljury der EXPO 2000 unternommen. Nachdem die Schule ihre Bewerbungsunterlagen ohne weitere Systematik eingereicht hatte, wurde die Schule von der Jury als bundesweite Modellschule mit dem Profil „Ökologische Schule der Zukunft – Eine Schule der Völkerverständigung" ausgewählt. Diese Zuordnung kam von der Jury. In der Schule wurde dies dann im Sinne einer „Profildiskussion" nicht weiter vertieft. Offensichtlich war es im Jahr 2000 noch kein Problem, kein über die Sonderstellung als „Integrierte Gesamtschule" hinausweisendes pädagogisches Profil zu besitzen.

Jahresprojekten wurde fächerübergreifendes Arbeiten geübt. Zusätzlich *wurden ökologische Aspekte in die Lehrpläne der gymnasialen Oberstufe* integriert und die Lehrkräfte unternahmen eine Reihe von Anstrengungen, um das ursprüngliche Gründungsziel der Hildesheimer Gesamtschule, die *Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung*[523], doch noch Wirklichkeit werden zu lassen. Eine der Ursprungsideen der Schule wurde auf diese Weise, „zeitversetzt", von der gymnasialen Oberstufe wieder aufgegriffen. Hinzu kamen weitere wesentliche Reformimpulse in der Sekundarstufe. *Wochenplanarbeit* und *Freiarbeit* wurde in den Jahrgängen vertieft und ausgeweitet. Dies war oft Thema in den Gesamtkonferenzen der 1990er Jahre.

[523] Wilfried Kretschmer: Gesamtschule und gymnasiale Oberstufe: „Zwanzig Jahre tat sich nichts. Die Reformruine existierte zehn Jahre lang im wahrsten Sinne des Wortes. Symbolisch stand sie für ganz Niedersachsen: Der Westtrakt der Hildesheimer Robert-Bosch-Gesamtschule, Mitte der 70er als Gebäude eigens für den Zweck der Integration beruflicher und allgemeiner Bildung fertig gestellt, fiel den 1976 veränderten politischen Konstellationen in Niedersachsen zum Opfer. Nach rigorosem Baustopp drohte das Gebäude letztendlich zu verfallen; zehn Jahre tat sich nichts. Die Idee, im Rahmen der Oberstufe des allgemeinbildenden Schulwesens eine berufliche Qualifikation mit zu vermitteln, geriet, parallel zum Verfall des Hildesheimer Westtraktes, zusehends ins politische Abseits. Das Gebäude wurde schließlich 1986 von der Stadt als Technologiezentrum einer neuen Nutzung zugeführt. Von ‚Doppelqualifizierungen' und ‚Gesamtschuloberstufe' wird erst seit neuestem in Niedersachsen wieder gesprochen. Seit ihrer Gründung vor 20 Jahren endet Gesamtschule hierzulande mit dem 10. Jahrgang; danach folgt die ganz normale gymnasiale Oberstufe. Die immanente Kritik an dieser Oberstufe, aber noch viel mehr das historische unabgegoltene Spannungsverhältnis zwischen integrierter Gesamtschule und additiver, gymnasial organisierter Oberstufe führen jetzt, im Zuge der landesweit feststellbaren Renaissance bildungspolitischer Innovationen, zu Versuchen einer Neukonzeptionalisierung der Inhalte wie der Formen des Sekundarbereichs II. Auch in Hildesheim an der Robert-Bosch-Gesamtschule ist seit gut einem Jahr der Reformprozess in Gang gekommen. Dabei war und ist uns vor Ort durchaus klar, dass insbesondere in den „Einführungsjahren" der niedersächsischen Gesamtschule die ‚normale' gymnasiale Oberstufe gerade gegenüber Skeptikern und Kritikern durchaus legitimationsfördernde Bedeutung für die noch junge Schulform gehabt hat. So gleichmacherisch und nivellierend konnte die Gesamtschule ja denn nun doch nicht sein, wenn man an ihr sogar das Abitur machen konnte! Und auch für die Eltern und Schüler spielte und spielt es bei der Anmeldung eine nicht unwichtige Rolle, dass der Schulbesuch in diesem System bis zum Abitur führen kann. Das muss auch alles im Prinzip so bleiben! Und dennoch: Der strukturelle Bruch zwischen Gesamtschule einerseits und gymnasialer Oberstufe andererseits existiert als „steckengebliebene Reform" seit der Gründungsphase von vor 20 Jahren. Und da ist nichts verwachsen oder hat sich aufeinander zu entwickelt. Curricular, organisatorisch (und unter Umständen auch bei den Lehrergruppen) treffen zwei Welten aufeinander. Prinzipien des Lernens an der Gesamtschule, wie das ‚Fördern von Begabungen' oder die ‚Verbindung von Kopf, Herz und Hand' konnten sich in dieser Oberstufe nicht entfalten. Jedoch auch umgekehrt mangelt es an der Integration zwischen Sekundarbereich und gymnasialer Oberstufe. Unter den gegebenen Bedingungen zu Recht wird von Lehrern der Oberstufe Klage darüber geführt, dass die Vorbereitung der Sekundarstufe I nicht optimal gewesen sei. Über Ansätze, etwa im Wahlpflichtbereich auf die speziellen Anforderungen der Oberstufe vorzubereiten und gleichzeitig leistungsstarken Schülern Anreize zu geben, ist man bisher kaum hinausgekommen. Am Ende dieses jetzt zwei Jahrzehnte alten Desintegrationsprozesses begreifen sich mancherorts die Teilkollegien auch als emotional separate Bezugsgrößen. Die objektive Schlechterstellung der Studienräte/innen im Vergleich zum Gymnasium fördert die Abgrenzung noch. Der strukturelle Bruch verstärkt sich so zusätzlich. Auch die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung – ursprünglich einmal wesentliches Planungsziel – ist in den vergangenen 20 Jahren niedersächsischer Gesamtschule kein erkennbares Stück vorangekommen…"

Ab 1990 wurde dieser kollegiale Aufbruch durch die Schulleitung (und den neuen Schulleiter) unterstützt und die Lehrkräfte in ihrer Arbeit ermutigt. Der Schulleiter, der 1990, und diesmal mit Zustimmung des Kollegiums, ins Amt kam, führte die Schule emotional mehr zusammen und setzte mit seiner Hinwendung zum gesellschaftlichen Umfeld viele Akzente. Das Ansehen der Schule stieg kontinuierlich. Ein erster Höhepunkt war erreicht, als die Schule im Jahr 1999 gegen die Konkurrenz aller anderen weiterführenden Schulen des Raumes Hildesheim von einer internationalen Jury als „Modellschule“ zur Präsentation des deutschen Bildungswesens auf der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover nominiert wurde.

Hinzu kam: Eine ausgesprochen aktive und ab Mitte der 1980er Jahre von der Kollegialen Schulleitung zuerst gebilligte und später ermutigte *Öffentlichkeitsarbeit* **der** Schule. Dies hat den Prozess des Gelingens unterstützt und intern in der Schule durch die positive Außenwirkung zu einer Stärkung des Selbstbewusstseins und der pädagogischen Aktivitäten beigetragen. Man kann durchaus sagen, dass bis etwa Mitte der 1980er Jahre die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Schule in weiten Bereichen eher passiv und reagierend gewesen war. Zwar gab es einige Ausnahmen, aber generell stand die Schule eher passiv und erleidend einer insgesamt etwas abwartenden und teilweise negativen Presselandschaft gegenüber. Mitte der 1980er Jahre änderte sich die Situation. In Hildesheim gründeten sich mehrere Stadtteilzeitungen, so in der Nordstadt „Der Nordstädter“, in der Stadtmitte „Der Hildesheimer“ und auf der Marienburger Höhe die Stadtteilzeitung „Auf der Höhe“. Diese drei Stadtteilzeitungen deckten etwa 40 bis 50 Prozent des Stadtgebietes ab. In ihren Redaktionen arbeiteten Lehrkräfte der Robert-Bosch-Gesamtschule oder aber Personen mit, die der Robert-Bosch-Gesamtschule wohl gesonnen waren. Diese Stadtteilzeitungen berichteten regelmäßig und meist positiv über das, was in der Robert-Bosch-Gesamtschule stattfand. Bei der führenden Lokalzeitung, der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“, wendete sich das Blatt Mitte der 1980er Jahre dadurch, dass jüngere Redakteure ihre Arbeit aufnahmen und unvoreingenommen der Robert-Bosch-Gesamtschule gegenüber waren. Einen ersten positiven Höhepunkt erreichte diese neue *Form der Beziehung zur Hildesheimer Lokalpresse* im Jahr 1991, als die Robert-Bosch-Gesamtschule ihr 20jähriges Bestehen feierte. Die Hildesheimer Allgemeine Zeitung berichtete sehr informativ auf einer Zeitungsseite über das, was es an pädagogisch Bemerkenswertem in der Robert-Bosch-Gesamtschule gab. Diese Zeitungsseite stellt aus meiner Sicht eine Wende bei der

Berichterstattung der „HAZ“ über die Robert-Bosch-Gesamtschule dar. In der Folge wurde die Pressearbeit der Schule zunehmend verbessert und optimiert. Ebenfalls Ende der 1990er Jahre begann die Schule ein „Jahrbuch“ [524] herauszugeben. Dieses Jahrbuch gab und gibt es seitdem in jährlicher Folge.[525] Insofern kümmerte sich die Schule seit Mitte der 1980er Jahre ausgesprochen intensiv um ihr eigenes Erscheinungsbild in den Medien und in der Hildesheimer Öffentlichkeit. Es ist zu erkennen, dass die Schulleitung nicht mehr nur die öffentliche Debatte passiv abwartete. Vielmehr erschienen in den regionalen Medien jetzt (ab 1989) mehr und mehr Artikel und Veröffentlichungen, die von der Schule selbst verfasst worden waren. In der Schulleitung wurde das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ ernst genommen. Zumal das schlechte Image der Schule in den Jahren zuvor wahrscheinlich in nicht unerheblichem Maße durch die Medien beeinflusst worden war. Die „interne Öffentlichkeitsarbeit“ wurde auch intensiviert. Erstmals erschien im Jahr 1998 ein umfangreiches „Jahrbuch“ der Schule. Unter der Regie eines Schulleitungsmitgliedes wurde diese jährliche Veröffentlichung zu einem wichtigen Medium der Transparenz und der Identitätsbildung auch in das Umfeld der Schule. Wesentlich erschien allen Beteiligten in dieser Zeit, dass sowohl die externe wie auch die interne Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Schule spielen würden. Die damaligen Jahrbücher waren geprägt durch diesen Gedanken. Schon bald bildete sich eine kleine Redaktion, die in intensiver Vorarbeit ein jährliches Jahrbuch zum Erscheinen brachte. In diesen Jahrbüchern wurde in einem ersten allgemeinen Teil auf Entwicklungen der Schule, wichtige Ereignisse im schulischen Umfeld und

[524] vgl. die immer auch programmatischen Titelseiten der Jahrbücher im AdGdRBG.

[525] Darüber hinaus erstellte die Schule regelmäßig jedes Jahr weitere Publikationen, die über außergewöhnliche Aktivitäten der Schule berichten. Dies sowohl im ökologischen wie im Ganztagsbereich wie auch in lokalhistorischer Hinsicht. Eine besondere Rolle spielt dabei auch noch, dass regelmäßige Projekt der gymnasialen Oberstufe, bei dem die Leistungskurse bzw. die Zweige an einem generellen Thema für eineinhalb Jahre zusammenarbeiten und dieses Thema, immer mit einem deutlich lokalhistorischen Bezug, dann auch in der Hildesheimer Öffentlichkeit an einem wesentlichen Ort außerhalb der Schule präsentieren. Darüber wird auch regelmäßig groß berichtet. In den letzten Jahren ist das Internet dazugekommen. Auf der Homepage präsentiert sich die Schule seit etwa acht Jahren außerordentlich intensiv. Zur Vorbereitung all dieser Veröffentlichungen findet einmal pro Woche eine Redaktionssitzung der mit der Öffentlichkeitsarbeit der Schule betrauten Personen beim Schulleiter statt. Bei dieser Besprechung geht es darum zu analysieren, was in der zurückliegenden Woche in den Medien ggf. über die Robert-Bosch-Gesamtschule berichtet wurde. Und dann werden weitere Aktivitäten für die kommende Woche geplant. Dieses Gremium besteht neben dem Schulleiter aus den Schulassistenten sowie zwei Schülerredakteuren, die über Vorgänge oder Gegebenheiten, die in der jeweiligen Folgewoche geplant sind, berichten. Es sind zwei weitere Schüler, die die Homepage betreuen, an diesen Besprechungen beteiligt. Diese kleine Redaktionsrunde plant die Pressearbeit oder die Öffentlichkeitsarbeit der Robert-Bosch-Gesamtschule. Aus den Aktivitäten rund um die Homepage herum entstehen auch Artikel, die an die lokalen Presseorgane weitergegeben werden und auch Artikel, die zusammengefasst später zur Veröffentlichung im Jahrbuch bestimmt sind.

weitere übergreifende Aspekte eingegangen. Danach präsentierten sich die Stufen der Schule und in diesen Stufen die Jahrgänge. Das Jahrbuch wurde in einer Auflage von ca. 2000 Exemplaren erstellt und an die Schüler und Lehrkräfte der Schule verkauft. Über diesen Kreis hinaus wurde das Jahrbuch kostenlos an alle Grundschulen im Landkreis Hildesheim und an viele weiterführende Schulen verschickt. Hinzu kamen Institutionen, Firmen und Betriebe, die auf die eine oder andere Weise mit der Schule zusammengearbeitet hatten. Neben dem „externen Marketing" durch dieses Jahrbuch spiegelte dieses auch jeweils die besonderen pädagogischen Aktivitäten der einzelnen Stufen und Jahrgänge wieder. Jedes Jahrbuch war auch eine jährliche Leistungsbilanz der einzelnen Bereiche der Schule. Auf indirekte, gleichwohl aber gewollte Weise, entstand so eine Form der Vergewisserung und Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse der einzelnen Bereiche.

Quantitative Betrachtung der Medienpräsenz[526]

Eine quantitative Betrachtung über den gesamten Zeitraum der Schulgeschichte zeigt, dass in den Jahren 1969 bis zum Ende von 2013 insgesamt 3573 Veröffentlichungen, die sich mit dem Thema Robert-Bosch-Gesamtschule auseinandergesetzt haben, in den Presseorganen im Raum Hildesheim erschienen sind. Nach 12 Berichten und Kommentierungen im Jahre 1969 und dann 26 Artikel im Jahr 1970 schnellt die Berichterstattung und Kommentierung in den Gründungsjahren 1971 und 1972 auf 91 bzw. 97 Presseartikel hoch und fällt allerdings, was die 1970er Jahre anbelangt, in den Jahren 1974, 1975, 1976 und dann auch darüber hinaus, also bis zum Ende der 70er Jahre, auf ein Niveau zwischen 37 und 43 Berichterstattungen und Kommentierungen wieder ab. Im Jahr 1979 gibt es wieder mehr Berichte über die Gesamtschule, nämlich 92 und drei Jahre später, im Jahr 1982, erschienen 99 Berichte oder Kommentierungen. Dann geht die Berichterstattungs- und Kommentierungshäufigkeit wieder deutlich zurück, beispielsweise für 1986 auf nur 35 Kommentare oder Berichte. Gegen Ende der 1980er Jahre, geht es dann deutlich hoch, im Jahr 1991 auf 93 Berichterstattungen, im Jahr 1995 auf 106, im Jahr 2000 auf 107 und im Jahr 2005 auf 108. In einer vierten bemerkenswerten Phase nach dem Jahr 2007 ist ein drastischer Anstieg der Kommentare und Berichterstattungen zu vermerken: 2007 sind es 143 Artikel, im Jahr 2008 sogar 152 Artikel über die Robert-

[526] Bei der Dokumentation der Berichterstattung und Kommentierung durch die regionale Presse wurden von 1969 bis 2012 sämtliche in den regionalen Medien erschienenen Presseberichterstattungen bzw. Kommentierungen erfasst und quantitativ (und in drei Musterjahrgängen auch qualitativ, s.o.) ausgewertet

Bosch-Gesamtschule. Dies hängt ohne Frage mit der Verleihung des Deutschen Schulpreises im Dezember 2007 zusammen. Bereits im Vorfeld war intensiv über die Besuche der Jury berichtet worden. Rein quantitativ lässt sich so beobachten, dass eine intensive Berichterstattung in der Gründungszeit in den Jahren 1971 und 1972 stattfand. Dann flaute das öffentliche Interesse ab. Am Ende der 1970er und mit Beginn der 1980er Jahre gab es dann wieder eine intensivere Berichterstattung. Ab 1982 ging diese deutlich zurück und stieg dann ab dem Jahr 1990/1991 wieder deutlich an. Das öffentliche Interesse blieb die ganzen 1990er Jahre über auf einem sehr hohen Niveau. Zwischen 80 bis über 100 Presseartikel beschäftigten sich jedes Jahr mit dem Thema „Robert-Bosch-Gesamtschule“. Verglichen mit Presseartikeln über andere Schulen der Region lag diese Schule in der öffentlichen Wahrnehmung mit Abstand ganz weit vorn: Drei Jahrgänge, das Jahr 1972 (intensive Berichterstattung), das Jahr 1984 (relativ geringe Berichterstattung) und das Jahr 2005 (mittlere Berichterstattung) wurden auch danach untersucht, wie häufig über andere Schulen berichtet wurde. In allen drei Jahrgängen lag die Quote aller Schulen im Vergleich zur Robert-Bosch-Gesamtschule deutlich unter der Hälfte, insgesamt bei 39 Prozent, das heißt, alle anderen Schulen zusammen erreichten bei der öffentlichen Berichterstattung und Kommentierung weniger als die Hälfte dessen, was der Robert-Bosch-Gesamtschule an öffentlicher Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Dies wurde in den 1990er Jahren besonders deutlich. So kamen im Jahr 2005 alle anderen Schulen zusammen auf insgesamt 43 Artikel. Die Robert-Bosch-Gesamtschule wurde 108mal mit eigenständigen Artikeln berücksichtigt.

Bei der Rückschau fällt auf, dass der Eigenanteil von Artikeln, das heißt die Veröffentlichung von Presseerklärungen der Robert-Bosch-Gesamtschule von 0 Prozent in den 1970er Jahren über 3 Prozent in den 1980er Jahren auf mehr als 35 Prozent in den 2000er Jahre zunimmt. Genauer gesagt: Im Jahr 1972 ist von den 97 Artikeln keiner von der Schule selbst initiiert worden, 1982 sind von den 99 Artikeln, die sich mit der Schule beschäftigten, 3 von der Schule veranlasst worden und im Jahr 2005 sind von den 108 Artikeln 41 durch Presseerklärungen der Schule veranlasst worden. Die Pressearbeit der Schule selbst hatte ab den 1990er Jahren deutlich zugenommen und in den Jahren zwischen 1991 und 2009 war von der

Schule der Versuch unternommen worden, die Ausprägung ihres Images durch eine aktive Pressearbeit wesentlich mit zu verbessern.[527]

Schulleitung als Gestalter des Wandels

Bei der chronologischen Betrachtung fällt auch auf, dass die Schulleitung sich in den Jahren von 2001 bis 2012, der vierten Dekade der Schulgeschichte, intensiv um eine innere Logik und Struktur des „Change Managements" bemüht hatte. Dabei waren viele Bereiche der Schulwirklichkeit betroffen: Bauliche Anlagen, Ausstattung, Lehrplan, Lehr- und Lernmethoden, der Konsens im Kollegium, Zusammenarbeit mit den Eltern, das Wohlbefinden der Schüler, das Image der Schule etc. Allerdings sollte der Veränderungsprozess mit einem „Masterplan" organisiert, geordnet, demokratisch legitimiert und Schritt für Schritt erfolgen. Bei der Betrachtung dieses Entwicklungsprozesses fallen wesentliche Prinzipien der Entwicklungsarbeit von Schule auf, so wurden die Hilfen von Externen in Anspruch genommen. In den Jahrgängen gibt es seitdem externe Supervisionen und externes Coaching. Dann ging es darum, die Schule in ihrer organisatorischen und baulichen Struktur überschaubarer und insofern „kleiner und handhabbarer" zu gestalten. Das Prinzip der Jahrgangsorientiertheit der Schule wurde flächendeckend eingeführt. Dann wurden die internen Prozesse durch eine eigenständige und aktive Öffentlichkeitsarbeit der Schule begleitet. Diese zielte nicht nur darauf, ein möglichst gutes Erscheinungsbild der Schule in der Öffentlichkeit abzugeben, hinzu kamen auch eigenständige Publikationen der Schule. Immer wieder versicherte sich die kollegiale Schulleitung der Legitimationen ihrer Entscheidungen durch die Lehrkräfte, Eltern und Schüler. Die Transparenz der Entscheidungen spielte augenscheinlich ebenfalls eine bedeutende Rolle. Und es wird in dieser vierten Dekade erstmalig erkennbar, dass die Schule durch die kollegiale Schulleitung - und erweitert durch das mittlere Management der Fachbereichs- und Jahrgangsleiter - mit Zielen gesteuert und in einem modernen Sinne geleitet und geführt wurde.

.

[527] Detaillierte Beschreibungen der Zeitungsartikel im Zeitablauf finden sich im AdGdRBG im Ordner „Presse" wieder.